



Monatsbericht Oktober 2012

64. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
19. Oktober 2012, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	8
Zahlungsbilanz	10
■ Finanzkrise und Zahlungsbilanzentwicklungen in der Europäischen Währungsunion	13
<i>Anpassung von Leistungsbilanzsalden in unterschiedlichen Währungsregimen</i>	<i>24</i>
■ Zur Entwicklung der Länderfinanzen in Deutschland seit dem Jahr 2005.....	31
<i>Große Finanzunterschiede zwischen den Ländern</i>	<i>38</i>
<i>Zu den jüngsten Ausführungsgesetzen zu den Schuldenbremsen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.....</i>	<i>45</i>
■ Die Bedeutung von Handelskrediten für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik	53
<i>Die Bedeutung von Handelskrediten in ausgewählten EWU-Staaten</i>	<i>61</i>
■ Die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten: eine mikroökonomische Analyse	67
<i>Bezahlen im Internet.....</i>	<i>75</i>

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze.....	43*
Kapitalmarkt	48*
Finanzierungsrechnung	52*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	54*
Konjunkturlage in Deutschland	61*
Außenwirtschaft	68*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

■ Kurzberichte

■ Konjunkturlage

Grundtendenzen

Nochmals spürbarer BIP-Zuwachs im dritten Quartal, aber weiter eingetrübte Aussichten

Es verdichten sich die Anzeichen, dass auf eine spürbare Expansion der Wirtschaftsleistung im dritten Vierteljahr 2012 eine Stagnation oder sogar ein leichter Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Schlussquartal des Jahres folgen könnte. Die Erzeugung der Industrie wurde in den Ferienmonaten Juli und August saisonbereinigt betrachtet deutlich ausgeweitet, wobei der Verzicht auf Produktionsunterbrechungen in einigen Werken der Automobilindustrie eine Rolle spielte. In den Herbstmonaten entfällt dieser Effekt. Zusätzlich wird sich die rückläufige Nachfrage nach Industriewaren bemerkbar machen. Während sich die Aufträge für die Industrie aus dem Euro-Raum nach einem massiven Rückgang in den Vorquartalen nicht weiter verringert haben, ist die Expansion der Nachfrage aus Drittländern im Zuge der globalen Konjunkturdelle zum Stillstand gekommen. Umfragen spiegeln die eingetrübten Exportaussichten und die Verunsicherung über die Perspektiven der Weltkonjunktur ebenfalls wider. Dieses Umfeld ist als wesentlicher Grund für die zuletzt deutlich zurückgenommenen Bestellungen von Investitionsgütern zu sehen. Auch die im Vergleich zu den Warenausfuhren recht schwache Einfuhrtätigkeit deutet darauf hin, dass eine Dämpfung der Produktion bevorstehen könnte. Demgegenüber wird die Konjunktur weiterhin dadurch unterstützt, dass der Wohnungsbau von den günstigen Finanzierungsbedingungen, dem Mangel an Alternativen und der gestiegenen Verunsicherung profitiert und der private Verbrauch aufgrund der spürbaren Realeinkommensgewinne auf Expansionskurs bleibt.

Industrie

Die industrielle Erzeugung fiel im August auch aufgrund einer überdurchschnittlichen Anzahl von Ferientagen saisonbereinigt um ½% niedriger aus als im Juli. Im Mittel der beiden Monate, das von der Verschiebung der Ferientage nur wenig betroffen ist, ergab sich gegenüber dem Vorquartal eine Zunahme von 1½%. Dabei ist von Bedeutung, dass in einigen Werken der Automobilindustrie auf eine ferienbedingte Unterbrechung der Produktion verzichtet wurde. Dies schlägt sich auch in dem starken Anstieg der Ausbringung von Investitionsgütern nieder (+ 3¼%). Die Erzeugung von Vorleistungsgütern (– ¼%) und Konsumgütern (+ ¾%) änderte sich nur wenig.

Produktion mit ferienbedingtem Rückgang im August

Die deutsche Industrie hat im August erheblich weniger neue Aufträge erhalten als im Juli. Insgesamt reduzierte sich das Ordervolumen im Vormonatsvergleich saisonbereinigt um 1¼%. Dazu trug wesentlich die zurückhaltende Investitionsgüternachfrage aus dem Inland (– 6¾%) wie dem Ausland (ohne Luft- und Raumfahrt, EWU: – 6%, Drittstaaten: – 3%) bei. Zwar mag diese Rückstufung wegen eines Ferieneffekts etwas überzeichnet sein, viele Unternehmen im In- und Ausland dürften aber angesichts der erhöhten Unsicherheit Investitionsvorhaben aufgeschoben haben.

Auftragseingang spürbar gesunken

Im Vergleich zum Mittel des Frühjahrs ergab sich in den beiden Sommermonaten bei den Bestellungen insgesamt ein Minus um 1¼%. Der Rückgang konzentrierte sich auf Investitionsgüter (– 1½%). Bei Vorleistungsgütern gab es nur eine leichte Abnahme (– ½%), und Konsumgüterorders blieben unverändert. Vor allem die Inlandsbestellungen tendierten schwächer, während bei der Auslandsnachfrage ein leichtes Plus aus der EWU (+ ¼%) das Minus (– ½%) aus den Drittstaaten nahezu ausglich.

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2005 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2011 4. Vj.	110,8	106,9	114,2	100,9
2012 1. Vj.	110,1	106,3	113,4	111,5
2. Vj.	110,8	105,9	115,1	103,9
Juni	109,9	104,1	114,9	100,8
Juli	110,2	104,9	114,9	102,5
Aug.	108,8	101,8	114,9	...
Produktion; 2005 = 100				
Industrie				
	insgesamt	darunter:		Bauhauptgewerbe
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2011 4. Vj.	113,8	115,0	117,9	123,4
2012 1. Vj.	113,6	114,1	118,8	119,8
2. Vj.	113,3	115,1	117,2	125,4
Juni	113,5	115,5	116,9	125,3
Juli	115,2	115,5	121,1	127,1
Aug.	114,6	114,0	121,1	123,6
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungs- bilanz- saldo; Mrd €
Ausfuhr	Einfuhr	Saldo		
2011 4. Vj.	265,71	224,67	41,04	38,40
2012 1. Vj.	271,82	228,79	43,03	40,16
2. Vj.	276,17	228,20	47,97	41,87
Juni	92,43	76,23	16,20	16,23
Juli	92,76	76,47	16,29	13,48
Aug.	94,99	76,68	18,31	16,28
Arbeitsmarkt				
	Erwerbstätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
	Anzahl in 1 000			
2012 1. Vj.	41 526	498	2 865	6,8
2. Vj.	41 615	488	2 878	6,8
3. Vj.	...	471	2 901	6,8
Juli	41 659	476	2 891	6,8
Aug.	41 663	471	2 902	6,8
Sept.	...	467	2 911	6,8
Preise; 2005 = 100				
	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise ²⁾	Verbraucherpreise
2012 1. Vj.	120,7	118,0	121,1	112,3
2. Vj.	118,9	118,1	121,8	112,5
3. Vj.	...	118,2	122,4	113,0
Juli	118,3	117,6	.	112,6
Aug.	119,6	118,2	.	113,1
Sept.	...	118,8	.	113,4

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Die Umsätze der Industrie haben im Monatsmittel Juli und August den Vorquartalsstand im Einklang mit der Erzeugung saisonbereinigt um 1¼% übertroffen. Während die Hersteller von Vorleistungsgütern leichte Einbußen hinnehmen mussten, verzeichneten die Produzenten von Investitionsgütern ein Umsatzwachstum von 3¼%, das hauptsächlich vermehrte Kfz-Verkäufe geschuldet war. Der Konsumgüterabsatz nahm um ¼% zu. Der Umsatz mit dem Inland erhöhte sich um ½% und der mit dem Ausland um 2%. Der Wert der Wareneinfuhren stieg im August gegenüber dem Vormonat um 2½%, während sich der Wert der Einfuhren trotz kräftiger Preissteigerungen nur leicht erhöhte.

Absatz und Außenhandel gestiegen

Bauhauptgewerbe

Die Bautätigkeit wurde im August mit – 2¾% im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt recht deutlich zurückgenommen. Trotzdem wurde im Durchschnitt der beiden Sommermonate das erhöhte Niveau des Frühjahrsquartals gehalten. Der Auftragseingang stieg im Juli – neuere Angaben liegen noch nicht vor – spürbar. Im Hochbau nahmen die Bestellungen ab, während sich der Tiefbau nach einem schwachen Vormonat erholt hat.

Bauproduktion merklich gesunken

Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsanstieg ist nach einer langgezogenen Expansionsphase im Sommer praktisch zum Erliegen gekommen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland nahm im August gegenüber Juli saisonbereinigt nur noch um 4 000 zu. Der entsprechende Wert des Vorjahres wurde allerdings um 420 000 Beschäftigte oder 1,0% übertroffen. Der ersten Schätzung zufolge stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Juli mit einem Plus von 56 000 allerdings saisonbereinigt nochmals recht stark an. Im Vorjahresvergleich belief sich hier der Zuwachs auf 546 000 Personen oder 1,9%. Die Zahl der

Beschäftigung stagniert

Kurzarbeiter erreichte im Juli ihren bisherigen Tiefstand. Seitdem haben sich allerdings die Anzeigen zur Kurzarbeit wieder deutlich erhöht. Laut ifo Beschäftigungsbarometer werden die Personaldispositionen der Unternehmen vorsichtiger ausfallen. Dies zeigt auch der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit an.

Langsam steigende Arbeitslosigkeit

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen hat im September saisonbereinigt weiter leicht auf 2,91 Millionen zugenommen. Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) verharrte gleichwohl bei 6,8%. Die von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesene Unterbeschäftigung reduzierte sich hingegen nochmals etwas. Während die Zahl der registrierten Arbeitslosen näherungsweise so hoch war wie im Vorjahr, unterschritt die Unterbeschäftigung den Vorjahrsstand um 174 000 Personen. Dies ging einher mit einer Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Im Versicherungssystem stieg die Zahl der Arbeitslosen im September saisonbereinigt leicht an, während im Grundsicherungssystem die leichte Abwärtstendenz anhielt.

Preise

Internationale Rohölpreise weiter hoch

Der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent ist im September 2012 nur verhalten angestiegen und übertraf mit 113 US-\$ den Durchschnitt des Vormonats um $\frac{3}{4}$ %. Aufgrund schwacher globaler Konjunktur und hoher Lagerbestände gaben die Notierungen zwar zeitweise etwas nach. Zum Abschluss dieses Berichts mussten aber wieder $112\frac{1}{2}$ US-\$ gezahlt werden. Zukünftige Rohöllieferungen notierten weiterhin mit deutlichen Abschlägen, von $2\frac{1}{2}$ US-\$ bei Bezug in sechs Monaten und $5\frac{1}{2}$ US-\$ bei Lieferung in 12 Monaten.

Höhere Einfuhr- und Erzeugerpreise

Die Einfuhrpreise insgesamt erhöhten sich im August aufgrund höherer Energiepreise gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 1,1%. Ohne Energie ergab sich im Vormonatsvergleich ein leichter Rückgang um 0,1%. Im Inlandsabsatz stiegen die Erzeugerpreise insge-

samt zwischen Juli und September um 1,0%, wobei sich die Preise von Energieträgern um 2,3% steigerten, während sich andere Industriewaren um 0,3 verteuerten. Der Vorjahrsabstand erweiterte sich bei den Einfuhrpreisen auf 3,2% und bei den Erzeugerpreisen auf 1,7%.

Nachdem die Verbraucherpreise bereits im August mit saisonbereinigt 0,4% im Vormonatsvergleich kräftig angestiegen waren, erhöhten sie sich im September nochmals spürbar um 0,3%. Nur weil der Preistrend in den entsprechenden Vorjahrsmonaten ähnlich ungünstig war, reduzierte sich die Jahresteuerrate in der nationalen Abgrenzung von 2,1% im August auf 2,0% im September und in der harmonisierten Abgrenzung von 2,2% auf 2,1%. Wesentlich für den Preisschub in den beiden Sommermonaten war vor allem Energie. Bei den anderen Waren und den Dienstleistungen fiel der Preisanstieg deutlich verhaltener aus.

Weiterer kräftiger Anstieg der Verbraucherpreise

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

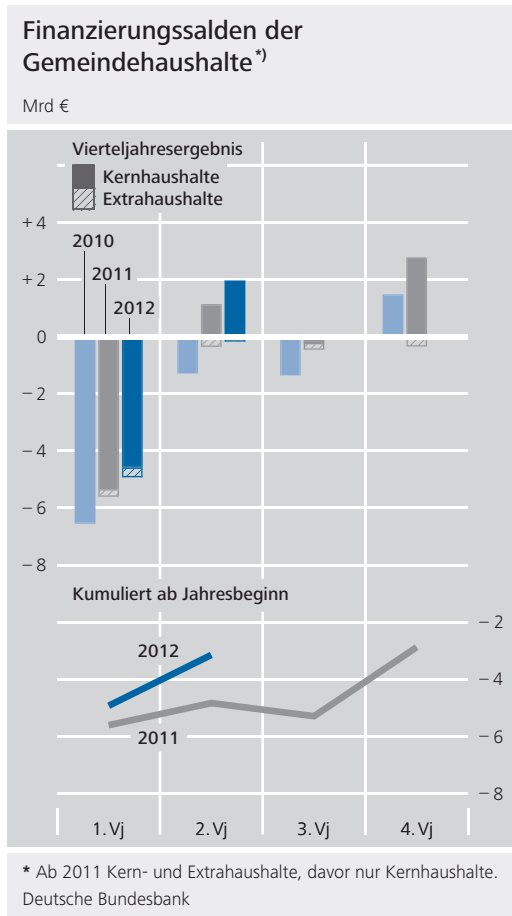
Kommunal финанzen

Für die Gemeinden²⁾ errechnet sich aus den jüngsten Kassenergebnissen des Statistischen Bundesamtes für das zweite Quartal 2012 ein Überschuss von annähernd 2 Mrd €, nach fast 1 Mrd € vor Jahresfrist. Die Einnahmen stiegen um $2\frac{1}{2}$ % (bzw. 1 Mrd €). Nach einem schwächeren Zuwachs im ersten Vierteljahr lag das Steueraufkommen dabei nun wieder deutlicher

Gestiegener Überschuss im zweiten Quartal 2012 bei nur leicht höheren Ausgaben

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

² Kernhaushalte einschl. der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. Im Jahr 2011 wurde der Berichtskreis des Statistischen Bundesamtes um diese ausgegliederten Einheiten erweitert. Mit der Umstellung können grundsätzlich zuvor eingetretene spürbare Datenverzerrungen infolge von Organisationsreformen vermieden werden. Ergebnisse von Einzelquartalen werden grundsätzlich weiterhin nicht veröffentlicht.



im Plus (+ 8% bzw. 1½ Mrd €). Der größte Teil der Zunahme beruhte auf der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens (nach Abzug der Umlage: + 11% bzw. 1 Mrd €). Aber auch die Anteile an der Einkommensteuer verzeichneten einen deutlichen Zuwachs um 8½% (½ Mrd €). Bei den empfangenen Schlüsselzuweisungen der Länder errechnet sich ein Anstieg von 4% (knapp ½ Mrd €), der freilich – nach dem Auslaufen der Zahlungen des Investitions- und Tilgungsfonds – durch einen Rückgang der Investitionszuweisungen (um gut ein Viertel) überkompensiert wurde. Die dem zweiten Quartal zugerechneten Ausgaben übertrafen den Vorjahrsstand nur um knapp ½%. Die Personalaufwendungen stiegen zwar nach dem Inkrafttreten der im März ausgehandelten Entgeltanhebung von 3,5% deutlich um 4½% (½ Mrd €). Für den laufenden Sachaufwand wurde allerdings ein faktisch unverändertes Ausgabenvolumen gemeldet, und auch die Haushaltsbelastungen durch Sozialleistungen wuchsen angesichts stark rückläufiger Ausga-

ben für Unterkunft bei Langzeitarbeitslosigkeit insgesamt nur sehr moderat um ½%. Insgesamt erheblich zurückgegangen waren die Sachinvestitionen. Mit dem Ende der Konjunkturprogramme aus dem Jahr 2009 wurde ein Minus von 15½% verzeichnet (fast 1 Mrd €).

Bei deutlichen Zuwächsen der kommunalen Steuereinnahmen und der laufenden Zuweisungen könnte mit fortgesetzter moderater Ausgabendynamik das im Vorjahr verzeichnete Defizit von fast 3 Mrd € im Aggregat sogar vollständig abgebaut werden. Allerdings dürften in den Ländern mit in den letzten Jahren regelmäßig relativ großen Gemeindefiziten, insbesondere in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland, weiterhin hohe Fehlbeträge zu verzeichnen sein.

Vollständiger Defizitabbau im Gesamtjahr möglich

Die Kreditmarktschulden der Kommunen lagen Ende Juni trotz des merklichen Überschusses mit 85 Mrd € nur leicht unter dem Stand von Ende März. Die ausstehenden Kassenkredite stagnierten bei 48 Mrd €. Während für viele Länder kleinere Rückgänge gemeldet wurden, verzeichnete Nordrhein-Westfalen einen weiteren Zuwachs der kommunalen Kassenkredite um ½ Mrd €. Mit 24½ Mrd € erreichte diese eigentlich nur bei kurzfristigen Liquiditätspässen vorgesehene Finanzierungsquelle hier fast das Niveau der regulären Kreditmarktschulden (25½ Mrd €). Für die vier genannten Länder mit hohen Gemeindefiziten ergaben sich jeweils Kassenkredite von über 1 100 € je Einwohner. Aber auch der Wert von 650 € für Niedersachsens Gemeinden weist beim Vergleich mit dem Durchschnitt der übrigen acht Flächenländer von 80 € auf nicht zu vernachlässigende Probleme hin, selbst wenn das Defizit hier zuletzt deutlich zurückgegangen ist.

Weiter besorgniserregender Umfang der kommunalen Kassenkredite in einigen Ländern

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im August 2012 auf brutto

Geringe Nettoemissionen am deutschen Rentenmarkt

97,7 Mrd €, nach 141,8 Mrd € im Vormonat. Nach Abzug der ebenfalls gesunkenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten erhöhte sich der Umlauf heimischer Rentenwerte um 2,2 Mrd €, verglichen mit 15,3 Mrd € im Juli. Der Absatz ausländischer Schuldverschreibungen am deutschen Rentenmarkt betrug 2,4 Mrd €; dabei handelte es sich ausschließlich um in Euro denominierte Schuldverschreibungen. Im Ergebnis stieg der Umlauf an Rentenspapieren in Deutschland damit um 4,6 Mrd €.

Nettoemissionen der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand nahm den Kapitalmarkt im Berichtsmonat mit 11,3 Mrd € in Anspruch, was zum größten Teil auf den Bund zurückzuführen war (10,5 Mrd €). Er hat im Ergebnis vorwiegend zweijährige Schatzanweisungen (5,2 Mrd €) und fünfjährige Bundesobligationen (4,1 Mrd €) abgesetzt. Hingegen wurden vor allem 30-jährige Anleihen für per saldo 1,1 Mrd € getilgt. Die Länder nahmen den Kapitalmarkt im Berichtsmonat mit netto 0,8 Mrd € in Anspruch.

Nettotilgungen von Unternehmensanleihen

Inländische Unternehmen tilgten im August eigene Anleihen in Höhe von 3,7 Mrd €, im Vergleich zu Nettoemissionen von 3,2 Mrd € im Juli. Der Großteil der Tilgungen ist auf Papiere mit Laufzeiten von über einem Jahr zurückzuführen.

Gesunkene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Die heimischen Kreditinstitute verringerten im Berichtsmonat ihre Kapitalmarktverschuldung um 5,4 Mrd €. Dabei wurden vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute und Öffentliche Pfandbriefe für per saldo 3,8 Mrd € beziehungsweise 2,6 Mrd € getilgt. Dem standen Nettoemissionen von Hypothekendarlehen in Höhe von 1,3 Mrd € gegenüber.

Stärkste Erwerbergruppe waren ausländische Investoren

Als Erwerber traten im August im Ergebnis vor allem ausländische Investoren am deutschen Rentenmarkt in Erscheinung; sie nahmen für 5,7 Mrd € Schuldverschreibungen in ihre Portfolios auf. Heimische Kreditinstitute erwarben ebenfalls Rentenwerte, und zwar für netto 2,9 Mrd €, während die hiesigen Nichtbanken

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2011	2012	
	August	Juli	August
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	38,4	15,3	2,2
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	16,7	-0,9	-5,4
Anleihen der öffentlichen Hand	20,8	13,0	11,3
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	2,8	6,1	2,4
Erwerb			
Inländer	5,4	19,7	-1,1
Kreditinstitute ³⁾	-9,4	-9,0	2,9
Deutsche Bundesbank	11,9	0,1	-0,6
Übrige Sektoren ⁴⁾	2,9	28,6	-3,4
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	7,8	15,0	-5,3
Ausländer ²⁾	35,9	1,7	5,7
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	41,2	21,4	4,6

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Schuldverschreibungen für per saldo 3,4 Mrd € veräußerten.

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt haben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat junge Aktien für 0,1 Mrd € begeben; dabei handelte es sich vor allem um nicht börsennotierte Unternehmen. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt sank gleichzeitig um 2,6 Mrd €. Erworben wurden Dividentitel netto ausschließlich von heimischen Kreditinstituten (2,1 Mrd €). Inländische Nichtbanken sowie ausländische Anleger trennten sich dagegen im Ergebnis von Aktien (4,5 Mrd € bzw. 0,1 Mrd €).

Kaum Aktienemissionen deutscher Unternehmen

Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im August Mittelzuflüsse in Höhe von netto 3,1

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2011	2012	
	Aug.	Juli ¹⁾	Aug.
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel ¹⁾			
Ausfuhr (fob)	85,1	93,5	90,1
Einfuhr (cif)	73,5	76,6	73,8
Saldo	+ 11,6	+ 16,9	+ 16,3
nachrichtlich:			
Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	90,0	92,8	95,0
Einfuhr (cif)	76,3	76,5	76,7
2. Ergänzungen zum Außenhandel ²⁾	- 2,2	- 2,9	- 2,6
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	15,4	15,9	16,3
Ausgaben	19,5	20,8	20,2
Saldo	- 4,2	- 4,9	- 3,9
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 5,7	+ 5,1	+ 4,8
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	0,8	1,0	0,7
Eigene Leistungen	3,9	3,5	4,1
Saldo	- 3,0	- 2,5	- 3,5
Saldo der Leistungsbilanz	+ 7,9	+ 11,7	+ 11,1
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
1. Direktinvestitionen	- 1,5	- 2,9	- 4,4
Deutsche Anlagen im Ausland	- 2,1	- 3,2	+ 3,3
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,6	+ 0,3	- 7,6
2. Wertpapiere	+ 36,8	- 7,3	- 0,6
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 3,3	- 10,9	- 5,3
darunter: Aktien	+ 3,5	- 2,0	+ 0,0
Anleihen ⁴⁾	+ 0,8	- 6,2	- 1,8
Ausländische Anlagen im Inland	+ 33,5	+ 3,6	+ 4,7
darunter: Aktien	- 2,3	+ 1,9	- 0,2
Anleihen ⁴⁾	+ 24,1	- 3,9	+ 13,1
3. Finanzderivate	- 3,5	- 4,0	- 0,8
4. Übriger Kapitalverkehr ⁵⁾	- 47,4	+ 9,6	- 11,1
Montäre Finanzinstitute ⁶⁾	+ 8,6	- 2,9	+ 19,2
darunter: kurzfristig	+ 10,2	- 6,5	+ 19,1
Unternehmen und Privatpersonen	- 13,9	- 6,5	+ 3,8
Staat	+ 1,3	+ 0,8	- 9,7
Bundesbank	- 43,5	+ 18,2	- 24,4
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	+ 0,1	+ 0,0	- 0,4
Saldo der Kapitalbilanz	- 15,5	- 4,6	- 17,3
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 7,2	- 6,9	+ 6,0

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. 4 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. 5 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. 6 Ohne Bundesbank. 7 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Mrd € (nach 15,0 Mrd € im Juli). Hiervon profitierten ausschließlich die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds, während Publikumsfonds leichte Mittelabflüsse in Höhe von 0,9 Mrd € verzeichneten. Unter den Publikumsfonds nahmen vor allem Gemischte Fonds (0,5 Mrd €), Aktienfonds (0,3 Mrd €) sowie Geldmarktfonds (0,2 Mrd €) Anteile zurück. Am deutschen Markt vertriebene ausländische Fonds setzten im Berichtsmonat Anteilsscheine für 3,0 Mrd € ab. Erworben wurden Investmentzertifikate im Ergebnis ausschließlich von Inländern (6,8 Mrd €), und dabei weit überwiegend von inländischen Nichtbanken (6,4 Mrd €). Hingegen veräußerten gebietsfremde Investoren Fondsanteile für 0,8 Mrd €.

Leichte Mittelzuflüsse bei Investmentfonds

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im August 2012 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 11,1 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 0,5 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter standen sowohl ein geringerer Aktivsaldo in der Handelsbilanz als auch ein höheres Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welche Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen.

Leistungsbilanzüberschuss gesunken

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sank der Überschuss im Außenhandel im August gegenüber dem Vormonat um 0,6 Mrd € auf 16,3 Mrd €. Saison- und kalenderbereinigt nahm er allerdings um 2,0 Mrd € auf 18,3 Mrd € zu. Dies lag daran, dass die wertmäßigen Ausfuhren mit einer Zunahme von 2,4% wesentlich stärker wuchsen als die Einfuhren mit + 0,3%. Im Juli/August zusammen genommen lagen die nominalen Exporte saisonbereinigt um 2,0% und die Importe um 0,7% über dem Durchschnitt des zweiten Quartals. Preiseffekte spielten einnahmen- wie ausgabenseitig nur eine untergeordnete Rolle.

Ausfuhren stärker als Einfuhren gestiegen

Defizit der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen leicht erhöht

Das Defizit der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen vergrößerte sich im August von 2,3 Mrd € auf nunmehr 2,6 Mrd €. Zu diesem Ergebnis trug der erhöhte Fehlbetrag in der Bilanz der laufenden Übertragungen bei. Im Berichtszeitraum war er mit 3,5 Mrd € um 1,0 Mrd € höher als im Vormonat. Dies war vor allem auf einen Anstieg der Nettoleistungen an internationale Organisationen im öffentlichen Bereich zurückzuführen. Eine Verschlechterung gab es ebenfalls im Bereich der grenzüberschreitenden Faktoreinkommen, deren Überschuss leicht um 0,3 Mrd € auf 4,8 Mrd € sank. Dagegen verminderte sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz um 1,0 Mrd € gegenüber dem Vormonat auf einen Fehlbetrag von 3,9 Mrd €. Verantwortlich dafür waren vor allem höhere Nettoeinnahmen aus Finanzdienstleistungen.

Netto-Kapitalexporte im Wertpapierverkehr

Vor dem Hintergrund einer leichten Entspannung an den internationalen Finanzmärkten kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr im August zwar erneut zu Netto-Kapitalexporten (0,6 Mrd €); diese waren jedoch weniger stark ausgeprägt als im Monat zuvor. Ausschlaggebend für die Mittelabflüsse war, dass Gebietsansässige weiterhin ausländische Wertpapiere erwarben (5,3 Mrd €). Hiesige Investoren bauten dabei unter anderem ihren Bestand an Investmentzertifikaten aus (3,0 Mrd €). Daneben erwarben sie Schuldverschreibungen im Umfang von 2,4 Mrd €. Davon entfielen 1,8 Mrd € auf Anleihen und 0,6 Mrd € auf Geldmarktpapiere. Gebietsfremde Anleger kauften im August per saldo deutsche Wertpapiere im Umfang von 4,7 Mrd €. Dabei nahmen sie Schuldverschreibungen (5,7 Mrd €) in ihre Portfolios auf, während sie Investmentzertifikate (0,8 Mrd €) und Aktien (0,2 Mrd €) verkauften.

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im August ebenfalls zu Netto-Kapitalabflüssen (4,4 Mrd €). Ursächlich dafür war, dass ausländische Firmen aus ihren hiesigen Niederlassungen Mittel abzogen (7,6 Mrd €). Dies geschah per saldo ausschließlich über den konzerninternen Kreditverkehr (8,5 Mrd €), und zwar vorwiegend über Finanzkredite (6,2 Mrd €). Auch deutsche Direktinvestoren führten ihr Auslandsengagement zurück (3,3 Mrd €). Ausschlaggebend waren auch hier die Kreditbeziehungen zwischen den verbundenen Unternehmen (7,2 Mrd €), während die Kapitalbeteiligungen ausgebaut wurden (2,8 Mrd €).

Netto-Kapitalabflüsse bei Direktinvestitionen

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, traten im August Netto-Kapitalexporte in Höhe von 11,1 Mrd € auf. Die Nichtbanken verbuchten per saldo einen Mittelabfluss (5,9 Mrd €). Maßgeblich dafür waren die Dispositionen des Staates, die zu Kapitalexporten (9,7 Mrd €) führten, während die Unternehmen und Privatpersonen Kapitalzuflüsse verzeichneten (3,8 Mrd €). Im Bankensystem kam es ebenfalls zu Mittelabflüssen (5,2 Mrd €). Dabei standen Netto-Kapitalimporten bei den Kreditinstituten (19,2 Mrd €) Netto-Kapitalexporte bei der Bundesbank gegenüber (24,4 Mrd €). Hier spielte ein weiterer Forderungsaufbau im Rahmen des Großbetragszahlungsverkehrsystems TARGET2 die wesentliche Rolle.

Mittelabflüsse im übrigen Kapitalverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im August – zu Transaktionswerten gerechnet – leicht zugenommen (0,4 Mrd €).

Währungsreserven

Finanzkrise und Zahlungsbilanz- entwicklungen in der Europäischen Währungsunion

In einigen Ländern des Euro-Raums hatten sich im Vorfeld der Finanzkrise erhebliche und persistente Leistungsbilanzdefizite aufgebaut. Infolgedessen hat die Verschuldung dieser Länder gegenüber dem Ausland kräftig zugenommen, und die Finanzierungsrisiken der Kapitalgeber sind dadurch signifikant gestiegen. Die Finanzkrise hat diese Schwachstellen und Risiken abrupt offenlegt: Zur Verschärfung der Entwicklungen trug bei, dass vielfach negative Rückkopplungen zwischen den Problemen im Bereich der öffentlichen Finanzen und den Risiken der nationalen Bankensysteme zum Tragen kamen, die die Tragfähigkeit der gesamten Verschuldungsposition gegenüber dem Ausland in den Augen der privaten Investoren in Zweifel zogen. Im Ergebnis stehen in jüngster Zeit den Leistungsbilanzdefiziten dieser Länder – ungeachtet der rückläufigen Positionen – keine ausreichenden privaten Kapitalzuflüsse mehr gegenüber. Insoweit handelt es sich in den betreffenden Ländern nicht nur um einen Vertrauensverlust in die öffentlichen Haushalte, sondern um krisenhafte Zahlungsbilanzprobleme.

Derartige Zahlungsbilanzschwierigkeiten wurden im Vorfeld vielfach als vernachlässigbares Risiko für den gemeinsamen Währungsraum angesehen und ihre Tragweite unterschätzt. Darüber hinaus hat die Krise gezeigt, dass die üblichen Korrekturmechanismen bei nationalen Zahlungsbilanzungleichgewichten innerhalb des Euro-Raums im Vergleich zu anderen Wechselkurssystemen verzögert wirken. Wie eigene empirische Untersuchungen bestätigen, ist dies auch darauf zurückzuführen, dass in einer Währungsunion nicht nur die Wechselkurse zwischen den Mitgliedstaaten fixiert werden, sondern dass die gemeinsame Geldpolitik über die Vereinheitlichung der kurzfristigen Zinssätze und über die liquiditätspolitischen Stützungsmaßnahmen den Anpassungsprozess abfedert und zeitlich streckt.

Damit wird in den betroffenen Ländern ein allzu abrupter gesamtwirtschaftlicher Korrekturprozess mit erheblichen Folgekosten für die Realwirtschaft und die dortigen Finanzsysteme verhindert. In dem Maß, in dem marktgetriebene Korrekturprozesse nur eingeschränkt wirken, kommt es damit jedoch entscheidend darauf an, dass über wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung und Konditionalitäten die notwendigen makroökonomischen Anpassungsprozesse abgesichert werden, um für die Zukunft zu nachhaltigen externen Positionen innerhalb der Währungsunion beizutragen. Außerdem dürfen die sich in den Zinsen widerspiegelnden Risikoprämien nicht weitgehend eingeebnet werden. Dies setzt eine geeignete Regulierung und ein geschärftes Risikobewusstsein der Marktteilnehmer voraus. Dies gilt insbesondere dann, wenn – wie in der Europäischen Währungsunion (EWU) – die nationale Eigenverantwortung das konstitutive Element des institutionellen und rechtlichen Rahmens bildet.

Darüber hinaus stellt ein geschwächter Korrekturmechanismus in der EWU aber auch grundsätzlich höhere Anforderungen an die Homogenität der Mitglieder. Das neu implementierte makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren der EU sowie der Fiskalpakt sind sicherlich Schritte in die richtige Richtung. Allerdings muss sich noch zeigen, inwieweit Fehlentwicklungen damit künftig frühzeitig identifiziert und behoben werden können.

Grenzüberschreitende Finanzierungsengpässe werden durch die gemeinsame Währung nicht ausgeschlossen

Nach Einführung des Euro Aufbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte

Die ersten Jahre des letzten Jahrzehnts bis zum Ausbruch der internationalen Finanzkrise in den Jahren 2007 und 2008 waren nicht nur auf globaler Ebene von einem massiven Aufbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte geprägt. Auch innerhalb der EWU war eine deutliche Divergenz zwischen Ländern mit persistenten und zum Teil steigenden Leistungsbilanzdefiziten auf der einen Seite sowie sogenannten „Überschussländern“ auf der anderen Seite zu beobachten. In der Folge bauten sich zunehmend höhere Auslandsverbindlichkeiten der Defizitländer auf.

Hohe Auslandsverbindlichkeiten – insbesondere wenn ihre Finanzierung kurzfristiger Natur ist – beinhalten jedoch das Risiko, bereits vorhandene nationale Schwachstellen und Verletzbarkeiten zu verstärken. Die Länder an der Peripherie des gemeinsamen Währungsraumes erfuhren in der aktuellen Staatsschuldenkrise genau dies: Die Finanzierung der Leistungsbilanzsalden wurde nicht mehr durch entsprechende private Kapitalströme gedeckt. Der Zahlungsbilanzausgleich musste über öffentliche Mittel erfolgen.¹⁾

Die entstandenen Finanzierungslücken reflektierten die zunehmende Skepsis der internationalen Finanzmärkte hinsichtlich der Tragfähigkeit der aufgelaufenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland sowie – davon nicht unabhängig – hinsichtlich der Lage der Banken in den von der Krise betroffenen Ländern. Hinzu kamen vielfach negative Rückkopplungen zwischen den Problemen im Bereich der öffentlichen Finanzen und in den Bankensystemen der betreffenden Länder. Diese Rückkopplungswirkungen trafen die Krisenländer je nach spezifischer Ausgangslage durchaus unterschiedlich: In Irland und Spanien verschlechterten die aus den jeweiligen Korrekturen an den Immobilienmärkten resultierenden Probleme in

den dortigen Bankensystemen die Solvenz der öffentlichen Haushalte, in Griechenland führte hingegen die staatliche Solvenzkrisen zu nachfolgenden Krisen der ansässigen Banken. Ungeachtet dieser Unterschiede bewirkten diese wechselseitigen Abhängigkeiten aber eine endogene Verschärfung der nationalen Probleme und trugen maßgeblich zu dem markanten Umschwung der privaten Kapitalflüsse bei. Es handelt sich somit in der aktuellen Krise über die engere fiskalische Verschuldungsthematik hinaus um krisenhafte Entwicklungen in den Zahlungsbilanzen einiger Mitgliedsländer der Währungsunion.

Defizite in der Zahlungsbilanz, die mit einer Veränderung der staatlichen Auslandsposition in Form eines Abbaus von Währungsreserven oder steigenden Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen staatlichen oder überstaatlichen Institutionen einhergehen, sind nur über einen begrenzten Zeitraum hinweg aufrechtzuerhalten. Analog zur Definition der Tragfähigkeit von Leistungsbilanzdefiziten nach Milesi-Ferretti und Razin (1996) werden entsprechende Krisen definiert als eine Situation, die erhebliche Korrekturen der Wirtschaftspolitik erfordert, um die Auslandsverbindlichkeiten innerhalb des bestehenden Währungsregimes weiterhin bedienen zu können.²⁾

*Definition:
Zahlungsbilanz-
krise*

In der wirtschaftspolitischen Diskussion wurde die Möglichkeit nationaler Zahlungsbilanzkrisen in der Währungsunion im Vorfeld der aktuellen

¹ Wie in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur üblich werden dem privaten Kapitalverkehr im Folgenden alle grenzüberschreitenden Finanzströme zugeordnet, die weder auf Transaktionen zwischen der inländischen und einer ausländischen Zentralbank (z. B. Währungsreserven, TARGET2-Salden) noch auf internationalen Hilfsprogrammen beruhen. Dies schließt nicht aus, dass auch staatliche Akteure beteiligt sein können.

² Bei dem Begriff der Tragfähigkeit von Leistungsbilanzungleichgewichten geht es um die Bewertung „whether a continuation of the current policy stance is going to require a ‚drastic‘ policy shift (such as a sudden tightening of monetary and fiscal policy, causing a large recession) or lead to a crisis (such as an exchange rate collapse, resulting in an inability to service external obligations)“. Vgl.: G. M. Milesi-Ferretti und A. Razin (1996), Current-Account Sustainability, Princeton Studies in International Finance No. 81, Princeton NJ, S. 5.

Vor der Krise wurde die Gefahr nationaler Zahlungsbilanzprobleme weitgehend ausgeblendet, ...

Krise weitgehend ausgeblendet. Aus der Überzeugung heraus, dass sich nach dem Wegfall des Wechselkursrisikos keine Finanzierungspässe mehr für ein einzelnes Land einstellen würden, erschien auch die Analyse nationaler Zahlungsbilanzen lange Zeit überflüssig. Es herrschte die Überzeugung vor, dass ein gemeinsamer Währungsraum Zahlungsbilanzkrisen einzelner Mitgliedsländer verhindern würde.³⁾

... was sich als unangebracht erwiesen hat

Diese Argumentation hat sich als Trugschluss erwiesen.⁴⁾ Zahlungsbilanzkrisen können grundsätzlich eintreten unabhängig davon, ob eine Volkswirtschaft Teil eines gemeinsamen Währungsraumes ist oder nicht. Die Zahlungsbilanz ist zwar ex post eine buchhalterische Identität, in ökonomischer Sicht drückt sie jedoch eine wesentliche Budgetrestriktion aus: Defizite müssen finanziert werden. Gelingt dies nicht mehr oder nur noch erschwert, sind Anpassungen unumgänglich. Diese Restriktion bindet auch Mitglieder einer Währungsunion. Allerdings bestehen für Länder in einer Währungsunion besondere Rahmenbedingungen, da ihnen weder der Wechselkurs noch die nationale Geldpolitik als Anpassungsinstrumente zur Verfügung stehen. Darüber hinaus hat die aktuelle Krise deutlich gemacht, dass in einem gemeinsamen Währungsraum nationale Fehlentwicklungen erhebliche Ansteckungseffekte hervorrufen können.

Zahlungsbilanzprobleme einzelner Mitglieder können Stabilität der Währungsunion gefährden

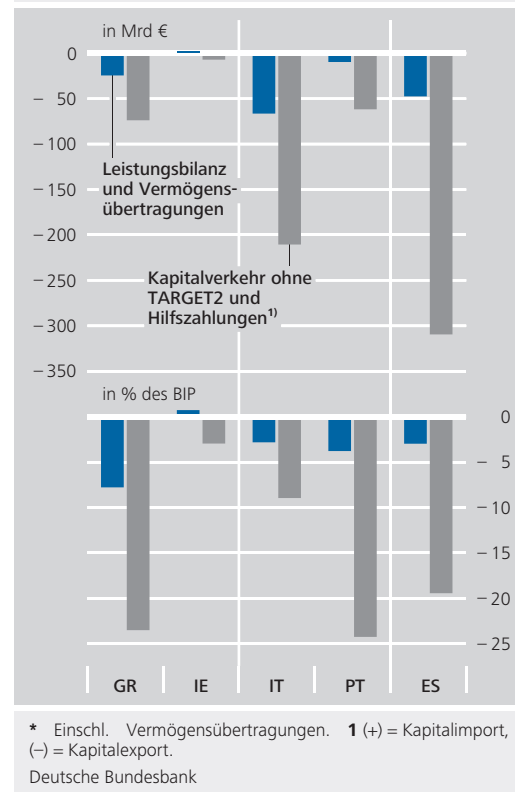
Aufbau innereuropäischer Leistungsbilanzungleichgewichte in der EWU

Kapital wurde zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt

Zu Beginn der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion glichen sich mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos die Zinsen der Teilnehmerländer auf niedrigem Niveau an. Dies war unter dem Gesichtspunkt einer vertieften Finanzmarktintegration auch prinzipiell erwünscht. In den Peripherieländern stimulierten die günstigen Finanzierungskonditionen zugleich aber die Inlandsnachfrage; ein prozyklischer Realzinseffekt kam zum Tragen: Bei

Leistungsbilanzen^{*)} und privater Kapitalverkehr

1. Vj. 2011 bis 2. Vj. 2012, Salden

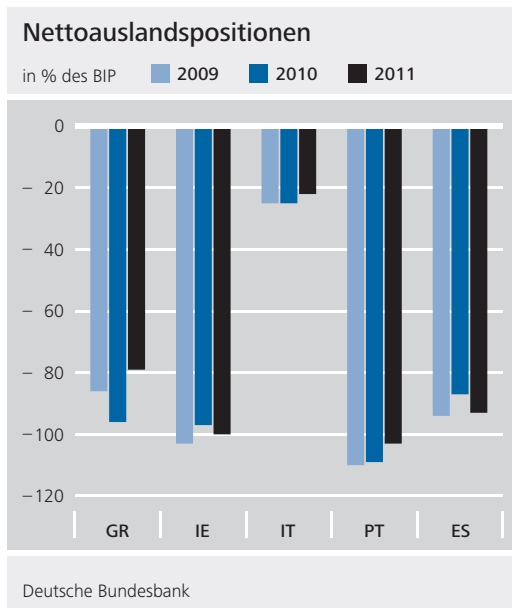


überdurchschnittlichen Preissteigerungen für nicht handelbare Güter erschienen Investitionen in diesem Bereich besonders lohnend – zu Lasten des Exportangebots. Zudem flossen private Kapitalströme aus dem Ausland in großem Ausmaß über einen langen Zeitraum hinweg in die betreffenden Volkswirtschaften. Der mit den Kapitalflüssen einhergehende Boom des Immobiliensektors heizte über einen positiven

Realzinseffekt dominierte ...

³ Diese Sichtweise liegt implizit auch dem Vertrag zur Arbeitsweise der Europäischen Union zugrunde, der Zahlungsbilanzhilfen nur für EU-Länder vorsieht, die den Euro noch nicht eingeführt haben (Art. 143 AEUV). Vgl.: B. Marzino, J. Pisani-Ferri und A. Sapir (2010), Two crises, two responses, Bruegel Policy Brief, 2010/01, March; sowie: F. Giavazzi und L. Spaventa (2010), Why the current account may matter in a monetary union: lessons from the financial crisis in the euro area, CEPR Discussion Paper Series No. 8008, London.

⁴ Vgl.: H.-W. Sinn (2011), Die europäische Zahlungsbilanzkrise, ifo Schnelldienst 16/2011, S. 3 ff.; M. Wolf (2012), Can one have a balance of payment crisis in a currency union?, Financial Times Deutschland; S. Merler und J. Pisani-Ferri (2012), Sudden Stops in the Euro Area, Bruegel Policy 2012/06, Bruegel, Brüssel; K. Reeh (2012), Balance of Payment Adjustment in the Monetary Union, CESifo Forum Special Issue, CESifo München.



Persistente Überschüsse und Defizite der nationalen Leistungsbilanzsalden wurden lange Zeit als normale Begleiterscheinung eines raschen und erfolgreichen Aufholprozesses in den süd-europäischen Peripherieländern interpretiert. Allerdings war das schnelle und exzessive Ansteigen der privaten Nachfrage in den Jahren vor der Finanzkrise nicht in vollem Umfang durch den Konvergenzprozess gerechtfertigt. Die häufig ineffiziente Verwendung des zufließenden Kapitals, damit teilweise einhergehende Preisblasen auf den Kapital- oder Immobilienmärkten sowie das außergewöhnlich hohe Kreditwachstum wurden nicht in ausreichender Weise als Alarmzeichen gewertet; sie schlugen sich zunächst auch nicht in steigenden Zinsaufschlägen nieder.⁶⁾

*Leistungs-
bilanzdefizite
vorrangig als
Ausdruck
wirtschaftlicher
Konvergenz
interpretiert, ...*

Vermögenseffekt die Inlandsnachfrage in verschiedenen Ländern zusätzlich an.

*... den Wett-
bewerbseffekt*

Die über die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausgelöste Dämpfung der Exporte reichte nicht aus, die Lohnentwicklung in den betroffenen Ländern entscheidend zu beeinflussen und einen Anpassungsprozess in Gang zu setzen. Somit verstärkten die gegenläufigen außenwirtschaftlichen Entwicklungen die bereits bestehenden makroökonomischen Divergenzen zwischen den Mitgliedern der EWU im Vorfeld der Finanzkrise stetig. Erhebliche und dauerhafte Leistungsbilanzungleichgewichte im Euro-Raum waren die Folge.⁵⁾

So wiesen Ende 2009 die hohen Netto-Auslandsverbindlichkeiten in Relation zum BIP von Griechenland (86%), Irland (103%), Portugal (110%) und Spanien (94%) auf eine erhebliche Anfälligkeit gegenüber einem Rückzug ausländischer Investoren hin. Dies gilt insbesondere für eine Auslandsverschuldung in Form von Fremdkapital, da diese konkrete Zahlungsverpflichtungen verursacht und einen akuten Finanzierungsbedarf mit sich bringt, zum einen über die notwendige Anschlussfinanzierung auslaufender Kredite, zum anderen über die

*... aber Netto-
Auslandsver-
bindlichkeiten
signalisierten
bereits be-
stehende Risiken*

*Auseinander-
driften der
Leistungsbilanz-
entwicklungen
in der EWU*

So stiegen die Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland sowie Österreich, Dänemark, Belgien, Finnland, den Niederlanden und Luxemburg seit Beginn des Jahrtausends oftmals kontinuierlich an. Deutschland erreichte 2007 mit beinahe 7 1/2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einen Höchstwert. Auf der anderen Seite wiesen die Leistungsbilanzpositionen der restlichen Euro-Länder zum Teil steigende Defizite auf. Insbesondere die Peripherieländer Spanien, Portugal und Griechenland erreichten in den Jahren 2007 beziehungsweise 2008 Werte von 10%, 12 1/2% sowie 15% des jeweiligen BIP.

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Leistungsbilanzsalden und preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum, Monatsbericht, Juni 2007, S. 35 ff.

⁶ Vgl.: F. Giavazzi und L. Spaventa (2010), Why the current account may matter in a monetary union: lessons from the financial crisis in the Euro area, CEPR Discussion Paper 8008, CEPR, London; H. Zemanek, A. Belke und G. Schnabl (2009), Current Account Imbalances and Structural Adjustment in the Euro Area: How to rebalance Competitiveness, Policy Paper 7, IZA, Bonn; H. Berger und V. Nitsch (2010), The Euro's effect on Trade Imbalances, IMF Working Paper, IMF, Washington; C. Borio und P. Disyatat (2011), Global Imbalances and the Financial Crisis: Link or No link?, BIS Working Paper, 346, BIS, Basel.

anhaltend hohen Zinsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.⁷⁾

Veränderte Risikowahrnehmung nach Einsetzen der Finanzkrise

Veränderte Risikowahrnehmung mit Einsetzen der Finanzkrise

Im Zuge der Ausweitung der Finanzkrise auf Europa geriet der Glaube an einen stetig andauernden und sich ohne größere Rückschläge fortsetzenden Konvergenzprozess zunehmend ins Wanken. Infolgedessen wurde die Tragfähigkeit der Verschuldungsposition einiger Mitgliedstaaten immer stärker infrage gestellt. Finanzmittel aus privaten Quellen waren weniger leicht und nur noch zu verteuerten Konditionen zu erhalten.

Währungsunion schottete die Mitglieder zunächst vor den Auswirkungen der Finanzkrise ab, ...

Nach dem Kollaps von Lehman Brothers im September 2008 wurden jedoch zunächst die EU-Länder außerhalb der EWU, in erster Linie solche mit fixen Wechselkursen, mit erheblichen Abflüssen von Kapital konfrontiert, was abrupte Anpassungen der Leistungsbilanzen erzwang. Die internationalen Investoren betrachteten den Euro-Raum zum damaligen Zeitpunkt noch immer als Hort der Stabilität, sodass auch Mitgliedstaaten mit erheblichen Defiziten in der Leistungsbilanz von abrupten Umkehrungen der grenzüberschreitenden privaten Kapitalflüsse zunächst verschont blieben.

... bis Staatsschuldenkrise auch im Euro-Raum Fehlentwicklungen offen legte

Mit Einsetzen der Staatsschuldenkrise veränderte sich die Wahrnehmung der Risiken aus Engagements in den Ländern des gemeinsamen Währungsraumes jedoch drastisch. Infolge des Vertrauensverlustes der internationalen Investoren schlugen die privaten Brutto-Kapitalströme in die Peripherieländer der Währungsunion um. Per saldo zogen sich private ausländische Kapitalgeber aus den von der aktuellen Schuldenkrise besonders betroffenen EWU-Mitgliedsländern zurück. Ein nicht unwesentlicher Teil der Mittel floss dabei über die jeweiligen Bankensysteme ab.⁸⁾ Anstelle privater Kapitalzuflüsse verzeichneten einige Länder mit Leistungsbilanzdefiziten wie Griechenland,

Portugal, Spanien oder Italien im Ergebnis vielmehr sogar private Netto-Kapitalexporte.

Absolut gesehen am größten waren die Kapitalabflüsse in Spanien und Italien, wo seit Jahresbeginn 2011 bis zum Ende des zweiten Quartals 2012 private Finanzmittel in Höhe von netto 307 Mrd € beziehungsweise 211 Mrd € abgezogen worden sind. Hinzu kamen kumulierte Defizite der Leistungsbilanz von 50 Mrd € beziehungsweise 66 Mrd €.⁹⁾ Aber auch in Griechenland und Portugal lagen die privaten Netto-Kapitalexporte deutlich über dem ohnehin infolge des Defizits im Leistungsverkehr anfallenden Finanzbedarf.

Rückzug der internationalen Investoren

Finanzhilfen und verstärkte Refinanzierung der Banken durch das Eurosystem ersetzen fehlende private Zahlungsströme

Die immer stärker ansteigenden Abflüsse privaten Kapitals führten in einigen EWU-Mitgliedstaaten trotz sinkender Defizite der Leistungsbilanz dazu, dass ein Ausgleich der privaten Zahlungsbilanztransaktionen aus eigener Kraft nicht mehr möglich war.

Neben der Bereitstellung umfangreicher internationaler Finanzhilfen in Form bilateraler Kredite und EFSF/IWF-Anpassungsprogramme lin-

Verstärkte Refinanzierung bei den Notenbanken

⁷ Bei einem internationalen Vergleich der Brutto-Auslandsverschuldung ist jedoch zu beachten, dass dieser Wert wesentlich von der jeweiligen Wirtschaftsstruktur abhängt. So wies Irland mit einer nach wie vor großen Bedeutung des Finanzsektors zum Jahresende 2011 mit über 1000% des BIP eine ungleich höhere Schuldenquote auf als Griechenland mit einer im Vergleich dazu geringen Relation von „nur“ 170% (jeweils ohne Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen).

⁸ Vom ersten Quartal 2011 bis zum ersten Quartal 2012 summierten sich die wechsellkursbereinigten Rückgänge der Auslandsverbindlichkeiten der irischen Geschäftsbanken auf über 100 Mrd €. In Spanien betrug die kumulierte Abflüsse aus den Bankbilanzen in das Ausland knapp 50 Mrd €, in Portugal und Italien jeweils fast 30 Mrd €. Auch aus dem griechischen Bankensystem zogen ausländische Investoren in diesem Zeitraum noch über 20 Mrd € ab, obwohl hier die Staatsschuldenkrise bereits im Frühjahr 2010 eingesetzt hatte.

⁹ Einschl. Vermögensübertragungen.

Hilfsprogramme von IWF und EU ^{*)}

Mrd €; Stand: 31. Juli 2012

Hilfsprogramme von	Griechenland ¹⁾	Irland	Portugal
EU zugesagt ^{*)}	182	45	52
ausgezahlt	89	33	38
IWF zugesagt ^{*)}	58	23	26
ausgezahlt	22	17	20

* Die zugesagten Gesamtsummen der verschiedenen Hilfsprogramme werden in einzelnen Tranchen ausgezahlt und stehen unter dem Vorbehalt positiver Zwischenberichte der Troika aus Vertretern der EU, des IWF und der EZB. ¹⁾ Ohne Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Schuldenschnitt im März 2012.

Deutsche Bundesbank

derte in besonderem Maße die einheitliche Geldpolitik des Eurosystems über den umfangreichen Einsatz liquiditätspolitischer Stützungsmaßnahmen, von denen diese Länder maßgeblich profitierten, die dortigen Finanzierungsgänge.¹⁰⁾ Das steigende Misstrauen der Kreditinstitute untereinander hatte dazu geführt, dass sich viele Geschäftsbanken der Krisenländer nur noch schwer oder zum Teil gar nicht mehr am Interbankenmarkt refinanzieren konnten. Zudem belasteten Einlagenabzüge und Probleme bei der Refinanzierung auslaufender Anleihen die Passivseite einiger Kreditinstitute. In der Folge kam es in den Ländern, die am stärksten von der Finanzkrise betroffen waren und die den anfälligsten Bankensektor aufwiesen, zu einem Anstieg der Refinanzierungsgeschäfte bei den nationalen Zentralbanken. Grenzüberschreitende Zahlungen aus Leistungsbilanz- beziehungsweise Kapitalverkehrstransaktionen wurden dadurch zu einem erheblichen Teil mit Mitteln des Eurosystems durchgeführt.

Inbesondere in Italien und Spanien starker Anstieg der TARGET2-Verbindlichkeiten

Die Substitution privater grenzüberschreitender Zahlungsflüsse durch die zunehmende Eurosystem-Refinanzierung spiegelt sich in der Entwicklung der nationalen TARGET2-Salden wider.¹¹⁾ Die stärkste Zunahme der entsprechenden Verbindlichkeiten gegenüber der EZB seit Jahresanfang 2011 war in Spanien zu be-

obachten: Am 31. August 2012 betragen die TARGET2-Verbindlichkeiten 434 Mrd €, verglichen mit 51 Mrd € zum 31. Dezember 2010. In der Bilanz der Banca d'Italia hatte zu diesem Zeitpunkt sogar noch ein leichtes Plus von 3 Mrd € zu Buche gestanden, das sich jedoch im Laufe der folgenden 20 Monate in ein Minus von 289 Mrd € verkehrte. Auch die TARGET2-Salden der Programmländer Griechenland (108 Mrd €), Irland (über 90 Mrd €) und Portugal (72 Mrd €) waren Ende August 2012 noch stark negativ.

Dem stehen diejenigen nationalen Notenbanken gegenüber, die erhebliche und kontinuierlich steigende Aktivposten gegenüber der EZB

10 Im Mai 2010 erhielt Griechenland die Zusage bilateraler Hilfen durch einzelne Euro-Mitgliedstaaten über zunächst 80 Mrd €, ergänzt um 30 Mrd €, die der IWF beisteuert. Dieses erste Hilfspaket wurde im Mai 2012 von einem zweiten Hilfspaket abgelöst, das bis 2014 weitere 130 Mrd € externe Zahlungen vorsieht. Hinzu kamen diverse Unterstützungsmaßnahmen der EU im Zusammenhang mit dem Schuldenschnitt im März 2012. Für Irland wurde im November 2010 ein internationales Hilfspaket mit einer Laufzeit von drei Jahren beschlossen, das externe Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 67,5 Mrd € umfasst. Im April 2011 stellte Portugal einen Antrag auf externe Hilfe. Das im Mai von EU und IWF beschlossene Hilfsprogramm erstreckt sich ebenso wie bei Irland über einen Zeitraum von drei Jahren und sieht Finanzhilfen in Höhe von 78 Mrd € vor. Der Freigabe der einzelnen Auszahlungen geht in allen genannten Ländern eine Überprüfung der vereinbarten und tatsächlich erzielten Reformfortschritte durch die sogenannte Troika, bestehend aus Experten der EU, des IWF und der EZB, voraus.

11 TARGET2 ist ein Zahlungsverkehrssystem, über das nationale und grenzüberschreitende Zahlungen in Zentralbankgeld schnell und endgültig abgewickelt werden. Vgl.: A. Lipponer und J. Ulbrich (2011), Salden im Zahlungsverkehrssystem TARGET2 – ein Problem?, Ifo Schnelldienst 16/2011, S. 69 ff.; H.-W. Sinn (2011), a. a. O.; S. Kooth, und B. van Roye (2012), Nationale Geldschöpfung im Euroraum, Mechanismen, Defekte, Therapie, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeitrag 508/509, Universität Kiel; Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung des TARGET2-Saldos der Bundesbank, Monatsbericht, März 2011, S. 34; Deutsche Bundesbank, Zur Problematik der TARGET2-Salden im Eurosystem, Geschäftsbericht 2011, S. 52; Europäische Zentralbank, TARGET2-Salden der nationalen Zentralbanken im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 36; U. Bindseil und P. König (2011), The Economics of TARGET2 Balances, SF 649 Working Paper 35; OENB (2012), TARGET verstehen – Das Zahlungsverkehrssystem TARGET2 aus volkswirtschaftlicher und bilanzieller Sicht, Geldpolitik und Wirtschaft, Q1/12, PENB, Wien; H.-W. Sinn und T. Wollmershäuser (2012), Target Loans, Current Account Balances and Capital Flows: The ECB's Rescue Facility, Int Tax Public Finance; W. Kohler (2011), Zahlungsbilanzkrisen im Eurosystem: Griechenland in der Rolle des Reservewährungslandes?, Ifo-Schnelldienst 16/2011, S. 12 ff.

Aufbau von TARGET2-Forderungen in Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen

verbuchen. Die höchsten TARGET2-Forderungen hatte am 31. August 2012 Deutschland mit 751 Mrd € zu verzeichnen. Aber auch die Niederlande, Luxemburg und Finnland wiesen hohe positive TARGET2-Salden auf.

Außergewöhnliche geldpolitische Maßnahmen

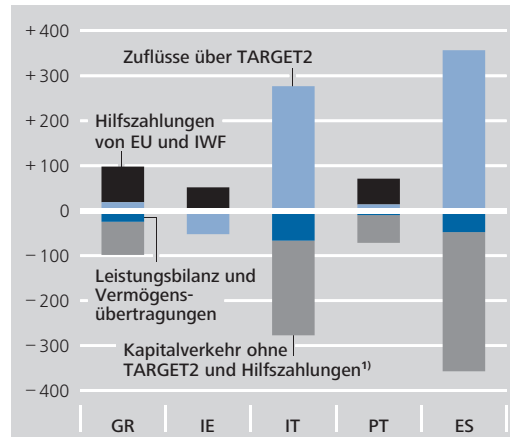
Die massive Ausweitung der TARGET2-Salden ist die Folge des Versiegens der privaten Finanzierungströme einerseits und der geldpolitischen Lockerung sowie der Vielzahl außergewöhnlicher geldpolitischer Maßnahmen des Eurosystems in der Finanzkrise andererseits, so zum Beispiel die seit Oktober 2008 praktizierte Vollzuteilung von Refinanzierungsgeschäften oder die Ausweitung des Sicherheitenrahmens. Auch durch die sogenannte Emergency Liquidity Assistance (ELA) wird Banken im Falle akuter Zahlungsengpässe in nationaler Verantwortung zusätzliche Liquidität zur Verfügung gestellt. Bei der Interpretation dieser Entwicklungen gilt es jedoch Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln: Die TARGET2-Salden sind Konsequenz der beschriebenen Faktoren im Rahmen einer dezentral durch die nationalen Notenbanken des Eurosystems umgesetzten Geldpolitik. Sie sind keine eigenständige Quelle originärer Risiken in der Währungsunion. Letztere entstehen aus der Liquiditätsbereitstellung, nicht aus ihrer nachträglichen geographischen Verteilung über das TARGET2-Zahlungssystem.

Liquiditätshilfen und finanzielle Transfers müssen mit Reformen einhergehen

In der Summe haben die umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen der EU und des IWF sowie die außergewöhnlichen geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems in den betroffenen Ländern und der Währungsunion insgesamt einen krisenbedingt sehr viel heftigeren Anpassungsprozess verhindert und damit eine Atempause verschafft. Sie können das Vertrauen in das Funktionieren der EWU aber nur dann nachhaltig stärken, wenn sie zeitlich begrenzt bleiben und von konsistenten wirtschaftspolitischen Reformen begleitet werden. Geschieht dies nicht oder nicht ausreichend, tragen sie dazu bei, die bestehende Situation zu verfestigen. Das Spannungsverhältnis, das sich im geltenden Rechtsrahmen zwischen dem Primat der nationalen Eigenverantwortlichkeit

Zahlungsbilanzsituation

1. Vj. 2011 bis 2. Vj. 2012; in Mrd €



1 (+) = Kapitalimport, (-) = Kapitalexport.

Deutsche Bundesbank

und Stützungsmaßnahmen seitens anderer Mitgliedsländer und des Eurosystems ergibt, würde so noch weiter zunehmen.

Korrektur von Zahlungsbilanzungleichgewichten bei gemeinsamer Geldpolitik und nationaler Eigenverantwortung

Mit der Einführung der gemeinsamen Währung in den Ländern des Euro-Raums wurde der institutionelle und ökonomische Integrationsgrad spürbar über den vorherigen Rahmen des Europäischen Währungssystems hinaus angehoben. Obwohl der Schritt in eine politische Union nicht zugleich beschritten wurde, verändert der Rahmen der einheitlichen Geldpolitik die Mechanismen der Zahlungsbilanzanpassung in den Mitgliedsländern erheblich. Dies lässt sich anhand einer Gegenüberstellung der wesentlichen Anpassungskanäle in unterschiedlichen währungspolitischen Regimen illustrieren.

Anpassungsprozess in der EWU anders als im Fixkursregime, ...

So unterscheidet sich beispielsweise die Anpassung von Zahlungsbilanzungleichgewichten in einer Währungsunion grundlegend von dem Korrekturmechanismus eines fixen Wechselkursregimes. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die einheitliche Geldpolitik

in der Währungsunion auf die Entwicklungen im Währungsraum als Ganzem ausgerichtet ist. Eine regional differenzierte Geldpolitik, die isoliert auf spezifische Entwicklungen in Teilbereichen des gemeinsamen Währungsraumes reagiert, ist damit nicht vereinbar. Dies ist anders in einem System fester Wechselkurse: Unter der Prämisse eines unveränderten Preisstabilitätsziels der Ankerwährung und freien Kapitalverkehrs kann hier die nationale Zentralbank zwar auch bei einer festen Wechselkursbindung die nationale Geldpolitik nicht frei bestimmen („impossible trinity“),¹²⁾ doch verbleibt ihr im Falle eines Ungleichgewichts auf dem Devisenmarkt zumindest kurzfristig die Wahl zwischen einer direkten Intervention durch den An- oder Verkauf von Devisen und einer Senkung beziehungsweise Anhebung des nationalen Leitzinses zur Beeinflussung der privaten Kapitalflüsse.

... in dem Leistungsbilanzdefizit mit Verknappung der inländischen Geldmenge und Zinsanstieg einhergeht

Beide Maßnahmen ziehen in einem Fixkursystem eine Verknappung der inländischen Geldmenge und damit der Kreditnachfrage nach sich, die sich letztlich auf die realwirtschaftlich wirksame Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auswirkt. Langfristig wird der dadurch erzwungene Rückgang des relativen Preis- und Lohnniveaus die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen. Insofern muss die betroffene Volkswirtschaft zwar die Konsequenzen dieser auf die Fixierung des Wechselkurses ausgerichteten Geldpolitik in Kauf nehmen. Die damit einhergehende wirtschaftspolitische Kontraktion im Inland wirkt jedoch im Hinblick auf die Zahlungsbilanz stabilisierend, das heißt, sie trägt zu einem Abbau bestehender Zahlungsbilanzungleichgewichte bei.

Sterilisierung kann kurzfristige Auswirkungen auf die Geldmenge kompensieren

Die geldpolitischen Konsequenzen des Fixkursregimes kann die Zentralbank vorübergehend durch eine expansive Kreditvergabe an den heimischen Bankensektor sterilisieren, wenn es darum geht, temporäre Schwankungen auszugleichen und unerwünschte Auswirkungen auf die Realwirtschaft abzufedern. Da die Sterilisierung den für die inländischen Korrekturen er-

forderlichen Zinsanstieg konterkariert, wird ein Abbau der Zahlungsbilanzungleichgewichte aber verzögert. Allerdings kann die Zentralbank eine anhaltende Überschussnachfrage nach ausländischer Währung zum herrschenden Wechselkurs aufgrund des begrenzten Bestandes an Devisenreserven ohnehin nicht dauerhaft ausgleichen. Sterilisierung ist somit lediglich eine kurzfristige Option. Langfristig ist ein Anstieg der kurzfristigen Zinsen aus fundamentalen Gründen unvermeidbar, und deshalb entwickelt sich in einem Regime fixer Wechselkurse die Geldmenge endogen, das heißt auf die Fixierung des Wechselkurszieles ausgerichtet.

In einer Währungsunion wird der Leitzins dagegen einheitlich für alle Mitglieder festgelegt, unabhängig davon, ob diese aktuell einen Überschuss oder ein Defizit privater Zahlungsbilanztransaktionen aufweisen. Zugleich reduziert sich die national umlaufende Geldmenge in einem einzelnen Defizitland in der Regel nicht im Umfang der privaten Netto-Kapitalabflüsse. Stattdessen können die Geschäftsbanken bei ausreichenden Sicherheiten den bestehenden Finanzierungsbedarf durch eine stärkere Inanspruchnahme von Refinanzierungsgeschäften decken. Zinseffekte, wie sie im Fixkursregime zu erwarten sind, werden damit am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve weitgehend eingegeben, und infolgedessen ergibt sich aus geldpolitischer Sicht auch ein gedämpfter Anpassungsdruck bei den Preisen. Insofern ähnelt der internationale Zahlungsbilanzzusammenhang in der EWU dem Anpassungsmechanismus eines Landes mit Fixkursregime und sterilisierender Geldpolitik. Die gemeinsame Währung wirkt hier als automatischer Stabilisator.

Anpassungsmechanismus in der Währungsunion ähnelt Fixkursystem mit sterilisierender Geldpolitik

¹² Aufgrund der Wechselbeziehungen zwischen Zinsniveau und Wechselkursen (Zinsparität), ist es unmöglich, zugleich die Wechselkurse stabil zu halten, eine autonome Geldpolitik zu verfolgen und die grenzüberschreitenden Finanzströme frei fluktuieren zu lassen. Vgl.: M. Fleming (1962), Domestic financial policies under fixed and floating exchange rates, IMF Staff Papers 9, S. 369 ff.; R. Mundell (1963), Capital Mobility and Stabilization Policy under Fixed and Flexible Exchange Rates in: The Canadian Journal of Economics and Political Science 29, S. 475 ff.

*Auch am langen
Ende geringere
Zinsdifferen-
zierung in der
Währungsunion*

Hinzu kommt: Mit den Geldmarktzinsen werden durch die gemeinsame Geldpolitik auch die langfristigen Zinsen der Tendenz nach stärker vereinheitlicht. Dies war im Vorfeld der Krise angesichts der sehr gering ausgeprägten Zinsdifferenzierung eindeutig zu beobachten, damals verstärkt durch die Zweifel der Finanzmarktakteure an der strikten Durchsetzung der „non-bail-out“-Klausel des EU-Vertrages. Sogar bei einer länderspezifischen Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen von Banken bleiben die Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz zunächst einmal begrenzter als in anderen Währungsregimen, da Geschäftsbanken bei merklichen Verteuerungen ihrer Kapitalmarktfinanzierung grundsätzlich auf die Liquiditätsoperationen des Eurosystems zu einem einheitlichen Zins ausweichen können.

*Reagibilität
inländischer
Finanzierungs-
bedingungen
auf globale
Stressfaktoren in
Währungsunion
niedriger*

Das Ausmaß, in dem inländische Finanzierungsbedingungen und globale Entwicklungen zusammenspielen, war im Vorfeld der jüngsten Krise ebenfalls beeinträchtigt. Offenbar fungierte die Währungsunion – wie erwähnt – lange Zeit als eine Art Schutzwall, der verhinderte, dass sich die länderspezifischen Finanzierungsbedingungen unmittelbar an Entwicklungen globaler Stressfaktoren orientieren. So war die Korrelation zwischen dem Volatilitätsindex VIX S&P 500 als einem Maß globaler Finanzmarktspannungen und den Prämien nationaler Credit Default Swaps (CDS) außerhalb des Euro-Raums signifikant höher als in der EWU.¹³⁾ Die schwächere Reaktion länderspezifischer Risikoeinschätzungen in der Währungsunion auf globale Entwicklungen trug letztlich dazu bei, dass sich kein adäquater Preis des Risikos innerhalb des Euro-Raums als Frühwarnsystem und rechtzeitiger Korrekturmechanismus herausbildete. Letzteres ist jedoch weniger den Rahmenbedingungen des gemeinsamen Währungsraums geschuldet, als vielmehr der unzureichenden Wahrnehmung sich aufbauender Ungleichgewichte durch die Finanzmärkte, die diese Risiken in der Aufbau-phase nicht angemessen einpreisten.

Die schlagartig einsetzende Neubewertung von Risiken in der Krise und die folgenden Umschwünge in den privaten Kapitalströmen erzwingen seitdem erhebliche gesamtwirtschaftliche Anpassungen, die vielfach mit einer schweren Rezession und hoher Arbeitslosigkeit in den betreffenden Ländern einhergehen. Allerdings wird auch in der Krise die Stabilisierungsfunktion der einheitlichen Geldpolitik deutlich. Diese mildert den Anpassungsprozess über niedrige Kurzfristzinsen und geldpolitische Stützungsmaßnahmen spürbar ab. Im Gegenzug nehmen jedoch die bilanziellen Risiken für das Notenbanksystem zu. Die einheitliche Geldpolitik gerät hier in ein Spannungsverhältnis mit dem im geltenden Rechtsrahmen verankerten Primat der nationalen Eigenverantwortung der Mitgliedsländer der Währungsunion. Denn je wirksamer die Geldpolitik mit ihren Maßnahmen die Finanzsysteme der Krisenländer stützt, desto stärker werden Risiken auf die Bilanz des Eurosystems übertragen und letztlich auf die Steuerzahler der Mitgliedsländer insgesamt umverteilt. Das sich ergebende Spannungsverhältnis wird spätestens dann akut, wenn die Geldpolitik ihre Maßnahmen gezielt zur Stützung der angespannten Situation in von der Krise betroffenen Ländern einsetzt. Dies mag zwar mit Erwägungen der Finanzstabilität oder der Gewährleistung der Funktionsbedingungen einer einheitlichen Geldpolitik begründet werden, gleichzeitig übernimmt die Geldpolitik damit jedoch eine Stabilisierungsfunktion, die in einer Währungsunion souveräner Mitgliedstaaten eine originär fiskalpolitische Aufgabe darstellt. Derartige Risikoübernahmen ersetzen folglich Unterstützungsmaßnahmen, die von

*Außergewöhn-
liche geld-
politische
Maßnahmen
dämpfen
Anpassungs-
prozess*

¹³ J. Ejsing und W. Lemke (2009), The Janus-headed salvation: sovereign and bank credit risk premia during 2008–09, ECB Working Paper 1127, Frankfurt a. M., interpretieren die Korrelation zwischen einem gemeinsamen globalen Risikofaktor – repräsentiert durch den Volatilitätsindex VIX S&P 500 – und Credit Default Swaps (CDS) als das Ausmaß, in dem die Risikoprämien einzelner Länder auf globale Entwicklungen reagieren. P. Honohan (2010), Lessons from Ireland, Comparative Economic Studies 52, S. 133 ff. stellt heraus, dass die gemeinsame Währung den Zinssatz auch für inländische Entwicklungen weniger elastisch macht.

demokratisch dazu legitimierten Akteuren zu erbringen wären.

Empirische Evidenz belegt geschwächten Zahlungsbilanzausgleich in der EWU

Empirische Untersuchung analysiert Anpassung der Leistungsbilanz in verschiedenen Wechselkursregimen

Eigene ökonometrische Untersuchungen stützen die Hypothese, dass der Zahlungsbilanzausgleich in der Währungsunion von anderen Faktoren bestimmt wird als in anderen Währungsregimen. Dabei wird die Anpassung der Leistungsbilanzsalden untersucht. Im Gegensatz zum gesamten privaten Zahlungsbilanzsaldo hat dies den Vorteil, dass flexible Wechselkursregime, deren Zahlungsbilanz per Definition ausgeglichen ist, in den Datensatz aufgenommen werden können. Darüber hinaus weist die Kapitalbilanz eine äußerst hohe Volatilität auf, die in den Schätzansätzen insbesondere dann hinderlich ist, wenn es um längerfristige Zusammenhänge geht.¹⁴⁾

Zahlungsbilanzkrisen meist in Verbindung mit realwirtschaftlichen Ungleichgewichten

Zudem gehen krisenhafte Entwicklungen in der Zahlungsbilanz überwiegend mit Leistungsbilanzdefiziten einher. Schließlich deutet auch der erhebliche, nur teilweise durch Fundamentalfaktoren erklärbare Anstieg der Leistungsbilanzdefizite in den Peripherieländern im Vorfeld der Krise darauf hin, dass die Salden weit über das tragfähige Niveau hinausgingen und die damit einhergehende rapide zunehmende Verschuldung gegenüber dem Ausland ein beträchtliches, zum Zeitpunkt der Entstehung nicht adäquat eingeschätztes Risiko darstellte. Obendrein waren die Kapitalabflüsse infolge der Staatsschuldenkrise insbesondere in denjenigen Ländern am größten, die die höchsten Leistungsbilanzdefizite aufwiesen.¹⁵⁾

Dauerhafte Abweichungen von ausgeglichener Leistungsbilanz prinzipiell möglich

Auf Basis eines Datensatzes, der die inzwischen 27 EU-Länder zwischen 1994 und 2011 erfasst, bestätigt sich, dass ein höherer Grad an Wechselkurs- beziehungsweise Zinsflexibilität zu einer signifikant rascheren Anpassung der Leistungsbilanz an ihren Gleichgewichtswert führt. Gemäß den durchgeführten Schätzungen wur-

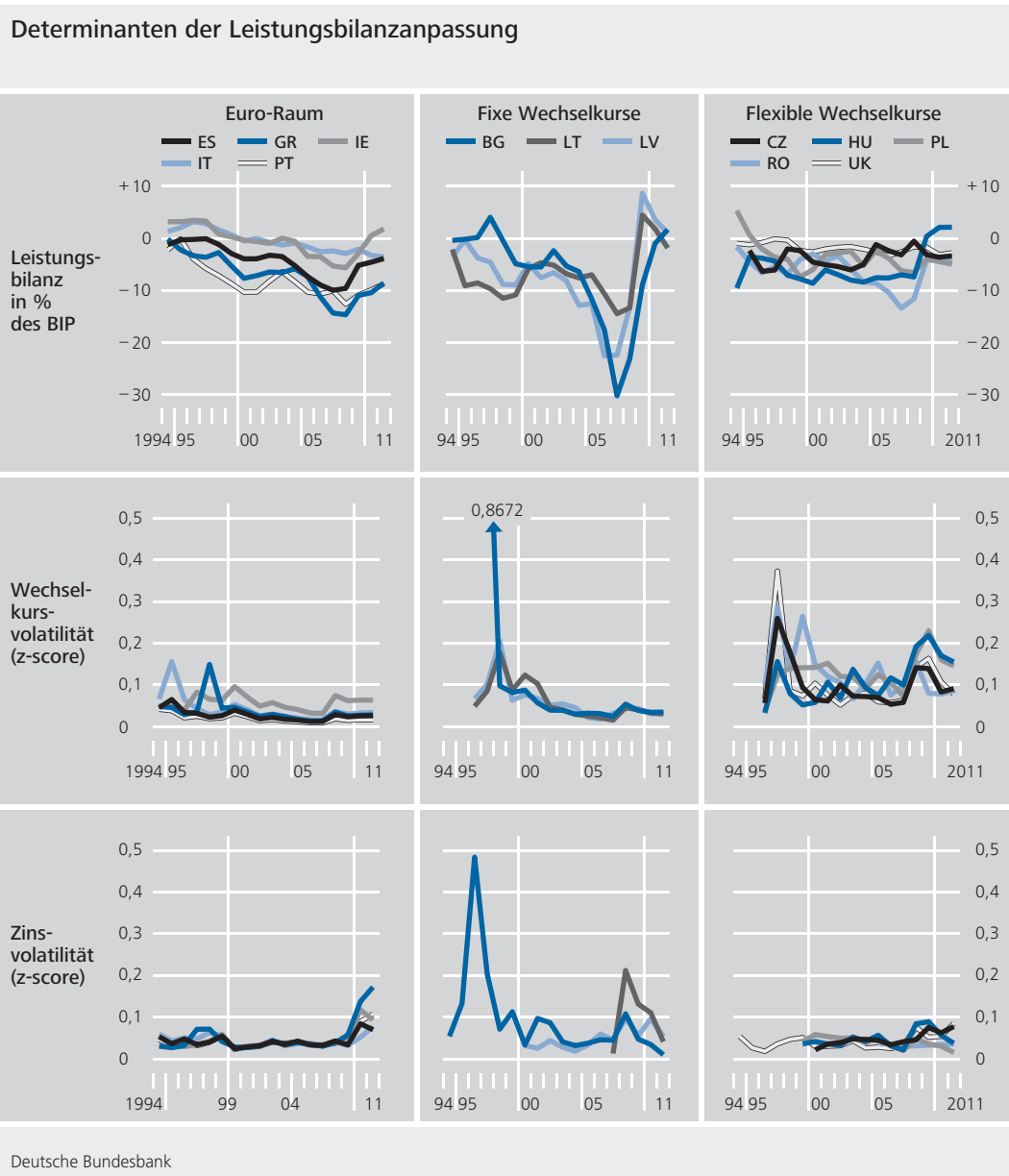
den im Falle völlig flexibler Wechselkurse Abweichungen vom Gleichgewicht innerhalb eines Jahres bereits zu mehr als der Hälfte abgebaut, nur 40% setzten sich in dem darauf folgenden Jahr fort. Eine Rückkehr zum Gleichgewicht impliziert jedoch nicht, dass es sich dabei stets um eine ausgeglichene Leistungsbilanz handeln muss. Vielmehr können positive oder negative Leistungsbilanzsalden durchaus ein Gleichgewichtsphänomen darstellen; beispielsweise kann ein wirtschaftlicher Aufholprozess über einen längeren Zeitraum hinweg die Existenz von Leistungsbilanzdefiziten rechtfertigen. Das Modell beschreibt lediglich den Anpassungsprozess von einem beliebigen Ausgangswert zum langfristigen Gleichgewicht, das modellendogen determiniert wird. Länderspezifische Unterschiede der gleichgewichtigen Salden sind dabei zugelassen, ohne dass diese als Ungleichgewichte definiert werden (vgl. die Erläuterungen auf S. 24 ff.).

In Ländern mit festen Wechselkursen sind die langfristigen Zinsen weitaus volatiler als bei flexiblen Wechselkursen. Somit kann der geringere Beitrag der Wechselkursvolatilität zur Anpassung der außenwirtschaftlichen Salden zumindest teilweise durch eine höhere Volatilität der Zinssätze kompensiert werden. Trotzdem bleibt die Persistenz der Leistungsbilanzsalden in einem Fixkurssystem signifikant höher als bei flexiblen Wechselkursen. Die bestehenden Divergenzen wurden im Untersuchungszeitraum in einem Jahr nur zu 40% zurückgeführt,

Zinsvolatilität kompensiert im Fixkursregime geringe Flexibilität der Wechselkurse

¹⁴ Die grundsätzliche Argumentation eines verzögerten Korrekturmechanismus gilt aber auch für Zahlungsbilanzkrisen, die ursächlich auf Entwicklungen der Kapitalbilanz zurückzuführen sind.

¹⁵ Die gegenwärtige Krise im Euro-Raum ist losgelöst von den realwirtschaftlichen Entwicklungen der neunziger Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht zu erklären. So nahmen die Verwerfungen im Euro-Raum erst infolge der sichtbar werdenden staatlichen sowie privaten Verschuldungsproblematik bzw. der gleichzeitig auftretenden akkumulierten Leistungsbilanzdefizite an Dramatik zu, während zuvor die Währungsunion als Schutzschild vor den Verwerfungen der Finanzkrise fungierte. Vgl.: P. R. Lane und B. Pels (2012), Current Account Imbalances in Europe, CEPR Discussion Paper 8958, CEPR, London; M. Obstfeld und K. Rogoff (2010), Global Imbalances and the Financial Crisis; Products of Common Causes, in: R. Glick und M. Spiegel (eds), Asia and the Global Financial Crisis, Federal Reserve Bank San Francisco, S. 131ff.



60% der Abweichungen in das Folgejahr übertragen.

Stressfaktoren verzögerte den Zahlungsbilanzausgleich innerhalb der Währungsunion statistisch signifikant.

Persistenz von Leistungsbilanzungleichgewichten am größten in der Währungsunion, ...

Die Persistenz von Leistungsbilanzdefiziten in der Währungsunion ist mit einem geschätzten Einfluss des aktuellen Leistungsbilanzsaldos auf den entsprechenden Wert im Folgejahr mit 75% merklich höher war als in Regimen mit flexiblen Wechselkursen oder in Fixkursregimen. Dies ist insbesondere auf die im Vergleich zum Fixkurssystem niedrigere Zinsvolatilität zurückzuführen, die nicht in der Lage ist, den fehlenden oder geringen Einfluss der Wechselkursvolatilität zu ersetzen. Auch die geringere Elastizität der Zinsen in Bezug auf globale

Die vorliegenden Untersuchungen bestätigen somit, dass die Anpassung der Leistungsbilanz vom Währungsregime abhängt, beziehungsweise dass die Rückkehr des Leistungsbilanzsaldos zum Gleichgewicht in einer Währungsunion in der Regel verzögert erfolgt. Ein abgeschwächter Anpassungsprozess in der Währungsunion impliziert zwar nicht, dass es zwingend zu Zahlungsbilanzproblemen kommen muss. Eine Akkumulation ungleichgewichtiger Salden wird aber angesichts der fest-

... was das Aufschaukeln von Ungleichgewichten begünstigt

Anpassung von Leistungsbilanzsalden in unterschiedlichen Währungsregimen

In den nachfolgenden empirischen Untersuchungen wird im Rahmen eines autoregressiven Modells geprüft, ob die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Währungsregime einen signifikanten Einfluss darauf hat, wie schnell die Leistungsbilanzsalden zum Gleichgewicht zurückkehren.¹⁾ Gemäß theoretischen Überlegungen ist davon auszugehen, dass nominale Wechselkursveränderungen und damit unterschiedliche Wechselkursregime langfristig keinen Einfluss auf den Leistungsbilanzsaldo ausüben. Allerdings bestehen in der kurzen Frist erhebliche Preisrigiditäten, sodass die internationale Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere in Zusammenhang mit Anpassungsprozessen, durchaus durch nominale Entwicklungen des Wechselkurses beeinflusst werden dürfte.²⁾

Das Gleichgewicht der Leistungsbilanz wird dabei „modellendogen“ durch die einbezogenen Variablen bestimmt. Der Ansatz unterstellt somit keinen ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo, auch nicht im Steady State, und akzeptiert individuelle länderspezifische Gleichgewichtswerte. Die Frage, inwiefern diese Niveaus vom zugrunde liegenden Wechselkursregime abhängen, wird allerdings im Rahmen des hier vorgestellten Modells nicht beantwortet.³⁾

Die vorliegende Analyse unterscheidet in Bezug auf den Anpassungsprozess der Leistungsbilanz explizit zwischen dem Einfluss eines Fixkurssystems und dem einer Mitgliedschaft in einer Währungsunion.⁴⁾ Der Datensatz umfasst die 27 EU-Länder von 1994 bis 2011. Die Schätzungen basieren auf folgender Regressionsgleichung:⁵⁾

$$(1) \text{CAGDP}_{it} = p_0 + p_1 \text{CAGDP}_{it-1} + p_2 \text{CAGDP}_{it-1} \times \text{ER_REGIME}_{it-1} + p_3 \text{ER_REGIME}_{it-1} + e_{it}$$

1 In den empirischen Untersuchungen wird die Leistungsbilanz und nicht der gesamte private Zahlungsbilanzsaldo als erklärende Variable herangezogen. Sie konzentrieren sich somit wie auch die Ausführungen im Haupttext auf die Entstehung realwirtschaftlich bedingter Zahlungsbilanzungleichgewichte. Aus ökonomischer Sicht besteht ein Vorteil der expliziten Beschränkung auf die Leistungsbilanz darin, dass bei flexiblen Wechselkursregimen die privaten Zahlungsbilanztransaktionen per se ausgeglichen sind, und es folglich nicht möglich wäre, Länder mit flexiblen Wechselkursen in die empirische Untersuchung aufzunehmen. Zudem stellt die Leistungsbilanz eine gute Proxy für die Zahlungsbilanz dar, wenn die Leistungsbilanz und die privaten Zahlungsbilanztransaktionen hoch korreliert sind bzw. die Veränderungen in dieselbe Richtung weisen. In diesem Fall kann eine ökonomische Untersuchung von der im Vergleich zu den internationalen Kapitalflüssen geringeren Volatilität der Leistungsbilanzsalden profitieren.

2 Vgl.: M. Mussa (1986), Nominal Exchange Rate Regimes and the Behavior of Real Exchange Rates: Evidence and Implications, Carnegie Rochester Conference Series on Public Policy 25, S. 117 ff.

3 Da der Fokus auf dem Anpassungsprozess liegt, weist das Modell keine konkreten Werte für gleichgewichtige Leistungsbilanzsalden aus und bezieht keine Fundamentalvariablen ein. Im Gegensatz dazu untersuchen Arratibel et al. (2008), Real Convergence in Central and Eastern European EU Member States – Which Role for the Exchange Rate Volatility?, ECB Working Paper 929, European Central Bank, Frankfurt, den Zusammenhang zwischen der Wechselkursvolatilität und dem Niveau der Leistungsbilanz.

4 Vgl.: M. D. Chinn und S.-J. Wei (2008), A faith-based initiative: Do we really know that a flexible exchange rate regime facilitates current account adjustment?, NBER Working Paper 14420, Cambridge MA.; S. Herrmann (2008), Do we really know that flexible exchange rates facilitate current account adjustment? Some new empirical evidence for CEE countries, Applied Economics Quarterly 55, S. 295 ff.

5 Die Untersuchungen erfolgten auf Basis eines Feasible-Generalized-Least Square-Schätzers (FGLS) mit fixen Effekten, panel-korrigierten Standardfehlern und – falls notwendig – einem AR-Term zur Bereinigung der Autokorrelation. Dynamische Modelle mit fixen Effekten weisen den sog. Nickel-Bias auf, der aus der Korrelation der mittelwertbereinigten verzögerten endogenen Variablen mit dem mittelwertbereinigten Fehlerterm resultiert. Da im vorliegenden Datensatz die Anzahl der Perioden T hinreichend groß ist, sollte der Fehler jedoch nicht ausgesprochen hoch sein. Die Schätzungen wurden mit Eviews 7 durchgeführt. Datenquellen: Deutsche Bundesbank, BIZ und IWF.

mit *CAGDP* als Leistungsbilanzsaldo in % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), *p1* als autoregressivem Koeffizienten, *ER_REGIME* als Wechselkursregime basierend auf verschiedenen Indikatoren. Die Subindizes *i* beziehungsweise *t* bezeichnen die Länder beziehungsweise das Beobachtungsjahr und *e* den Fehlerterm.

In einem ersten Schritt wird die Rate der Leistungsbilanzanpassung bei flexiblen, gemischten und fixen Wechselkursystemen sowie innerhalb einer Währungsunion ermittelt (Modell 1).⁶⁾ Ausgehend von einem einfachen Dummy-Ansatz, der das jeweilige Währungsregime anhand einer 0/1-Variablen repräsentiert, wird dargestellt, in welchem Maß sich die verschiedenen Systeme unterscheiden, ohne die Gründe für die unterschiedliche Anpassungsgeschwindigkeit genauer zu benennen.⁷⁾

In einem zweiten Schritt werden die unterschiedlichen Währungsregime gemäß ihren spezifischen Charakteristika modelliert (Modell 2).⁸⁾ Daraus lassen sich Informationen über die zugrunde liegenden Transmissionskanäle ableiten. Um zwischen fixen und flexiblen Wechselkursen zu differenzieren, wird gemäß Gosh, Gulde und Wolf der „z-score“-Index als Maß der Wechselkursvolatilität berücksichtigt; eine entsprechende Größe der Zinsvolatilität erlaubt es, zwischen dem Anpassungsprozess bei fixen Wechselkursen und in einer Währungsunion zu unterscheiden.⁹⁾

Die Persistenz der Leistungsbilanzsalden *p* ergibt sich aus dem autoregressiven Koeffizienten des verzögerten Leistungsbilanzsaldos *p1* plus dem Koeffizienten des Interaktionsterms von verzögerter endogener Variable und Wechselkursregime *p2*. Die im Modell 1 ermittelte Rate, mit der bestehende Ungleichgewichte der Leistungsbilanz abgebaut werden, das heißt die Leis-

Einflussgrößen der Leistungsbilanzanpassung *)

Position	Modell 1 FGLS	Modell 2 FGLS
<i>CAGDP</i> (-1)	0,594 (5,44)***	1,029 (16,32)***
<i>CAGDP</i> (-1) * <i>FLEXIBLE</i>	-0,197 (-1,87)**	
<i>CAGDP</i> (-1) * <i>FIX</i>	0,006 (0,062)	
<i>CAGDP</i> (-1) * <i>EMU</i>	0,156 (2,06)**	
<i>CAGDP</i> (-1) * <i>ER_VOL</i> (-1)		-0,340 (-2,02)**
<i>CAGDP</i> (-1) * <i>IR_VOL</i> (-1)		-4,381 (-3,17)***
<i>R2</i>	0,9	0,9
<i>N</i>	429	429
Durbin-Watson Statistic	1,84	2,0

* t-Werte in Klammern. ** bezeichnen Signifikanz auf dem 5%-Niveau. *** bezeichnen Signifikanz auf dem 1%-Niveau. Anmerkung: Die Variable für das Wechselkursregime wird nicht nur im Interaktionsterm berücksichtigt, sondern auch im Niveau. Dies ist aus ökonomischen Gründen notwendig. Da dies jedoch keine ökonomischen Implikationen hat, werden die Resultate nicht in der Tabelle aufgeführt.

Deutsche Bundesbank

6 Gemischte Währungsregime sind weder voll flexibel, noch basieren sie auf festen Wechselkursen. Hierzu gehören Wechselkursregime mit Bandbreiten sowie Systeme, bei denen Zentralbanken inoffiziell und unregelmäßig auf den Devisenmärkten intervenieren, um den Preis der Währung zu beeinflussen („managed floating“).

7 Vgl.: M. D. Chinn und S.-J. Wei (2008), a. a. O.

8 Eine stetige Variable reflektiert Entwicklungen in einem Wechselkursregime weitaus präziser als eine Dummy-Variable. Zudem werden systemimmanente Probleme eines Dummy-Ansatzes vermieden, z. B. eine insbesondere bei intermediären Regimen willkürliche Klassifikation. Allerdings steigt das Risiko einer möglichen Endogenität: Sind die erklärenden Variablen – Wechselkursvolatilität und Zinsvolatilität – von den zugrunde liegenden Leistungsbilanzentwicklungen beeinflusst und nicht vollständig exogen, kann dies mit verzerrten Schätzergebnissen einhergehen. Um dies zu vermeiden, wird die Volatilität des Wechselkurses und des Zinses verzögert in die Schätzung aufgenommen.

9 Wechselkursfluktuationen werden gemäß der folgenden Gleichung berücksichtigt: $z_t = \sqrt{\mu_t^2 + \sigma_t^2}$, mit μ_t als dem arithmetischen Mittel der täglichen prozentualen Veränderungen der nominalen Wechselkurse im Jahr *t* und σ_t als der Standardabweichung der täglichen prozentualen Veränderungen der nominalen Wechselkurse im Jahr *t*. In entsprechender Weise wird auch die Zinsvolatilität berechnet. Vgl.: A. Gosh, A. M. Gulde und H. Wolf (2003), *Exchange Rate Regimes: Choices and Consequences*, Cambridge (Mass.), MIT Press.

Persistenz und Geschwindigkeit der Leistungsbilanzanpassung in verschiedenen Währungsregimen

Modelle	Persistenz P	Anpassungs- geschwindigkeit (1-P)
Modell 1		
Flexible Wechselkurse	0,40	0,60
Intermediäres Regime	0,59	0,41
Fixe Wechselkurse	0,60	0,40
EWU	0,75	0,25
Modell 2		
Wechselkurs- volatilität	1,03 - 0,34 * WK-Volatilität _{t-1}	- 0,03 + 0,34 * WK-Volatilität _{t-1}
Zinsvolatilität	1,03 - 4,38 * Zins-Volatilität _{t-1}	- 0,03 + 4,38 * Zins -Volatilität _{t-1}

Deutsche Bundesbank

Leistungsbilanz nach einer Störung zum Gleichgewicht zurückkehrt, ist $1 - (p1+p2)$. Entsprechend setzt sich die Persistenz in Modell 2 ebenfalls aus $p1 + p2$ zusammen, wobei $p2$ nun mit dem Grad an Wechselkurs- und Zinsvolatilität zu multiplizieren ist. Ein negatives Vorzeichen des Parameters $p2$ impliziert eine schnellere Anpassung der Leistungsbilanz, da der autoregressive Term (positives Vorzeichen) reduziert wird und damit die Persistenz der Leistungsbilanzungleichgewichte sinkt.

Gemäß den Ergebnissen der empirischen Untersuchungen wird die Anpassungsrate der Leistungsbilanz signifikant vom Wechselkursregime beeinflusst. So geht ein höherer Grad an Wechselkursflexibilität Hand in Hand mit einer rascheren Rückkehr der Leistungsbilanzsalden zum Gleichgewicht. In einem voll flexiblen Wechselkursregime werden die bestehenden Abweichungen innerhalb eines Jahres zu 60% abgebaut, während 40% der Ungleichgewichte im folgenden Jahr weiter bestehen. Mit einem

Wert von 59% ist die Persistenz von Ungleichgewichten innerhalb eines gemischten Regimes¹⁰⁾ deutlich ausgeprägter. Nur marginal länger ($p = 0,6$) bestehen die Abweichungen vom Gleichgewicht in einem Fixkursregime. Am weitaus langsamsten werden die Salden in einer Währungsunion ausgeglichen. Die innerhalb einer Periode erfolgte Rückführung der Ungleichgewichte liegt innerhalb der EWU bei nur 25%. Somit ist die Persistenz von Leistungsbilanzungleichgewichten im Euro-Raum im Untersuchungszeitraum erheblich größer als bei flexiblen Wechselkursen, aber auch signifikant höher als in einem Festkursregime.

Die Resultate aus Modell 2 verdeutlichen, dass es ein höherer Grad an Wechselkurs- und Zinsvolatilität ist, der den Rückkehrprozess der Leistungsbilanz zum Gleichgewicht unterstützt. So reduziert sich der autoregressive Koeffizient um 0,34 multipliziert mit der Wechselkursvolatilität des Vorjahres sowie um 4,38 multipliziert mit der Zinsvolatilität der Vorperiode. Die Koeffizienten selbst können nicht interpretiert werden, da sie von der jeweiligen Einheit der Variablen abhängen. Allerdings lässt sich im Rahmen einer Beitragsanalyse zeigen, inwiefern beide Faktoren zu einer beschleunigten Rückführung der Salden beitragen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere von Interesse, in welchem Ausmaß die jeweiligen Werte der Leistungsbilanzanpassung in den unterschiedlichen Wechselkursregimen seit 1999 zurückzuführen sind auf die Volatilität von Wechselkursen und Zinsen (vgl. die Tabelle auf S. 27).¹¹⁾

¹⁰ Das gemischte Währungsregime entspricht dem Ausgangsszenario, da es nicht explizit als zusätzliche Dummy in die Schätzung aufgenommen wurde.

¹¹ Der Beitrag ergibt sich jeweils aus den geschätzten Koeffizienten der einbezogenen Variablen multipliziert mit den durchschnittlichen Werten der Variable innerhalb eines Währungssystems.

Die Ergebnisse illustrieren, dass innerhalb des Fixkursregimes der geringe Beitrag der Wechselkursvolatilität zum Abbau der Ungleichgewichte durch die höhere Volatilität der Zinssätze kompensiert wird. In der Währungsunion ist die Zinsvolatilität dagegen geringer als in den Fixkurssystemen und daher nicht in der Lage, eine fehlende oder geringere Wechselkursvolatilität zu ersetzen. Insgesamt stützen die empirischen Untersuchungen somit die Hypothese, dass die Anpassung der Leistungsbilanz innerhalb einer Währungsunion beeinträchtigt ist. Dies gilt vor allem gegenüber flexiblen Wechselkursen aufgrund einer geringeren Flexibilität der Wechselkurse; aber auch im Vergleich zu Fixkurssystemen weist die Währungsunion aufgrund der weniger volatilen Zinsentwicklung eine erkennbar höhere Persistenz der Leistungsbilanzsalden auf.

Beitrag von Zins- und Wechselkursvolatilität zur Leistungsbilanzanpassung in verschiedenen Regimen (1999 bis 2011)^{*)}

Position	EWU	Fixe Wechselkurse	Flexible Wechselkurse
Wechselkursvolatilität	- 0,05	- 0,07	- 0,17
Zinsvolatilität	- 0,19	- 0,24	- 0,18
Gesamtbeitrag	- 0,24	- 0,31	- 0,35

* Negative Werte reduzieren den autoregressiven Koeffizienten (Persistenz) und beschleunigen daher den Anpassungsprozess.

Deutsche Bundesbank

gestellten Persistenz von Leistungsbilanzpositionen wahrscheinlicher. Das Korrektiv der Marktdisziplin wirkte dem in der Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße entgegen. Das im Zuge der Krise einsetzende Umschlagen der Risikowahrnehmung erfolgte dann jedoch abrupt und blieb nicht auf ein einzelnes Land beschränkt. In diesem Zusammenhang spielen häufig nicht lineare Reaktionen eine Rolle („thresholds“), die bei Überschreiten bestimmter Schwellenwerte eine plötzliche Reaktion der Finanzmärkte hervorrufen.

Wirtschaftspolitische Implikationen

Angesichts dieser Befunde ergeben sich zentrale wirtschaftspolitische Herausforderungen. Dies gilt sowohl für die akute Krisenbekämpfung als auch bezüglich der Frage, wie der institutionelle Rahmen der Währungsunion widerstandsfähiger gegenüber derartigen Risiken gemacht

werden kann. Aus geldpolitischer Perspektive ist zentral, dass auf beiden Feldern die Ausrichtung der einheitlichen europäischen Geldpolitik auf Preisstabilität gewährleistet bleibt.¹⁶⁾

Im kurzfristigen Krisenmanagement ist es essenziell, dass die Grenzziehung zwischen Geld- und Finanzpolitik gewahrt bleibt. Notenbanken spielen in einer Krise als Liquiditätsgeber der letzten Instanz für solvente Banken eine wichtige Rolle. Dies betrifft kurzfristige Operationen gegen werthaltige Sicherheiten. Jede Stützungsmaßnahme eines Finanzinstituts, die erkennbar über eine solche „lender of last resort“-Funktion bei zeitweiliger Illiquidität hinausgeht, bedeutet eine quasi-fiskalische Rolle für die Notenbank und gehört in den Verantwortungsbereich der Regierungen.

Striktes geldpolitisches Regelwerk notwendig

Bildung von Zahlungsbilanzungleichgewichten in der EWU begünstigt

¹⁶ Vgl. auch: C.A. Sims, Gaps in the institutional structure of the euro area, Financial Stability Review 16, Banque de France, April 2012.

*Reform der
Finanzmarkt-
regulierung führt
in die richtige
Richtung*

Über die kurzfristige Krisenabwehr hinaus ergibt sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine Reihe von Ansatzpunkten, um die Widerstandsfähigkeit des institutionellen Rahmens in der Zukunft zu erhöhen. So sind sämtliche Maßnahmen, die die Anfälligkeit der nationalen Banken- und Finanzsysteme verringern helfen, zu begrüßen. Die bereits eingeleitete Straffung und Harmonisierung der Finanzmarktregulierung in der Europäischen Union kann dazu beitragen, dem Aufbau nicht nachhaltiger Verschuldungspositionen frühzeitig zu begegnen und Zahlungsbilanzkrisen vorzubeugen. Darüber hinaus weisen auch die Bemühungen um eine Stärkung der Bankenaufsicht auf europäischer Ebene durchaus in die richtige Richtung, wenn dabei nicht die Umverteilung von Risiken im Vordergrund steht, sondern die Verbesserung der Krisenresistenz von Kreditinstituten. Eine Voraussetzung dafür ist es, die wechselseitige Abhängigkeit von Staat und nationalem Finanzsektor deutlich zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist jedoch neben einem einheitlichen Aufsichtsansatz auf europäischer Ebene auch ein veränderter Regulierungsansatz in Gestalt differenzierter Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Staatsanleihen notwendig.

*Langfristig
höhere An-
forderungen an
Homogenität
der Mitglieder
einer Währungs-
union*

Generell ist festzuhalten, dass die gegenwärtige Grundordnung der europäischen Geld- und Fiskalpolitik hohe Anforderungen an die Homogenität und/oder die Anpassungsbereitschaft der Mitgliedstaaten stellt. Dies stützt die Bedeutung einer verstärkten Überwachung der Wirtschaftspolitik, die im Rahmen des Euro-Plus-Pakts sowie des makroökonomischen Überwachungsverfahrens und des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts realisiert werden soll. Es ist essenziell, auf diesem Wege Fehlentwicklungen künftig rechtzeitig zu identifizieren und rasch gegenzusteuern.

Fiskalpakt ...

Dies gilt auch für den Fiskalpakt, der am 1. Januar 2013 in Kraft treten wird und die Unterzeichnerstaaten (alle EU-Länder mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik) dazu verpflichtet, die Vorgabe eines

strukturell annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts im nationalen Recht zu verankern. Darüber hinaus sind sogenannte Schuldenbremsen einzuführen, die bei Zielverfehlungen einen automatischen Korrekturmechanismus in Gang setzen. Allerdings sind auch mit dem Fiskalpakt noch keine Durchgriffsrechte auf die nationale Fiskalpolitik vorgesehen, die über den reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt hinausgehen.¹⁷⁾

Die beschlossenen Überwachungsverfahren können dazu dienen, den Marktteilnehmern frühzeitig Probleme „zu kommunizieren“ in der Erwartung, dass diese stärker als in der Vergangenheit über den Zins disziplinierend auf die betreffenden Länder wirken. Die Erfahrungen aus der ersten Dekade der EWU machen deutlich, dass der öffentliche Druck allein nicht ausreichen dürfte, um erforderliche Anpassungen in Gang zu bringen. Darüber hinaus sind wirksame Sanktionen, die bei Verletzung der Vorgaben auch tatsächlich angewandt werden, unverzichtbar. Ob die beschlossenen Verfahren dieser Anforderung genügen, bleibt allerdings abzuwarten.¹⁸⁾

Eine stärkere Zinsdifferenzierung könnte im Übrigen schon frühzeitig, das heißt vor dem Ausbruch einer Zahlungsbilanzkrise, zu einer Anpassung der internationalen Kapitalströme führen und auch auf realwirtschaftlicher Ebene Korrekturen, beispielsweise der Inlandsnachfrage, auslösen. Die Konvergenz der nominalen Zinsen innerhalb der Währungsunion ist kein Selbstzweck und nur dann wünschenswert, wenn sie auf fundamental gerechtfertigter Konvergenz beruht und nicht die Lenkungsfunction von Finanzmarktpreisen untergräbt.

*... und Makro-
ökonomisches
Ungleich-
gewichtsverfah-
ren der EU
müssen sich
bewähren*

¹⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Fiskalpakt und Europäischen Stabilitätsmechanismus, Monatsbericht, Februar 2012, S. 64 ff.

¹⁸ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Die außenwirtschaftliche Position Deutschlands vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftspolitischer Überwachung, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 41 ff.

Eigenverantwortung soll über Reformen gestärkt werden

Eine verstärkte Koordination und mögliche Sanktionierung der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene entbindet die einzelnen Länder nicht von ihrer Eigenverantwortung. In dem gegenwärtigen ordnungspolitischen Rahmen der EWU müssen wirtschaftspolitische Maßnahmen letztlich auf nationaler Ebene beschlossen und umgesetzt werden. Die EWU unterscheidet sich von Bundesstaaten wie den Vereinigten Staaten oder Deutschland, in denen es ebenfalls zu regionalen wirtschaftlichen Divergenzen kommen kann, durch das Fehlen einer zentralen demokratisch legitimierten und parlamentarisch kontrollierten politischen Instanz mit umfangreichen Entscheidungskompetenzen zur Bewältigung interner Verschuldungskrisen.

Für die Länder der Währungsunion wäre ein solcher Weg in Richtung einer politischen Union ein grundsätzlich konsistenter Ansatz, die Währungsunion widerstandsfähiger zu machen. Der damit zwingend einhergehende Souveränitätsverzicht der nationalen Ebene würde jedoch eine tiefe Zäsur für die Mitgliedstaaten darstellen und wird nur dann gelingen, wenn sie gesellschaftlich gewünscht ist und unabhängig von rein wirtschaftlichen Erwägungen von den Bürgern akzeptiert wird.

Werden solche Sprünge im Integrationsgrad als politisch nicht erwünscht oder durchsetzbar erachtet, bleibt das Primat der nationalen Eigenverantwortung bestehen.

Politische Union muss von breiter Mehrheit getragen werden

Zur Entwicklung der Länderfinanzen in Deutschland seit dem Jahr 2005

Die Finanzlage der Länder war in den vergangenen Jahren durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Nachdem zwischenzeitlich für die Ländergesamtheit der Haushaltsausgleich erreicht worden war, kam es mit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 zu einer erheblichen Verschlechterung. Seitdem ging das Defizit insgesamt zwar wieder deutlich zurück, aber erst zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2016 soll wieder ein annähernder Haushaltsausgleich erreicht werden.

Die aktuelle Finanzlage ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Während in einigen Ländern schon im letzten Jahr Überschüsse verzeichnet wurden, meldeten andere weiterhin sehr hohe Defizite. Aus hohen Schulden resultierende Zinsbelastungen spielten dabei zwar vielfach eine wichtige Rolle. Die übrigen Ausgaben und die Einnahmen variierten aber mitunter ebenfalls beträchtlich.

Zur Eindämmung auch der Länderschulden wurden im Jahr 2009 strenge Kreditgrenzen im Grundgesetz verankert. Ab 2020 müssen alle Länder ihre Haushalte (strukturell) ausgleichen. Die Ausgestaltung wichtiger Details der Schuldenbremse wurde allerdings den Landesgesetzgebern vorbehalten, wobei die Übergangsfrist des Grundgesetzes für die Mehrzahl der Länder sehr lang erscheint. Inzwischen liegen nach Verfassungsänderungen einiger Länder erste Ausführungsgesetze vor. Zumeist wurden allerdings (noch) keine genauen oder nur wenig ambitionierte Vorgaben für den Defizitmindestabbau in der Übergangsphase festgelegt. Ebenso wie bei den Ländern ohne Neuregelung der Verschuldungsgrenzen birgt dies die Gefahr, dass notwendige Konsolidierungsmaßnahmen aufgeschoben werden und schließlich Probleme bei der Zielerreichung auftreten. Je später die Konsolidierung erfolgt, desto höher wird auch die künftige Zinsbelastung ausfallen, womit sich die Spielräume für die übrigen Ausgaben weiter spürbar verengen. Länder mit hohen Ausgangsdefiziten sind hier besonders gefordert. Grundsätzlich empfiehlt es sich, deutliche Sicherheitsabstände zu den verfassungsmäßigen Neuverschuldungsgrenzen vorzusehen, um kurzfristige und potenziell prozyklische Anpassungsanforderungen nach unerwartet ungünstigen Entwicklungen zu vermeiden. Bei der ebenfalls bis 2020 anstehenden Reform des Länderfinanzausgleichs erscheint es auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ausgangslagen folgerichtig, die Flexibilität auch auf der Einnahmenseite zu erhöhen und beispielsweise länderspezifische Zu- und Abschläge bei Gemeinschaftssteuern zu ermöglichen.

Entwicklung der Länderhaushalte

Kernhaushalte in der Gesamtschau

*Analyse durch
 Ausgliederungen
 und Gründung
 neuer Sonder-
 vermögen
 erschwert*

Die Länderfinanzen waren in den letzten Jahren starken Schwankungen unterworfen. Für eine Analyse der Entwicklungen wäre angesichts der Tendenz zu Ausgliederungen und Gründung neuer Extrahaushalte der Fokus grundsätzlich über die Kernhaushalte hinaus zu weiten. Dies stößt jedoch im Beobachtungszeitraum noch auf statistische Probleme. Inzwischen hat das Statistische Bundesamt den Berichtskreis der vierteljährlichen Kassenstatistik über die Kernhaushalte hinaus erweitert und seit dem Berichtsjahr 2011 im Rahmen eines „Schalenkonzeptes“ alle dem Staatssektor zuzurechnenden Einheiten einbezogen. Die Entwicklung in den Vorjahren ist dadurch verzerrt, dass der Berichtskreis sukzessiv um zusätzliche Einheiten ausgeweitet wurde. Daher werden im Folgenden zunächst die Veränderungen in den Kernhaushalten seit dem Jahr 2005 betrachtet, bevor für 2011 ein vergleichender Blick auf die neue Abgrenzung gerichtet wird.

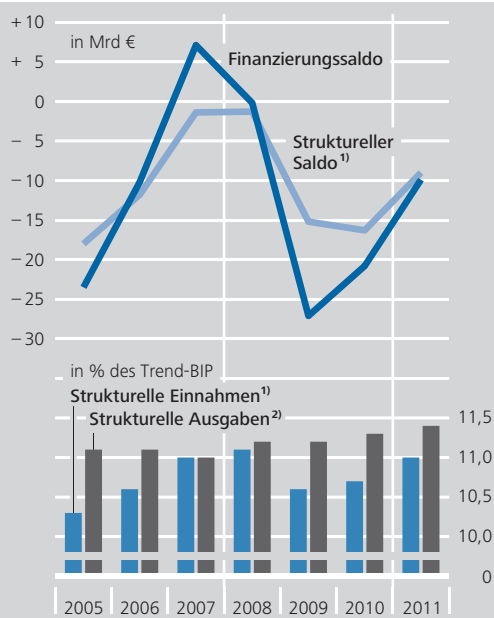
*Unter starken
 Schwankungen
 zwar per saldo
 Defizitabbau,
 Haushaltsaus-
 gleich aber noch
 nicht wieder
 erreicht*

Im Ausgangsjahr der nachfolgenden Analyse, dem konjunkturell noch relativ schwachen Jahr 2005,¹⁾ verzeichneten die Länderkernhaushalte ein sehr hohes Defizit von 23½ Mrd €. Im nachfolgenden Aufschwung sank es rasch, und 2007 wurde einmalig ein deutlicher Überschuss von 7 Mrd € erreicht. Nach einem Haushaltsausgleich 2008 folgte in der Finanz- und Wirtschaftskrise eine drastische Verschlechterung mit einem Defizit von 27 Mrd € im Jahr 2009, das bis 2011 aber wieder auf 10 Mrd € zurückging.

*Strukturelle Lage
 weniger
 schwankend*

Die Entwicklung stellt sich deutlich weniger volatil, per saldo aber auch etwas ungünstiger dar, wenn um den rechnerischen Einfluss der Konjunktur²⁾ auf die Steuereinnahmen sowie die bei EU-Haushaltsüberwachung und Schuldenbremse grundsätzlich ausgeklammerten finanziellen Transaktionen³⁾ bereinigt wird. In

Finanzierungssaldo sowie Einnahmen- und Ausgabenquote der Länderkernhaushalte



1 Ohne finanzielle Transaktionen und ohne den rechnerischen Konjunkturreffekt auf das Steueraufkommen gemäß Bundesbankschätzung (Datenstand: Frühjahr 2012). **2** Ohne finanzielle Transaktionen.
 Deutsche Bundesbank

dieser strukturellen Betrachtung ergab sich in den Jahren 2005 bis 2008 ein kontinuierlicher Defizitabbau von 18 Mrd € auf 1 Mrd €. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise kam es dann bis 2010 zu einem Wiederanstieg bis auf 17 Mrd €, bevor zuletzt ein Rückgang auf 9½

1 Vgl. zur Entwicklung in den vorangegangenen Jahren: Deutsche Bundesbank, Zur Lage der Länderfinanzen in Deutschland, Monatsbericht, Juli 2006, S. 33 ff.

2 Hier wird das im Europäischen System der Zentralbanken standardmäßig eingesetzte „Disaggregierte Verfahren“ zur Ermittlung der Konjunkturkomponenten mit dem Datenstand vom Frühjahr 2012 verwendet. Vgl. zu dem Konzept: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63 ff.

3 Mit Transaktionen in Darlehen und Beteiligungstiteln verbundene Ausgaben und Einnahmen ändern das Finanzvermögen nicht. Sie sind somit ohne Einfluss auf das Maastricht-Defizit. Für die Schuldenbremse des Bundes werden die finanziellen Transaktionen ausgeblendet, und auch die bisher beschlossenen Länderregeln sehen eine solche Bereinigung vor. Bedeutsam waren Rekapitalisierungen von Landesbanken im Jahr 2005, Erlöse von 4½ Mrd € im Jahr 2007 aus dem Verkauf der Landesbank Berlins sowie Kapitalzuführungen an die BayernLB in den Jahren 2008 und 2009 im Umfang von insgesamt 10 Mrd €.

Mrd € verzeichnet wurde. Zu den Schwankungen der ausgewiesenen strukturellen Salden hat beigetragen, dass die hohe Volatilität der gewinnabhängigen Steuern im Konjunkturverlauf wie bei jedem schematischen Konjunkturbereinigungsverfahren nur zum Teil herausgefiltert wird.

Strukturelle Einnahmen- und Ausgabenquoten mit Anstieg

Die strukturellen Einnahmen wuchsen in Relation zum Trend-Bruttoinlandsprodukt im Gesamtzeitraum um 0,6 Prozentpunkte. Dabei schlugen die kalte Progression, vor allem aber eine insgesamt positive Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern zu Buche. Die strukturelle Einnahmenquote lag zuletzt aber trotz hoher Investitionszuweisungen aus dem Konjunkturpaket II des Bundes noch um 0,2 Prozentpunkte unter dem Höchstwert aus 2008. In der Entwicklung spiegelt sich unter anderem wider, dass der durch Steuererhöhungen gekennzeichneten Entwicklung bis 2007 in den Jahren 2008 bis 2010 verschiedene Steuerentlastungen folgten. Die strukturelle Ausgabenquote ging bis 2007 leicht zurück und stieg danach allmählich wieder an. 2011 wurde der Ausgangswert um 0,2 Prozentpunkte übertroffen. Hintergrund sind nicht zuletzt die Konjunkturprogramm-Investitionen. Insgesamt dürfte dabei der Anstieg sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenquote durch zahlreiche Ausgliederungen unterzeichnet worden sein.

Einnahmen der Kernhaushalte

Dominierende Rolle des Steueraufkommens für die Einnahmementwicklung

Insgesamt legten die Einnahmen von 2005 bis 2011 um jahresdurchschnittlich gut 3% zu, während die Ausgaben mit gut 2% etwas schwächer stiegen. Der Zuwachs der Einnahmen gründete dabei auf einer positiven Steueraufkommensentwicklung.⁴⁾ Dabei kam es im Zeitverlauf zu starken Schwankungen, wozu insbesondere die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die hohe Volatilität der gewinnabhängigen Steuern beitrugen. Zudem schlugen zunächst Steuererhöhungen zu Buche, wie die Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes 2007 um 3 Prozentpunkte (bei einer Länderbe-

teilung von einem Drittel, aktuell fast 10 Mrd €), und andererseits die ähnlich umfangreichen Steuersenkungen der Jahre 2008 bis 2010. Über den Betrachtungszeitraum entwickelte sich das Aufkommen günstiger, als die geschätzte Finanzwirkung von Rechtsänderungen, die Veränderung der zentralen makroökonomischen Steuerbezugsgrößen (Bruttolöhne und -gehälter, privater Konsum, Unternehmens- und Vermögenseinkommen) sowie der Fiscal drag hätten erwarten lassen. Insgesamt hat das Steueraufkommen damit deutlich zur Verbesserung der strukturellen Haushaltslage der Länder beigetragen.

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen (vorrangig des Bundes) sind vor allem durch die Kompensation für die Abtretung der Kfz-Steuererträge an den Bund (jährlich 9 Mrd €) gestiegen. Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) für die neuen Länder und Berlin sinken dagegen gemäß den Vorgaben des Finanzausgleichsgesetzes seit 2009 jährlich um $\frac{3}{4}$ Mrd €. Dem entgegen stehen jedoch insbesondere höhere Mittel des Bundes für auf der kommunalen Ebene anfallende Kosten bei Langzeitarbeitslosigkeit.

Kompensation für Kfz-Steuertrieb laufende Zuweisungen

Bei den empfangenen Investitionszuweisungen wurden vor 2009 jährliche Einnahmen von etwa 7 Mrd € verzeichnet. In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurde dann vom Bund über den Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) ein Investitionsprogramm für Länder und Gemeinden im Umfang von 10 Mrd € aufgelegt. Von 2009 bis Ende 2011 konnten Erstattungen für Maßnahmen im Rahmen dieses Programms abgerufen werden. Bei einer gesetzlichen Zielvorgabe für den Mittelabfluss von mindestens 5 Mrd € im Jahr 2009 blieben die tatsächlichen Auszahlungen aber zunächst auf 1½ Mrd € beschränkt und steigerten sich erst in den beiden Folgejahren auf 4 Mrd € und

Entwicklung bei Investitionszuweisungen von Konjunkturpaket des Bundes geprägt

⁴ Mitte 2009 wurden die Kraftfahrzeugsteuer an den Bund übertragen und im Gegenzug dessen Zuweisungen an die Länder um eine pauschale Kompensation erhöht. Bereinigt um diesen Effekt basierte sogar nahezu der gesamte Einnahmestieg auf der Steueraufkommensentwicklung.

Entwicklung der Länderhaushalte (Kernhaushalte) ^{*)}

in Mrd €

Position	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Steuereinnahmen	164,1	179,8 (9,5)	198,0 (10,1)	206,8 (4,5)	188,4 (- 8,9)	188,4 (0,0)	202,3 (7,4)
Zuweisungen öffentlicher Haushalte							
laufende	33,4	34,0 (1,7)	34,0 (-0,1)	34,1 (0,3)	38,2 (12,1)	42,5 (11,2)	44,5 (4,7)
investive	7,1	7,2 (0,3)	7,4 (2,9)	7,0 (- 5,6)	8,6 (23,9)	11,0 (27,3)	11,3 (2,7)
sonstige Einnahmen	31,1	28,0 (- 9,9)	32,6 (16,6)	27,1 (-16,9)	24,2 (-10,6)	24,0 (- 1,1)	27,4 (14,2)
Gesamteinnahmen	235,7	248,9 (5,6)	271,9 (9,2)	274,9 (1,1)	259,5 (- 5,6)	265,9 (2,5)	285,4 (7,4)
Personalausgaben							
laufender	96,4	94,6 (- 1,8)	95,4 (0,8)	96,0 (0,7)	99,3 (3,4)	102,1 (2,8)	104,6 (2,5)
Sachaufwand	22,1	21,9 (- 0,9)	23,1 (5,9)	24,5 (5,7)	24,7 (1,0)	25,6 (3,7)	26,2 (2,1)
Zinsausgaben	20,8	21,3 (2,2)	21,1 (-0,7)	21,1 (- 0,1)	20,0 (- 5,2)	19,7 (- 1,5)	19,4 (-1,6)
Zuweisungen an öffentliche Haushalte							
laufende	59,4	60,8	65,8	69,5	71,3	72,2	76,3
investive	49,0	50,0 (2,1)	54,6 (9,2)	58,3 (6,6)	59,3 (1,9)	58,2 (- 1,9)	62,5 (7,4)
Sachinvestitionen	10,4	10,7 (2,9)	11,1 (3,8)	11,2 (1,0)	11,9 (6,3)	13,9 (16,6)	13,7 (-1,4)
Beteiligungserwerbe	6,2	6,3 (0,8)	6,2 (-1,9)	6,4 (4,4)	7,1 (10,0)	7,3 (3,8)	7,3 (-1,1)
sonstige Ausgaben	5,0	1,4 (-71,5)	1,7 (21,1)	3,8 (120,9)	7,5 (96,6)	0,3 (-96,0)	0,8 (156,7)
Gesamtausgaben	49,3	52,9 (7,3)	51,5 (-2,6)	53,8 (4,5)	56,7 (5,3)	59,5 (4,9)	60,8 (2,3)
Finanzierungssaldo	259,2	259,1 (0,0)	264,8 (2,2)	275,1 (3,9)	286,5 (4,2)	286,7 (0,0)	295,3 (3,0)
Saldo finanzieller Transaktionen	-23,5	-10,2	7,2	-0,2	-27,1	-20,8	-9,8
Konjunkturkomponente	- 4,1	- 0,8	4,4	-3,3	- 7,6	- 0,2	-0,1
struktureller Saldo	- 1,4	2,5	4,1	4,4	- 4,3	- 4,3	-0,8
	-18,0	-11,8	-1,4	-1,3	-15,2	-16,3	-9,0

* Werte in Klammern: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Deutsche Bundesbank

schließlich 4½ Mrd €. Der Mittelabfluss erfolgte somit deutlich später als geplant, was darauf hindeutet, dass auch die stimulierende Wirkung zeitlich hinter den ursprünglichen Intentionen zurückblieb. Ohne den ITF steht für den Berichtszeitraum ein Rückgang der empfangenen Investitionszuweisungen um ½ Mrd € zu Buche.

Ausgaben der Kernhaushalte

Auf der Ausgabenseite der Länderhaushalte kommt angesichts ihrer Aufgabenschwerpunkte Bildung, innere Sicherheit und Rechtspflege den Personalkosten ein traditionell hohes Gewicht von annähernd zwei Fünfteln zu. Diese beinhalten sowohl die Bezüge für Angestellte und Beamte als auch die Pensions- und Beihilfeausgaben. In den Jahren von 2005 bis 2011 wird insgesamt ein moderater Anstieg um jahresdurchschnittlich 1½% ausgewiesen. Dabei konzentriert sich der Zuwachs auf die

letzten drei Jahre, während etwa für 2006 ein Rückgang um fast 2% zu Buche steht. Hier werden verschiedene gegenläufige Faktoren wirksam. So spielen einerseits Tarifabschlüsse und Besoldungsanpassungen eine Rolle, die sich in der ersten Hälfte der Berichtsperiode auf jahresdurchschnittlich rund 1% beliefen und sich ab 2009 auf etwa 2½% deutlich beschleunigten.⁵⁾ Andererseits kam es zu einem spürbaren Gesamtrückgang der Beschäftigtenzahl um gut 6½% in den Kernhaushalten über den Zeitraum 2005 bis 2011. Diese Abnahme wird allerdings durch Ausgliederungen aus den Länderhaushalten deutlich überzeichnet. Ohne die Ausgliederungseffekte dürfte ein Gesamtrückgang um schätzungsweise 2½% in den Kern-

⁵⁾ Die mit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 geschaffene Möglichkeit für die Länder, die Beamtenbesoldung durch Landesgesetze über die Sonderzahlungen hinaus eigenständig zu regeln, schlägt sich im Durchschnitt somit wohl bisher nicht in niedrigeren Anpassungen nieder. Vielfach werden die Steigerungen aus den weitgehend bundeseinheitlichen Tarifabschlüssen – gegebenenfalls etwas verzögert – zum Großteil übernommen.

Mäßiger Anstieg der Personalausgaben, aber durch Ausgliederungen unterzeichnet ...

haushalten verbleiben.⁶⁾ Dazu dürften insbesondere weitere Anpassungen in ostdeutschen Ländern beigetragen haben, die nach der Angleichung der Tarife auch ihren Personalbestand den westdeutschen Vergleichsgrößen annäherten. Dem entgegen wirkten verstärkte Bemühungen um eine Ausweitung von Bildungsangeboten.⁷⁾ Wird das Ausgabenwachstum um die Ausgliederungseffekte bereinigt, beläuft sich der jahresdurchschnittliche Anstieg der Personalausgaben auf schätzungsweise 2%. Dabei nahmen die Versorgungs- und Beihilfeleistungen deutlich überproportional (um jahresdurchschnittlich 4%) zu und beanspruchten mit zuletzt 28½% einen immer größeren Anteil der Personalausgaben. Lediglich die Hälfte des absoluten Ausgabenanstiegs entfiel letztlich auf Bezüge der aktiven Beschäftigten.

... und auf Versorgung konzentriert

Laufender Sachaufwand deutlich gestiegen

Der laufende Sachaufwand wuchs mit jahresdurchschnittlich 3% stärker als die Personalausgaben. Aber auch hier sind spürbare Ausgliederungen in Rechnung zu stellen, sodass der tatsächliche Zuwachs in diesem Bereich jährlich um bis zu 1 Prozentpunkt unterzeichnet sein dürfte.

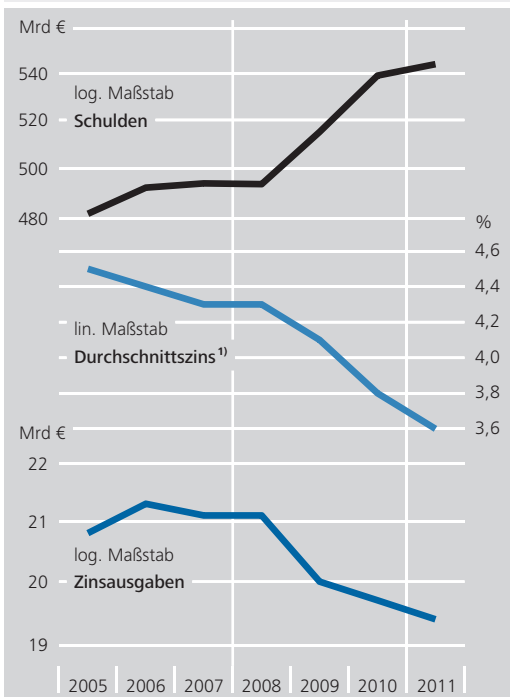
Rückgang der Zinsausgaben trotz deutlich höherer Schulden

Aus Haushaltssicht günstig war die Entwicklung bei den Zinsausgaben, die jahresdurchschnittlich um gut 1% zurückgingen. Zwar wuchs der Schuldenstand der Kernhaushalte in Form von Kreditmarktschulden, Kassenkrediten und Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten bis Ende 2011 um insgesamt ein Fünftel auf annähernd 550 Mrd €. Die Zinsausgaben stiegen aber nur bis 2006 und gingen seitdem stetig zurück. Die rechnerische Durchschnittsverzinsung bezogen auf den Schuldenstand zum Vorjahrsultimo ist um 1 Prozentpunkt gesunken und belief sich 2011 auf 3½%.

Zuweisungen an Kommunen als Beteiligung am Steueraufkommen und Kostenerstattung

Von großer Bedeutung für die Länderhaushalte sind die laufenden Zuweisungen an öffentliche Haushalte, die stark auf die Gemeinden konzentriert sind.⁸⁾ Nach Artikel 106 VII GG sind die Länder verpflichtet, ihren Kommunen einen bestimmten Teil ihrer eigenen Steuereinnahmen zur Verfügung zu stellen. Soweit im Rahmen

Schuldenbelastung der Länderkernhaushalte



1 Zinsausgaben des Berichtsjahres dividiert durch Schuldenstand zum Vorjahrsultimo.
 Deutsche Bundesbank

des kommunalen Finanzausgleichs zusätzlich Gemeindesteuereinnahmen über den Landeshaushalt umverteilt werden, fällt das Ausgabenvolumen der Länder entsprechend höher aus. Außerdem sind häufig im Landesverfassungsrecht abgesicherte Kompensationen für den Kommunen auferlegte Leistungen zu ge-

6 In den Jahren 2006 bis 2008 drückten Ausgliederungen die Personalausgaben um insgesamt gut 3½%. Vgl.: Bundesministerium der Finanzen, Einnahmen und Ausgaben der Länder im Jahr 2006, sowie die entsprechenden Angaben zu den Folgejahren unter www.bundesfinanzministerium.de. Unter der Annahme durchschnittlicher Gehälter in den ausgliederten Einheiten wurde hier eine prozentuale Änderung des Personalbestandes in entsprechender Höhe unterstellt.

7 So wird für den Zeitraum 2006 bis 2011 für den (insgesamt weiter abgegrenzten) öffentlichen Dienst der Länder eine Zunahme des in Vollzeitäquivalenten ausgedrückten Personalumfangs an Schulen um 3% und Hochschulen um 11% ausgewiesen. Vgl.: Statistisches Bundesamt, Personal des öffentlichen Dienstes, Fachserie 14, Reihe 6, diverse Jahrgänge.

8 Größere Beträge an den Bund zahlen außerdem die neuen Länder und Berlin für die Sonder- und Zusatzversorgung ehemaliger Beschäftigter (2011: 2½ Mrd €).

währen.⁹⁾ Darüber hinaus fließen teilweise Mittel des Bundes durch die Länderhaushalte, wenn dieser sich – wie etwa im Bereich der Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose – an von den Gemeinden zu tragenden Kosten beteiligt. Vor diesem Hintergrund können Veränderungen bei den Zuweisungen an die Gemeinden auf die Steueraufkommensentwicklung der Länder und auf Anpassungen der auferlegten Aufgaben, aber auch auf Einzelmaßnahmen zur Korrektur der Kommunalfinanzen zurückzuführen sein.

Deutlicher Anstieg der laufenden Zuweisungen nur kurz unterbrochen

Insgesamt nahmen die laufenden Zuweisungen an andere öffentliche Haushalte um jahresdurchschnittlich 4% zu, wobei insbesondere ein starker Anstieg in den Jahren 2007 und 2008 hervorsteht. Dieser geht im Wesentlichen auf die auch durch Rechtsänderungen bedingte günstige Entwicklung des Steueraufkommens der Länder und Nachzahlungen für dessen überraschend starkes Wachstum 2006 zurück. Eine deutliche Gegenbewegung trat dann im Jahr 2010 ein, als die Steuersenkungen der Jahre 2008 bis 2010 besonders stark zur Wirkung kamen. Der kräftige Wiederanstieg 2011 spiegelt nicht nur die mit der gesamtwirtschaftlichen Belebung verbundene Zunahme des Steueraufkommens, sondern auch die Ausweitung der über die Länder an die Gemeinden zu leitenden Bundeszahlungen im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit und wohl zugleich Auswirkungen von Verfassungsgerichtsurteilen zugunsten der Gemeindeebene wider.¹⁰⁾ Aktive Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs wie etwa in Hessen wurden überkompensiert. Neben den Zuweisungen an die Gemeinden sind auch die zu Beginn der Berichtsperiode kaum ins Gewicht fallenden Zuführungen an Sondervermögen per saldo stark gewachsen und erreichten im Jahr 2011 immerhin 2 Mrd €. Vielfach wird damit etwa für wachsende Versorgungsleistungen oder Verpflichtungen gegenüber Landesbanken vorgesorgt. Dabei besteht die Tendenz, die entsprechenden Töpfe bei günstiger Haushaltsentwicklung stärker zu dotieren.

Bei den deutlich weniger umfangreichen investiven Zuweisungen an öffentliche Haushalte wirkt sich die Entwicklung des Steueraufkommens der Länder ebenfalls aus, da ein Teil hiervon für diese Zwecke an die Kommunen weitergeleitet wird. Weitaus gewichtiger schlägt aber das Konjunkturpaket des Bundes von Anfang 2009 zu Buche. Dieses war vorrangig für kommunale Investitionen vorgesehen, und dessen Mittel waren noch um mindestens ein Drittel aufzustocken, was zunächst überwiegend von den Ländern übernommen wurde. Zusatzprogramme einzelner Länder, wie etwa Hessen, stockten die Investitionszuweisungen noch weiter auf, sodass die sonst angesichts rückläufiger Steuereinnahmen zu erwartenden Kürzungen weit überkompensiert wurden.

Investitionszuweisungen spiegeln Konjunkturprogramme wider

Besonders starken Schwankungen unterlagen die Ausgaben für Beteiligungserwerbe. So fielen im Jahr 2005 spürbare Zahlungen insbesondere für die Rekapitalisierung von Landesbanken an, die nach einer EU-Entscheidung Entschädigungen an die Länder für zu günstig bereitgestelltes Kapital leisten mussten.¹¹⁾ Eine weitere Spitze wird 2008/2009 ausgewiesen, als die BayernLB aus dem Landeshaushalt eine Rekapitalisierung von insgesamt 10 Mrd € erhielt. Andere Landesbanken wurden zwar ebenfalls umfangreich von ihren Trägerländern gestützt. Diese Transaktionen sind aber nicht in den Kernhaushalten erfasst – wengleich dem Staatssektor zuzurechnen. So wurde in Baden-Württemberg 2009 eine Zuführung von 2 Mrd € an die Landesbank (und 2011 auch ein umfassender Erwerb von Anteilen eines großen Energieversorgers von 5 Mrd €) über eine Landesgesellschaft abgewickelt. Zur Finanzie-

Beteiligungserwerbe mit starken Schwankungen und erheblichen Berichtslücken

⁹ Ob der Umfang solcher Zahlungen den Verfassungsvorgaben gerecht wird, kann auf Antrag durch das jeweilige Verfassungsgericht geklärt werden. Dies kann mitunter auch zu größeren Nachzahlungen führen.

¹⁰ So hatte der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen in seinem Urteil vom 12. Oktober 2010 (VerfGH 12/09) entschieden, dass das Land eine deutlich umfangreichere Kompensation für im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes übertragene Aufgaben zu leisten habe. Höhere Ausgleichszahlungen wurden nach dem Urteil auch in anderen Ländern erwartet.

¹¹ Die als nichtfinanzielle Transaktionen klassifizierten Erstattungen waren teilweise schon 2004 eingegangen.

zung einer Kapitalaufstockung der HSH Nordbank um 3 Mrd € im Jahr 2009 wurde eine gemeinsame Anstalt der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein gegründet. Auch die WestLB wurde bis Ende 2011 nicht vom Trägerland Nordrhein-Westfalen, sondern vom Bundessondervermögen SoFFin im Umfang von 3 Mrd € rekapitalisiert. Insgesamt bieten die Daten der Kernhaushalte bei diesen finanziellen Transaktionen, die vor allem im Zuge der Finanzkrise anfielen, ein nur sehr unvollständiges Bild.

Kern- und Extrahaushalte im Jahr 2011

Extrahaushalte 2011 mit beträchtlichen Zusatzausgaben und begrenzten Defiziten

Extrahaushalte in Form von ausgegliederten oder auch neu geschaffenen Einheiten hatten insgesamt einen spürbaren Einfluss und relativieren die Aussagekraft der ausgewiesenen Entwicklung der Kernhaushalte. Ein ergänzender Blick auf die Kassenstatistik der Länder einschließlich ihrer zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte kann für das Jahr 2011 einen umfassenderen Eindruck vermitteln.¹²⁾ So lag 2011 das Ausgabenvolumen in der erweiterten Abgrenzung um 20 Mrd € (gut 6½%) höher. Betragsmäßig besonders umfangreich ist die Abweichung um 15 Mrd € oder ein Siebtel bei den Personalaufwendungen. Beim laufenden Sachaufwand fiel das Ergebnis im erweiterten Berichtskreis um 10½ Mrd € und damit fast zwei Fünftel größer aus. Aufgrund vielfach ausgegliederter Baubetriebe lagen die Sachinvestitionen um 4 Mrd € oder sogar gut die Hälfte höher. Dagegen fielen die laufenden und investiven Zahlungen an Stellen außerhalb der staatlichen Kernhaushalte deutlich niedriger aus, da ein guter Teil davon im erweiterten Berichtskreis enthalten ist und die betreffenden Zahlungsströme miteinander verrechnet werden. Den deutlich höheren konsolidierten Gesamtausgaben der erweiterten Kassenstatistik stehen zum Großteil Mehreinnahmen etwa aus Nutzungsentgelten der ausgegliederten Einheiten gegenüber. Per saldo fällt das Defizit in der erweiterten Abgrenzung (trotz Einbeziehung

der gegenwärtig strukturell deutlich überschüssigen Pensionsrücklagen und -sondervermögen) im Jahr 2011 aber um bis zu 1 Mrd € höher aus. Würden die Analysen oder die Haushaltsregeln auf die Kernhaushalte beschränkt, könnte ein nicht zu vernachlässigender und dann wohl auch zunehmend gewichtiger Teil der Konsolidierungsaufgabe ausgeklammert werden. Fortan sollte mithin die künftig auch für Jahresvergleiche verfügbare erweiterte Kassenstatistik in den Blickpunkt gerückt werden.

Ein Vergleich der einzelnen Länderhaushalte ist vor diesem Hintergrund mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Gleichwohl lässt sich feststellen, dass große Divergenzen auch dann verbleiben, wenn um Ausgliederungen, unterschiedliche Verlagerungen von Lasten auf die kommunale Ebene, finanzielle Transaktionen sowie Lasten im Rahmen des Länderfinanzausgleichs bereinigt wird (vgl. dazu die Erläuterungen auf S. 38 ff.).

Ländervergleich zeigt große Unterschiede

Zur Umsetzung von Schuldenbremse und Fiskalpakt

Umsetzung der Schuldenbremse auf Länderebene

Im Jahr 2009 wurde in Deutschland eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert.¹³⁾ Nach dem neuen Artikel 109 GG ist den Länderhaushalten eine Kreditaufnahme grundsätzlich nicht mehr gestattet. Für konjunkturbedingte Lasten und Naturkatastrophen sowie besondere Not-

Länder zunächst abwartend bei Übernahme der Schuldenbremse in ihre Verfassungen, ...

¹² Hinsichtlich der finanziellen Transaktionen, die außerhalb der Kernhaushalte durchgeführt werden, bestehen jedoch auch für die Extrahaushalte Erfassungslücken in der Kassenstatistik. Beispielsweise werden die über Landesgesellschaften mit kaufmännischem Rechnungswesen abgewickelten Beteiligungserwerbe und Rekapitalisierungen nicht erfasst. Damit bleibt letztlich auch für den Gesamthaushalt das kassenstatistische Bild unvollständig.

¹³ Vgl. zu einer genaueren Erörterung: Deutsche Bundesbank, Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Umsetzung, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 15 ff.

Große Finanzunterschiede zwischen den Ländern

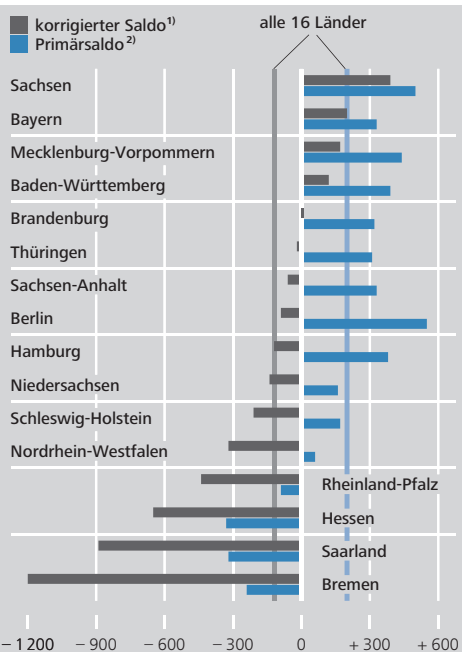
Die Betrachtung der Länderfinanzen in ihrer Gesamtheit verdeckt große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Für einen möglichst aussagekräftigen Vergleich werden Haushaltsgrößen je Einwohner nach der Kassenstatistik 2011¹⁾ verwendet. Da Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben länderspezifisch unterschiedlich auf Land und Gemeinden verteilt sind und für die Stadtstaaten ohnehin konsolidierte Angaben vorliegen, ist es sinnvoll, die Gemeinden in die Betrachtung einzubeziehen. Mit Rückgriff auf die Kassenstatistik einschließlich der Extrahaushalte können Verzerrungen durch unterschiedlich starke Ausgliederungen vermieden werden. Da ein vollständiger Datensatz in dieser erweiterten Abgrenzung nur für das letzte Jahr vorliegt, können allerdings keine Vergleiche mit Vorjahren gezogen werden. Außerdem erscheint es hilfreich, ebenso wie bei den europäischen Defizitregeln und im Rahmen der bisher konkretisierten Schuldenbremsen in Deutschland die finanziellen Transaktionen als reine Umschichtungen im Finanzvermögen auszuklammern. Damit wird auch vermieden, dass einmalige umfangreiche Vorgänge das grundlegende Bild verzerren.

Spannweite der Defizite

In dieser Abgrenzung lag das Defizit je Einwohner im Jahr 2011 im Durchschnitt bei 120 €. Die Spannweite war dabei aber außerordentlich groß. In Sachsen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg standen jeweils Überschüsse von mehr als 100 € zu Buche, und auch in Brandenburg überstiegen die Einnahmen die Ausgaben. Das höchste Defizitniveau wurde mit 1 200 € in Bremen registriert, aber auch für das Saarland ergibt sich mit fast 900 € ein sehr hoher Wert. Die Relation zu den (wie oben beschrieben) korrigierten Ausgaben belief sich hier auf 15% beziehungsweise sogar 17%. Darüber hinaus

Finanzierungssalden 2011

€ je Einwohner



¹ Nach Abzug der finanziellen Transaktionen sowie unter Hinzurechnung der vorläufigen Abrechnung des Finanzausgleichs.
² Korrigierter Saldo zuzüglich Zinsausgaben.

Deutsche Bundesbank

verzeichneten Hessen mit 650 € und Rheinland-Pfalz mit 440 € sehr ungünstige Ergebnisse (fast 11½% und 9% der jeweiligen Ausgaben). Auch in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Land, lag der Wert mit 320 € (6% der Ausgaben) noch fast dreimal so hoch wie der Länderdurchschnitt.

Bedeutung unterschiedlicher Zinsbelastungen

Die über Defizite in der Vergangenheit angesammelten Schulden spielen aufgrund der damit verbundenen unterschiedlichen Belastung mit Zinsausgaben für diese Spannweite eine wichtige Rolle. Vor dem

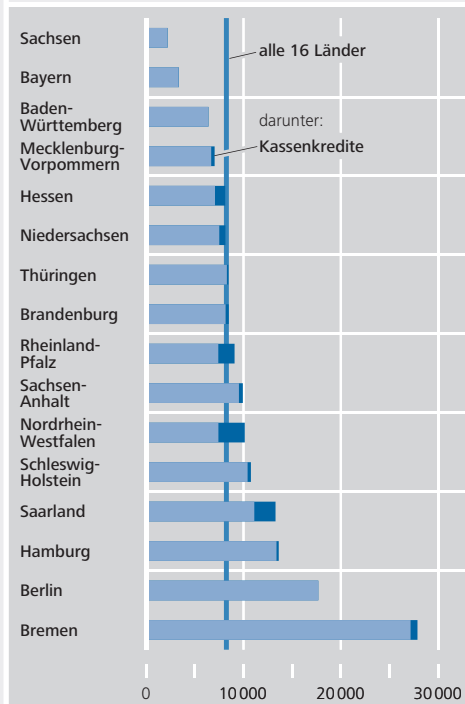
¹ Die um ein Quartal verzögerte vorläufige Abrechnung des Länderfinanzausgleichs (LFA) wurde noch einbezogen, um die strukturelle Lage genauer abzubilden. Zudem sind bundesrechtlich veranlasste Belastungen der Geberländer im LFA von den Ausgaben und Einnahmen abgezogen.

Hintergrund einer an den Kapitalmärkten unterstellten bundesstaatlichen Haftungsgemeinschaft²⁾ gibt es in Deutschland zwar keine größeren Renditeunterschiede zwischen den Ländern. Allerdings differieren die Schuldenstände außerordentlich stark. Bei durchschnittlichen Kreditmarktschulden (einschl. Kassenkrediten) je Einwohner von gut 9 100 € sind Sachsen und Bayern mit lediglich gut 2 200 € und 3 400 € am wenigsten belastet. Auf der anderen Seite stehen beim Saarland – dem am stärksten verschuldeten Flächenland – und Bremen deutlich mehr als 15 000 € beziehungsweise fast 29 000 € zu Buche.³⁾ Diese Unterschiede wirken sich direkt auf die jeweils je Einwohner zu tragenden Zinskosten aus. Die Spannweite reichte hier von etwas über 100 € in Sachsen und Bayern bis annähernd 400 € bei fast allen Flächenländern. Nur für das Saarland wurden nahezu 600 € ausgewiesen. Noch größer war die Last in den Stadtstaaten Berlin und vor allem Bremen mit gut 950 €.

Die unterschiedliche Zinsbelastung erklärt einen guten Teil der Differenzen in den Defiziten. Vergleicht man die zusätzlich um die Zinsausgaben bereinigten Finanzierungssalden (Primärsalden) je Einwohner, verringert sich die Streubreite um mehr als die Hälfte, und auch die Rangfolge ändert sich teilweise. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass Länder, die in der Vergangenheit höhere Schulden aufgebaut haben, nunmehr einen ambitionierteren Primärsaldo benötigen, um einen Haushaltsausgleich zu erzielen. Während im Länderdurchschnitt je Einwohner ein Primärüberschuss von 200 € zu Buche stand, fallen die mit deutlich über 300 € hohen Primärdefizite Hessens und des Saarlands auf. Primärdefizite gab es darüber hinaus in Bremen und Rheinland-Pfalz (240 € und 90 €). Mit einem Überschusswert von 550 € lag Berlin an der Spitze vor Sachsen. Letztlich bestehen aber auch bei Ausblendung der Zinsbelastung noch große Unterschiede auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, die sich nicht ausgleichen.

Schulden am Kreditmarkt 2011

€ je Einwohner, Stand zum Jahresende



Deutsche Bundesbank

Die Einnahmenseite

Auf der Einnahmenseite haben die Steuern das mit Abstand größte Gewicht. Insofern kommt auch dem – in seiner heutigen Form bis Ende 2019 befristeten – mehrstufigen LFA entscheidende Bedeutung zu (vgl. Tabelle auf S. 40). Auf der Landesebene reichte die Spannweite der steuerlichen

² Grundlage hierfür ist letztlich das bündische Prinzip mit gegenseitiger Einstandspflicht. Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1992 Hilfsersuchen der Länder Bremen und Saarland stattgegeben hatte, wies es einen vergleichbaren Antrag Berlins 2006 zwar insbesondere wegen noch bestehender Konsolidierungspotenziale zurück. Nach deren Ausschöpfung hätte aber wohl auch hier bei fortbestehenden hohen Defiziten ein Hilfsanspruch bestanden.

³ Dabei ist zu beachten, dass höhere Schulden im Regelfall nicht mit einem entsprechend größeren Vermögen verbunden sind. Stattdessen gehen sie vielfach (wie etwa im Saarland und in Bremen) sogar noch mit einem unterdurchschnittlichen Finanzvermögensbestand einher. Insgesamt ist in den Ländern mit höheren Schuldenständen somit in der Regel auch eine größere Differenz von Zinsausgaben und Vermögenserträgen zu verzeichnen.

Finanzkraft je Einwohner der Länder vor und nach Finanzausgleich 2011^{*)}

in % des gesamtdeutschen Durchschnitts

Land/Ländergruppe	ohne Umsatzsteuer 1)	vor Länderfinanzausgleich 2)	nach Länderfinanzausgleich	nach allgemeinen Bundesergänzungen	nach Sonderbedarfs-Bundesergänzungen 3)
Bayern	127,9	112,0	102,6	101,5	97,8
Hessen	124,5	112,2	102,6	101,6	97,9
Baden-Württemberg	118,3	106,3	101,0	99,9	96,3
Nordrhein-Westfalen	101,5	96,6	97,0	96,0	92,5
Rheinland-Pfalz	96,6	93,8	95,7	95,7	92,6
Schleswig-Holstein	95,5	94,8	96,2	95,8	93,0
Niedersachsen	83,9	95,7	96,6	95,9	92,4
Saarland	81,6	90,7	94,5	95,4	93,9
Westdeutsche Flächenländer	108,7	102,4	99,1	98,3	94,8
Hamburg	155,6	133,9	132,8	131,5	126,7
Bremen	96,5	95,0	120,3	127,2	125,4
Berlin	85,5	91,0	119,4	127,0	136,4
Stadtstaaten	107,9	104,4	123,5	128,4	132,2
Brandenburg	62,4	88,7	94,4	95,9	109,7
Sachsen-Anhalt	51,6	85,9	93,5	95,5	112,0
Sachsen	51,4	86,0	93,2	95,1	109,9
Mecklenburg-Vorpommern	50,9	85,1	93,6	96,0	112,0
Thüringen	50,7	85,4	93,0	95,1	110,8
Neue Bundesländer	53,4	86,3	93,5	95,4	110,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. * Vorläufige Zahlen. 1 Anteile der Länder an den Gemeinschaftssteuern (ohne Umsatzsteuer) sowie Ländersteuern nach örtlichem Aufkommen. 2 Nach Verteilung der Umsatzsteuereinnahmen, einschl. der gemäß § 8 FAG zu berücksichtigenden normierten Steuereinnahmen der Gemeinden, vor Finanzausgleich unter den Ländern (i. e. S.). 3 Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen werden gezahlt an die neuen Länder und Berlin zur Deckung von Sonderlasten aus dem infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft sowie (ohne Berlin) zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit Hartz IV und an kleine Länder wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung.

Deutsche Bundesbank

Finanzkraft je Einwohner vor Verteilung der Umsatzsteuereinnahmen 2011 von gut der Hälfte des Bundesdurchschnitts in den neuen Ländern über Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, die den Durchschnitt deutlich um bis zu gut ein Viertel übertrafen, bis Hamburg, wo der Wert sogar um gut die Hälfte über dem Mittel lag.

Diese Unterschiede wurden aber schon vor dem LFA im engeren Sinne insbesondere durch die Ergänzungsanteile bei der Umsatzsteuerverteilung (insgesamt 11 Mrd € in 2011) beträchtlich nivelliert. Eine weitere Angleichung erfolgte dann im LFA im engeren Sinne. Hier flossen nach der vorläufigen Abrechnung 2011 fast 7½ Mrd €. Aufseiten der Zahler leistete Bayern zwar mit 3½ Mrd € den größten Einzelbeitrag. Je Einwohner war die Belastung Hessens aber noch etwas höher (300 €). Auf der Empfängerseite erhielt Berlin mit 3 Mrd € die größte Zuweisung, was 870 € je Einwohner entsprach.

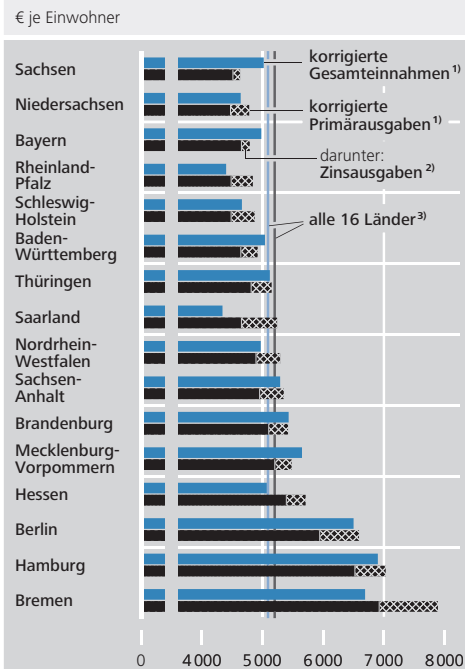
Auch Bremen verzeichnete angesichts der generellen Höhergewichtung des Finanzbedarfs von Stadtstaaten um 35% eine Unterstützung von 780 € je Einwohner. Mit den im Anschluss vom Bund gezahlten allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen von 2½ Mrd € wurden die Unterschiede weiter verringert. Zusätzliche, größtenteils degressiv gestaltete Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) von insgesamt 9½ Mrd € im Jahr 2011 werden für gesetzlich definierte Sonderbelastungen gewährt. Hierdurch sollen überdurchschnittlich hohe Kosten der politischen Führung in kleineren Ländern, größere Belastungen aus Langzeitarbeitslosigkeit in den ostdeutschen Flächenländern sowie vor allem Teilungsfolgen in den fünf neuen Ländern und Berlin abgedeckt werden.

Nach der gesamten Umverteilung lag in Berlin die im Rahmen des Finanzausgleichs angerechnete Finanzkraft je Einwohner um

mehr als ein Drittel über dem Länderdurchschnitt, gefolgt von Hamburg. Die neuen Länder übertrafen diesen um immerhin gut 10%. Brandenburg nahm dabei trotz des höchsten örtlichen Steueraufkommens in dieser Gruppe den letzten Platz ein, da die SoBEZ nach festen Quoten aufgeteilt sind, die Bevölkerungsentwicklung hier aber weitaus positiver gewesen ist. Die ursprünglich besonders finanzstarken Länder Bayern und Hessen lagen nun um 2% unter dem Durchschnitt, aber noch um gut 5% über der Schlussgruppe aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.⁴⁾

Die korrigierten Gesamteinnahmen (d. h. ohne Erlöse aus finanziellen Transaktionen und nach Abzug etwaiger Belastungen im LFA) werden neben dem Finanzausgleich auch stark durch andere Effekte beeinflusst. So werden umfangreiche nichtsteuerliche Einnahmen (im Länderdurchschnitt etwa die Hälfte der steuerlichen Erträge) nicht zuletzt aus – vor allem kommunalen – Gebühren⁵⁾ und sonstigen Übertragungen erzielt. Auch hier gab es eine beachtliche Streuung der Ergebnisse.⁶⁾ Je Einwohner ergab sich so im vergangenen Jahr im Länderdurchschnitt ein korrigiertes Gesamteinnahmenniveau von fast 5 100 €. Die niedrigsten Werte verzeichneten das Saarland (4 340 €) und Rheinland-Pfalz (4 400 €), aber auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein waren sie mit etwa 4 650 € klar unterdurchschnittlich. Unter den westdeutschen Flächenländern blieb auch Hessen noch leicht unter dem Mittel. Bei den neuen Ländern waren die Einnahmen in Sachsen trotz SoBEZ von gut 500 € je Einwohner nur unterdurchschnittlich, während Mecklenburg-Vorpommern mit 5 650 € den Spitzenwert erzielte. Die Stadtstaaten erreichten noch sehr viel höhere Niveaus. Hier lag Berlin mit 6 500 € trotz größter Finanzkraft nach dem Finanzausgleich auf dem letzten Platz, während in Hamburg mit 6 900 € deutlich mehr Geld zur Verfügung stand.

Einnahmen und Ausgaben 2011



1 Ergebnisse der Kassenstatistik abzüglich Ausgaben im Länderfinanzausgleich sowie ohne finanzielle Transaktionen. Finanzausgleich gemäß vorläufiger Abrechnung. **2** Zinsausgaben an andere Bereiche. **3** Ausgaben einschl. Zinsen.
 Deutsche Bundesbank

Die (Primär-)Ausgabenseite

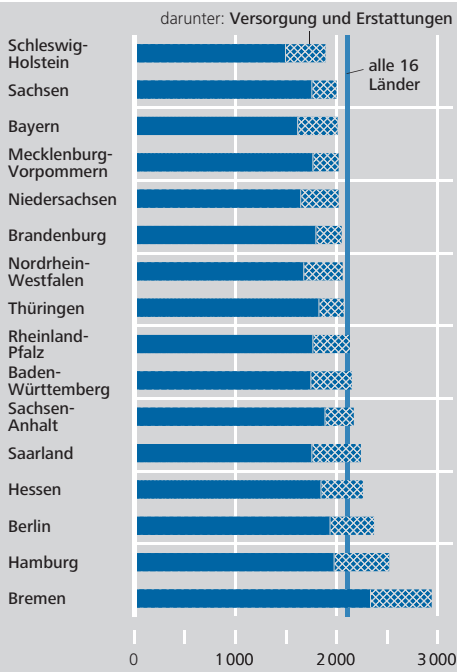
Auch beim Vergleich der um Zinskosten bereinigten Ausgaben werden im Folgenden Belastungen im Rahmen des LFA und aus finanziellen Transaktionen abgezogen. Bei einem Länderdurchschnitt der korrigierten Primärausgaben je Einwohner von fast 4 900 € hatten Niedersachsen, Rheinland-

4 Allerdings bleiben insbesondere die Unterschiede aus dem nicht im Finanzausgleich berücksichtigten Teil der Gemeindesteuereinnahmen bestehen. So werden diese gemäß § 8 Finanzausgleichsgesetz nur zu 64% einbezogen. Dabei wird für die Realsteuern nicht die tatsächliche länderweise Entwicklung berücksichtigt, sondern eine Hochrechnung mit dem Aufteilungsschlüssel der Steuerkraft des Vorjahres vorgenommen.
5 Höheren Gebühreneinnahmen dürften angesichts der Kostendeckungsregeln freilich vielfach entsprechend höhere Ausgaben gegenüberstehen, sodass ein Effekt auf den Finanzierungssaldo hier (wie auch bei Kostenerstattungen) insgesamt begrenzt ausfallen sollte.

6 So lagen die sonstigen Einnahmen je Einwohner in Bremen etwa doppelt so hoch wie im Saarland. Acht der 13 Flächenländer befanden sich allerdings in einem Korridor von etwa ±100 € um den Durchschnittswert.

Personalausgaben 2011⁷⁾

€ je Einwohner



* Ohne Zahlungen an Versorgungsrücklagen. Einschl. Erstattungen an den Bund für Versorgungsleistungen.
 Deutsche Bundesbank

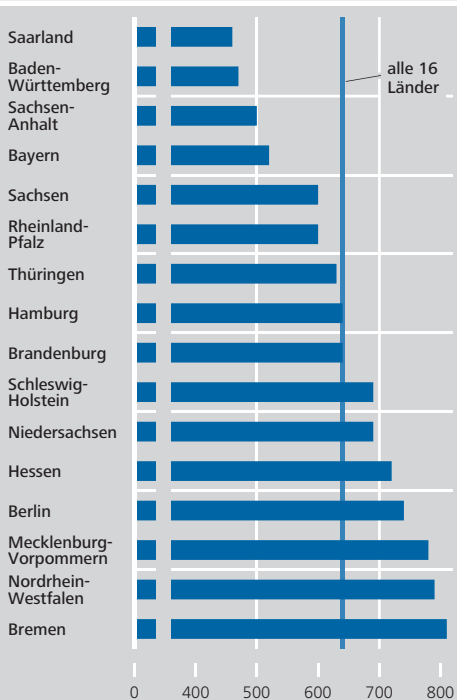
Pfalz, Schleswig-Holstein und Sachsen mit etwa 4 500 € die niedrigsten Werte, während Hessen unter den Flächenländern mit 5 400 € am anderen Ende der Skala stand. Die Stadtstaaten hatten noch deutlich höhere Ausgaben. Mit gut 6 900 € lag Bremen aber noch immer um 400 € höher als Hamburg und sogar fast 1 000 € über dem Ergebnis Berlins.

Eine Untergliederung der korrigierten Primärausgaben zeigt, dass die Personalausgaben – einschließlich der Versorgungsleistungen – mit einem Anteil von zwei Fünfteln ein besonderes Gewicht aufweisen.⁷⁾ In den neuen Ländern und in geringerem Maße auch in Berlin werden zudem Zuweisungen an den Bund im Zusammenhang mit Sonder- und Zusatzversorgungsleistungen für ehemalige Beschäftigte aus der Zeit vor der Vereinigung gezahlt (jährlich insgesamt 2½ Mrd €). Diese Zahlungen sind vergleichbar mit Versorgungsleistungen in den alten Ländern und hier daher den Personalausgaben zugesetzt. So abgegrenzt fielen bei einem Länderdurchschnitt von etwa 2 100 € die geringsten Personalausgaben je Einwohner mit fast 1 900 € in Schleswig-Holstein an, während unter den Flächenländern Hessen und das Saarland, das besonders hohe Versorgungslasten trägt, mit Werten um 2 250 € die Spitzenplätze belegten. Bei den Stadtstaaten waren die Personalausgaben pro Kopf noch deutlich höher. Das mit annähernd 2 950 € auch in dieser Gruppe weitaus höchste Ergebnis verzeichnete Bremen, das beispielsweise bei einer Beschränkung auf das Berliner Niveau sein Defizit etwa halbiert hätte.

Auch bei den Transfers an private Haushalte – die über alle Länder hinweg 13% der korrigierten Primärausgaben ausmachten – fielen deutliche Unterschiede auf. Bei einem Durchschnitt von 640 € je Einwohner wies

Transfers an private Haushalte 2011

€ je Einwohner



Deutsche Bundesbank

⁷ Bei der gewählten Betrachtung einschl. der Extrahaushalte ist zu beachten, dass die länderweise unterschiedlich verbuchten Zuführungen an Versorgungsrücklagen hier ausgeblendet sind.

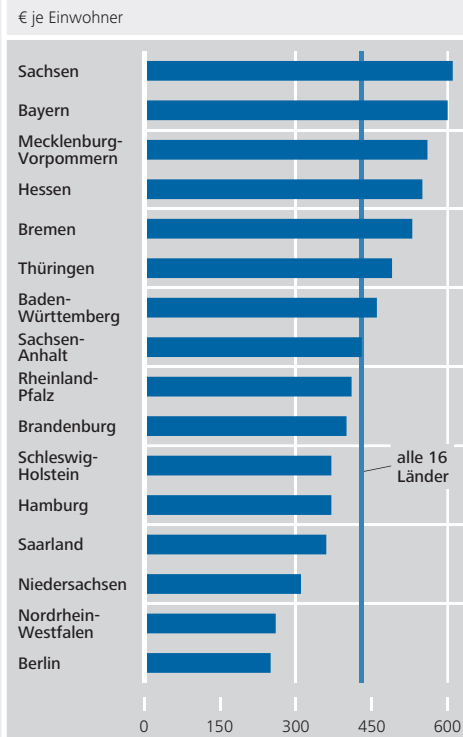
das Saarland mit 460 € knapp vor Baden-Württemberg den geringsten Wert aus, während für Nordrhein-Westfalen unter den Flächenländern mit 790 € das höchste Niveau angezeigt wurde, das von Bremen (810 €) nur leicht übertroffen wurde.

Die Sachinvestitionen werden zum Großteil von den Kommunen getätigt, wobei die Länder über Investitionszuweisungen vielfach an der Finanzierung beteiligt sind. Im Betrachtungsjahr 2011 schlug sich dabei noch das für die einzelnen Länder kontingentierte Investitionsprogramm des Bundes aus dem Jahr 2009 nieder, von dem Restmittel abgerufen werden konnten. Eine entgegen der Zielrichtung langsamere Umsetzung der Vorhaben in einem Land führte somit bei dieser Kennzahl 2011 zu einem höheren Wert (der sich spiegelbildlich in den daran anknüpfenden Einnahmen aus Zuweisungen wiederfindet). Insgesamt entfielen 2011 fast 9% der korrigierten Primärausgaben auf die Sachinvestitionen. Im Mittel betragen diese je Einwohner 430 €. Dieses Niveau wurde besonders deutlich von den bereits einen Haushaltsüberschuss aufweisenden Ländern Sachsen (610 €) und Bayern (600 €), in Westdeutschland aber auch von Hessen und Bremen noch merklich (um mehr als 100 €) überschritten. Der niedrigste Wert wurde trotz der Sonderhilfen für den Aufbau Ost von Berlin (250 €) ausgewiesen, dicht gefolgt von Nordrhein-Westfalen.

Ausblick

Die europäischen Fiskalregeln und der Fiskalpakt erfordern, dass neben Bund und Ländern auch für die Kommunalebene Haushaltsgrenzen wirksam sind, um den annähernden Haushaltsausgleich des Gesamtstaates zu sichern. Spätestens 2020 gilt die verfassungsrechtliche Vorgabe des grundsätzlichen Neuverschuldungsverbots, sodass sich die Einnahmen und Ausgaben eines jeden Landes (strukturell) mindestens ausgleichen müssen. Sofern der – noch zu beschließende – neue Finanzausgleich ab

Sachinvestitionen 2011



Deutsche Bundesbank

2020 nicht einen Ausgleich für die sehr unterschiedlichen Finanzlagen schafft, fallen die notwendigen Anpassungen für die einzelnen Länder sehr unterschiedlich aus. Dann müssen insbesondere unterdurchschnittlich finanzstarke Länder mit höheren Schulden und entsprechenden Zinslasten entweder ihre Primärausgaben deutlich stärker einschränken oder eigene Einnahmepotenziale vermehrt ausschöpfen, um den (strukturellen) Haushaltsausgleich zu erreichen. Hier könnte es sinnvoll sein, bei der anstehenden Finanzausgleichsreform eine höhere Flexibilität insbesondere auf der Einnahmenseite etwa über länderspezifische Steuerzuschläge vorzusehen.

fälle können Sonderregeln vorgesehen werden. Artikel 143 d GG regelt das Inkrafttreten ab dem Jahr 2020. Bis dahin dürfen noch gemäß Landesrecht Kredite zur Haushaltsfinanzierung aufgenommen werden. Für den Bundeshaushalt wurden im Grundgesetz und dem zeitgleich verabschiedeten Ausführungsgesetz frühzeitig weitergehende Regelungen wie etwa die Bereinigung um finanzielle Transaktionen, die Konjunkturbereinigung, das Führen eines Kontrollkontos sowie ein struktureller Defizitabbau vorgegeben. Für die einzelnen Länderhaushalte blieb die genauere – für die tatsächliche Bindungswirkung sehr bedeutsame – Umsetzung der Schuldenbremse der jeweiligen Landesgesetzgebung überlassen. Diese reagierte zunächst abwartend. Ab dem Sommer 2010 verankerten zunächst Schleswig-Holstein und dann Rheinland-Pfalz, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern Schuldenbremsen in ihren Landesverfassungen, wobei angesichts der unmittelbaren Wirkung des Neuverschuldungsverbots aus Artikel 109 GG ab 2020 letztlich die Nutzbarmachung der nach dem Grundgesetz möglichen Ausnahmen im Vordergrund stand.¹⁴⁾ Im laufenden Jahr wurden auch noch die Verfassungen Hamburgs und Bremens entsprechend ergänzt.

... seit Sommer 2010 aber Verankerung in bisher sechs Ländern

Ausschöpfen der Übergangszeit sowie ein zusätzlicher Ausnahmestatbestand

Insgesamt wird in allen reformierten Verfassungen die Übergangsfrist vollständig ausgeschöpft, obwohl diese eigentlich nur mit Rücksicht auf die vergleichsweise hohen Anpassungslasten in einem Teil der Länder länger als beim Bund ausgefallen war und sich die unmittelbaren Belastungen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 mittlerweile als deutlich geringer herausgestellt haben als bei Verabschiedung der Schuldenbremse im Grundgesetz angenommen. Zudem sind oftmals eher weiche Vorgaben für den Defizitabbau verankert worden. Während die Inanspruchnahme von Ausnahmeklauseln für Notsituationen mitunter an höhere Zustimmungserfordernisse als auf Bundesebene gebunden ist, gibt es in Rheinland-Pfalz und Bremen einen Sonderstatbestand bei nicht landesrechtlich veranlassenen Haushaltsbelastungen – wie etwa größeren

bundesweiten Steuersenkungen oder Leistungsausweitungen. Bemerkenswert erscheint, dass diese damit trotz grundsätzlicher Einflussnahmemöglichkeit im Bundesrat Naturkatastrophen und unvermeidbaren schweren Notlagen gleichgestellt werden.

Neben den Verfassungsregeln sind auch die Ausführungsbestimmungen von Bedeutung (vgl. dazu die Ausführungen auf S. 45 ff.). Soweit Umgehungsmöglichkeiten – etwa bei der Abgrenzung finanzieller Transaktionen oder der Konjunkturbereinigung – nicht konsequent eingeschränkt werden, besteht die Gefahr, dass das im Grundgesetz gesteckte Ziel der Schuldeneindämmung verfehlt wird. Durch einen entschiedenen und zügigen Defizitabbau können die Haushalte hingegen darauf vorbereitet werden, auch bei negativen Überraschungen die Neuverschuldungsgrenzen ohne – häufig prozyklisch wirkende – kurzfristige Konsolidierungsmaßnahmen einzuhalten.

Bedeutsame Detailregelungen in Ausführungsgesetzen

Entwicklungen bei besonders hoch verschuldeten Ländern

Um die Einhaltung der Schuldenbremse zu erleichtern, wurde im neuen Artikel 143 d GG auch die Möglichkeit von Übergangshilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft bis 2019 von jährlich insgesamt 800 Mio € für die fünf besonders hoch verschuldeten Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein verankert. In Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund wurden Bedingungen konkretisiert, mit denen die Haushaltskonsolidierung in den begünstigten Ländern abgesichert werden soll. Hierzu wurde ein Mindestabbau Pfad für die strukturellen Defizite festgelegt. Deren Obergrenze sinkt jährlich um ein Zehntel des Ausgangswertes 2010. Die Einhaltung dieses Pfades ist vom neu eingerichteten Stabilitätsrat zu überwachen.

Konsolidierungshilfe bis 2019 an Defizitabbau gebunden

¹⁴ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Umsetzung, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 33 ff.

Zu den jüngsten Ausführungsgesetzen zu den Schuldenbremsen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz

Die konkrete Umsetzung des grundsätzlichen (strukturellen) Neuverschuldungsverbots gemäß Artikel 109 GG für die einzelnen Länderhaushalte liegt in der Verantwortung der jeweiligen Landesgesetzgebung. Ab dem Sommer 2010 verankerten die ersten Länder Schuldenbremsen in ihren Landesverfassungen. Während der hessische Landtag dabei auch bereits eine Verständigung auf einige Eckpunkte für ein Ausführungsgesetz erzielt hatte, standen Konkretisierungen in den anderen Ländern zunächst noch vollständig aus. In Schleswig-Holstein wurde im Frühjahr 2012 ein Ausführungsgesetz nicht zuletzt zu der seit 2011 geltenden verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Rückführung des bis dahin nicht klar definierten strukturellen Ausgangsdefizits um jährlich ein Zehntel in Kraft gesetzt. Auch in Rheinland-Pfalz, das allerdings nur vage Defizitabbauverpflichtungen in der Landesverfassung verankert hat, wurden im Sommer 2012 Einzelheiten festgelegt.

Bereinigung um finanzielle Transaktionen

Beiden Regelungen gemeinsam ist eine Bereinigung des Neuverschuldungsverbots um den Saldo der finanziellen Transaktionen, wobei deren Definition wie beim Bund anhand des Gruppierungsplanes für die staatlichen Haushalte erfolgt. Die europäischen Defizitregeln stellen dagegen auf die Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab, die insbesondere bei Kapitalzuführungen an öffentliche Unternehmen für deren Einstufung als finanzielle Transaktion grundsätzlich strenge Anforderungen an die Rentabilität stellen. In den Ausführungsgesetzen bleibt – ebenso wie

beim Bund – der Fall eines Schuldenerlasses unberücksichtigt, der aus einer ursprünglich finanziellen Transaktion einen Transfer werden lässt. Nach der Intention der Schuldenbremse sollten solche Transaktionen auch ohne Zahlungsvorgang in dem betreffenden Jahr auf die Ausschöpfung der Kreditgrenze angerechnet werden. Konsequenz an die EU-Defizitregeln angelehnt wirkt dagegen die in beiden Gesetzen vorgesehene Bereinigung um Rücklagenbewegungen, durch die Zuführungen und Entnahmen wie finanzielle Transaktionen für die neue Kreditbegrenzung unerheblich bleiben. Traditionell bildeten Rücklagen (die aus nicht zur laufenden Haushaltsfinanzierung in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen gebildet wurden) Puffer zur Überbrückung von Haushaltsengpässen. Durch das Herausrechnen aus der Kreditbegrenzung steht diese Option wie auch das bisherige Stopfen von Haushaltslöchern mit Privatisierungserlösen künftig nicht mehr zur Verfügung. Unter diesen Umständen können auch die seit gut einem Jahrzehnt gebildeten Rücklagen künftige Versorgungsleistungen im Hinblick auf die Schuldenbremse nicht mehr decken. Ausgaben im Zuge ihrer Auflösung müssen im laufenden Haushalt voll gegenfinanziert werden.

Konjunkturbereinigung

Weiterhin werden in den Gesetzen Vorgaben zur Konjunkturbereinigung gemacht. Anders als der Bund, dessen Verfahren eng an die Vorgehensweise im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung angelehnt ist, sehen die Regeln in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz die Schätzung eines „Normalsteueraufkommens“ vor. Dieses soll ermittelt werden, indem ein ent-

sprechender Schätzwert aus der Vergangenheit mit einer typischen Veränderungsrate fortgeschrieben wird. Die genauen Berechnungsverfahren sind jeweils noch in Ausführungsverordnungen zu spezifizieren. Abweichungen des tatsächlichen vom Normalsteueraufkommen werden dann wie ein Konjunkturreffekt behandelt und bei der Ermittlung des strukturellen Saldos herausgerechnet.¹⁾ Für Schleswig-Holstein dürften sich damit im Regelfall unterschiedliche Haushaltsgrenzen aus dem Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse des Landes und der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zur Gewährung von Konsolidierungshilfen ergeben. Grundsätzlich wird die Haushaltskoordinierung im Bundesstaat erschwert, wenn verschiedene Bereinigungsverfahren eingesetzt werden. In beiden Landesgesetzen ist allerdings die wichtige grundgesetzliche Vorgabe, dass ein systematischer Schuldenaufwuchs durch ein Übergewicht ausgewiesener konjunktureller Schwächephase zu vermeiden ist, nochmals verankert. Die Umsetzung dieser Anforderung bleibt freilich jeweils einer Verordnung vorbehalten. Von Gewicht erscheinen dabei ein geeigneter Korrekturmechanismus für den Fall negativer Überraschungen hinsichtlich des Normalsteueraufkommens. Dessen Wachstumsrate sollte anhand eines Referenzzeitraums bestimmt werden, der möglichst volle Konjunkturzyklen umfasst, und nicht von Steuerrechtsänderungen der Vergangenheit beeinflusst sein. Wirkungen von Rechtsänderungen im Planungszeitraum müssten dann – wie etwa im Ausführungsgesetz von Rheinland-Pfalz – als strukturell klassifiziert und das trendmäßige Aufkommen entsprechend angepasst werden.

Extrahaushalte

Wichtig ist zudem die Abgrenzung des Geldebereichs der Schuldenbremse. Artikel

109 III GG nimmt zunächst nur Bezug auf die Haushalte von Bund und Ländern, so dass Ausnahmen für Extrahaushalte nicht ausgeschlossen scheinen. Die in Artikel 109 II GG vorangestellte Verpflichtung zur Einhaltung der EU-Vorgaben – wie dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerten Ziel mittelfristig zumindest annähernd ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalte – legt indes nahe, dass die strengen Grenzen auch für alle Einheiten außerhalb der Kernhaushalte gelten müssen, soweit sie zum Staatssektor zählen. In den Bestimmungen Schleswig-Holsteins finden sich zur Abgrenzung keine Ausführungen. Allerdings steht die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zur Gewährung von Konsolidierungshilfen bis Ende 2019 einer Auslagerung der Kreditfinanzierung auf Extrahaushalte entgegen. In der rheinland-pfälzischen Verfassung wird ausgeführt, dass auch Kreditaufnahmen für Landesbetriebe, bei denen eine Verpflichtung des Landes für den Schuldendienst besteht, in die Begrenzung einzubeziehen sind. Im Ausführungsgesetz wird deutlich, dass damit auch die bisher kreditfinanzierten Straßenbau- und Liegenschaftsbetriebe berücksichtigt werden müssen. Eine solche weitgehende und zugleich frühzeitige Abgrenzung ist zu begrüßen, da auf diese Weise die gebotene schnelle und umfassende Sanierung der Landesfinanzen gefördert wird.²⁾

1 Mit diesem Ansatz soll eine höhere Planungssicherheit dadurch erreicht werden, dass sich die geschätzten strukturellen Einnahmen bei gegebenem Steuerrecht gleichmäßiger entwickeln als bei üblichen Konjunkturbereinigungsverfahren. Aufgrund der hohen Schätzunsicherheit dürften regelmäßige Neubewertungen der strukturellen Haushaltslage aber letztlich unvermeidbar sein, um der nach dem Grundgesetz vorgesehenen Schuldenbegrenzung gerecht zu werden.

2 Demgegenüber eröffnet die in der Entschließung des hessischen Landtags für ein Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse vorgesehene diesbezügliche Klausel Schlupflöcher. Zwar bedürfen Kreditaufnahmen durch Sondervermögen einer gesetzlichen Ermächtigung. Allerdings sollen diese offenbar nicht in die Schuldenbegrenzung einbezogen werden.

Kontrollkonto

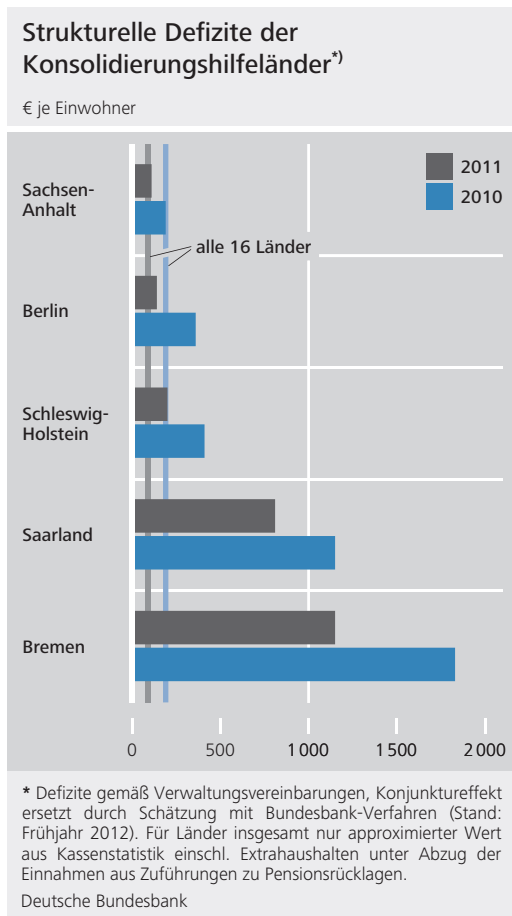
Weiterhin ist in beiden Ausführungsgesetzen die Einrichtung eines Kontrollkontos geregelt. Wie beim Bund gelten die Kreditgrenzen nicht nur für die Planung, sondern auch für den Haushaltsabschluss. Sollte das Haushaltsergebnis nicht den Vorgaben entsprechen, ist die Differenz auf diesem Konto zu verbuchen. Während in Schleswig-Holstein ein Soll-Saldo von 5% der Trend-Steuererinnahmen als Obergrenze für dieses Konto vorgegeben ist, beträgt die entsprechende Grenze in Rheinland-Pfalz unter Verweis auf eine ähnliche Relation wie beim Bundeshaushalt sogar 15% und bietet damit einen deutlich umfangreicheren Toleranzbereich bei Haushaltsabweichungen. Da bei der hier angewendeten Konjunkturbereinigung Abweichungen des Steueraufkommens vom Haushaltsansatz vollständig als konjunkturbedingt exkulpiert werden, ist das tatsächliche Risiko einer Belastung des Kontrollkontos aufgrund von unvorhergesehenen Entwicklungen aber deutlich niedriger zu veranschlagen. Vor diesem Hintergrund scheint auch die entsprechend dem Bundesrecht in Rheinland-Pfalz eingeräumte Möglichkeit zu einer strukturellen Neuverschuldung im Umfang von 3% der Trend-Steuererinnahmen bei Nachtragshaushalten nicht naheliegend. Tendenziell könnte damit defizitären Nachtragshaushalten Vor-schub geleistet werden.

Tilgungsvorschriften bei Verfehlung von Vorgaben

Die Kreditgrenze kann durch Rückgriff auf Ausnahmeklauseln oder in begrenztem Umfang bei unerwarteten Entwicklungen im Haushaltsvollzug vorübergehend verletzt werden. Wie möglicherweise auch beim Bund könnten sich die in diesem Zusammenhang geltenden Tilgungsvorschriften als problematisch erweisen, wenn sie nicht

strikt genug ausfallen. Insbesondere wenn die Tilgung mit einem nicht näher zu bestimmenden Verweis auf eine ungünstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgesetzt werden kann, könnte die angestrebte Verschuldungsbegrenzung letztlich unterlaufen werden (wie bei der alten investitionsorientierten Regel mit dem Verweis auf eine Abwehr einer „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“). In seinem Ausführungsgesetz setzt Rheinland-Pfalz für den landesspezifischen Sonder-Ausnahmetatbestand nicht vom Land verursachter Haushaltsbelastungen eine Rückführung der jährlichen Neuverschuldung in vier Jahresschritten und eine anschließende Tilgung in acht gleichen Jahrestanchen fest. Die Tilgung kann bei einem im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung erwarteten negativen realen Wirtschaftswachstum in dem betreffenden Jahr ausgesetzt werden. Damit wird eine klare Regelung hinsichtlich möglicher Tilgungsaufschübe vorgegeben.³⁾ Bei den anderen Ausnahmetatbeständen ist dagegen lediglich festgelegt, dass die Tilgungen in nicht näher spezifiziertem Sinne „konjunkturgerecht“ erfolgen sollen. Das schleswig-holsteinische Ausführungsgesetz sieht eine Möglichkeit des Tilgungsaufschubs unter Bezugnahme auf die Konjunktorentwicklung dagegen nur bei Grenzüberschreitungen des Kontrollkontos vor. Die Verfassungsregel zur Rückführung von Schulden, die sich aus einem Rückgriff auf die Ausnahmeklausel ergeben, wird jedoch nicht weiter präzisiert („binnen eines angemessenen Zeitraums“). Hier schiene eine feste Tilgungsgröße in Relation zum Haushaltsvolumen oder zu den Trend-Steuererinnahmen erwägenswert.

³ Eine gewisse Schwierigkeit bezüglich der Haushaltsplanung ergibt sich dadurch, dass der Jahreswirtschaftsbericht erst gegen Ende Januar und damit nach der regulären Verabschiedung von Haushaltsgesetzen verfügbar wird.



Vorgaben 2011 erfüllt, aber überhöhte Ausgangsdefizite ermöglichen Konsolidierungsaufschub

Im Mai 2012 hat der Stabilitätsrat befunden, dass alle fünf Konsolidierungshilfelande ihren Verpflichtungen im letzten Jahr gerecht geworden sind.¹⁵⁾ Allerdings ist kritisch zu bewerten, dass die Obergrenzen – ebenso wie beim Bund – auf Basis überhöhter Ausgangsdefizite festgesetzt wurden. Dadurch ergeben sich relativ unambitionierte Abbaupfade, und es wird die problematische, aber politisch attraktive Möglichkeit eröffnet, die insgesamt erforderliche Konsolidierung auf künftige Jahre zu verschieben.¹⁶⁾ Ungeachtet dessen fällt die strukturelle Entwicklung mit dem von der Bundesbank verwendeten Verfahren zur Konjunkturbereinigung staatlicher Haushalte für die Konsolidierungshilfe empfangenden Länder dabei im vergangenen Jahr durchaus günstig aus (vgl. oben stehendes Schaubild). Hier reicht die Spanne für den Konsolidierungserfolg von drei Zehnteln des strukturellen Defizits des Jahres 2010 im Falle des Saarlands bis hin zu drei Fünfteln im Falle Berlins. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Umstände für die

Rückführung im vergangenen Jahr besonders günstig waren. So sind Verbesserungen nicht zuletzt auf die sehr positive Entwicklung der Steuereinnahmen zurückzuführen. Zudem dürfte der Wegfall von Einmalbelastungen etwa aus der Krisenbekämpfung von 2009/2010, die die strukturellen Ausgangsdefizite aufgebläht hatten, die Einhaltung der Defizitabbauvorgaben in den ersten Jahren deutlich erleichtern. Auch haben die Zinsersparnisse aus den sehr günstigen Refinanzierungsbedingungen zu Buche geschlagen. Trotz der positiven Entwicklung ist somit auch angesichts der Volatilität der konjunkturbereinigten Steuereinnahmen keinesfalls Entwarnung angezeigt. Die Erfahrung lehrt, dass eine strukturelle Verbesserung ohne größere strukturelle Anpassungen im jeweiligen Landeshaushalt nicht einfach in die Zukunft fortgeschrieben werden sollte.

Für die vom Stabilitätsrat 2011 im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung als notlagegefährdet eingestuft Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein soll im Rahmen von Sanierungsberichten künftig eingehender über die maßnahmenbezogenen Konsolidierungsfortschritte berichtet werden.¹⁷⁾ Die im Mai von den betroffenen Ländern vorgelegten Zwischenberichte weisen zwar durchaus beachtliche Anstrengungen im letzten Jahr aus, die Berichte selbst bleiben jedoch hinter dem Wünschenswerten zurück. So wurden die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen teilweise nicht genau spezifiziert und reichen

Sanierungsberichte nicht ausreichend aussagekräftig

¹⁵ Die Berechnung der strukturellen Defizite gemäß den Verwaltungsvereinbarungen folgt einer speziellen Methodik, bei der u. a. sämtliche Abweichungen der Steuereinnahmen vom Schätzstand bei der Haushaltsaufstellung als konjunkturbedingt klassifiziert werden. Vgl. die Dokumentation unter: www.stabilitaetsrat.de.

¹⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Konsolidierungshilfelande – Zunächst wenig ambitionierte Auflagen für die Defizitrückführung, Monatsbericht, Mai 2011, S. 74f.

¹⁷ Die Aufgabe des 2010 gegründeten Stabilitätsrates ist es insbesondere, jährlich für alle 16 Länder und den Bund zu prüfen, ob eine Haushaltsnotlage droht. Sofern eine solche Gefahr anhand eines Kennzahlensystems mit Schwellenwerten festgestellt wurde, muss die betroffene Einheit im Rahmen eines Sanierungsprogramms Gegenmaßnahmen ergreifen.

kaum über das laufende Jahr hinaus.¹⁸⁾ Insbesondere im Falle Bremens sind die Angaben vage. Die Begründung, dass mit der grundsätzlich geltenden Top-down-Budgetierung nur allgemeine Kürzungsziele vorzuschreiben sind, sowie der Hinweis auf bereits langjährige Konsolidierungsbemühungen erscheinen angesichts der geforderten besonderen Anstrengungen gerade in diesem Land nicht überzeugend. Zudem scheinen die Planungen hier auf relativ optimistischen Annahmen unter anderem bezüglich der Personalausgaben zu beruhen. Insgesamt wäre es für den Erfolg des neuen Überwachungsverfahrens wichtig, dass die Programme auf vorsichtigen Annahmen basieren und die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen zur Schließung der festgestellten Lücke von Beginn an für den gesamten Sanierungszeitraum spezifizieren.

*Defizitabbau
konsequent
umsetzen und
Sicherheits-
abstand zu
Obergrenzen
einplanen*

Es ist zu begrüßen, dass die Sanierungsprogrammländer vielfach Sicherheitsabstände zu den vereinbarten Defizitobergrenzen ausgewiesen haben. Dafür sprechen nicht zuletzt die erheblichen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und dem Fortgang der Staatsschuldenkrise in Europa. Es ist ratsam, bei einer zwischenzeitlich günstiger als erwarteten Entwicklung in einem Land die Konsolidierungsbemühungen nicht einzuschränken und neben dem absoluten Defizitniveau dessen Abstand zum Durchschnitt der anderen Länder im Auge zu behalten. Sollten die anderen Länder angesichts einer deutlich besseren Finanzlage Haushaltsbelastungen etwa in Form von merklichen Steuersenkungen beschließen, droht ein deutliches Zurückfallen beim Defizitabbau. Eine kritische Effizienzprüfung aller Ausgaben auch in Schwerpunktbereichen wie Bildung und Sicherheit bleibt unerlässlich. Daneben könnte es je nach der Größe der jeweiligen Konsolidierungsaufgabe notwendig werden, noch bestehende Einnahmensteigerungspotenziale auszuschöpfen, die über die bereits erfolgten Grunderwerbsteuersatzanhebungen hinausgehen. Insbesondere der Kostendeckungsgrad von Gebühren oder eine Ausweitung von Nut-

zungsentgelten könnten wichtige Ansatzpunkte sein.

Fiskalpakt

Neben den eher längerfristigen Konsolidierungsanforderungen im Rahmen der Schuldenbremse wurden vonseiten der Bundesländer zusätzliche kurzfristige Anpassungsnotwendigkeiten aus der Ratifizierung des europäischen Fiskalpakts befürchtet. Während die Schuldenbremse des Grundgesetzes für die Übergangszeit bis 2020 nur wenige Vorgaben macht, beinhaltet der Fiskalpakt letztlich für den Gesamtstaat die Verpflichtung zu einem annähernden strukturellen Haushaltsausgleich. Da derzeit erhebliche Überschüsse bei den Sozialversicherungen zu Buche stehen, die sich absehbar wieder zurückbilden werden, könnte eine schnellere Defizitrückführung bei den Gebietskörperschaften erforderlich werden als durch die nationalen Regeln vorgegeben.¹⁹⁾ Letztlich wurden Ende Juni 2012 vom Bund als Gegenleistung für die Zustimmung der Länder zum Fiskalpakt im Bundesrat Zugeständnisse gemacht. So wurden zusätzliche Mittel für Kleinkinderbetreuungsplätze, eine beschleunigte Abrechnung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Kommunen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie eine Bundesbeteiligung an Integrationsleistungen für Behinderte vereinbart. Auch sollen Bund und Länder ab 2013 gemeinsame Anleihen begeben können. Auf eine gesamtschuldnerische Haftung soll dabei aber wohl verzichtet werden. Angesichts der begrenzten Renditeunterschiede, die selbst hoch verschuldete Länder gegenüber Bundeswertpapieren zu tragen haben, ist aber davon auszugehen, dass ein

*Zugeständnisse
des Bundes im
Zusammenhang
mit Fiskalpakt*

18 Kritische Hinweise finden sich auch in: Bundesministerium der Finanzen, Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, Monatsbericht, Juni 2012, S. 45 ff.

19 Im Entwurf eines Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (Bundesrats-Drucksache 571/12) ist eine gesamtstaatliche Defizitobergrenze vorgesehen. Grundsätzlich haben die Länder offenbar akzeptiert, dass der von ihnen geforderte strukturelle Haushaltsausgleich jeweils einschl. der Gemeinden sicherzustellen ist.

Notlagenbeistand der bundesstaatlichen Gemeinschaft ohnehin bereits weitgehend von den Marktteilnehmern angenommen wird. Schließlich soll das Sanktionszahlungs-Aufteilungsgesetz so geändert werden, dass der Bund bis 2020 mögliche Sanktionen aufgrund der verschärften Anforderungen übernimmt.

■ Ausblick

Zwar insgesamt günstige Haushaltsprojektionen, aber auch sehr hohe Risiken

Nach dem deutlichen Defizitrückgang im letzten Jahr hat sich die günstige Entwicklung in den Kernhaushalten der Länder bis Ende August 2012 fortgesetzt. Der Anstieg der Einnahmen um 4% gegenüber dem Vorjahrszeitraum gründete weiter vor allem auf kräftig wachsenden Steuererträgen (+ 7½%). Die Ausgaben wuchsen in den ersten acht Monaten mit 2% deutlich langsamer, sodass das Defizit um fast 3½ Mrd € unter dem Vorjahrsstand lag. Dabei stand stärkeren Zuwächsen vor allem bei den laufenden Zuweisungen an die Kommunen sowie den Personalausgaben ein – vorrangig aus dem Auslaufen der Programme von 2009 resultierender – deutlicher Rückgang bei den Investitionsausgaben gegenüber. Das Bundesfinanzministerium prognostizierte im Sommer für das laufende Jahr zwar faktisch keinen Defizitrückgang für die Kernhaushalte der Länder, doch wird für die Folgejahre bei einem anhaltenden deutlichen Zuwachs des Steueraufkommens von 4½% pro Jahr eine kontinuierliche Verringerung des Defizits auf 1 Mrd € im Jahr 2016 in Aussicht gestellt.²⁰⁾ Absehbare Belastungen durch rückläufige SoBEZ für die neuen Länder und Berlin, die derzeit immerhin etwa ein Zehntel der dortigen Ausgaben auf Landes- und Gemeindeebene finanzieren, und stetig steigende Pensionslasten sind dabei bereits berücksichtigt. Allerdings haben sich solche Vorausschätzungen, die einen mittelfristigen Abbau der Defizite vorsehen, in der Vergangenheit häufig als unzutreffend erwiesen. Teils wurde die veranschlagte Konsolidierung nicht umgesetzt, teils enttäuschte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Erhebliche Risiken auch für die Länder-

finanzen bestehen nicht zuletzt hinsichtlich der weiteren Entwicklung im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise in Europa.

Zur Absicherung des Defizitabbaus scheint eine zügige und konsequente Umsetzung der Schuldenbremse im Landesrecht angezeigt. Dabei wären Mindestabbaupfade ratsam, die eine stetige Verringerung der Obergrenzen in gleichmäßigen Schritten ausgehend von der zuletzt günstiger als prognostizierten Haushaltslage verbindlich vorgeben. Da die Belastungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 geringer waren als erwartet, wäre es im Interesse einer Begrenzung des künftig zu tragenden Schuldendienstes dabei für die meisten Länder naheliegend, die im Grundgesetz eingeräumte lange Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des grundsätzlichen Neuverschuldungsverbots nicht vollständig auszuschöpfen. Die Länder sollten das günstige Umfeld zu zügigen, nachhaltig wirkenden Maßnahmen nutzen. Dies ist insbesondere für diejenigen Länder wichtig, deren Defizit je Einwohner noch besonders hoch ist und die somit noch eine besonders umfangreiche Konsolidierung zu leisten haben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass kurz vor Inkrafttreten des grundsätzlichen Neuverschuldungsverbots erhebliche Einschnitte unter hohem Zeitdruck und in einem möglicherweise schwierigeren gesamtwirtschaftlichen Umfeld erforderlich werden.

Rasche Umsetzung der Schuldenbremse in Landesrecht und Festlegung verbindlicher Konsolidierungsschritte ratsam

Da die Länder nach Beschluss der neuen Schuldenregeln im Jahr 2009 im Vergleich zu den damaligen Erwartungen sowohl von merklich höheren Steuereinnahmen als auch von niedrigeren Zinsen profitieren, sollte das Ziel eines Haushaltsausgleichs einschließlich Sicherheitsabständen bis 2020 auch für die hochdefizitären Länder erreichbar sein. Dabei werden diese aber im Gegensatz zu Ländern mit einer besseren Ausgangsposition kaum Spielraum für nennenswerte Steuersenkungen haben. Um die

Bei Steuersenkungen auch dem Konsolidierungsbedarf hochdefizitärer Länder Rechnung tragen

²⁰ Vgl. dazu: Bundesfinanzministerium, Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen, Monatsbericht, August 2012, S. 10 ff.

Vorgaben der Schuldenbremse ab 2020 sicher einzuhalten, wäre im Fall von Steuersenkungen, die über das nach dem Grundgesetz erforderliche Maß hinausgehen, somit entweder eine Kompensation notwendig oder die Möglichkeit, Tarifsenkungen – etwa in Form von regionalen Abschlägen – auf Länder mit einer bereits soliden Finanzlage zu beschränken.

Einplanung von Sicherheitsabständen geboten

Angesichts der Unsicherheiten bei der Bezifferung struktureller Defizite und gelegentlich auftretender negativer Schocks ist zudem dringend zu empfehlen, dass alle Länder zumindest perspektivisch bei der Haushaltsaufstellung einen spürbaren Sicherheitsabstand zu ihren Kreditgrenzen einhalten. Andernfalls ist zu befürchten, dass bei überraschend ungünstigen Entwicklungen prozyklisch nachgesteuert werden muss, um den Vorgaben zu entsprechen. Die intentionsgerechte Einhaltung der neuen Haushaltsregeln erfordert letztlich eine grundlegende Neuorientierung in der Haushaltspolitik, die noch immer häufig eher darauf ausgerichtet scheint, den rechtlich vorhandenen Verschuldungsspielraum weitgehend auszunutzen – und diesen bei Bedarf zudem weit auszulegen.

Regelungsabsicht erfordert Einbeziehung der Extrahaushalte

Bei den Verwaltungsvereinbarungen der Konsolidierungshilfsländer und auch bei der in Rheinland-Pfalz eingeführten Neuverschuldungsgrenze wurden staatliche Extrahaushalte explizit in die Schuldenregeln einbezogen. Angesichts der umfangreichen Ausgliederungen wäre dies im Hinblick auf eine effektive Schuldenbegrenzung für alle Länder von besonderer Bedeutung. Damit würden der Regelungsabsicht des Grundgesetzes Rechnung getragen und die Chancen erhöht, den Schuldenzuwachs nachhaltig einzudämmen. Strikt abgegrenzte finanzielle Transaktionen können dabei von der Kreditgrenze ausgeklammert werden. Aufgrund der Schätzunsicherheiten bei der Konjunkturbereinigung wäre außerdem eine effektive Absicherung dagegen wichtig, dass Verzerrungen bei den tatsächlich berücksichtigten Konjunkturkomponenten den Schulden-

stand nach und nach aufblähen (etwa mittels eines zusätzlichen Kontrollkontos).²¹⁾

Neben der Schuldenbremse rückt auch der Länderfinanzausgleich zunehmend in den Fokus. Die Anfang des letzten Jahrzehnts beschlossenen Regeln laufen Ende 2019 aus. Nach den Vorgaben des Grundgesetzes ist eine Anschlussregelung erforderlich. Dabei gilt es auch zu klären, welche Unterschiede hinsichtlich der Steuerkraft mit den im Grundgesetz angesprochenen einheitlichen Lebensverhältnissen im Bundesgebiet zu vereinbaren sind. Angesichts von regionalen Preisunterschieden, die zumeist auch mit der jeweiligen Wirtschaftskraft und Bevölkerungsdichte in Verbindung stehen, scheinen Abweichungen durchaus gerechtfertigt. Nach den geltenden Regeln mit einer weitgehenden Nivellierung der Steuerkraft bei unvollständiger Anrechnung der kommunalen Steuern wird derzeit de facto ein Abstand zum Durchschnitt von etwa 10% akzeptiert. Um Unterschieden auf der Einnahmenseite Rechnung zu tragen, bietet es sich an, künftig die bei der Beamtenbesoldung und -versorgung bestehenden länderspezifischen Differenzierungsmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Insgesamt werden von den einzelnen Ländern angesichts der Verschuldungsdifferenzen auch erhebliche Unterschiede bei den Zinsausgaben in ihren Haushalten zu kompensieren sein. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wären – auch unter Anreizgesichtspunkten – Zu- oder auch Abschlagsrechte der einzelnen Länder etwa bei der Einkommensbesteuerung mit harmonisierter Anrechnung im Länderfinanzausgleich bedenkenswert. Dadurch könnten zudem länderspezifische Präferenzen für öffentliche Leistungen stärker berücksichtigt und mit den entstehenden Aufwendungen in Übereinstimmung gebracht werden.

Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ab 2020

²¹ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Zur Gefahr fehlender Symmetrie bei der Konjunkturbereinigung im Rahmen von Fiskalregeln, Monatsbericht, August 2012, S. 70 ff.

Die Bedeutung von Handelskrediten für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik

Im Finanzierungsspektrum der nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland gehören Handelskredite zu den wichtigsten Instrumenten der Fremdfinanzierung. Dieser spezielle Unternehmenskreditmarkt stellt teils eine Alternative, teils eine Ergänzung zum kurzfristigen Bankkreditgeschäft dar.

Als Grundtypen lassen sich erhaltene Anzahlungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen unterscheiden. In der Form von Anzahlungen basieren sie auf gewachsenen Zahlungsgewohnheiten, die in Wirtschaftszweigen mit Auftragsfertigung die Vorfinanzierungslast und das erhöhte wirtschaftliche Risiko des Lieferanten bei langfristigen Fertigungsprozessen teilweise kompensieren. Insgesamt macht dieser Teil der Handelskredite mit gut 5% an der Bilanzsumme allerdings nur etwa die Hälfte dessen aus, was als Lieferantenkredite im Unternehmenssektor passiviert wird. Diese Finanzierungsquelle nutzen vor allem Unternehmen mit hohem Warenumschlag. Sie bildet damit einen wesentlichen Teil der zur Finanzierung des Umlaufvermögens erforderlichen kurzfristigen Fremdmittel. Teilweise werden aber auch die hohen damit verbundenen Debitorenpositionen refinanziert, die der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit ihrem Auslandsgeschäft entstehen.

Die vorliegende Untersuchung zeigt anhand von Sonderauswertungen der Unternehmensabschlussstatistik der Bundesbank, dass die Nutzung des kurzfristigen Finanzierungsinstruments Handelskredit vor allem mit branchenspezifischen Faktoren beziehungsweise Finanzierungserfordernissen zusammenhängt, die aus dem Geschäftsmodell der betreffenden Firmen resultieren. Durch den Liquiditätsausgleich innerhalb des Unternehmenssektors liefern die dabei entstehenden Handelskreditketten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Flexibilität und der Stabilität der Unternehmensfinanzierung. Aufgrund der güterwirtschaftlichen Unterlegung sind Handelskredite eng mit dem Konjunkturzyklus verbunden. Sie erleichtern nicht zuletzt die kurzfristige Anschubfinanzierung für Betriebsmittel am Anfang einer konjunkturellen Erholungsphase.

Mit Blick auf den gewährten Umfang von Handelskreditforderungen ist mit ihnen in bestimmten Branchen jedoch auch jenseits der zyklischen Komponente ein langfristiges Kreditengagement verbunden, das erhebliche Größenordnungen erreichen kann. Die systematische Kontrolle der damit einhergehenden Risiken erfordert ein professionelles Kredit- und Liquiditätsmanagementsystem aufseiten der Gläubiger.

Zum Stellenwert von Handelskrediten in der Unternehmensfinanzierung

Handelskredite als Bestandteil des Kaufvertrages umfassen ...

Lieferantenkredite und Kundenanzahlungen (Bestellerkredite) werden üblicherweise unter dem Begriff „Handelskredit“ zusammengefasst. Die Bezeichnung verweist bereits darauf, dass die beteiligten Geschäftspartner nicht nur Handels-, sondern auch Kreditbeziehungen unterhalten. Handelskredite stellen ein kurzfristiges Fremdfinanzierungsinstrument der Unternehmen dar, das im Rahmen des Absatzes von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen zum Einsatz kommt und damit direkter Bestandteil des abgeschlossenen Kaufvertrages ist.

... Anzahlungen und ...

Soweit Kunden bereits nach Abschluss der Kaufvereinbarung, aber noch vor der Lieferung beziehungsweise bei einer Teillieferung der Ware oder Dienstleistung den Kaufpreis ganz oder teilweise als Voraus- oder Abschlagszahlung¹⁾ entrichten und manchmal als Gegenleistung auch einen Preisnachlass erhalten, handelt es sich um erhaltene beziehungsweise – aus der Sicht des Käufers – um geleistete Anzahlungen. Für den Verkäufer ist diese Finanzierungsregelung von nicht unerheblichem Vorteil, weil er die entsprechende Umsatzfinanzierung ganz oder zumindest teilweise vom Kunden gestellt bekommt.

... Lieferantenkredite

Beim Lieferantenkredit hingegen räumt der Verkäufer dem Käufer seiner Ware oder Dienstleistung ein Zahlungsziel ein und gewährt ihm damit über einen begrenzten Zeitraum Kredit. Das erspart dem Abnehmer die Notwendigkeit der Mittelbeschaffung auf anderem Wege und entlastet seine kurzfristige Finanzplanung, ist allerdings nach Ablauf der Skontofrist meistens verbunden mit einem höheren, nicht um das Skonto gekürzten Kaufpreis. Derjenige Käufer, der auf die Nutzung des Zahlungszieles verzichtet und innerhalb einer festgelegten kürzeren Frist den Rechnungsbetrag ausgleicht, erhält hingegen in der Regel einen Preisabschlag in Höhe des vereinbarten Skontos.²⁾ Handels-

kredite verschaffen damit dem Käufer eine zusätzliche Finanzierungsflexibilität zum kurzfristigen Bankkredit, der häufig den Unternehmen in Form eines auf betriebliche Erfordernisse zugeschnittenen Kontokorrentkredits zur Verfügung steht.

Wenn der anfängliche Lieferantenkredit auf der nächsten Wertschöpfungsstufe auch dem folgenden Käufer angeboten wird, entstehen sukzessiv neue Kreditbeziehungen in Form einer Kette, die ein Mehrfaches des Initialkredits erreichen kann. Solange dieser Prozess über die verschiedenen Produktions- und Absatzstufen weiterläuft, ohne dass die gewährten Lieferantenkredite beispielsweise durch Verkaufserlöse oder die Aufnahme von Darlehen im Bankensektor getilgt werden, kann sich die Kreditkette fortsetzen beziehungsweise mit anderen überlagern. Der Prozess wird lediglich durch die Skontofrist und die bei ihrer Überschreitung resultierenden relativ hohen Zinssätze limitiert, die in der Regel eine termingerechte Tilgung konditionieren.

Lieferanten- und Kundenkredite stellen neben konzernbezogenen Verflechtungsverbindlichkeiten die wichtigste Quelle der Fremdfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland dar. Bezogen auf die kurzfristigen Fremdmittel nehmen sie sogar die Spitzenposition in der Finanzierungshierarchie ein.³⁾ Während Lieferantenkredite in den Vereinigten Staaten und

Aufbau von Lieferantenkreditketten

Große Bedeutung für die Unternehmensfinanzierung, ...

¹ Diese beiden Finanzierungsinstrumente unterscheiden sich dadurch, dass bei einer Vorauszahlung im Falle der nicht ordnungsmäßigen Leistungserbringung im Gegensatz zur Abschlagszahlung eine Rückzahlungsverpflichtung besteht. Vgl. hierzu: K. Küting, Gutachterliche Stellungnahme zur bilanziellen Einordnung von erhaltenen Anzahlungen in der Bauindustrie, Marl / Saarbrücken, 2005, S. 15 ff.

² Nach Befragungen des Kreditversicherers Atradius gewähren etwa 50% der deutschen Unternehmen Skonti, was deutlich über dem europäischen Durchschnittswert von 37% liegt. Genutzt wird dieses Angebot jedoch nur von 15% der ausländischen und 26% der inländischen Kunden. Vgl.: Atradius Zahlungsmoralbarometer, Internationale Studie zum Zahlungsverhalten von Unternehmen, Kernergebnisse Herbst 2011, Breda 2011, S. 15 f.

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, Monatsbericht, Januar 2012, S. 21 ff.

... aber wenige Untersuchungen bisher für Deutschland

in Frankreich⁴⁾ seit Jahren im Fokus der wirtschaftspolitischen Diskussion stehen, wurde ihnen in Deutschland trotz ihrer herausragenden Bedeutung für die kurzfristige Unternehmensfinanzierung bisher relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Handelskredite aus Lieferanten- und Abnehmersicht

Hauptquelle zur Deckung des kurzfristigen Finanzbedarfs

Handelskredite stellen für Unternehmen eine alternative, teilweise aber auch eine komplementäre Finanzierungsquelle zum kurzfristigen Bankkredit dar. Die Nutzung derartiger absatzwirtschaftlicher Kredite hängt also in erster Linie davon ab, inwieweit damit den speziellen Finanzierungsbedürfnissen von Unternehmen Rechnung getragen wird beziehungsweise welche ökonomischen Vorteile für Anbieter und Nachfrager solcher Kredite im Vergleich zu anderen klassischen Instrumenten der kurzfristigen Unternehmensfinanzierung bestehen.

Reduktion der Vorfinanzierungslast und des Abnehmerisikos

Das Instrument der erhaltenen Anzahlungen ist von besonderer Bedeutung für Unternehmen mit langfristiger Auftragsfertigung und den damit zusammenhängenden Finanzierungsproblemen. Nach den vertragsrechtlichen Bestimmungen des Eigentumsübergangs im Bürgerlichen Gesetzbuch entsteht ein Zahlungsanspruch nämlich grundsätzlich erst dann, wenn die Endabnahme des bestellten Produkts oder der Leistung durch den Kunden erfolgt ist. Die aus solchen schuldrechtlichen Regelungen resultierende Vorfinanzierungslast und das damit verbundene erhöhte wirtschaftliche Risiko für den Leistungserbringer kann aber durch Vereinbarungen mit dem Abnehmer im Kaufvertrag über Anzahlungen zumindest teilweise wieder kompensiert werden.⁵⁾ In der Regel lässt der Kunde seine Anzahlungen durch ein Anzahlungsaval des Lieferanten (Bankbürgschaft) absichern, damit er vor dessen Insolvenz geschützt ist.

Finanzierungskostenaspekte

Ein entscheidendes Argument für die Nutzung von Lieferantenkrediten liegt darin, dass diese

Form der Finanzierung gegenüber einer Verschuldung bei einer Bank zunächst kostengünstiger ist, weil der Kaufpreis für die Dauer der Skontofrist zinsfrei gestundet wird. Überschreitet der Kunde allerdings diesen relativ engen zeitlichen Rahmen, dann wird der Lieferantenkredit in der Regel zu einem ziemlich teuren Finanzierungsinstrument, da der in Form des Skontoverzichts faktisch in Rechnung gestellte Effektivzins ein Vielfaches dessen ausmacht, was üblicherweise als Kontokorrentzins in Ansatz zu bringen ist. Bei einem Zahlungsziel von beispielsweise 30 Tagen und der Einräumung von 2% Skonto für 8 Tage Skontofrist ist immerhin ein Effektivzinssatz von rund 40% per annum zu veranschlagen. Auch wenn gewisse Fristüberschreitungen vom Gläubiger geduldet werden, dürften die daraus resultierenden Zinssätze immer noch deutlich über denjenigen liegen, die für Kontokorrentkredite im gewerblichen Bereich üblich sind und die entsprechend der Zinsstatistik der Deutschen Bundesbank in den letzten Jahren zwischen 5% und 7% per annum lagen.

Das Ergebnis des Finanzierungskostenvergleichs dürfte selbst dann in aller Regel erhalten bleiben, wenn die Bonitäts- und Ausfallrisiken beider Finanzierungsinstrumente unterschiedlich eingeschätzt würden oder bei den Mahn- und Inkassokosten Differenzen bestünden. Von daher sind Lieferantenkredite für den gewerb-

⁴ Um die strukturelle Benachteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen durch geringere Zugriffsmöglichkeiten auf Lieferantenkredite zu begrenzen, gibt es in Frankreich sogar gesetzlich geregelte Zahlungsfristen mit Verzugsstrafen. Zuletzt wurde die Maximalfrist mit dem Gesetz zur Modernisierung der Wirtschaft (LME, loi no 2008-776) zum Jahresanfang 2009 auf 60 Kalendertage festgelegt. In Deutschland wird durch das Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen vom 30. März 2010 lediglich geregelt, ab wann ein Schuldner in Verzug gerät (30 Tage nach Rechnungserstellung). Mit der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (RL 2011/7/EU) vom 16. Februar 2011, die bis 2013 in nationales Recht umgesetzt werden muss, wird die Zahlungsfrist für Unternehmen in der Europäischen Union auf grundsätzlich 60 Tage begrenzt.

⁵ Vgl. hierzu die gleichlautende Begründung des neuen § 632a BGB, mit dem Abschlagszahlungen in das Gesetz aufgenommen wurden: O. Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, Beck'sche Kurzkommentare, 71. Auflage, München 2012, S. 976.

lichen Kunden vor allem dann vergleichsweise besonders vorteilhaft, wenn diese sich ständig ohne Zinseszinsseffekte revolvingend erneuern, sodass die formal vereinbarte Skontofrist faktisch nie zum Tragen kommt oder – aufgrund der Intensität des Wettbewerbs auf dem Absatzmarkt – ein entsprechendes Skonto bereits in den Verkaufspreis eingepreist ist und eine längere kostenfreie Zahlungsfrist gewährt wird.⁶⁾

Überwindung von Informationsasymmetrien

Bei kreditnachfragenden Unternehmen bietet sich der Lieferantenkredit zudem dann als kurzfristige Finanzierungslösung an, wenn die Firmen wegen bestehender Informationsasymmetrien von den Banken rationiert werden, etwa durch hohe Kosten und Hemmnisse der Informationsbeschaffung über die Bonität des potenziellen Kunden. Solche adversen Selektionsprobleme auf dem Kreditmarkt wurden beispielsweise für die USA bei besonders dynamischen Unternehmen beobachtet, die in der ersten Wachstumsphase ihres Geschäfts nur über geringe Eigenkapitalquoten und niedrige Cashflows verfügen. Hier stellt der Lieferantenkredit ein wichtiges Substitut des kurzfristigen Bankkredits dar.⁷⁾ Bei den durch einen hohen Warenumschlag gekennzeichneten Handelsbranchen ist der Lieferantenkredit grundsätzlich besonders interessant, weil hier die Zahlungsverpflichtungen ganz oder teilweise aus den Verkaufserlösen der bezogenen Waren bestritten werden können (Pay-as-you-earn-Prinzip) und folglich zur Finanzierung des Umlaufvermögens weniger kurzfristige Bankkredite benötigt werden.

Flexibilitäts- und Effizienzvorteile des Lieferantenkredits

Für die Nutzung des Lieferantenkredits spielen aus Sicht des Kunden weiterhin der damit verbundene geringe Aufwand und die große Finanzierungsflexibilität eine wichtige Rolle. Bei einer Finanzierung durch Banken wären gegebenenfalls längere Verhandlungen erforderlich; zudem müssten in Abhängigkeit von der Höhe und Laufzeit des Kreditarrangements zusätzliche Informationen und teilweise ergänzende Sicherheiten bereitgestellt werden.⁸⁾ Dieser nicht unerhebliche Aufwand entfällt bei der

Vereinbarung von Lieferantenkrediten, die in der Regel Bestandteil der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und damit formularmäßiger Teil des Kaufvertrages sind.

Aus Sicht des Verkäufers lassen sich Lieferantenkredite durch die Einräumung großzügiger Zahlungsziele als Marketinginstrument und als Mittel zur Stimulierung oder Sicherung des Absatzes nutzen. Hierdurch können Kundenbindungen gestärkt oder neu aufgebaut werden.

Mittel zur Absatzförderung und ...

Durch den Lieferantenkredit besitzt der Verkäufer zudem vielfältige Möglichkeiten zur verdeckten Preisdiskriminierung durch die Gewährung großzügigerer Zahlungsfristen und Skontoregelungen. Solche Gesichtspunkte treten dann auf, wenn die offene Gewährung von Preisvorteilen gesetzlich verboten ist⁹⁾ oder die erkennbare Bevorzugung einzelner Kundengruppen zu gravierenden Gegenreaktionen der anderen Abnehmer führen könnte.

... zur verdeckten Preisdiskriminierung

Aus Gläubigersicht bietet diese Form der kurzfristigen Finanzierung zudem besondere Vorteile bei der laufenden Überwachung der Debitorenpositionen. Drohende Absatz- und Finanzierungsschwierigkeiten werden durch das effektive Bestell- und Zahlungsverhalten des Abnehmers bereits frühzeitig gespiegelt und liefern damit Hinweise auf das Risiko von Zahlungsausfällen. Selbst im Falle eines Konkurses steht der Gläubiger eines Lieferantenkredits besser da als andere Kapitalgeber, da die Liqui-

Informations- und Besicherungsaspekte

⁶ Laut der aktuellen Untersuchung des Kreditversicherers Atradius zum Zahlungsverhalten von Unternehmen setzen 44,2% der befragten deutschen Firmen bei Zielverkäufen Skontoregelungen ein. Vgl. hierzu: Atradius Zahlungsmoralbarometer, Internationale Studie zum Zahlungsverhalten von Unternehmen, Kernergebnisse Deutschland, Frühjahr 2012, Breda 2012, S. 13.

⁷ Vgl.: N. Huyghebaert, On the Determinants and Dynamics of Trade Credit Use: Empirical Evidence from Business Start-ups, Journal of Business Finance & Accounting, Vol. 33, January/March 2006, S. 307 ff.

⁸ Selbst bei Kontokorrentkrediten muss von Zeit zu Zeit immer wieder neu mit der Hausbank über die Höhe und die Konditionen verhandelt werden.

⁹ In Deutschland ist Preisdiskriminierung als Folge eines Missbrauchs von Marktmacht im Rahmen des Wettbewerbsrechts nach § 19 (4) Nr. 3 und § 20 (1) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verboten.

dierung seiner Forderungen vorrangig vor allen anderen Gläubigern und sehr weitreichend bis hin zum Veredelungsprodukt durch ein besonderes Aussonderungsrecht im Rahmen des Eigentumsvorbehalts systematisch geschützt wird. Insofern ist der Wert der Sicherheiten in Form der gelieferten Waren und Dienstleistungen hoch, und die durchgreifenden Konsequenzen im Fall der Zahlungsverweigerung führen bereits grundsätzlich zu einer gewissen prophylaktischen Disziplinierung des Zahlungsverhaltens der Abnehmer.

*Qualitätssignal
vonseiten des
Verkäufers*

Ferner spricht für Lieferantenkredite, dass sich mit diesem Instrument auch die Informationsasymmetrie zwischen Anbieter und Abnehmer im Hinblick auf die Qualität der angebotenen Produkte und Dienstleistungen effizient überwinden lässt. Wenn der Lieferant dem Abnehmer nach der Bereitstellung des Produkts einen Zahlungsaufschub einräumt, kann er auf aufwendige Darlegungen der Produktqualität weitgehend verzichten, da der Käufer in der Phase vor der Rechnungsbegleichung sich selbst ein zutreffendes Bild über das erworbene Gut machen kann. Mit der Einräumung von Zahlungsfristen signalisiert der Verkäufer seinem Abnehmer, dass er ein Produkt erwirbt, das auch in der konkreten Beschaffenheit die vereinbarten Qualitätsmerkmale erfüllt.

*Wichtiger
Parameter des
Working-Capital-
Managements*

Schließlich bilden Lieferantenkredite aber auch einen bedeutenden Parameter zur Liquiditätssteuerung im Unternehmen, was insbesondere im Konzept des Working-Capital-Managements (WCM)¹⁰ zum Ausdruck kommt. Bei diesem Steuerungskonzept werden unter anderem im Rahmen eines gezielten Debitorenmanagements den eigenen Kunden möglichst enge Zahlungsfristen gesetzt und Überschreitungen rigoros angemahnt, während die von Lieferanten selbst erhaltenen Zahlungsaufschübe konsequent genutzt werden. Auf diese Weise können die Kosten der Finanzierung des Umlaufvermögens reduziert und die verfügbaren Finanzierungsmittel gezielt für andere betriebliche Zwecke verwendet werden. Das Konzept zielt darauf ab, die Kapitalbindungsdauer im

Umlaufvermögen des Unternehmens zu reduzieren, damit der gewonnene Spielraum beispielsweise zur Finanzierung von Sachinvestitionen, externem Wachstum oder Innovationen genutzt werden kann.

Handelskredite im Spiegel der Unternehmensabschluss- analyse

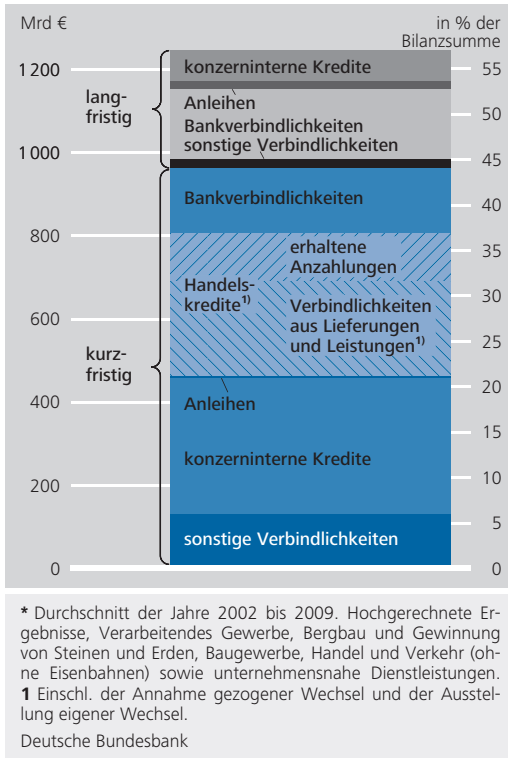
Die für die Jahre 2002 bis 2009 hochgerechneten Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik der Deutschen Bundesbank machen deutlich, dass Handelskredite mit 345,2 Mrd € im Durchschnitt des Untersuchungszeitraums neben den konzerninternen Krediten (399,4 Mrd €) die zweitwichtigste und in kurzfristiger Hinsicht sogar die wichtigste Fremdfinanzierungsquelle der nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland darstellen.¹¹ Gemessen an der Bilanzsumme erreichen sie eine Quote von 15,8%. Die kurz- und langfristige Verschuldung bei Banken fällt 1 Prozentpunkt niedriger aus. In den Einzelabschlüssen passivierte Anleihen, als Beitrag des Kapitalmarkts zur Unternehmensfinanzierung, erreichen hingegen lediglich ein Volumen von 22,3 Mrd €, was einem Anteilswert an der Bilanzsumme von nur 1,0% entspricht. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Unternehmensabschlussstatistik nicht alle Wirtschaftsbereiche erfasst und ausschließlich auf Einzelabschlüssen inländischer Unternehmen basiert. Letzteres führt dazu, dass sich die Finanzierung von Konzernen nur begrenzt in

*Hoher Ver-
breitungsgrad*

¹⁰ Beim Working-Capital-Management geht es um die Minimierung des Nettoumlaufvermögens unter Beachtung der Nebenbedingung, dass es zu keinen kurzfristigen Liquiditätsengpässen kommt. Working-Capital umfasst liquide Mittel zuzüglich der kurzfristigen Forderungen und der Vorräte abzüglich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten. Vgl. hierzu: H. J. Klepzig, Working-Capital und Cash Flow, Finanzströme durch Prozessmanagement optimieren, 2. Auflage, Wiesbaden, 2010, S. 18 ff.

¹¹ Wegen der starken Konjunkturabhängigkeit von Handelskrediten rekurriert die folgende Darstellung nicht auf den Ergebnissen der Unternehmensabschlussstatistik eines einzelnen Jahres, sondern auf Durchschnittsangaben für die Jahre 2002 bis 2009.

Struktur der Fremdfinanzierung deutscher nichtfinanzieller Unternehmen¹⁾



den ausgewiesenen Ergebnissen niederschlägt. Im Konzernverbund werden Bankkredite und Anleihen häufig über ausländische Finanzierungsgesellschaften oder Konzernmütter aufgenommen und erscheinen dann teilweise nur als Verflechtungsverbindlichkeiten in den Einzelabschlüssen.

Anzahlungen konzentriert in Sektoren mit langfristiger Auftragsfertigung

Etwa ein Drittel der Handelskredite auf der Passivseite der Jahresabschlüsse besteht aus erhaltenen Anzahlungen (116,9 Mrd €), die verbleibenden 228,3 Mrd € werden von den Unternehmen in Form von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei Lieferanten aufgenommen.¹²⁾ Per saldo betrachtet ist allerdings festzustellen, dass Anzahlungen im Gegensatz zu den Lieferantenkrediten einen Nettobeitrag zur Unternehmensfinanzierung erbringen, da die geleisteten Anzahlungen in summa deutlich geringer ausfallen als die erhaltenen Anzahlungen des Unternehmenssektors. Der Befund erklärt sich daraus, dass diese nicht nur von inländischen Unternehmungen,

sondern beispielsweise auch vom Staat und vom Ausland getätigt werden.

Dass sie ein spezielles Finanzierungsinstrument verkörpern, welches in bestimmten Sektoren mit längerer Produkterstellungsdauer und Einzelfertigung üblicherweise Verwendung findet, zeigt die nach Wirtschaftszweigen differenzierte Betrachtung. Mit 36,2 Mrd € beziehungsweise 20,6 Mrd € konzentrieren sich die erhaltenen Anzahlungen ganz überwiegend auf das Baugewerbe und den Maschinenbau; gemessen an der Bilanzsumme betragen hier die Anteilswerte 29,0% beziehungsweise 13,9%. Lediglich die unternehmensnahen Dienstleistungen weisen mit 14,3 Mrd € (7,6%) noch relativ hohe Werte auf, was vor allem mit entsprechenden Zahlungsbedingungen, die bei der Erstellung von Software und vergleichbaren firmenspezifischen Dienstleistungen vereinbart werden, zusammenhängen dürfte. Bei den Unternehmensmerkmalen „Rechtsform“ und „Firmengröße“, die stark miteinander korreliert sind, fallen nur wenige Unterschiede auf. So schwanken die Anteilswerte für geleistete Anzahlungen zwischen 0,6% für Mikrounternehmen und 2,0% für Großunternehmen. Von passivierten Anzahlungen profitieren mit 7,1% am meisten mittelgroße Unternehmen, während Firmen der untersten Größenklasse mit 5,6% und Großunternehmen mit 4,7% relativ deutlich darunter liegen.

Der im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2009 um gut 57 Mrd € höhere Bestand an Lieferantenforderungen gegenüber den entsprechenden Verbindlichkeiten ist vor allem der starken

¹² Bedingt durch die Rechnungslegungsvorschriften des HGB wird in der vorliegenden Untersuchung die Höhe der Lieferantenkredite unterschätzt. Nach § 265 Abs. 3 S. 1 HGB hat der Ausweis der konzernbezogenen Anteile an den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in den Verflechtungsforderungen und -verbindlichkeiten zu erfolgen. Da die Höhe der im Rahmen dieser Vorschrift umgruppierten Forderungen und Verbindlichkeiten nur in großformatigen Abschlüssen gesondert ausgewiesen wird und die Inanspruchnahme von Finanzierungsquellen substanzielle größenspezifische Unterschiede aufweist, kann eine umfassende und abgesicherte Korrektur dieser durch das Gesetz veranlassten Umgruppierung von Lieferantenkrediten nicht durchgeführt werden.

Durchschnittliche Höhe der Handelskredite von 2002 bis 2009 nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformgruppen und Größenklassen ^{*)}

Merkmal	geleistete Anzahlungen	erhaltene Anzahlungen	Fororderungen aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	geleistete Anzahlungen	erhaltene Anzahlungen	Fororderungen aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
	Mrd €				in % der Bilanzsumme			
Wirtschaftszweig								
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾	26,3	60,0	128,9	94,2	2,0	4,6	10,0	7,3
Ernährungsgewerbe	1,2	0,0	13,0	10,0	1,4	0,1	15,2	11,7
Textilgewerbe und Bekleidungs-gewerbe	0,1	0,0	2,6	1,6	0,9	0,3	15,9	10,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	0,2	0,7	1,9	1,6	1,7	4,6	13,2	10,7
Verlags- und Druckgewerbe	1,1	0,4	8,4	5,8	1,7	0,6	12,9	8,9
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	3,7	1,9	13,0	7,8	1,8	0,9	6,2	3,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	0,8	0,5	5,2	3,5	2,1	1,2	13,5	9,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	0,6	0,7	2,8	2,2	1,8	2,1	8,5	6,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2,8	5,0	16,8	12,0	2,3	4,1	13,9	9,9
Maschinenbau	3,0	20,6	20,7	11,5	2,0	13,9	14,0	7,8
Elektrotechnik	2,3	12,1	13,2	8,8	1,4	7,4	8,1	5,4
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	0,5	1,9	4,9	2,3	1,3	4,6	12,2	5,6
Baugewerbe	1,2	36,2	20,9	15,7	0,9	29,0	16,7	12,6
Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen	0,3	0,3	10,6	11,8	0,5	0,5	15,2	16,8
Großhandel und Handelsvermittlung	2,2	2,9	62,6	45,4	0,9	1,2	25,4	18,5
Einzelhandel (ohne Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen)	0,8	1,7	15,7	34,1	0,5	1,0	9,6	20,8
Verkehr ohne Eisenbahnen	2,9	1,5	12,8	9,9	2,8	1,4	12,5	9,6
unternehmensnahe Dienstleistungen ²⁾	2,1	14,3	34,2	17,2	1,1	7,6	18,3	9,2
Rechtsform								
Kapitalgesellschaften	26,5	74,7	166,7	125,2	1,9	5,3	11,8	8,9
Nichtkapitalgesellschaften	9,4	42,2	119,0	103,1	1,2	5,5	15,4	13,3
Unternehmensgröße ³⁾								
sehr kleine Unternehmen	1,6	15,4	46,1	39,6	0,6	5,6	16,9	14,5
kleine und mittelgroße Unternehmen	5,8	35,6	91,4	67,3	1,2	7,1	18,1	13,3
große Unternehmen	28,4	65,9	148,2	121,4	2,0	4,7	10,5	8,6

* Hochgerechnete Ergebnisse, Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Baugewerbe, Handel und Verkehr (ohne Eisenbahnen) sowie unternehmensnahe Dienstleistungen. **1** Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. **2** Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Holdinggesellschaften). **3** Entsprechend der Definition kleiner und mittlerer Unternehmen der EU, wonach Unternehmen bis 2 Mio € Umsatz als Mikrounternehmen, von 2 Mio € bis 50 Mio € Umsatz als klein bzw. mittelgroß und mit 50 Mio € und mehr Umsatz als groß gelten.

Deutsche Bundesbank

Hohe Lieferantenforderungen bei starker Exportorientierung der deutschen Wirtschaft

Exportorientierung der deutschen Wirtschaft geschuldet, da gerade bei Lieferungen ins Ausland wesentlich längere Zahlungsfristen als innerhalb Deutschlands üblich sind. Zu einem Teil beruhen diese hohen Lieferantenforderungen aber auch auf Zahlungsverzug¹³⁾ und deuten somit auf eine schlechtere Zahlungsmoral ausländischer Kunden hin (vgl. hierzu auch die Erläuterungen auf S. 61f.).¹⁴⁾ Das dürfte mit dem geringeren Stellenwert des Gläubigerschutzes in den Rechtssystemen dieser Länder zusammenhängen. Wie die Verteilung der Lieferantenforderungen nach Branchen zeigt, konzentrieren sich diese nicht nur auf exportorientierte Wirtschaftsbereiche, sondern auch auf Sektoren

mit überwiegender Auftragsfertigung. An vorderster Stelle stehen der Großhandel mit 25,4% (62,6 Mrd €) und die unternehmensnahen Dienstleistungen 18,3% (34,2 Mrd €), gefolgt vom Baugewerbe 16,7% (20,9 Mrd €) und dem Maschinenbau 14,0% (20,7 Mrd €).

13 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Handelsbeziehungen der Unternehmen zum Ausland, Monatsbericht, Oktober 1995, S. 79 ff.

14 Den Befragungen von Atradius zufolge zahlen spanische Unternehmen ihre Inlandsrechnungen im Durchschnitt erst nach 87 Tagen, italienische nach 54 Tagen und französische nach 27 Tagen. Der Referenzwert für deutsche Unternehmen liegt bei 21 Tagen. Vgl. hierzu: Atradius, a. a. O., S. 17.

Schwerpunkt der Nutzung von Lieferantenkrediten auch im Handel und im Bau

Die Höhe der Lieferantenverbindlichkeiten steht in engem Zusammenhang zum Finanzierungsbedarf, der von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgeht. Dieses Finanzierungsinstrument wird vor allem von Unternehmen aus den Wirtschaftsbereichen des Handels (Großhandel 45,4 Mrd €, Einzelhandel 34,1 Mrd € sowie Handel mit Kraftfahrzeugen und Reparatur 11,8 Mrd €) und des Baugewerbes (15,7 Mrd €) verstärkt genutzt. Hier schlägt zu Buche, dass Handelsunternehmen mit ihrem hohen Warenumsatz gezielt Lieferantenkredite zur Finanzierung ihrer Warenlager nutzen, um dann mit den daraus erzielten Verkaufserlösen die Rechnungen zu begleichen. Auf diese Weise können sie mit vergleichsweise niedrigem Kapitaleinsatz sehr große Bestände des Umlaufvermögens finanzieren. Da vor allem Einzelhändler bei Weitem nicht in gleichem Umfang Lieferantenkredite anbieten müssen wie sie entsprechende Verbindlichkeiten nutzen können, profitieren sie auch am meisten von dieser Form der Unternehmensfinanzierung. Demgegenüber sind die Unternehmen des Großhandels und der unternehmensnahen Dienstleistungen eher Nettogläubiger, da sie ihren Abnehmern großzügige Zahlungsziele gewähren (müssen), während sie selbst bei ihren Lieferanten weniger Kredite aufnehmen (können).

Keine Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen

Schließlich lassen die hochgerechneten Ergebnisse erkennen, dass Lieferantenkredite in Deutschland nicht zu einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen führen.¹⁵⁾ Während vor allem mittelgroße deutsche Unternehmen mit 18,1% – und nicht die Mikrounternehmen (16,9%) – über den größten Anteil an Lieferantenforderungen an der Bilanzsumme verfügen, sind es Letztere, die die höchste Lieferantenverbindlichkeitenquote in ihrem Jahresabschluss ausweisen. Ihre Quote liegt mit 14,5% gut 1 Prozentpunkt über dem Vergleichswert der mittelgroßen Unternehmen. Demgegenüber stellen Großunternehmen die Gruppe der Firmen mit den geringsten Anteilen an Lieferantenforderungen und -verbindlichkeiten dar. Vermutlich ist dieses Ergebnis zumin-

dest teilweise mit der besonderen Finanzkraft dieser Unternehmen zu erklären. Großunternehmen erwirtschaften in der Regel relativ hohe Erträge sowie Cashflows und sind aufgrund ihrer günstigen Liquiditätsausstattung beziehungsweise ihres professionellen Debitorenmanagements auch eher an der Nutzung von Skonti als an langen Zahlungsfristen interessiert.

Empirische Befunde auf der Basis einer Mikrodatenauswertung

Für tiefer gehende Strukturanalysen der Nutzung und Bereitstellung von Handelskrediten werden anonymisierte Mikrodaten des Datenpools der Bundesbank herangezogen.¹⁶⁾ Dabei erfolgt die Gruppierung der für den Untersuchungszeitraum verfügbaren Unternehmen danach, ob eher hohe oder eher niedrige Lieferantenforderungen beziehungsweise Lieferantenverbindlichkeiten bilanziert werden.¹⁷⁾ Die Berechnung der Kennzahlen für diese Klassen wird wegen des möglichen starken Einflusses einzelner großer Unternehmen nicht auf der Basis von gewogenen arithmetischen Mitteln, sondern als Medianwerte, die gruppentypische Mittelwerte abbilden, vorgenommen.

Ergänzung der hochgerechneten Ergebnisse

Die Ergebnisse der Mikrodatenauswertung machen deutlich, dass zu einem wesentlichen Teil die Firmen mit den größten Anteilen an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auch jene Unternehmen sind, die gleichzeitig

Starker Zusammenhang zwischen Lieferantenforderungen und -verbindlichkeiten

¹⁵ Dies steht im Kontrast zu entsprechenden Befunden für Frankreich. Vgl. exemplarisch: M. Dietsch und É. Kremp, Le crédit interentreprises bénéficie plus aux grandes entreprises qu'aux PME, *Économie et Statistique*, No. 314, 1998, S. 25 ff.

¹⁶ Zum Datenpool vgl.: Deutsche Bundesbank, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen – eine Untersuchung auf neuer Datenbasis, Oktober 2005, S. 48 ff.

¹⁷ Die Schwellenwerte für diese Gruppierung in die Gruppe mit hohen und mit niedrigen Lieferantenforderungen bzw. Lieferantenverbindlichkeiten liegen bei 20% und im letzteren Fall bei 10%. Die Festlegung der Grenzen erfolgte auf der Basis einer Analyse der entsprechenden Verteilungsfunktionen nach dem Gesichtspunkt einer symmetrischen Aufteilung.

Die Bedeutung von Handelskrediten in ausgewählten EWU-Staaten

Die Bedeutung des Handelskredits im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien ist sehr unterschiedlich. Dies zeigt eine Auswertung der BACH-Datenbank¹⁾ des Europäischen Ausschusses der Bilanzentralen (ECCBSO), die harmonisierte Angaben für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in ausgewählten Ländern der Europäischen Union umfasst, für den Zeitraum von 2002 bis 2010. Am geringsten fällt der Anteil dieses Finanzierungsinstruments an der Bilanzsumme mit um die 6% in Deutschland aus. In den südeuropäischen Ländern sind die Handelskreditquoten in der Regel etwa dreimal so hoch, wobei Italien mit deutlich über 20% an der Spitze steht. Frankreich und Spanien liegen mit etwas geringeren Anteilswerten auf ähnlichem Niveau. Ferner ist bemerkenswert, dass sich der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachte Konjunkturreinbruch bei diesen drei Ländern mit einem Rückgang des Gewichts der Handelskredite um etwa 5 Prozentpunkte viel stärker auf die Finanzierungsstruktur ausgewirkt hat, als das bei den deutschen Kapitalgesellschaften des Verarbeitenden Gewerbes zu beobachten war.

Die Erklärung für die im Vergleich zu Deutschland größere Bedeutung des Handelskredits in den südeuropäischen Ländern liegt wohl weniger, wie zunächst zu vermuten, an der geringen Verfügbarkeit kurzfristiger Bankkredite.²⁾ Gegen einen solchen Befund spricht nämlich, dass gerade die italienischen Kapitalgesellschaften relativ hohe kurzfristige Bankverbindlichkeiten aufweisen und auch die kurzfristige Bankverschuldungsquote der entsprechenden deutschen Gesellschaften vergleichsweise niedrig ausfällt. Eher spiegeln die starken Abweichungen strukturelle Unterschiede im Zahlungsverhalten wider. Laut einer Untersuchung von Creditreform sind Zahlungszielüberschreitungen von über 30 Tagen in Italien und Spanien relativ weit verbreitet; sie schlagen hier mit etwa einem Viertel der Fälle zu Buche.³⁾ In Frankreich, für das die Untersuchung Vergleichswerte von 15% er-

mittelt hat, werden Fristüberschreitungen – allerdings erst jenseits des Schwellenwerts von 60 Tagen – gesetzlich reglementiert. Je höher die faktische Laufzeit von Handelskrediten ist, desto höher fällt auch – für sich betrachtet – ihr zu passivierender Bestand in den Jahresabschlüssen aus. Alternativ können hohe Handelskreditquoten auch aus revolving aufgenommenen kurzfristigen Warenkrediten resultieren. Dies setzt allerdings einen beschleunigten Warenumschlag und stark konzentrierte Lieferantenbeziehungen voraus, was im Verarbeitenden Gewerbe weniger vorkommt.

Die besondere Situation der deutschen Kapitalgesellschaften ist zum Teil in den einschlägigen Regelungen des deutschen Sachenrechts begründet, das durch die Regelungen zum Eigentumsvorbehalt dem Anbieter von Warenkrediten mit dem direkten Durchgriff auf die gelieferte Ware und das Veredelungsprodukt eine bevorzugte Stellung bei der Liquidation seiner Forderungen einräumt. Weiterhin kommen hier auch Unternehmensgrößeneffekte zum Tragen. Diese beruhen unter anderem darauf, dass die nicht hochgerechneten Angaben der BACH-Datenbank im Falle der deutschen Kapitalgesellschaften sehr stark durch die Verhältnisse der Großunternehmen geprägt werden, die Handelskredite deutlich weniger nutzen und die in summa ein wesentlich höheres Gewicht haben als die großen Gesellschaften in den anderen Ländern.⁴⁾

¹ Die Abkürzung BACH steht für Banque des Comptes Harmonisés.

² Vgl.: M. A. Petersen und R. G. Rajan, Trade Credit: Theories and Evidence, *The Review of Financial Studies*, Vol. 10, Fall 1997, S. 662.

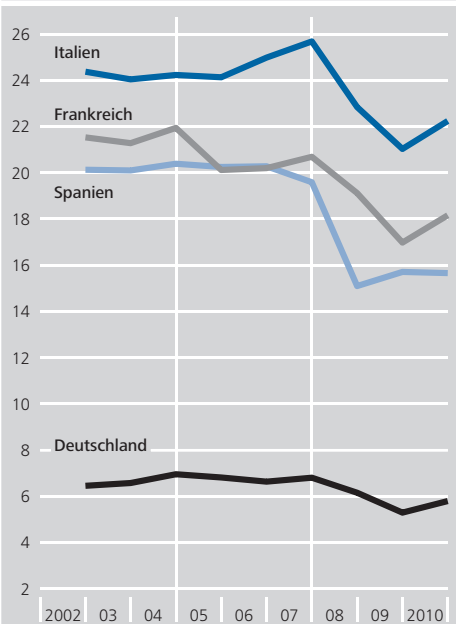
³ Vgl.: Verband der Vereine Creditreform e.V., Länder- und Exportrisiken in Europa; Jahr 2011/12; Neuss 2012, S. 19.

⁴ Da die Masse der mittelständischen Unternehmen in Deutschland – im Gegensatz zu den anderen Ländern – überwiegend die Rechtsform von Personengesellschaften oder Einzelkaufleuten besitzt, werden diese in der BACH-Datenbank nicht berücksichtigt. Außerdem sind die deutschen Großunternehmen auf der Einzelabschlusssebene wesentlich größer als ihre ausländischen Konkurrenten, sodass ihre Angaben die kumulierten Ergebnisse entsprechend stärker beeinflussen.

Ferner werden die deutschen Angaben vergleichsweise niedrig ausgewiesen, weil im deutschen Bilanzrecht die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen innerhalb des Konzernverbundes als Verflechtungsverbindlichkeiten auszuweisen sind und damit enger abgegrenzt werden als bei den anderen EWU-Ländern. Da die notwendigen Zusatzinformationen zur Abschätzung der Größenordnung dieses bilanzrechtlichen Effekts nur in den detaillierten Abschlüssen deutscher Großunternehmen verfügbar sind, ist eine exakte Quantifizierung nicht möglich. Es ist aber davon auszugehen, dass die Angaben für Deutschland bei vergleichbarer Abgrenzung um einige Prozentpunkte höher liegen dürften als die entsprechenden Werte der BACH-Datenbank.

Handelskredite in ausgewählten EWU-Staaten^{*)}

in % der Bilanzsumme



Quelle: BACH-Datenbank des European Committee of Central Balance-Sheet Data Offices (ECCBSO). * Kapitalgesellschaften im Verarbeitenden Gewerbe.
 Deutsche Bundesbank

hohe Bestände an Lieferantenverbindlichkeiten ausweisen. Diese starke Korrelation der aktivisch und passivisch abgegrenzten Unternehmensgruppen zeigt sich ferner in vergleichbaren Bilanz- und GuV-Kennzahlen. So besitzen Unternehmen, die hohe Forderungen an Lieferungen und Leistungen haben, auch eine weit aus höhere Quote an Lieferantenverbindlichkeiten (16,8%) gegenüber der Vergleichsgruppe (9,3%). Analog dazu verfügen Firmen, die verstärkt Lieferantenkredite zur Finanzierung ihres Geschäfts nutzen, im Mittel über rund zwei Drittel höhere Debitorenbestände aus Lieferungen und Leistungen (22,5% gegenüber 13,9%). Diese relative Symmetrie auf der Aktiv- und Passivseite der betroffenen Unternehmen lässt darauf schließen, dass in Anspruch genommene Lieferantenkredite in Deutschland primär die Funktion haben, den Finanzierungsbedarf zumindest teilweise zu kompensieren, der sich aus den hohen Forderungsbeständen aus Lieferungen und Leistungen ergibt.

Firmen mit größeren Volumina an Lieferantenkrediten in der Bilanz zeichnen sich einerseits durch eine deutlich geringere Kapitalintensität und entsprechend niedrigere Abschreibungen auf Sachanlagen, andererseits aber auch durch knappere Eigenkapitalbestände sowie eine geringere Fertigungstiefe aus. Vergleichsweise höhere Kassenbestände und Bankguthaben dienen bei dieser Unternehmensgruppe zur Sicherstellung unvorhersehbarer kurzfristiger Liquiditätsbedürfnisse.

Weitere Bilanz- und GuV-Strukturen

Bei den Bankverbindlichkeiten liegen die verstärkt als Anbieter von Lieferantenkrediten auftretenden Unternehmen mit 11,8% etwa um ein Drittel unter der entsprechenden Quote der Unternehmen mit vergleichsweise geringen Lieferantenforderungen, was sich auch in einer spürbar niedrigeren Zinsaufwandsquote niederschlägt. Die niedrigere Bankverschuldung ist dabei aber in erster Linie dem geringeren Investitionsbedarf (sichtbar in der wesentlich kleineren Sachanlagenquote) und damit auch der

Einfluss von Fertigungstiefe und Investitionsverhalten

niedrigeren Nachfrage nach langfristigen Investitionskrediten der Lieferantenkreditäre geschuldet. Das zeigt sich auch daran, dass bei den kurzfristigen Bankkrediten zwischen beiden Gruppen keine nennenswerten Unterschiede zu verzeichnen sind. Teilweise hängen diese gruppenspezifischen Unterschiede in der Finanzierung auch damit zusammen, dass bei den als Unternehmensfinanziers auftretenden Gesellschaften die nicht unerhebliche Refinanzierung über Lieferantenverbindlichkeiten zu einer Verringerung des Kreditbedarfs aus dieser klassischen Finanzierungsquelle führt. Schließlich ist festzustellen, dass bei den aus der geringeren Fertigungstiefe beziehungsweise der in Relation zur Gesamtleistung vergleichsweise hohen Materialaufwandsquote (64,9% gegenüber 56,4%) resultierenden kleineren Margen auch die Unternehmenserträge und die Cashflows der Unternehmen spürbar niedriger ausfallen als bei der Gruppe der Unternehmen, die nur geringe Forderungsbestände aus Lieferungen und Leistungen besitzt und deutlich kapitalintensiver produziert. All dies deutet darauf hin, dass das Angebot von Lieferantenkrediten von produktmarktbezogenen Faktoren abhängt.

Zusammenhang zwischen Lieferantenverbindlichkeiten und Liquiditätsbedarf

Die Untersuchungsergebnisse machen deutlich, dass Unternehmen, die Lieferantenkredite verstärkt nutzen, auch einen besonders hohen Liquiditätsbedarf besitzen, weniger in konzerninterne Finanzierungssysteme eingebunden sind und ihren Bedarf an Betriebskapital systematischer steuern (Working-Capital-Quote 10,7% gegenüber 19,2%) als Firmen, die auf diese Finanzierungsquelle seltener zurückgreifen. Die erhöhten Finanzierungserfordernisse von Lieferantenkreditnutzern, die insbesondere bei der Beschaffung des Umlaufvermögens anfallen, sind zu einem wesentlichen Teil das Ergebnis einer geringen Fertigungstiefe und eines damit korrespondierenden besonders hohen Materialaufwands. Das Geschäftsmodell dieser Firmen führt in der Folge auch dazu, dass diese einen erheblich geringeren Jahresüberschuss (fast 1 Prozentpunkt weniger) und nur einen fast halb so hohen Cashflow erwirt-

Medianwerte von Bilanz- und Erfolgskennzahlen der Unternehmen mit niedrigen oder hohen Lieferantenverbindlichkeiten bzw. -forderungen im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2009¹⁾

Position	Unternehmen mit einer Lieferantenforderungsquote ¹⁾ von ...		Unternehmen mit einer Lieferantenverbindlichkeitenquote ¹⁾ von ...	
	bis unter 20%	20% und mehr	bis unter 10%	10% und mehr
	in % der Bilanzsumme			
Sachanlagen	25,2	10,9	21,0	14,0
Vorräte	23,0	23,3	19,9	26,3
Forderungen	22,4	41,7	27,7	35,8
aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	10,3	29,1	13,9	22,5
Kasse und Bankguthaben	1,4	0,5	1,4	0,5
Eigenkapital	3,5	4,1	4,2	3,5
Rückstellungen	22,6	20,8	26,3	18,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9,0	9,1	10,7	7,6
darunter: kurzfristig aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen	63,2	65,6	56,4	70,3
	in % der Gesamtleistung ²⁾			
Materialaufwand	17,1	11,8	12,2	16,1
Personalaufwand	3,8	4,0	2,4	5,7
Abschreibungen	9,3	16,8	6,1	21,2
Zinsaufwendungen	4,8	5,2	6,5	3,9
Jahresüberschuss	56,4	64,9	51,5	67,8
Cashflow	21,0	17,0	24,2	15,3
Working Capital	2,6	1,3	2,6	1,4
	1,0	0,6	0,9	0,7
	1,8	1,5	2,1	1,3
	5,0	3,0	5,6	2,9
	14,4	13,7	19,2	10,7

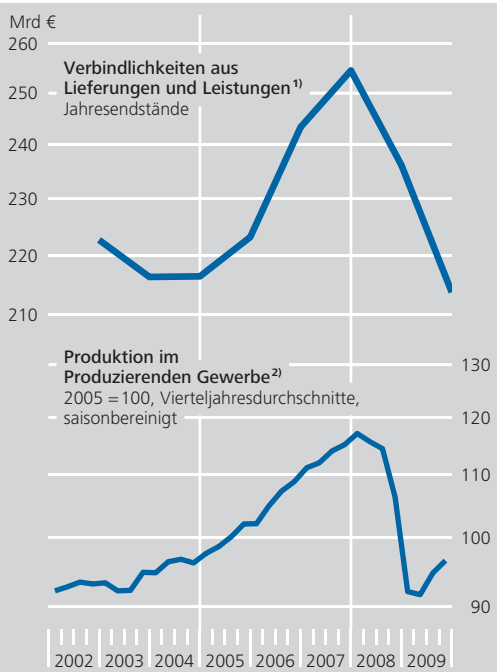
* Ergebnisse eines vergleichbaren Kreises über den Konjunkturzyklus von 2002 bis 2009 mit 20 853 Unternehmen. Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe, Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und unternehmensnahe Dienstleistungen (ohne Holdings). 1 Gemessen an der Bilanzsumme. 2 Summe aus Umsatz und Bestandsveränderungen an Erzeugnissen.

Deutsche Bundesbank

schaften wie Firmen, die Zahlungsziele von Lieferanten deutlich weniger nutzen. Die ungünstigere Ertragssituation schlägt sich ferner in einer merklich niedrigeren Eigenkapitalquote (– 7,9 Prozentpunkte Abstand) und einem spürbar geringeren Anteil an Rückstellungen an der Bilanzsumme (– 3,1 Prozentpunkte) dieser Gruppe nieder. Ebenso liegt ihre Zinsaufwandsquote mit ¼ Prozentpunkt spürbar unter dem Vergleichswert der Unternehmen mit einer geringen Lieferantenverbindlichkeitenquote.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Konjunkturverlauf

log. Maßstab



1 Einschl. der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel. **2** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Baugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

Entwicklung der Handelskredite im Konjunkturverlauf

Prozyklisches
 Muster und ...

Handelskredite atmen typischerweise mit der Konjunktur, was sich bereits durch ihre direkte Verknüpfung mit dem Umsatz ergibt. Am Anfang eines Aufschwungs ergibt sich die Chance, dass zwischenzeitlich aufgebaute Lagerbestände auf Kredit an Kunden ausgeliefert werden. Der Gläubiger verringert so seine Lagerkosten, und der Schuldner schont zunächst seine in dieser Phase häufig noch angespannte Liquidität. Insofern liefern Handelskredite einen Beitrag zur Finanzierung des Aufschwungs, da sie gerade in der Phase, in der Banken in der Regel ihre verschärften Kreditbedingungen noch nicht wieder an die günstigere wirtschaftliche Lage angepasst haben, kurzfristig benötigte Liquidität bereitstellen. In Rezessionsphasen oder in Perioden mit erhöhter wirtschaftlicher Unsicherheit besteht aber das Risiko, dass dieses Finanzierungsinstrument die

Abschwungtendenzen verstärkt, wenn Unternehmen unter solchen Umständen üblicherweise gewährte Zahlungsziele zurückfahren und ihr Debitorenmanagement forcieren, um sich gegenüber abzeichnenden oder drohenden Liquiditätsengpässen möglichst frühzeitig zu wappnen.

Ferner können aus einer verstärkten Vergabe von Lieferantenkrediten auch finanzwirtschaftliche Risiken und Ansteckungsgefahren für die Gesamtwirtschaft im internationalen Konjunkturzusammenhang resultieren. Insbesondere bei einer revolvierenden und dauerhaften Vergabe von Lieferantenkrediten, wie sie im Binnen- und Außenhandel teilweise üblich ist, besteht die Gefahr, dass sich ein beträchtlicher Bodensatz an Restschuldbeträgen akkumuliert, der den Kunden quasi dauerhaft als Kredit zur Verfügung gestellt und der durch den Lieferanten faktisch langfristig refinanziert werden muss.¹⁸⁾ Nicht zuletzt verstärken solche branchenspezifischen Exposures in Form von langfristigen Großkrediten den internationalen Konjunkturzusammenhang und bilden einen Mechanismus zur Übertragung von globalen Finanzierungsschocks.¹⁹⁾

... Teil des internationalen Konjunkturzusammenhangs

Die hochgerechneten Ergebnisse der Jahresabschlussstatik der Deutschen Bundesbank zeigen, dass sich die Lieferantenverbindlichkeiten im Untersuchungszeitraum weitgehend synchron zur Dynamik der Produktion im Produzierenden Gewerbe entwickeln. Von 2004 bis 2007 stiegen sie kontinuierlich um 38,1 Mrd € an, während sie in den letzten beiden Beobachtungsjahren mit einem Rückgang von über 40,8 Mrd € wieder unter das Ausgangsniveau des Jahres 2002 fielen. Der im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise zu beobachtende Rückgang der Handelskredite in den Jahren

Konjunkturelle Dynamik von Lieferantenverbindlichkeiten

¹⁸ Vgl.: Verband der Vereine Creditreform e.V., Betriebsberatungsstelle für den deutschen Groß- und Außenhandel (BBG) Hrsg., Kredit- und Forderungsmanagement im Großhandel, Eine Herausforderung für Unternehmer, Neuss / Berlin 2007, S. 6.

¹⁹ Vgl.: W. G. Choi und Y. Kim, Trade Credit and the Effect of Macro-Financial Shocks: Evidence from U. S. Panel Data, IMF Working Paper WP/03/127, June 2003, S. 5 ff.

2008 und 2009 ist wesentlich auf eine Verschlechterung der Konditionen bei den Warenkreditversicherungen zurückzuführen, mit denen sich Lieferanten vor Ausfallrisiken bei ihren Abnehmern schützen. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Risiken hatten Warenkreditversicherer die Absicherungsvolumina reduziert sowie ihre Eigenbehalte und Risikoprämien drastisch erhöht. Weil diese Verschlechterung der Versicherungskonditionen die deutsche Exportwirtschaft besonders hart getroffen hat, wurden die verringerten Absicherungsvolumina mit einem staatlichen Top-Up-Cover-Programm im Rahmen des Wirtschaftsfonds Deutschland entsprechend wieder aufgestockt.²⁰⁾ Mit dem Wiederanziehen der Konjunktur im Jahre 2010 haben sich die Lieferantenkredite am aktuellen Rand wieder deutlich expansiv entwickelt und in den Bilanzen der DAX- und M-DAX-Konzerne den Spitzenwert des Jahres 2007 in 2011 überschritten.

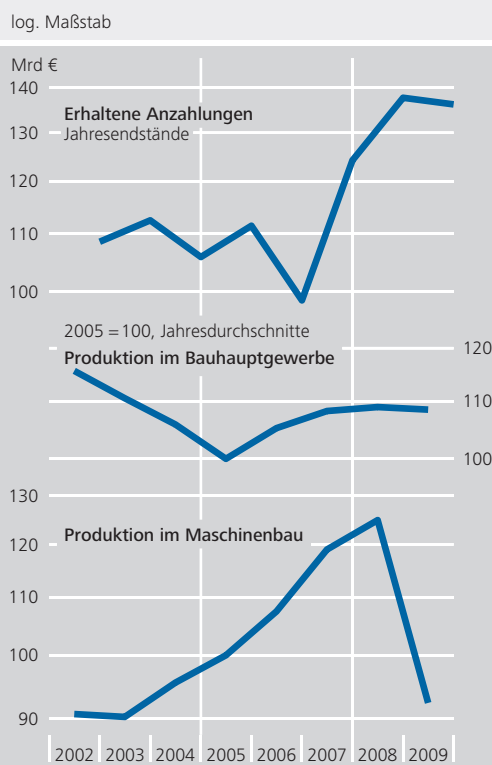
*Erhaltene
 Anzahlungen
 durch spezielle
 Branchen-
 konjunkturen
 geprägt*

Demgegenüber wird der Verlauf der erhaltenen Anzahlungen nicht nur vom allgemeinen konjunkturellen Auf und Ab der ökonomischen Aktivität im Produzierenden Gewerbe bestimmt. Vielmehr reflektiert ihr Zeitprofil auch unterschiedliche sektorspezifische Bewegungen derjenigen Branchen, für die dieses Finanzierungsinstrument eine große Bedeutung hat (wie beispielsweise das Bauhauptgewerbe und der Maschinenbau). So dürfte sich die weitgehende Konstanz der erhaltenen Anzahlungen in den Abschwungjahren 2008 und 2009 durch die besondere Branchenkonjunktur in der Bauindustrie erklären. In diesem Wirtschaftsbereich blieb die Produktion bedingt durch den vorangegangenen nachhaltigen Marktbereinigungsprozess, aber auch durch die umfangreichen staatlichen Konjunkturprogramme im Gegensatz zur Industrieproduktion ziemlich stabil.²¹⁾

■ Fazit

Lieferanten- und Kundenkredite bilden die Hauptquelle der kurzfristigen Fremdfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen in Deutsch-

Erhaltene Anzahlungen im Konjunkturverlauf



Deutsche Bundesbank

land. Ihr Einsatz wird nicht nur vom zyklischen Muster der Gesamtwirtschaft, sondern auch durch branchenspezifische Besonderheiten und gewachsene Finanzierungsgewohnheiten bestimmt. Erhaltene Anzahlungen stellen ein Finanzierungsinstrument dar, mit dem der aus langfristiger Einzel- oder Auftragsfertigung resultierende Vorfinanzierungsbedarf und das daraus erwachsende erhöhte wirtschaftliche Risiko des Produzenten teilweise auf den Abnehmer überwältigt werden kann. Ferner sind Unternehmen mit hohen Debitorenpositionen aus Lieferungen und Leistungen aus dem Auslandsgeschäft darauf angewiesen, ihren erhöhten Finanzierungsbedarf auch durch zwischenbetriebliche Kredite im Inland zu refinanzieren. Außerdem basieren Finanzierungsstrategien

²⁰ Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Ergebnisse der Sitzung des „Lenkungsausschusses Unternehmensfinanzierung“, Pressemitteilung vom 1. September 2009.

²¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2009, Monatsbericht, Dezember 2010, S. 36 ff.

des Handels auf dem Konzept, den aus dem Einkauf der Handelswaren resultierenden Liquiditätsbedarf ganz oder teilweise aus den Verkaufserlösen dieser Einkäufe zu bestreiten. Handelskredite zeigen in Deutschland wenig größenklassenspezifische Auswirkungen; zumindest sind mit ihnen keine größeren Nettofinanzierungserfordernisse speziell für kleinere und mittlere Unternehmen verbunden.

Die in der vorliegenden Untersuchung dargelegten Ergebnisse verdeutlichen, dass Handelskredite in Deutschland ein kurzfristiges Finanzierungsinstrument der Unternehmen darstellen, das auf die besonderen Liquiditätserfordernisse einzelner Branchen zugeschnitten ist und damit kurzfristig die aus bestimmten Geschäftsmodellen resultierende Finanzierungslast der Unternehmen ohne Einschaltung von Finanzintermediären oder Rückgriff auf langfristig eingeplante eigene Mittel spürbar abmildert. Dieser spezielle Unternehmenskreditmarkt bildet zur Überbrückung kurzfristiger Finanzierungsengpässe eine Alternative zum kurzfristigen

Bankkredit und liefert damit einen wichtigen Baustein zur Gewährleistung einer breiter aufgestellten Unternehmensfinanzierung in Deutschland.

Allerdings können von dieser Finanzierungsquelle auch Risiken ausgehen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Akkumulation beträchtlicher langfristiger Kreditengagements und die potenziellen Ansteckungsgefahren zu nennen, die aus einer verstärkten Kreditgewährung in nationalen und internationalen Liefer- und Leistungsverflechtungen resultieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders wichtig, dass Unternehmen gerade in Zeiten erschwerter Finanzierungsbedingungen mit einem professionellen Kredit- und Liquiditätsmanagement auf der Basis regelmäßiger und zeitnaher Risikobeurteilungen die Debitorenbestände systematisch analysieren und steuern, damit die Vorteile von Handelskrediten nachhaltig genutzt und potenzielle Risiken bei verstärktem Einsatz dieses Finanzierungsinstruments möglichst begrenzt werden können.

Die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten: eine mikroökonomische Analyse

Für die Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen stehen Verbrauchern unterschiedliche Zahlungsinstrumente zur Verfügung. Sie können zwischen Bargeld und unbaren Zahlungsmitteln wählen. Um detaillierte Informationen über das Zahlungsverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhalten, führt die Bundesbank regelmäßig Erhebungen zu diesem Thema durch. In diesem Monatsbericht werden die Ergebnisse einer kürzlich abgeschlossenen Studie vorgestellt und mit den entsprechenden Resultaten aus dem Jahr 2008 verglichen.

Die aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Privatpersonen Bargeld für 53% aller Gesamtausgaben – ohne wiederkehrende Zahlungen wie beispielsweise Miete – verwenden. Damit ist es weiterhin das meistgenutzte Zahlungsinstrument in Deutschland, bei einem Rückgang gegenüber 2008 um fast 5 Prozentpunkte. Die „girocard“ (ehemals „ec-Karte“) ist mit einem Nutzungsanteil von 28% das wichtigste unbare Zahlungsinstrument, deren Anteil um fast 3 Prozentpunkte gestiegen ist. Mit deutlichem Abstand folgen die Überweisung und die Kreditkarte.

Grundsätzlich hat die Bedeutung unbarer Zahlungsinstrumente in den letzten Jahren zugenommen, während die Nutzungsintensität von Bargeld zurückging. Hierbei handelt es sich um einen langsamen aber kontinuierlichen Prozess, der schon seit einigen Jahren zu beobachten ist. Kurz- bis mittelfristig ist deshalb mit einer weiteren Substitution von Bargeld durch unbare Zahlungsinstrumente zu rechnen.

Die vermehrte Nutzung des Internets zum Einkaufen wirkt sich ebenso auf das Zahlungsverhalten aus. Werden Produkte, die sonst im stationären Handel gekauft und bar bezahlt wurden, jetzt im Internet eingekauft, ist die Verwendung unbarer Zahlungsinstrumente fast unumgänglich. Von dieser Entwicklung profitieren die Internetbezahlverfahren. Zudem könnte die Substitution von Bargeld durch Innovationen bei den Zahlungsinstrumenten – insbesondere kontaktloses Bezahlen mit der Zahlungskarte oder dem Mobiltelefon – beschleunigt werden.

■ Problemstellung

Das Zahlungsverhalten von Verbraucherinnen und Verbrauchern ist das Ergebnis einer Vielzahl von mikroökonomischen Einzelentscheidungen, die zum einen von den angebotenen Optionen an Zahlungsinstrumenten abhängen, aber auch von den sozioökonomischen und -demografischen Faktoren des jeweiligen Zahlers. In der Regel haben die Zahlungspflichtigen die Wahl zwischen Bargeld und verschiedenen unbaren Zahlungsinstrumenten wie vor allem Debit- und Kreditkarten.

Um genauere Informationen über die Gründe für die Wahl bestimmter Zahlungsmittel für Transaktionszwecke zu erhalten, hat die Bundesbank im Herbst 2011 eine empirische Studie in Auftrag gegeben, bei der mehr als 2 000 Personen ein einwöchiges Haushaltstagebuch führten, kombiniert mit Interviews, in denen Fragen zum Zahlungsverhalten gestellt wurden.

Bereits im Jahr 2008 wurde eine ähnliche Erhebung durchgeführt,¹⁾ sodass nun Vergleiche hinsichtlich der Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten für Transaktionszwecke im Zeitablauf gezogen werden können. Bargeld war damals das meistgenutzte Zahlungsinstrument, obwohl auch Debit- und Kreditkarten in erheblichem Umfang genutzt wurden. Ob und wie sich die Ergebnisse seitdem verändert haben, wird im Folgenden aufgezeigt.

■ Bekanntheit und Besitz von Zahlungsinstrumenten

Zum Erwerb von Waren und Dienstleistungen stehen Kunden grundsätzlich verschiedene Zahlungsinstrumente zur Verfügung. Daher wurde in dieser Erhebung wie schon 2008 zunächst ermittelt, wie hoch der Bestand des Bargeldes im Portemonnaie ist und welche Zahlungskarten die Befragten in welcher Anzahl mit sich führen.²⁾

Die Befragten führen im Durchschnitt etwa 103 € im Portemonnaie mit sich, davon circa 5,90 € in Münzen. Dies bedeutet im Vergleich zur letzten Studie einen Rückgang in Höhe von 15 €. Insbesondere der Anteil der Personen, die mehr als 100 € bei sich tragen, ging leicht zurück.

Die Höhe der mitgeführten Bargeldbestände variiert jedoch in Abhängigkeit verschiedener soziodemografischer Merkmale. Frauen haben deutlich weniger Bargeld im Portemonnaie als Männer. Dies dürfte auf den niedrigeren Wert der von Frauen durchgeführten Einzeltransaktionen zurückzuführen sein. Weiterhin nimmt mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen der mitgeführte Bargeldbestand zu. Da Besserverdienende jedoch grundsätzlich eine geringere Barzahlungspräferenz haben als Einkommenschwächere, beruht dies auf den höheren absoluten Ausgaben dieses Personenkreises. Neben Geschlecht und Einkommen wirkt sich insbesondere das Alter auf den gehaltenen Bargeldbestand aus. Jüngere (18 bis 24 Jahre) führen deutlich weniger Bargeld mit sich als die mittleren (25 bis 54 Jahre) und älteren (55 Jahre und älter) Altersgruppen. In der mittleren Gruppe dürfte sich der höhere Bargeldbestand mit einem höheren Einkommen und in den Rentnerjahrgängen mit einer deutlich höheren Bargeldpräferenz begründen lassen. Denn fast die Hälfte der älteren Befragten gibt an, ausschließlich mit Bargeld zu zahlen.

Bargeldbestand im Portemonnaie sinkend, ...

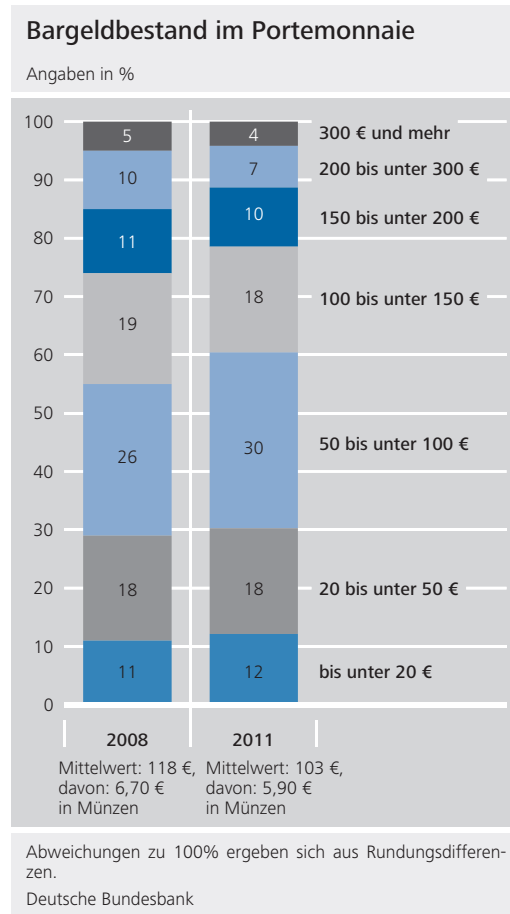
1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland, 2009.

2 In der Erhebung der Bundesbank zum Zahlungsverhalten in Deutschland im Jahr 2008 wurde der Frage nachgegangen, welche Kriterien für die Beschaffung eines Zahlungsinstrumentes aus Nutzersicht ausschlaggebend sind. Dabei ist anzunehmen, dass die ermittelten allgemeinen Einstellungen der Konsumentinnen und Konsumenten über die Jahre im Allgemeinen relativ stabil sind. Im Ergebnis gaben die Befragten an, dass Sicherheit vor finanziellem Verlust sowie hohe Akzeptanz des Zahlungsinstrumentes in den Geschäften am wichtigsten sind. Neben diesen beiden Kriterien stufen mehr als 50% der Befragten außerdem Kosten, Schnelligkeit sowie Anonymität als unverzichtbar ein. Die geringste Bedeutung kam der Einsatzmöglichkeit im Internet sowie dem Erhalt von Bonuspunkten und Rabatten zu. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland, 2009, S. 9 ff.

... Besitz von
 Zahlungskarten
 steigend.

Nachfolgend werden – gemessen an der Nutzungsintensität laut Zahlungstagebuch – die beiden wichtigsten Arten von Zahlungskarten in Deutschland betrachtet, die „girocard“ (ehemals „ec-Karte“) und die Kreditkarte.³⁾ Am weitesten verbreitet auf dem deutschen Markt ist die girocard, die in der Regel jeder Girokontobesitzer erhält.⁴⁾ So geben 94% der Befragten an, eine girocard zu besitzen (2008: 91%).⁵⁾ Insbesondere in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen sind seit 2008 starke Zuwächse von 84% auf 92% zu verzeichnen. Weiterhin ist auffällig, dass 98% der Berufstätigen angeben, eine girocard zu haben im Vergleich zu 89% der Nicht-Berufstätigen.

Die Kreditkarte⁶⁾ folgt gemessen an der Verbreitung mit deutlichem Abstand. Von den Befragten geben 33% an, eine Kreditkarte zu besitzen. Die Wachstumsdynamik ist mit 6 Prozentpunkten überraschend hoch. Sowohl eine gestiegene Nachfrage, zum Beispiel wegen der Einsetzbarkeit der Kreditkarte im Onlinehandel, als auch verstärkte Vertriebsanstrengungen der Kreditkartenemittenten haben zu einer zunehmenden Verbreitung beigetragen. So ist die Bekanntheit der Kreditkarte und ihrer Funktionalität unter den Befragten um 18 Prozentpunkte auf 64% gestiegen. Insbesondere die Risiko-steuerung der Kreditinstitute bezüglich potenzieller Zahlungsausfälle wirkt sich auf ihre Vergabepolitik bei Kreditkarten aus. Daher besitzen Besserverdienende, Erwerbstätige und ältere Menschen häufiger Kreditkarten. Da die in Deutschland oftmals gebührenpflichtige Kreditkarte in starker Konkurrenz zu der aus Kundensicht kostenlosen girocard steht, spielen Kreditkarten in Deutschland im Vergleich etwa zu den angelsächsischen Ländern eine weniger wichtige Rolle. Ein wesentlicher Grund für die relativ geringe Verbreitung der Kreditkarte in Deutschland dürfte auch sein, dass Kreditkarten hierzulande vielfach nur als Charge Card⁷⁾ und nicht als „echte“ Kreditkarten herausgegeben werden, denn für kurzfristige Kredite steht der Dispositionskredit des Girokontos zur Verfügung.



3 Betrachtungen zur GeldKarte, zu vorausbezahlten Kreditkarten und zu Kundenkarten mit Zahlungsfunktion sind der ausführlichen Studie der Bundesbank zum Zahlungsverhalten zu entnehmen.

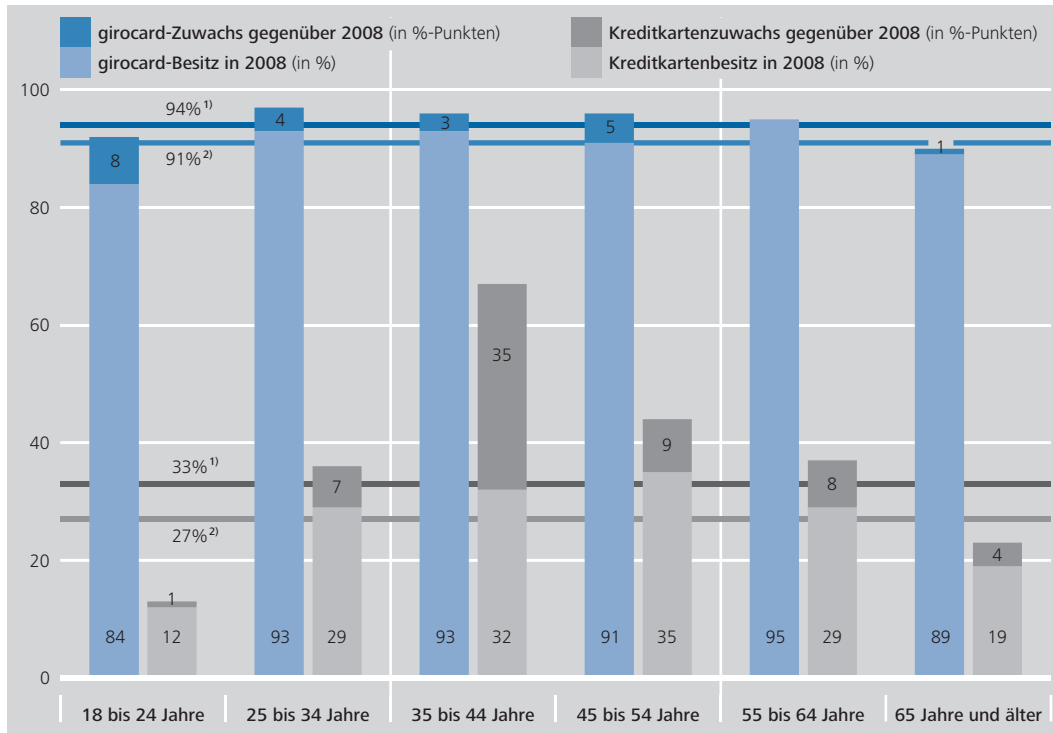
4 Bei Zahlungen mit Debitkarten erfolgt die Belastung des der Karte zugeordneten Girokontos unmittelbar. Das deutsche Kreditgewerbe unterhält unter dem Namen „girocard“ eine gemeinsame Debitkartenlösung für deren Einsatz im Handel und an Geldausgabeautomaten.

5 Die tatsächliche Verbreitung von Karten muss jedoch nicht zwangsläufig mit dem wahrgenommenen Besitz übereinstimmen, da manche Befragte vielleicht gar nicht genau wissen, welche Karten sich in ihrem Portemonnaie befinden.

6 Im Gegensatz zur Zahlung per Debitkarte führt der Einsatz einer Kreditkarte in der Regel zu einer zeitlich verzögerten Kontobelastung, die entweder in einer Summe (Charge Card) oder in Form von Ratenzahlungen erfolgt.

7 Charge Cards sind Zahlungskarten, mit denen ihre Inhaber Einkäufe durchführen und/oder Geld abheben können. Alle in einer bestimmten Periode anfallenden Transaktionen werden bis zu einem vereinbarten Limit am Ende der Periode als Sammelbetrag abgebucht.

Zahlungskartenbesitz im Jahr 2011 und Veränderung seit 2008



Der Besitz in 2011 ergibt sich aus dem Besitz 2008 in % zuzüglich der Veränderung in Prozentpunkten. **1** Gesamtbesitz in 2011 über alle Altersklassen. **2** Gesamtbesitz in 2008 über alle Altersklassen.

Deutsche Bundesbank

Auswahl zwischen Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten an der Ladenkasse

Auswahlentscheidung zwischen Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten an der Ladenkasse

Die Mehrzahl der Konsumentinnen und Konsumenten hat aufgrund der zunehmenden Verbreitung von Zahlungskarten an der Ladenkasse die Wahl zwischen Bargeld und verschiedenen unbaren Zahlungsinstrumenten. Untersucht wurde daher, welche Faktoren gemäß Selbsteinschätzung der Befragten für die Auswahlentscheidung an der Kasse entscheidend sind.

Immerhin 28% der Befragten, die sowohl über Bargeld als auch über Karten verfügen, geben an, grundsätzlich nur mit Bargeld zu bezahlen. Hauptsächlich unbare Zahlungsinstrumente zu verwenden, geben 12% der Befragten an.⁸⁾ Von den Befragten sind demnach 40% bei der Wahl ihrer Zahlungsmittel schon im Voraus festgelegt. Reine Barzahler sind tendenziell jün-

ger als 25 Jahre oder älter als 55 Jahre. Sie verfügen oft über ein Haushaltseinkommen von unter 1 500 € im Monat. Zudem geben vermehrt Frauen an, ausschließlich mit Bargeld zu bezahlen. Überwiegend unbar Zahlende sind größtenteils zwischen 25 und 54 Jahren alt, beziehen ein monatliches Haushaltseinkommen von mehr als 3 000 €, sind männlich und in den neuen Bundesländern ansässig. Diese soziodemografischen Tendenzen, die auf einer Selbsteinschätzung des Zahlungsverhaltens basieren, spiegeln sich auch im tatsächlich beobachteten Zahlungsverhalten gemäß Tagebuch wider, das im folgenden Kapitel untersucht wird.

Während die reinen Barzahler und die hauptsächlich unbar Zahlenden bei der Wahl des Zahlungsmittels grundsätzlich schon im Voraus

⁸ Die Formulierung „ausschließliche“ Verwendung unbarer Zahlungsinstrumente wurde deshalb nicht gewählt, weil in manchen Geschäften (z. B. Bäckereien, Kioske) oftmals nur Barzahlung möglich ist.

festgelegt sind, treffen die übrigen 60% der Befragten dagegen erst an der Ladenkasse die Entscheidung, zu welchem Zahlungsinstrument sie greifen. Diese Gruppe wurde nach den Kriterien für die Wahl des Zahlungsinstruments gefragt.⁹⁾

Verfügbarer Bargeldbestand wichtigstes Kriterium, ...

Der verfügbare Bargeldbestand ist, entsprechend den Ergebnissen der Vorgängerstudie,¹⁰⁾ das entscheidende Kriterium. Dieser scheint aus Liquiditätsgründen von Bedeutung zu sein. So mag das mitgeführte Bargeld zwar für den Kauf ausreichen, die Wirtschaftssubjekte möchten aber einen gewissen Bargeldbestand für weitere, gegebenenfalls unerwartete Transaktionen im Portemonnaie halten, die eventuell nur bar zu begleichen sind (Vorsichtskasse und Liquiditätsmotiv). Daher greifen sie ab einem subjektiven Schwellenwert des verfügbaren Bargeldbestands auf unbare Zahlungsinstrumente zurück, um den Bargeldbestand nicht weiter sinken zu lassen. Der verfügbare Bargeldbestand ist besonders für jüngere Befragte zwischen 18 und 24 Jahren wichtig. Menschen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss sehen den verfügbaren Bargeldbestand im Portemonnaie als weniger wichtig an als Befragte mit anderen Schulabschlüssen.

... Höhe des Zahlungsbetrages zweitwichtigstes Kriterium

Die Höhe des zu zahlenden Betrages ist, entsprechend den Ergebnissen der Vorgängerstudie, das zweitwichtigste Kriterium bei der Auswahlentscheidung. Mit zunehmendem Alter und höherem Bildungsgrad nimmt die Bedeutung dieses Einflussfaktors für die Wahl zwischen Bargeld und Zahlungskarte kontinuierlich zu. Außerdem ist im Vergleich zu Befragten mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft für die deutschen Befragten dieses Kriterium von besonderer Wichtigkeit.

Nachdem die Gründe für die Auswahlentscheidung zwischen Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten gemäß der Selbsteinschätzung der Interviewteilnehmer dargestellt wurden, wird im Folgenden das tatsächliche Verhalten beziehungsweise die reale Auswahlentscheidung

der Befragten gemäß Zahlungstagebuch beschrieben.

Zahlungsverhalten gemäß Tagebuch

Die befragten Personen sollten für jede in der Woche getätigte Transaktion angeben, an welchem Ort beziehungsweise bei welcher Zahlung Gelegenheit sie eines von 14 vorgegebenen Zahlungsinstrumenten genutzt haben. Darüber hinaus war die Betragshöhe festzuhalten. Den Befragten wurden alle gängigen Zahlungsmittel wie Bargeld, girocard oder Kreditkarte angeboten; bislang „exotische“ Zahlungsmittel, wie kontaktlose Kartenzahlungen oder vorausbezahlte Kreditkarten waren auch Bestandteil der Auswahl, um herauszufinden, wie weit verbreitet diese bereits sind. Hinsichtlich der Orte beziehungsweise Gelegenheiten reichte die Auswahl vom Einzelhandel für den täglichen Bedarf (z. B. Supermarkt), über den Online- und Versandhandel bis hin zu Zahlungen zwischen Privatpersonen. Die regelmäßig wiederkehrenden, im Normalfall unbar begleichenen Zahlungen (wie z. B. Miete) waren an dieser Stelle nicht Gegenstand der Untersuchung.

Die Auswertung ergibt, dass mit Bargeld nach wie vor die meisten Ausgaben bezahlt werden: der Umsatzanteil liegt bei 53%. Im Vergleich zur letzten Studie zum Zahlungsverhalten ist der Anteil von Bargeld um fast 5 Prozentpunkte zurückgegangen, was einem jährlichen Rückgang von circa 1,4 Prozentpunkten entspricht. Diese Entwicklung folgt dem langfristigen Trend. Im Gegenzug nimmt die Verwendung von Zahlungskarten zu. Die girocard, die in der untersuchten Tagebuchwoche am zweithäufigsten genutzt wurde, konnte ihren Anteil um fast 3 Prozentpunkte auf über 28% ausbauen.

Bargeld dominant bei steigendem Kartenanteil

⁹ Für die Auswahlentscheidung an der Ladenkasse ist natürlich auch zwangsläufig relevant, dass noch nicht alle Geschäfte mit Terminals für die Abwicklung von Zahlungskarten ausgestattet sind.

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland, 2009, S. 37 ff.

Zahlungsinstrumente nach Umsatz und Transaktionszahl in den Jahren 2011 und 2008 ¹⁾

Zahlungsinstrument	Verteilung nach Umsatz			Verteilung nach Transaktionszahl		
	Umsatz in Euro	Anteil in %		Anzahl Trans- aktionen	Anteil in %	
		2011	2008		2011	2008
Barzahlung	317 137	53,1	57,9	16 285	82,0	82,5
girocard mit Geheimzahl	124 946	20,9	25,5	2 004	10,1	11,9
girocard mit Unterschrift	44 147	7,4		665	3,3	
Kreditkarte	44 369	7,4	3,6	360	1,8	1,4
Vorausbezahlte Kreditkarte	33	0,0	0,1	4	0,0	0,2
GeldKarte	782	0,1	0,5	48	0,2	0,5
Internetbezahlverfahren	10 115	1,7	0,3	148	0,7	0,1
Kundenkarte mit Zahlungsfunktion	715	0,1	0,2	11	0,1	0,1
Lastschrift	4 268	0,7	1,9	58	0,3	0,6
Überweisung	49 181	8,2	8,9	259	1,3	1,8
Kontaktloses Bezahlen mit Karte	318	0,1	–	7	0,0	–
Sonstiges	1 269	0,2	0,4	21	0,1	0,2
Kontaktloses Bezahlen mit Mobiltelefon	0	0,0	–	0	0,0	–
Sonstige Bezahlverfahren mit Mobiltelefon	0	0,0	–	0	0,0	–
Summe	597 280	100	¹⁾ 99	19 870	100	¹⁾ 99

* Die Angaben beziehen sich auf die von den Befragten während der Tagebuchwoche getätigten Transaktionen und sind repräsentativ für Deutschland. ¹ Fehlender Prozentpunkt zu 100%: Zahlungsmittel nicht genannt.
 Deutsche Bundesbank

Ebenso stieg der Kreditkartenanteil auf 7,4% (2008: 3,6%). Es sind also die „klassischen“ Karten, deren Marktdurchdringung schon weit fortgeschritten ist, die das Bargeld teilweise verdrängen. Dagegen sinkt die Akzeptanz einst innovativer Produkte, wie der GeldKarte (Umsatzanteil 0,1%), während die heutigen innovativen Zahlungsinstrumente (kontaktlose Karten, Bezahlverfahren mit Mobiltelefon) noch kaum im Angebot sind und daher derzeit so gut wie gar nicht genutzt werden.

Abgenommen hat aber nicht nur der Barzahlungsanteil, auch die Lastschrift (0,7%) und die Überweisung (8,2%) werden weniger genutzt. Dafür setzen die Befragten die Internetbezahlverfahren (z. B. PayPal, Giropay oder „SOFORT Überweisung“) verstärkt ein. Ihr Anteil am Umsatz liegt nun bei 1,7%, was sich vor allem durch die dynamische Entwicklung im Onlinehandel erklären lässt (siehe auch die Erläuterungen auf S. 75).

Ähnliche Resultate ergeben sich, wenn man die Anteile der einzelnen Zahlungsinstrumente basierend auf der Zahl der Transaktionen statt des Umsatzes betrachtet. Während der Bargeldanteil nach Transaktionsvolumen mit 82% jedoch deutlich über dem nach Umsatzanteilen liegt, verhält es sich bei fast allen unbaren Zahlungsinstrumenten umgekehrt. Diese Tatsache begründet sich in der überwiegenden Nutzung von Bargeld für Kleinbetragszahlungen. Andere Zahlungsinstrumente werden im Regelfall erst ab dem Erreichen bestimmter Betragsgrenzen eingesetzt.

Eine detaillierte Übersicht über die Nutzung bestimmter Zahlungsinstrumente je nach Betragshöhe gibt die Tabelle auf Seite 73. Bargeld dominiert bei kleinen Beträgen, wird aber auch in den mittleren Betragskategorien am meisten verwendet. Die sehr hohe Beliebtheit bei Beträgen unter 20 € hat sicherlich auch damit zu tun, dass in Geschäften, in denen kleine Umsätze anfallen (z. B. Bäckereien), oftmals keine

Bargeld wird vor allem für Kleinbetragszahlungen eingesetzt

Zahlungsinstrumente nach unterschiedlichen Betragsbereichen

2011, Angaben in %

Zahlungsinstrument	bis unter 5 €	5 € bis unter 20 €	20 € bis unter 50 €	50 € bis unter 100 €	100 € bis unter 500 €	ab 500 €
Barzahlung	98,3	94,5	73,8	46,0	26,0	11,2
girocard	0,6	4,1	21,4	41,9	43,1	30,7
Kreditkarte	0,2	0,2	2,2	6,0	12,3	23,8
Internetbezahlverfahren	0,0	0,6	0,8	1,7	3,4	2,9
Überweisung	0,0	0,3	1,3	2,9	12,4	31,4
Sonstige unbare Zahlungsinstrumente	0,9	0,4	0,5	1,4	2,8	0,0
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Deutsche Bundesbank

Kartenzahlung möglich ist. Außerdem legen Einzelhändler häufig Mindestbeträge für die girocard-Nutzung fest. Auch Konsumenten und Konsumentinnen scheinen sich eine Betragsgrenze für den Einsatz von Karten zu setzen. Mehr als 95% der Befragten geben an, erst ab einem Betrag von 20 € unbare Zahlungsmittel zu verwenden. Es verwundert daher nicht, dass die girocard erst bei Zahlungen ab 20 € regelmäßig genutzt wird, dafür bis hin zu mehr als 500 €. Überweisung und Kreditkarte spielen erst ab 100 € eine größere Rolle. Letztgenannte werden also für bestimmte Betragshöhen oder Verwendungszwecke (z. B. auf Reisen) eingesetzt, während die girocard fast ein Allround-Zahlungsinstrument geworden ist.

Nachdem im vorigen Abschnitt allgemeine Kennzahlen über die Nutzungsintensität der einzelnen Zahlungsinstrumente dargestellt wurden, steht in diesem Abschnitt der Einfluss soziodemografischer Merkmale von Befragten auf das Zahlungsverhalten im Mittelpunkt. Grundsätzlich werden die Auswirkungen der einzelnen Soziodemografika auf die Nutzungsintensität der jeweiligen Zahlungsinstrumente getrennt voneinander untersucht. Allerdings besteht zwischen einzelnen soziodemografischen Merkmalen mitunter ein Zusammenhang.¹¹⁾ Soweit nicht anders beschrieben, beziehen sich alle Prozentangaben auf den wert-

mäßigen Anteil der einzelnen Zahlungsinstrumente in den jeweiligen Gruppen.

Eine zentrale Erkenntnis aus der letzten Erhebung aus dem Jahr 2008 war der maßgebliche Einfluss des Alters auf das Zahlungsverhalten. Während jüngere Befragte bis 24 Jahre und ältere Befragte ab 55 Jahre vermehrt Bargeld einsetzen, verwendeten Person mittleren Alters stärker unbare Zahlungsinstrumente. Dieses Ergebnis wird durch die neue Erhebung bestätigt. Mit einem Anteil von 58% an den während der Tagebuchwoche getätigten Ausgaben wird Bargeld am häufigsten in der Gruppe der über 65-Jährigen genutzt. Die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen nutzt mit 49% Bargeld deutlich weniger. Dafür werden in den mittleren Alterskategorien der 25- bis 44-Jährigen besonders häufig unbare Zahlungsinstrumente eingesetzt, vorzugsweise die girocard, die von ihnen zur Bezahlung von rund 36% der Gesamtausgaben verwendet wird.

Zum einen kann dieses Ergebnis dadurch erklärt werden, dass jüngere und ältere Personen eher Ausgaben mit einem geringen Wert

Jüngere und ältere Befragte nutzen besonders gern Bargeld, ...

¹¹ Während zwischen dem Alter und dem Bildungsabschluss sowie dem Bildungsabschluss und dem Einkommen eine messbare Korrelation besteht, ist der Zusammenhang zwischen dem Alter und dem Einkommen eher lose.

tätigen. Für Kleinbetragszahlungen wird besonders oft Bargeld verwendet.¹²⁾ Zum anderen besitzen vor allem ältere Menschen deutlich weniger Zahlungskarten als bei einer proportionalen Verteilung auf die Bevölkerung anzunehmen wäre. Darüber hinaus scheint auch die positive Bewertung von für ältere Befragte wichtigen Eigenschaften, wie zum Beispiel Bequemlichkeit und Vertrautheit im Umgang mit dem Zahlungsmittel, den Einsatz von Bargeld zu fördern. Bargeld erfüllt nach Meinung der älteren Befragten diese Anforderungen in besonderem Maße.¹³⁾

... besser Gebildete greifen eher zur Karte

Aber nicht nur das Alter übt einen Einfluss auf das Zahlungsverhalten aus. Mit steigendem Bildungsabschluss nimmt die Neigung zur Nutzung unbarer Zahlungsinstrumente zu. Während Befragte mit Hauptschul-/Volksschulabschluss 65% ihrer Ausgaben mit Bargeld bezahlen,¹⁴⁾ liegt dieser Anteil bei Personen mit Fachhochschul-/Universitätsabschluss nur noch bei etwas mehr als 40%. Damit entspricht der Nutzungsanteil von Bargeld in der höchsten Bildungskategorie dem der girocard und der Kreditkarte. Der Kreditkartenbesitz und deren Nutzung liegen bei Befragten mit (Fach-)Hochschulreife und den Befragten mit Fachhochschul-/Universitätsabschluss deutlich über der Nutzungsintensität in den anderen Bildungskategorien.

Einkommensstarke verwenden häufig die Karte, ...

Neben dem Alter und dem erreichten Bildungsabschluss wirkt sich das Haushaltsnettoeinkommen auf die Nutzung von Bargeld und unbaren Zahlungsmitteln aus.¹⁵⁾ Befragte mit einem geringen Haushaltseinkommen verwenden eher Bargeld, während Besserverdienende verstärkt unbare Zahlungsinstrumente nutzen. In der Kategorie mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1 500 € werden 72% der Gesamtausgaben bar beglichen. Demgegenüber liegt dieser Anteil in der Kategorie mit einem Einkommen über 3 000 € bei 44% der Gesamtausgaben. Einerseits ist der hohe Anteil von Kleinbetragszahlungen in der untersten Einkommenskategorie ein Grund für die übermäßige Verwendung von Bargeld. An-

dererseits besteht für Personen mit einem geringen Einkommen eine höhere wirtschaftliche Notwendigkeit ihre Ausgaben zu kontrollieren. Dafür scheint Bargeld ein geeignetes Mittel zu sein.¹⁶⁾ Befragte mit einem Haushaltseinkommen von 3 000 € und mehr leisten hingegen mehr Zahlungen mit einem Wert von über 50 € und besitzen überproportional häufig eine Zahlungskarte, insbesondere eine Kreditkarte.¹⁷⁾

Als bemerkenswert erweisen sich die Unterschiede im Zahlungsverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Bewohner der neuen Bundesländer zahlen nur 45% ihrer Gesamtausgaben mit Bargeld, wohingegen der Nutzungsanteil in Westdeutschland bei 55% liegt. Die soziodemografischen Faktoren Alter und Einkommen sprechen eher für eine verstärkte Bargeldnutzung der ostdeutschen Bevölkerung.¹⁸⁾ Eine größere Verbreitung von Zahlungskarten in den neuen Bundesländern lässt sich anhand der Daten nicht nachweisen, sodass auch diese Erklärung ausscheidet. Damit verbleibt nur noch die Transaktionshöhe, um die höhere Kartenaffinität der Bevölkerung in den neuen Bundesländern zu erklären. Tatsäch-

... Westdeutsche nutzen verstärkt Bargeld

12 Nur 8% aller von 18- bis 24-Jährigen getätigten Transaktionen haben einen Wert von mehr als 50 €. Befragte ab einem Alter von 65 Jahren geben bei 12% ihrer Einkäufe mehr als 50 € aus. In den anderen Alterskategorien machen Transaktionen in diesem Betragsbereich immerhin zwischen 15% bis 19% aller getätigten Transaktionen aus.

13 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland, 2009, S. 8 ff.

14 Überlagert wird der Einfluss der Bildung durch das Alter. Ältere Menschen verfügen übermäßig oft über einen Hauptschul-/Volksschulabschluss.

15 Befragte, die keine Angabe zu ihrem Haushaltsnettoeinkommen gemacht haben, wurden in der Analyse nicht berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um 160 Personen.

16 Vgl.: U. von Kalckreuth, T. Schmidt und H. Stix, Using cash to monitor liquidity, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Reihe 1, Nr. 22/2011.

17 Der Einfluss des Haushaltsnettoeinkommens wird überlagert durch weitere soziodemografische Faktoren. Personen mit einem hohen Einkommen sind meist mittleren Alters und besitzen relativ hohe Bildungsabschlüsse. In der Gruppe der Befragten mit niedrigem Einkommen sind junge und ältere Menschen besonders stark vertreten.

18 In Ostdeutschland sind Personen älter als 55 Jahre überrepräsentiert. Zudem sind in den neuen Bundesländern ansässige Befragte übermäßig häufig in der untersten Einkommenskategorie bis 1 500 € vertreten. Lediglich die im Vergleich zu Westdeutschland überdurchschnittlich hohe Anzahl an Fachhochschul- bzw. Universitätsabsolventen würde für eine höhere Kartenpräferenz sprechen.

Bezahlen im Internet

Mit der zunehmenden Nutzung des Internets gewinnt die Frage an Bedeutung, wie beim Onlineeinkauf gezahlt wird. So könnte mit dem relativen Bedeutungszuwachs der Nutzung von Zahlungsinstrumenten im Internet gegenüber der Nutzung im stationären Handel ein wachsender Einfluss auf das allgemeine Zahlungsverhalten ausgehen.

Im Gegensatz zum stationären Handel wird im Internet vorwiegend unbar bezahlt.¹⁾ Hierbei gewinnen reine Internetbezahlverfahren zunehmend an Bedeutung. Zu diesen zählen einerseits Verfahren wie beispielsweise PayPal. Andererseits haben sich Dienste herausgebildet, die auf Überweisungen in der Onlinebanking-Anwendung des Käufers basieren. Hierbei handelt es sich um Giropay, das den Kunden zur Bezahlung direkt von der Webseite des Internethändlers zu seiner Onlinebanking-Anwendung weiterleitet, und „SOFORT Überweisung“, bei dem ein technischer Dienstleister (Nichtbank) für den Kunden eine Überweisung in dessen Onlinebanking-Anwendung einstellt. Diese reinen Internetbezahlverfahren ergänzen die klassischen unbaren Zahlungsinstrumente nicht nur, sondern verdrängen diese auch zunehmend. So präferiert mittlerweile die Mehrheit der Befragten neben der Zahlung per Überweisung nach Lieferung (48%) die reinen Internetbezahlverfahren (31%).²⁾ Während die Nutzung von Internetbezahlverfahren im Vergleich zur Vorgängerstudie deutlich um 21 Prozentpunkte zunahm, verzeichnet die Zahlung per Vorkasse einen Rückgang um 16 Prozentpunkte auf 26%. Demgegenüber bleibt die Nutzung der Kreditkarte mit 21% konstant. Vor allem Männer und Nutzer zwischen 25 und 34 Jahren stehen Internetbezahlverfahren besonders offen gegenüber, während bei den Befragten ab 45 Jahren die Zahlung per Kreditkarte deutlich an Bedeutung gewinnt.

Im zweiten Schritt wurde untersucht, welche reinen Internetbezahlverfahren von Befragten laut Selbstauskunft genutzt werden. Die deutliche Mehrheit von 87% aller Nutzer von Internetbezahlverfahren gibt an, PayPal zu nutzen, „SOFORT Überweisung“ verwendeten danach 9% und Giropay 3%. Auffällig ist, dass sehr junge und ältere Befragte überdurchschnittlich häufig PayPal einsetzen, wohingegen die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen lediglich zu 77% PayPal und dafür zu 15% die „SOFORT Überweisung“ nutzt. Auch weibliche Befragte nutzen „SOFORT Überweisung“ relativ stärker, was jedoch in dieser Gruppe keine Auswirkung auf die Nutzungsintensität von PayPal hat. Im Unterschied zum allgemeinen Zahlungsverhalten haben überraschenderweise weder das Bildungsniveau noch die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens einen eindeutigen Einfluss auf die Nutzungsintensität der einzelnen Verfahren. Darüber hinaus spielt es im Gegensatz zum grundsätzlichen Zahlungsverhalten im Internet gleichermaßen keine Rolle, ob die Befragten in den neuen oder alten Bundesländern leben. Diejenigen, die an der Ladenkasse ausschließlich bar zahlen, verwenden PayPal im gleichen Maße wie der durchschnittliche Nutzer von Internetbezahlverfahren. Mit 14% liegt bei ihnen der Anteil der Nutzer von „SOFORT Überweisung“ jedoch etwas höher.

Der deutliche Trend hin zur Nutzung reiner Internetbezahlverfahren anstelle klassischer unbarer Zahlungsinstrumente wie der Überweisung weist auf eine spürbare Nachfrage nach spezialisierten Zahlungsinstrumenten für spezifische Einkaufssituationen hin.

¹ Die hier aufgezeigten Daten wurden mithilfe des Fragebogens erfasst, d. h., sie beziehen sich nicht auf tatsächlich beobachtetes Verhalten gemäß Zahlungstagebuch, sondern auf eine reine Selbsteinschätzung der Befragten.

² Es waren maximal zwei Nennungen möglich.

lich ist der Anteil von Transaktionen mit einem Wert von 50 € und mehr an der Gesamttransaktionszahl in Ostdeutschland mit 17% gegenüber 14% in Westdeutschland höher. Zudem tätigen die Ostdeutschen weniger Transaktionen als die Westdeutschen. Die Nutzung von Zahlungskarten in Ostdeutschland wird begünstigt, da die Bevölkerung durchschnittlich seltener einkauft, dafür aber höhere Beträge verausgibt.¹⁹⁾ Des Weiteren kaufen die Menschen in den neuen Bundesländern überproportional häufig im Internet ein. Die Bezahlung mit unbaren Zahlungsinstrumenten ist hier fast zwangsläufig.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse der Erhebung aus dem Jahr 2011 diejenigen von 2008. Auch damals hatten das Alter, die Bildung und das Haushaltseinkommen einen maßgeblichen Einfluss auf das Zahlungsverhalten. Neben soziodemografischen Merkmalen wirken sich der Besitz von Zahlungskarten und die Häufigkeit und Höhe der Ausgaben auf die Wahl zwischen Bargeld und unbaren Zahlungsmitteln aus.

Innovative Bezahlformen an der Ladenkasse

Internetbezahlverfahren gewinnen an Bedeutung

Der technische Fortschritt nimmt nicht nur über das Internet Einfluss auf das Zahlungsverhalten. Nachfolgend werden deshalb drei sogenannte innovative Bezahlformen an der Ladenkasse betrachtet: das kontaktlose Bezahlen mit der Karte oder dem Mobiltelefon sowie sonstige Bezahlverfahren mit dem Mobiltelefon.

Kontaktloses Bezahlen mit der Karte

In letzter Zeit finden vor allem Kontaktlosbezahlssysteme Beachtung. Im Mittelpunkt stehen dabei hauptsächlich kontaktlose Zahlungskarten. Diese basieren auf der NFC-Technologie.²⁰⁾ Dabei muss die Karte nicht mehr in das Terminal gesteckt werden, sondern wird lediglich in die Nähe dessen gehalten. Für den Kunden liegt der Vorteil darin, dass er die Karte nicht mehr aus der Hand geben muss. Der Einzelhändler profitiert vor allem bei Zahlungen ohne PIN-Code bis 20 € beziehungsweise 25 €

(je nach System) von der hohen Geschwindigkeit der Abwicklung an der Ladenkasse.

In Deutschland ist dieses System bereits mit der kontaktlosen girocard in einem Pilotgebiet sowie mit kontaktlosen Visa- oder MasterCard-Kreditkarten an einigen bundesweit verteilten Kontaktlosterminals verfügbar. Zusätzlich gibt es einige Sportstätten, die entweder auf ein geschlossenes oder offenes System setzen, wobei bei letzterem die Karte auch außerhalb der Sportstätten einsetzbar ist.

Obwohl bisher die entsprechenden Systeme bundesweit kaum verbreitet sind, gaben bereits 6% der Befragten an, diese Technologie zu kennen und zu nutzen. Insgesamt betrachtet kennt bereits fast die Hälfte der Befragten das kontaktlose Zahlen mit Karte, auch wenn bisher nur ein kleiner Teil von ihnen praktische Erfahrungen damit gemacht hat. Interessant sind dabei vor allem die Gründe derjenigen, die die Systeme kennen, aber nicht nutzen. Entgegen der Erwartung, dass die mangelnde Infrastruktur ein wesentlicher Grund für die Nichtnutzung sei, geben die Befragten an, dass sie vor allem Bedenken bezüglich der Sicherheit hätten.

Durch die steigende Verbreitung von Smartphones versuchen immer mehr Anbieter, diese auch als Zahlungsmittel nutzbar zu machen. Dabei gibt es verschiedene Ansätze. Der populärste Ansatz sieht vor, die Zahlungskartenfunktion in das Smartphone zu integrieren und die Zahlung schließlich per NFC auszulösen. Da bislang noch nicht alle Telefone über die nötige Technologie verfügen, ist als Übergangslösung

Kontaktloses Bezahlen mit dem Mobiltelefon

¹⁹ Ein ähnliches Verhalten lässt sich auch beim Bezug von Bargeld feststellen. Die Bevölkerung der neuen Bundesländer geht seltener zum Bankschalter oder Geldausgabeautomaten und hebt dafür an beiden Orten höhere Beträge ab als die Menschen in Westdeutschland. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Wie kommt das Bargeld ins Portmonee?, 2010, S. 30.

²⁰ NFC steht für Near-Field-Communication (deutsch: Nahfeldkommunikation) und ist ein Standard, der es ermöglicht, Daten über kurze Entfernung kontaktlos zu übertragen.

gedacht, die Technik in Form eines NFC-Stickers am Gehäuse des Smartphones anzubringen.

In der Umfrage wurde festgestellt, dass kontaktloses Zahlen mit dem Mobiltelefon bereits bekannter ist als jenes mit der Karte. Dies liegt womöglich an der sehr hohen medialen Präsenz von Smartphones und dem dadurch erhöhten Interesse seitens der Verbraucher. Vor allem zeigen sich junge und männliche Befragte über das Verfahren informiert. Auch hier werden am meisten Zweifel an der Sicherheit des Verfahrens gehegt.

Andere innovative Verfahren mit dem Mobiltelefon

Neben dem kontaktlosen Zahlen via NFC mit dem Mobiltelefon gibt es weitere Initiativen, die das Bezahlen mit dem Mobiltelefon ermöglichen sollen. Dazu gehören Applikationen, bei denen der Kauf von Waren und Dienstleistungen über die Mobilfunkrechnung abgerechnet wird. Ähnlich wie bei den bereits erwähnten Innovationen, sind auch die sonstigen Mobiltelefonbezahlverfahren bisher nur ungefähr der Hälfte der Befragten bekannt und lediglich 2% nutzen diese auch.

Zusammengefasst betrachtet haben innovative Zahlungsverfahren an der Ladenkasse zwar Potenzial für die Zukunft, machen sich aber derzeit im Zahlungsverhalten kaum bemerkbar. Immerhin ein Drittel der Befragten gibt an, keinen Bedarf an Innovationen zu haben. Aus Sicht der Mehrheit der potenziellen Nutzer sprechen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch vorwiegend Sicherheitsbedenken gegen die Nutzung innovativer Zahlverfahren.

■ Ausblick

Zum Zeitpunkt der Erhebung war Bargeld nach wie vor das beliebteste Zahlungsinstrument in Deutschland. Allerdings ist der Anteil an den in der Tagebuchwoche protokollierten Zahlungen von rund 58% im Jahr 2008 auf 53% im Jahr 2011 gesunken. Die Substitution von Bargeld durch unbare Zahlungsmittel folgt dem langjährigen Trend. So ging der Anteil des Bargel-

Bargeldanteil sinkt langsam, aber kontinuierlich

des an den Umsätzen des Einzelhandels in den vergangenen 17 Jahren um 22 Prozentpunkte zurück.²¹⁾

Dieser Prozess wird von verschiedenen Gegebenheiten beeinflusst. Ein wichtiger Faktor ist die zunehmende Verbreitung und Nutzung von Zahlungskarten.²²⁾ Während die girocard mit 94% schon einen beachtlichen Verbreitungsgrad erreicht hat, zeigt sich bei der Kreditkarte noch Wachstumspotenzial. Die Nutzungsintensität der girocard und der Kreditkarte hat insgesamt um 7 Prozentpunkte gegenüber 2008 zugelegt. Daneben begünstigt auch die Zunahme der Akzeptanzstellen im Handel die Verwendung unbarer Zahlungsinstrumente. Demnach stieg die Anzahl der für die Abwicklung von elektronischen Zahlungen nötigen Terminals von 593 000 im Jahr 2008 auf 710 000 im Jahr 2011. Das entspricht einer Steigerung um 20%.

Aber nicht nur das Zahlungsverhalten an sich unterliegt Veränderungen. Der seit Jahren wachsende Onlinehandel ist ein Zeichen für einen Wandel in den Einkaufsgewohnheiten. Werden Waren und Dienstleistungen nun verstärkt online gekauft anstatt im stationären Handel, ist die Verwendung unbarer Zahlungsinstrumente fast unumgänglich. Die zunehmende Popularität von Internetbezahlverfahren ist ein Indiz dafür.

Es gibt aber auch Faktoren, die die Bargeldnutzung fördern. Die große Zahl an Geldausgabeautomaten und das dichte Filialnetz der Kredit-

Besitz und Nutzung von Karten nehmen zu

Veränderung des Einkaufsverhaltens beeinflusst Zahlungsverhalten

²¹ Zu diesem Ergebnis kommt das EHI Retail Institut. Das EHI ist ein Forschungsinstitut des deutschen Einzelhandels. Es betrachtet in seiner Umfrage nur die Umsätze des Einzelhandels im engeren Sinne (ohne Umsätze im Kfz-Gewerbe, der Mineralölwirtschaft, in Apotheken und im Versandhandel). Die leichten Abweichungen zwischen den Umsatzanteilen der verschiedenen Zahlungsinstrumente in der Bundesbank- und in der EHI-Erhebung sind auf das größere Untersuchungsspektrum der Bundesbank-Umfrage zurückzuführen.

²² So hat die Frage nach einem Vergleich mit dem Zahlungsverhalten von vor zehn Jahren ergeben, dass über die Hälfte der Befragten unbare Zahlungsinstrumente häufiger einsetzt; nur 5% geben an, heute seltener auf diese zurückzugreifen.

institute in Deutschland erleichtert den Bargeldbezug und damit seine Verwendung. Seit 2008 ist die Anzahl der Geldausgabeautomaten und kombinierten Ein- und Auszahlungsgeräte von 55 500 auf 56 500 im Jahr 2011 gestiegen. Dazu kommt mittlerweile die Möglichkeit, Bargeld an Supermarkt- und Tankstellenkassen abzuheben.

Verbraucher und Händler entscheiden über zukünftige Entwicklung

Insgesamt betrachtet geht der Trend langsam, aber kontinuierlich zu mehr unbaren Zahlungen. Dabei ist gleichwohl zu beachten, dass dieser Prozess kein Automatismus ist: Letztlich

bestimmen die Verbraucher und die Einzelhändler, welche Zahlungsmittel sie nutzen beziehungsweise anbieten und entscheiden somit selbst, welche Instrumente künftig verwendet werden. Hinzu kommt, dass die Menschen in Deutschland in ihrem Zahlverhalten konservativ sind. Fast 60% der Befragten geben an, bei den ihnen vertrauten Zahlungsmitteln verbleiben zu wollen. Dieser Umstand dürfte einer schnellen Veränderung des Zahlungsverhaltens entgegenstehen und für eine weiterhin starke Nutzung des Bargeldes sprechen.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40•

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	48•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	49•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	50•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	50•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	51•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	51•

■ VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	52•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	53•

■ IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	54•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	54•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik).....	55•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik).....	55•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	56•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten.....	56•
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	57•

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	60*

■ X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	64*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	64*
6. Arbeitsmarkt.....	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	67*

■ XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen.....	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland .	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland.....	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion.....	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	75*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbs- fähigkeit der deutschen Wirtschaft	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze			
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2010 Dez.	4,4	2,3	1,1	1,3	3,5	1,6	3,7	0,50	1,02	4,1	
2011 Jan.	3,2	2,3	1,4	1,4	3,8	2,1	3,3	0,66	1,02	4,2	
Febr.	2,9	2,4	1,6	1,6	3,8	2,3	3,8	0,71	1,09	4,3	
März	3,0	2,7	1,8	1,7	3,2	2,2	3,7	0,66	1,18	4,4	
April	1,6	2,4	1,5	1,6	3,2	2,2	3,8	0,97	1,32	4,5	
Mai	1,2	2,4	1,5	1,4	3,1	2,5	4,1	1,03	1,43	4,4	
Juni	1,3	2,3	1,2	1,3	2,6	2,1	4,3	1,12	1,49	4,4	
Juli	0,9	2,1	1,2	1,4	2,4	1,8	4,4	1,01	1,60	4,6	
Aug.	1,7	2,3	1,7	1,6	2,4	1,7	4,3	0,91	1,55	4,1	
Sept.	2,0	2,5	1,7	1,6	2,3	1,6	4,3	1,01	1,54	4,0	
Okt.	1,7	1,9	1,4	1,5	1,6	2,1	4,2	0,96	1,58	4,3	
Nov.	2,1	2,1	1,5	1,5	0,8	1,0	3,3	0,79	1,48	4,8	
Dez.	1,7	1,8	1,5	1,7	0,9	0,5	2,8	0,63	1,43	4,8	
2012 Jan.	2,1	2,3	2,0	2,0	1,4	0,7	2,7	0,38	1,22	4,7	
Febr.	2,6	2,8	2,5	2,4	1,4	0,4	2,0	0,37	1,05	4,5	
März	2,8	3,0	2,9	2,6	1,8	0,5	1,3	0,36	0,86	4,0	
April	1,8	2,5	2,4	2,7	1,4	- 0,1	0,7	0,35	0,74	4,1	
Mai	3,3	2,9	2,9	2,8	1,5	- 0,2	- 0,2	0,34	0,68	4,1	
Juni	3,5	3,0	3,1	3,2	1,4	- 0,4	- 0,4	0,33	0,66	4,2	
Juli	4,5	3,5	3,6	3,2	1,2	- 0,6	- 1,3	0,18	0,50	4,0	
Aug.	5,1	3,2	2,9	...	0,7	- 1,0	- 1,5	0,11	0,33	3,9	
Sept.	0,10	0,25	3,6	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's. 5

Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven	nominal		real 4)	
	Mio €								Euro/US-\$		
									1. Vj. 1999=100		
2010 Dez.	+ 7 671	+ 982	- 13 651	+ 21 085	+ 17 244	- 50 432	- 1 548	1,3220	101,7	99,2	
2011 Jan.	- 16 778	- 14 241	+ 6 408	+ 4 282	- 30 171	+ 38 221	- 5 924	1,3360	101,4	99,0	
Febr.	- 5 521	+ 752	- 3 577	- 36 706	+ 94 356	- 62 353	+ 1 126	1,3649	102,4	99,8	
März	+ 1 040	+ 3 367	- 8 108	- 10 401	+ 71 409	- 62 256	- 6 860	1,3999	104,1	101,6	
April	- 4 988	- 3 624	- 4 657	- 31 176	+ 8 621	+ 11 872	+ 6 026	1,4442	105,9	103,4	
Mai	- 13 949	+ 471	+ 18 894	- 4 247	+ 42 910	- 16 645	- 3 124	1,4349	104,9	102,2	
Juni	+ 322	+ 797	+ 6 964	+ 3 592	+ 91 099	- 89 308	+ 1 582	1,4388	105,0	102,2	
Juli	+ 3 360	+ 4 156	- 6 208	- 17 336	- 23 660	+ 36 022	- 1 234	1,4264	104,0	101,1	
Aug.	- 1 416	- 4 309	- 580	+ 7 194	+ 18 195	- 29 352	+ 3 383	1,4343	103,9	100,8	
Sept.	+ 780	+ 2 991	+ 10 292	- 9 031	+ 25 642	- 7 908	+ 1 589	1,3770	102,8	100,0	
Okt.	+ 3 742	+ 616	+ 1 404	- 5 555	- 4 274	+ 12 321	- 1 089	1,3706	103,0	100,3	
Nov.	+ 9 058	+ 5 534	- 19 565	- 44 999	+ 33 885	- 8 212	- 238	1,3556	102,6	99,9	
Dez.	+ 22 059	+ 8 419	- 22 028	- 4 340	- 43 945	+ 31 691	- 5 435	1,3179	100,8	98,1	
2012 Jan.	- 12 369	- 8 076	+ 22 182	+ 3 644	- 49 076	+ 68 128	- 516	1,2905	98,9	96,3	
Febr.	- 3 421	+ 3 253	+ 4 355	- 189	+ 12 873	- 6 570	- 1 758	1,3224	99,6	97,2	
März	+ 9 758	+ 10 168	- 23 220	- 8 757	- 46 291	+ 31 181	+ 647	1,3201	99,8	97,3	
April	+ 1 297	+ 5 438	- 1 844	- 9 561	+ 3 475	+ 7 189	- 2 947	1,3162	99,5	97,2	
Mai	- 3 239	+ 5 467	- 171	+ 9 915	+ 20 454	- 29 084	- 1 455	1,2789	98,0	95,7	
Juni	+ 17 372	+ 14 181	- 12 201	- 19 683	+ 47 277	- 35 257	- 4 538	1,2526	97,2	94,9	
Juli	+ 15 935	+ 12 471	- 5 976	- 6 659	+ 21 861	- 21 674	+ 495	1,2288	95,3	93,2	
Aug.	1,2400	95,2	93,0	
Sept.	1,2856	97,2	95,0	

* Quelle: EZB. 1 Siehe auch Tab. XI.12 und 13, S. 75* / 76* 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
2009	- 4,4	- 2,8	- 5,1	- 14,1	- 8,5	- 3,1	- 3,2	- 5,5	- 5,5
2010	2,0	2,4	4,2	3,3	3,3	1,7	- 3,5	- 0,8	1,8
2011	1,4	1,8	3,0	8,3	2,7	1,7	- 6,9	1,4	0,4
2011 1.Vj.	2,4	2,9	5,2	9,9	4,8	2,6	- 8,0	- 0,9	1,2
2.Vj.	1,6	2,0	3,1	8,2	1,7	1,9	- 7,3	2,9	1,1
3.Vj.	1,3	1,5	2,6	9,3	4,0	1,3	- 5,0	1,0	0,4
4.Vj.	0,6	0,8	1,4	5,9	0,8	1,0	- 7,5	2,8	- 0,9
2012 1.Vj.	0,0	0,4	1,7	3,4	2,2	0,7	- 6,5	2,1	- 1,2
2.Vj.	- 0,4	- 0,4	0,5	2,2	- 0,1	- 0,3	- 6,3	- 1,1	- 2,9
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2009	- 14,9	- 11,9	- 16,3	- 23,9	- 18,1	- 12,8	- 9,2	- 4,5	- 18,8
2010	7,3	8,4	10,9	22,9	5,1	4,7	- 6,6	7,6	6,8
2011	3,4	4,2	7,6	16,6	1,3	2,0	- 8,0	0,0	0,1
2011 1.Vj.	6,4	7,8	12,0	28,9	4,5	4,1	- 5,4	- 1,4	2,0
2.Vj.	4,0	4,0	8,0	23,4	3,0	1,8	- 10,9	- 0,1	2,1
3.Vj.	3,9	4,1	8,1	16,0	0,2	2,4	- 4,8	1,0	- 0,4
4.Vj.	- 0,2	1,1	2,8	1,6	- 2,0	- 0,5	- 11,1	0,7	- 3,3
2012 1.Vj.	- 1,8	- 3,7	4)	0,8	- 1,9	- 2,1	- 8,4	0,5	- 5,7
2.Vj.	- 2,4	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 1,2	- 2,1	- 2,3	3,0	- 7,9
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾									
2009	71,1	72,0	72,0	58,1	67,0	73,6	70,7	-	66,1
2010	75,8	77,9	79,7	67,1	75,6	77,2	68,1	-	68,3
2011	80,5	80,5	86,1	73,3	80,5	83,0	67,9	-	72,6
2011 2.Vj.	81,5	82,6	86,8	73,4	83,0	84,5	68,8	-	74,3
3.Vj.	80,5	80,1	86,7	73,0	78,3	83,0	67,5	-	72,1
4.Vj.	79,7	78,0	85,1	73,2	78,8	82,8	65,8	-	71,6
2012 1.Vj.	79,8	79,0	85,3	70,5	77,7	82,4	65,5	-	70,7
2.Vj.	79,7	78,4	85,2	69,0	79,9	81,8	64,9	-	71,0
3.Vj.	77,8	76,9	82,6	71,3	80,1	81,1	63,9	-	69,7
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾									
2009	9,6	7,9	7,8	13,7	8,3	9,5	9,5	11,9	7,8
2010	10,1	8,3	7,1	16,9	8,4	9,7	12,6	13,7	8,4
2011	10,1	7,2	6,0	12,5	7,8	9,6	17,7	14,4	8,4
2012 März	11,0	7,1	5,3	10,9	7,5	10,1	22,1	14,8	10,4
April	11,2	7,3	5,4		7,6	10,1	23,1	14,7	10,6
Mai	11,3	7,4	5,6		7,6	10,3	23,9	14,7	10,5
Juni	11,4	7,4	5,4	10,2	7,6	10,4	24,8	14,7	10,7
Juli	11,4	7,5	5,6		7,6	10,6	25,1	14,9	10,7
Aug.	11,4	7,4	5,5		7,9	10,6	...	15,0	10,7
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2009	8)	0,3	0,0	0,2	0,2	1,6	1,3	- 1,7	0,8
2010		1,6	2,3	1,2	2,7	1,7	4,7	- 1,6	1,6
2011	9)	2,7	3,5	2,5	5,1	3,3	3,1	1,2	2,9
2012 April		2,6	2,9	2,2	4,3	3,0	2,4	1,5	3,7
Mai		2,4	2,6	2,2	4,1	3,1	2,3	0,9	3,5
Juni		2,4	2,2	2,0	4,4	2,9	2,3	1,0	3,6
Juli		2,4	2,0	1,9	4,1	3,1	2,2	0,9	3,6
Aug.		2,6	2,6	2,2	4,2	3,3	2,4	1,2	3,3
Sept.	p)	2,6	2,6	2,1	4,1	3,4	2,2	0,3	3,4
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾									
2009	- 6,4	- 5,6	- 3,1	- 2,0	- 2,5	- 7,5	- 15,6	- 14,0	- 5,4
2010	- 6,2	- 3,8	- 4,1	0,2	- 2,5	- 7,1	- 10,3	- 31,2	- 4,6
2011	- 4,1	- 3,7	- 0,8	1,0	- 0,5	- 5,2	- 9,1	- 13,1	- 3,9
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾									
2009	79,9	95,8	74,5	7,2	43,5	79,2	129,4	65,1	116,0
2010	85,3	96,0	82,5	6,7	48,4	82,3	145,0	92,5	118,6
2011	87,3	98,0	80,5	6,0	48,6	85,8	165,3	108,2	120,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **5** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **6** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **7** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
- 4,1	- 2,4	- 3,7	- 3,8	- 2,9	- 4,9	- 7,8	- 3,7	- 1,9	2009
2,9	3,4	1,6	2,0	1,4	4,4	1,2	- 0,3	1,3	2010
1,7	1,9	1,0	2,7	- 1,7	3,2	0,6	0,4	0,5	2011
3,3	3,2	2,6	4,7	- 0,8	3,4	2,5	0,5	1,6	2011 1.Vj.
1,7	2,7	1,4	4,1	- 1,2	3,5	1,6	0,7	1,5	2.Vj.
1,5	2,5	0,9	1,8	- 1,9	3,0	0,8	0,9	- 0,3	3.Vj.
0,2	- 0,5	- 0,8	0,4	- 2,7	3,4	- 2,4	- 0,4	- 0,8	4.Vj.
0,1	- 1,3	- 0,8	2,1	- 2,3	3,0	0,2	- 0,7	- 1,5	2012 1.Vj.
0,7	0,9	- 0,4	0,1	- 3,3	2,8	- 3,2	- 1,6	- 2,3	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
- 16,1	-	- 7,7	- 11,3	- 8,6	- 14,1	- 17,7	- 15,8	- 9,0	2009
9,4	-	7,8	6,7	1,7	18,3	6,0	0,8	- 2,1	2010
- 2,5	-	- 0,8	7,2	- 2,0	7,1	2,8	- 1,4	- 7,7	2011
2,7	-	0,7	11,9	0,2	11,8	7,8	1,8	- 3,7	2011 1.Vj.
- 4,5	-	- 1,4	9,4	- 1,5	8,7	3,6	- 1,1	- 4,1	2.Vj.
- 1,6	-	- 2,6	6,3	- 2,3	5,0	0,8	- 1,4	- 12,5	3.Vj.
- 6,4	-	- 4,3	2,5	- 4,4	3,6	- 0,7	- 5,0	- 11,1	4.Vj.
- 7,0	-	- 1,2	0,9	- 5,5	9,3	- 0,1	- 5,8	- 13,2	2012 1.Vj.
- 5,5	-	1,8	2,2	- 6,4	12,8	0,7	- 7,1	- 11,1	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾									
65,4	70,1	76,0	77,4	72,6	54,0	70,9	70,0	65,2	2009
78,5	77,7	78,9	81,9	75,0	58,0	76,0	71,1	62,6	2010
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
87,3	81,1	81,1	86,3	76,4	55,4	82,2	74,7	62,9	2011 2.Vj.
82,7	76,9	80,6	85,8	74,3	60,6	80,1	72,6	61,2	3.Vj.
79,8	76,0	78,9	85,0	73,5	62,3	79,5	72,2	58,1	4.Vj.
79,2	74,2	79,8	85,1	74,1	67,5	79,7	72,5	56,9	2012 1.Vj.
82,7	75,9	78,6	84,7	74,2	71,1	80,6	72,7	56,9	2.Vj.
78,1	76,2	78,3	84,9	74,2	71,2	79,4	70,7	59,1	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾									
5,1	6,9	3,7	4,8	10,6	12,1	5,9	18,0	5,5	2009
4,6	6,9	4,5	4,4	12,0	14,5	7,3	20,1	6,4	2010
4,8	6,5	4,4	4,2	12,9	13,6	8,2	21,7	7,9	2011
5,0	6,1	5,0	4,2	15,1	13,7	8,1	24,1	10,6	2012 März
5,0	6,1	5,2	4,1	15,4	13,8	8,3	24,4	11,1	April
5,1	6,4	5,1	4,3	15,5	13,9	8,5	24,7	11,5	Mai
5,1	6,7	5,1	4,5	15,7	14,0	8,5	24,8	11,4	Juni
5,2	6,5	5,3	4,6	15,7	14,2	8,4	25,0	11,7	Juli
5,2	6,5	5,3	4,5	15,9	14,2	8,4	25,1	11,7	Aug.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
0,0	1,8	1,0	0,4	- 0,9	0,9	0,9	- 0,2	0,2	2009
2,8	2,0	0,9	1,7	1,4	0,7	2,1	2,0	2,6	2010
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
3,0	3,8	2,8	2,3	2,9	3,7	2,9	2,0	3,6	2012 April
2,7	3,7	2,5	2,2	2,7	3,4	2,4	1,9	3,7	Mai
2,6	4,4	2,5	2,2	2,7	3,7	2,4	1,8	2,9	Juni
2,7	4,2	2,6	2,1	2,8	3,8	2,6	2,2	3,8	Juli
2,8	3,2	2,5	2,3	3,2	3,8	3,1	2,7	4,5	Aug.
3,2	2,9	2,5	p) 2,8	2,9	3,8	3,7	3,5	3,6	Sept.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾									
- 0,8	- 3,8	- 5,6	- 4,1	- 10,2	- 8,0	- 6,1	- 11,2	- 6,1	2009
- 0,9	- 3,7	- 5,1	- 4,5	- 9,8	- 7,7	- 6,0	- 9,3	- 5,3	2010
- 0,6	- 2,7	- 4,7	- 2,6	- 4,2	- 4,8	- 6,4	- 8,5	- 6,3	2011
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾									
14,8	68,1	60,8	69,5	83,1	35,6	35,3	53,9	58,5	2009
19,1	69,4	62,9	71,9	93,3	41,1	38,8	61,2	61,5	2010
18,2	72,0	65,2	72,2	107,8	43,3	47,6	68,5	71,6	2011

Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **8** Ab 2009 einschl. Slowakische Republik. **9** Ab 2011 einschl. Estland. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition). Die hier für Deutschland bereits ausgewiesenen

Ergebnisse der jüngsten Revisionen, Defizit, Bruttoinlandsprodukt sowie staatliche Verschuldung betreffend, sind in der Berechnung des Aggregats noch nicht berücksichtigt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2011 Jan.	49,7	26,9	2,5	22,9	23,4	13,3	84,5	71,2	16,7	- 2,0	1,5	23,1	- 5,8
Febr.	17,4	23,7	- 0,5	- 6,3	7,9	21,1	31,3	10,2	33,3	- 4,7	0,5	22,9	14,6
März	- 31,7	- 8,4	- 27,0	- 23,3	- 12,2	101,0	- 32,9	- 133,9	23,6	7,5	0,0	14,2	1,9
April	81,0	79,2	44,7	1,8	11,6	- 21,9	82,6	104,5	31,4	13,8	- 1,1	19,4	- 0,7
Mai	5,8	19,3	- 21,6	- 13,5	9,9	8,0	83,3	75,3	25,7	1,4	- 0,5	11,3	13,4
Juni	9,6	- 16,1	- 50,6	25,6	29,1	65,9	- 134,7	- 200,5	24,5	4,2	- 0,3	2,6	18,0
Juli	- 5,4	5,3	2,5	- 10,7	- 14,8	- 18,1	- 37,6	- 19,5	33,4	- 6,0	0,0	2,0	37,3
Aug.	7,9	- 10,3	- 12,6	18,2	32,1	28,4	72,4	44,0	9,3	1,5	- 0,4	- 1,8	9,9
Sept.	52,5	28,1	- 20,0	24,3	21,0	22,7	- 12,4	- 35,1	9,8	12,9	- 0,7	- 4,9	2,5
Okt.	35,5	36,8	36,1	- 1,2	- 0,5	- 50,6	- 89,9	- 39,3	9,5	24,2	0,0	- 18,4	3,7
Nov.	28,1	- 11,3	8,3	39,5	40,3	- 24,8	- 63,7	- 38,9	- 4,4	- 11,2	- 0,9	- 10,6	18,2
Dez.	- 95,0	- 111,4	- 15,9	16,5	1,5	16,9	- 20,1	- 36,9	- 4,4	13,9	- 0,7	- 42,4	24,9
2012 Jan.	123,3	57,9	17,7	65,4	67,6	- 44,4	17,3	61,7	4,8	0,5	0,6	- 4,5	8,3
Febr.	14,9	- 15,7	4,5	30,6	46,8	21,6	18,5	- 3,1	- 11,9	- 3,4	- 1,4	- 6,8	- 0,2
März	34,8	2,2	1,1	32,6	35,4	- 25,5	33,1	58,6	- 35,6	- 26,5	- 0,8	- 17,8	9,5
April	11,3	7,7	15,7	3,6	- 3,3	- 26,7	- 13,4	13,3	- 9,8	- 6,3	- 0,3	- 7,3	4,1
Mai	23,1	- 6,0	- 10,5	29,1	27,5	14,7	29,9	15,1	- 41,5	- 31,8	- 1,1	- 22,9	14,2
Juni	6,9	- 35,7	- 59,6	42,6	17,4	18,3	- 85,8	- 104,0	8,7	- 13,1	- 1,1	- 12,9	35,8
Juli	- 37,8	- 19,9	- 48,8	- 17,9	- 17,3	11,2	8,9	- 2,3	- 36,1	- 53,1	- 1,2	6,4	11,9
Aug.	- 82,0	- 62,4	- 15,1	- 19,6	- 11,3	20,5	- 26,4	- 46,8	- 1,2	- 0,2	- 1,4	0,9	- 0,5

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2011 Jan.	30,1	19,1	17,0	11,0	6,0	9,6	5,8	- 3,8	5,8	- 2,5	- 0,5	2,3	6,5
Febr.	- 0,8	13,5	- 7,2	- 14,3	- 2,4	- 4,0	3,6	7,6	2,2	- 1,8	0,0	0,1	3,9
März	- 29,5	- 17,0	- 0,5	- 12,5	- 2,2	26,5	- 26,8	- 53,2	- 3,7	- 1,7	0,2	- 4,6	2,5
April	29,1	36,8	22,4	- 7,7	3,2	19,0	50,0	31,0	2,3	- 1,3	- 0,8	2,9	1,4
Mai	- 26,0	- 16,3	- 24,7	- 9,7	1,3	5,3	1,4	- 3,9	- 10,3	- 0,3	- 0,1	- 3,5	- 6,4
Juni	- 23,3	- 13,4	- 12,4	- 10,0	- 6,4	17,2	- 41,3	- 58,5	4,8	0,2	- 0,2	2,0	2,8
Juli	- 1,0	- 2,2	- 4,2	1,3	- 3,9	- 9,9	- 5,4	4,5	- 4,6	- 0,3	0,0	- 5,9	1,5
Aug.	15,3	12,7	- 6,1	2,6	12,0	- 31,2	24,0	55,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 1,2	1,5
Sept.	12,7	9,6	- 5,5	3,1	3,6	- 41,6	- 15,9	25,7	- 8,2	- 3,8	- 0,5	- 2,4	- 1,5
Okt.	29,3	25,9	- 2,1	3,4	7,6	- 39,2	- 23,4	15,8	2,4	- 2,0	- 0,2	2,7	2,0
Nov.	3,7	4,2	1,7	- 0,5	2,1	- 13,7	- 0,1	13,6	- 7,3	- 1,4	- 0,9	- 3,8	- 1,3
Dez.	- 54,4	- 48,0	- 4,8	- 6,4	- 9,5	72,3	- 9,7	- 82,0	- 8,0	- 0,3	- 0,8	- 4,3	- 2,6
2012 Jan.	36,8	25,6	4,3	11,2	7,7	- 79,5	29,1	108,7	- 26,2	- 3,4	- 0,9	- 22,7	0,9
Febr.	- 3,1	- 2,8	- 5,8	- 0,3	1,9	- 30,3	- 10,6	19,7	9,1	- 2,8	- 1,2	8,2	4,9
März	2,1	1,2	8,4	0,9	3,2	- 51,5	5,1	56,6	- 6,8	- 4,9	- 0,8	- 6,2	5,1
April	18,0	16,0	12,9	2,0	- 3,2	- 12,4	- 0,5	11,9	1,4	- 1,4	- 0,3	2,3	0,8
Mai	- 33,7	- 25,5	- 20,6	- 8,2	- 2,7	- 21,2	- 5,0	16,2	- 12,6	- 3,0	- 0,8	- 6,0	- 2,7
Juni	10,1	- 7,5	- 9,2	17,6	7,0	- 27,1	- 28,9	- 1,8	1,7	- 3,0	- 1,0	- 1,3	7,0
Juli	29,8	34,2	- 0,6	- 4,5	- 0,4	- 16,1	1,5	17,6	- 5,5	- 4,9	- 0,8	- 2,2	2,5
Aug.	- 4,0	0,7	1,6	- 4,7	2,1	- 6,8	13,4	20,1	- 5,0	- 1,9	- 1,4	- 2,4	0,7

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
51,9	33,6	-	- 39,2	- 41,2	- 44,9	- 12,6	- 32,3	- 16,0	19,7	- 36,1	- 5,2	6,9	2011 Jan.	
13,5	5,8	-	- 14,0	- 20,6	- 33,6	- 0,0	- 33,6	11,8	1,2	39,6	3,0	2,5	Febr.	
- 37,3	45,7	-	37,3	26,3	16,6	2,5	14,1	6,8	2,8	- 14,9	- 2,1	16,6	März	
16,2	- 51,1	-	62,5	49,9	39,6	7,1	32,5	7,4	2,9	22,7	2,2	5,7	April	
- 17,0	26,5	-	- 21,4	- 7,6	- 15,7	5,0	- 20,7	7,5	0,7	38,7	- 3,5	7,9	Mai	
51,6	- 10,3	-	9,6	30,6	55,2	9,2	46,0	- 22,6	- 2,0	- 11,4	- 20,6	13,5	Juni	
- 22,0	- 34,2	-	- 0,7	0,3	- 21,9	8,5	- 30,4	20,1	2,1	- 1,1	- 7,1	1,3	Juli	
- 60,4	45,7	-	41,8	10,0	- 22,0	- 4,7	- 17,2	26,6	5,4	45,8	22,0	3,3	Aug.	
4,9	48,7	-	11,8	27,7	19,2	7,7	11,5	14,0	- 5,5	25,0	- 11,0	4,8	Sept.	
0,5	- 3,9	-	- 21,2	- 4,9	9,3	6,3	3,0	- 11,8	- 2,3	- 22,3	- 8,4	0,6	Okt.	
4,2	- 0,3	-	3,9	2,0	14,6	3,9	10,7	- 13,9	1,3	- 28,4	6,5	2,1	Nov.	
- 6,9	- 157,4	-	90,6	99,1	83,0	16,2	66,9	3,3	12,8	- 67,2	- 4,7	19,1	Dez.	
59,9	37,9	-	- 23,8	- 28,0	- 52,8	- 14,4	- 38,4	8,0	16,7	17,5	6,8	9,9	2012 Jan.	
23,2	0,2	-	25,0	11,2	- 24,1	- 0,4	- 23,7	27,6	7,7	13,8	2,2	13,5	Febr.	
- 13,8	- 41,6	-	100,2	68,8	47,0	2,4	44,6	11,6	10,2	- 14,5	10,7	24,9	März	
- 36,3	24,9	-	5,7	1,0	3,0	2,7	0,3	- 6,5	4,5	3,4	9,7	6,3	April	
27,4	26,1	-	25,9	20,8	37,3	8,7	28,6	- 23,1	6,7	27,3	12,3	6,7	Mai	
17,1	- 37,2	-	36,5	59,0	74,3	11,4	62,9	- 21,9	6,6	- 0,0	- 22,8	6,8	Juni	
- 31,9	16,1	-	25,3	19,2	20,9	3,7	17,2	- 7,4	5,7	4,7	- 1,5	2,4	Juli	
- 37,7	- 9,7	-	- 13,1	- 3,5	0,4	- 1,1	1,5	- 14,3	10,4	- 13,5	4,2	- 12,2	Aug.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)											Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten						
									Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten				
5,4	- 3,7	0,7	- 2,8	- 3,9	15,2	- 6,7	2,7	- 12,2	0,1	- 2,9	2011 Jan.			
1,9	16,3	1,1	- 0,2	8,8	- 15,5	5,2	2,1	18,8	- 0,1	- 1,6	Febr.			
- 8,2	5,4	0,6	0,6	- 7,6	3,3	3,8	0,8	- 14,3	0,1	- 1,3	März			
- 4,5	32,2	0,7	1,5	23,5	7,3	10,2	- 1,3	10,4	- 0,2	- 3,0	April			
3,4	2,8	1,5	1,4	25,0	1,1	10,9	- 2,3	15,9	- 0,3	- 0,3	Mai			
3,0	- 16,8	1,5	2,5	5,2	8,2	- 0,4	- 1,9	- 0,3	- 0,2	- 0,2	Juni			
- 1,2	- 8,2	1,8	2,0	- 5,5	- 4,8	13,5	- 1,2	- 13,4	- 2,5	3,0	Juli			
- 0,1	- 15,1	2,6	- 1,0	30,8	12,3	6,6	- 1,4	10,3	0,4	2,7	Aug.			
3,4	- 17,6	3,2	1,3	17,9	7,2	12,3	- 1,0	4,9	0,1	5,6	Sept.			
- 2,7	- 25,6	0,1	1,8	2,4	10,0	- 2,7	- 0,2	- 1,2	- 0,0	3,5	Okt.			
- 0,2	- 54,6	0,1	1,5	30,2	20,4	1,7	- 0,1	5,3	- 0,9	3,9	Nov.			
0,2	- 12,1	- 0,4	3,5	- 6,2	- 1,8	6,2	5,5	- 14,1	- 0,1	2,0	Dez.			
4,0	2,5	0,5	- 3,1	- 11,7	0,8	- 1,0	2,1	- 10,8	- 0,3	2,4	2012 Jan.			
3,5	- 52,2	1,2	- 0,1	21,7	9,8	- 3,6	3,9	10,0	- 0,2	1,8	Febr.			
- 10,7	- 43,0	3,2	- 0,2	2,7	8,7	- 0,8	0,4	- 3,6	- 0,2	- 1,9	März			
1,9	- 13,5	2,1	1,0	17,9	10,4	3,1	- 1,2	7,2	0,0	1,7	April			
- 0,0	- 34,8	1,7	2,1	20,3	17,2	2,9	0,1	5,3	0,0	5,1	Mai			
1,7	- 28,9	1,7	2,8	16,5	18,0	6,6	0,1	- 9,4	0,2	1,0	Juni			
- 5,2	- 5,9	3,5	1,7	30,3	20,4	- 0,8	0,8	7,6	0,0	2,3	Juli			
- 1,1	- 15,2	3,9	- 0,9	10,5	12,3	- 2,3	0,9	1,7	- 0,4	1,6	Aug.			

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen ²⁾	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen ³⁾			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2010 Juli	24 877,3	16 360,8	13 314,3	10 981,3	1 547,9	785,1	3 046,5	1 080,3	1 966,2	5 050,4	3 466,2
Aug.	25 533,3	16 377,4	13 323,8	10 978,8	1 549,4	795,6	3 053,6	1 087,9	1 965,7	5 236,5	3 919,3
Sept.	25 128,1	16 396,1	13 331,0	10 981,4	1 552,1	797,6	3 065,0	1 094,1	1 970,9	5 032,5	3 699,5
Okt.	25 096,7	16 540,3	13 287,4	10 958,0	1 524,3	805,0	3 252,9	1 173,7	2 079,1	4 974,4	3 582,1
Nov.	25 404,2	16 696,9	13 441,2	11 067,6	1 556,9	816,7	3 255,6	1 229,3	2 026,4	5 146,8	3 560,6
Dez.	25 762,1	16 561,5	13 375,4	11 027,1	1 547,7	800,6	3 186,2	1 236,5	1 949,7	5 005,0	4 195,6
2011 Jan.	25 642,0	16 627,2	13 416,6	11 065,0	1 535,7	815,9	3 210,6	1 236,0	1 974,7	5 016,7	3 998,1
Febr.	25 682,6	16 661,0	13 464,9	11 112,5	1 544,3	808,1	3 196,1	1 215,8	1 980,4	5 053,4	3 968,2
März	25 258,5	16 455,5	13 406,1	11 116,5	1 510,0	779,6	3 049,4	1 205,9	1 843,5	4 945,7	3 857,3
April	25 395,8	16 521,8	13 474,9	11 139,7	1 512,2	823,0	3 046,9	1 196,3	1 850,6	4 965,4	3 908,7
Mai	25 734,9	16 548,6	13 510,3	11 200,0	1 510,2	800,1	3 038,3	1 173,4	1 865,0	5 130,9	4 055,4
Juni	25 430,0	16 555,7	13 497,3	11 224,1	1 483,8	789,5	3 058,4	1 169,7	1 888,7	4 981,9	3 892,4
Juli	25 796,4	16 548,5	13 508,8	11 238,0	1 488,2	782,6	3 039,8	1 174,2	1 865,6	5 027,8	4 220,1
Aug.	26 376,7	16 555,4	13 485,3	11 238,8	1 480,7	765,7	3 070,2	1 161,9	1 908,3	5 116,8	4 704,5
Sept.	26 971,6	16 607,4	13 520,1	11 296,6	1 470,6	752,8	3 087,4	1 163,4	1 924,0	5 189,7	5 174,5
Okt.	26 617,6	16 621,0	13 549,1	11 267,1	1 529,9	752,1	3 071,9	1 162,6	1 909,3	5 027,6	4 969,0
Nov.	26 618,0	16 625,4	13 540,3	11 252,0	1 533,8	754,5	3 085,1	1 162,1	1 923,0	5 062,8	4 929,7
Dez.	26 715,5	16 560,1	13 429,7	11 162,5	1 527,8	739,4	3 130,4	1 177,6	1 952,7	5 032,2	5 123,2
2012 Jan.	26 894,7	16 673,5	13 476,0	11 194,8	1 533,6	747,6	3 197,5	1 174,8	2 022,6	5 045,0	5 176,2
Febr.	26 832,9	16 687,0	13 449,7	11 164,1	1 540,3	745,3	3 237,3	1 158,9	2 078,4	5 014,9	5 130,9
März	26 690,5	16 707,0	13 445,3	11 161,7	1 527,7	755,9	3 261,7	1 155,5	2 106,2	5 032,9	4 950,6
April	26 834,1	16 703,2	13 444,1	11 155,4	1 521,7	767,0	3 259,1	1 159,5	2 099,6	5 055,5	5 075,4
Mai	27 789,2	16 720,4	13 445,8	11 174,1	1 521,2	750,6	3 274,6	1 161,2	2 113,4	5 205,2	5 863,5
Juni	27 179,0	16 729,0	13 383,9	11 189,0	1 463,6	731,3	3 345,1	1 186,8	2 158,3	5 086,5	5 363,5
Juli	27 519,7	16 698,5	13 367,8	11 215,5	1 416,7	735,6	3 330,6	1 186,3	2 144,3	5 180,9	5 640,3
Aug.	27 300,7	16 624,1	13 299,5	11 160,8	1 400,7	738,0	3 324,6	1 177,9	2 146,7	5 100,4	5 576,3
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2010 Juli	5 144,1	3 670,8	2 980,4	2 537,8	200,7	242,0	690,4	373,1	317,3	1 195,0	278,3
Aug.	5 201,0	3 683,3	2 991,4	2 546,6	199,6	245,1	691,9	373,2	318,7	1 228,9	288,8
Sept.	5 107,4	3 659,4	2 960,3	2 520,3	198,8	241,2	699,1	376,7	322,3	1 172,2	275,8
Okt.	5 210,5	3 775,7	2 964,7	2 523,0	197,8	243,9	811,0	381,2	429,8	1 162,4	272,4
Nov.	5 311,7	3 822,0	3 004,1	2 557,1	195,3	251,8	817,8	457,5	360,3	1 207,0	282,8
Dez.	6 121,9	3 742,7	2 958,4	2 518,9	192,6	246,9	784,3	447,6	336,7	1 183,6	1 195,6
2011 Jan.	6 033,2	3 767,9	2 972,6	2 516,5	194,1	262,0	795,3	452,3	342,9	1 170,1	1 095,2
Febr.	5 986,9	3 764,4	2 983,4	2 535,7	193,4	254,3	781,0	440,8	340,2	1 175,3	1 047,2
März	5 835,3	3 730,5	2 962,9	2 515,9	190,2	256,8	767,6	430,3	337,3	1 134,9	970,0
April	5 901,3	3 753,8	2 995,6	2 526,0	189,8	279,8	758,2	419,3	339,0	1 171,1	976,3
Mai	5 944,1	3 731,5	2 982,7	2 537,9	189,2	255,6	748,8	408,5	340,3	1 192,1	1 020,6
Juni	5 793,3	3 706,7	2 968,3	2 536,0	187,5	244,9	738,4	404,9	333,4	1 145,1	941,6
Juli	5 929,3	3 709,0	2 969,1	2 540,8	185,6	242,7	739,9	410,3	329,6	1 158,0	1 062,2
Aug.	6 140,9	3 729,5	2 988,1	2 565,9	183,4	238,8	741,4	400,7	340,8	1 190,0	1 221,3
Sept.	6 294,6	3 744,9	3 001,5	2 584,8	181,4	235,4	743,4	400,3	343,1	1 193,9	1 355,7
Okt.	6 167,9	3 767,6	3 022,8	2 609,4	179,0	234,4	744,8	396,1	348,7	1 157,5	1 242,8
Nov.	6 189,0	3 771,3	3 030,2	2 615,1	181,7	233,3	741,0	393,6	347,5	1 179,7	1 238,0
Dez.	6 229,9	3 720,7	2 986,3	2 576,3	183,2	226,8	734,4	396,9	337,5	1 180,4	1 328,9
2012 Jan.	6 292,8	3 751,9	3 007,6	2 594,7	182,4	230,4	744,4	400,3	344,0	1 212,0	1 328,9
Febr.	6 239,0	3 746,7	3 001,7	2 595,0	179,9	226,8	745,0	398,1	346,9	1 193,1	1 299,2
März	6 185,1	3 751,3	3 002,6	2 587,7	182,1	232,9	748,7	395,8	352,9	1 191,6	1 242,1
April	6 250,5	3 775,2	3 022,0	2 594,1	179,8	248,0	753,3	401,1	352,2	1 198,9	1 276,4
Mai	6 499,3	3 745,2	3 001,6	2 594,7	178,2	228,7	743,5	395,8	347,7	1 221,4	1 532,7
Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,2	2 625,9	153,1	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). ¹ Quelle: EZB. ² Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. ³ Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. ⁴ Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
793,9	10 208,3	9 625,3	9 684,0	3 682,5	1 438,2	270,5	2 342,7	1 832,8	117,4	2010 Juli
788,0	10 206,4	9 631,4	9 698,6	3 656,5	1 457,3	272,6	2 350,3	1 845,7	116,1	Aug.
786,8	10 205,5	9 644,5	9 689,0	3 660,5	1 458,3	263,9	2 344,0	1 848,5	113,8	Sept.
789,0	10 308,3	9 671,7	9 717,5	3 666,5	1 476,6	273,7	2 336,0	1 852,2	112,4	Okt.
790,2	10 390,5	9 719,2	9 777,1	3 670,5	1 465,7	277,9	2 393,8	1 856,3	112,9	Nov.
808,6	10 387,3	9 824,2	9 888,6	3 726,6	1 469,0	272,6	2 430,2	1 877,7	112,5	Dez.
796,2	10 422,7	9 807,9	9 865,4	3 702,9	1 449,0	276,1	2 427,0	1 898,3	112,2	2011 Jan.
796,2	10 431,9	9 805,9	9 859,3	3 671,2	1 457,7	278,7	2 439,5	1 899,3	112,9	Febr.
798,3	10 430,6	9 848,9	9 898,8	3 684,8	1 452,8	287,2	2 456,5	1 904,4	113,1	März
805,5	10 491,9	9 896,4	9 946,3	3 712,5	1 455,7	286,4	2 470,1	1 909,4	112,2	April
810,4	10 479,6	9 894,2	9 940,7	3 691,2	1 454,8	298,8	2 473,4	1 910,6	111,9	Mai
819,7	10 554,2	9 916,5	9 954,3	3 729,3	1 426,5	300,7	2 477,1	1 908,8	111,9	Juni
828,2	10 522,3	9 911,9	9 955,5	3 711,4	1 441,2	306,9	2 472,7	1 911,2	112,0	Juli
823,4	10 481,1	9 930,0	9 969,4	3 692,4	1 457,0	313,0	2 478,6	1 916,6	111,9	Aug.
831,2	10 533,2	9 961,9	10 017,7	3 713,7	1 473,1	312,8	2 495,3	1 911,6	111,3	Sept.
837,5	10 538,9	9 973,1	10 027,1	3 711,1	1 469,1	308,5	2 517,6	1 909,4	111,5	Okt.
841,4	10 535,5	9 960,4	10 006,8	3 709,8	1 449,6	312,5	2 509,9	1 915,2	109,8	Nov.
857,5	10 625,2	10 051,6	10 118,7	3 790,1	1 456,2	310,5	2 524,5	1 928,1	109,4	Dez.
843,0	10 677,5	10 050,4	10 102,1	3 752,2	1 458,1	315,4	2 523,6	1 944,5	108,5	2012 Jan.
842,5	10 703,5	10 054,2	10 100,9	3 729,1	1 469,8	325,6	2 517,3	1 950,8	108,3	Febr.
844,9	10 729,5	10 101,8	10 126,2	3 766,9	1 476,6	323,2	2 491,2	1 960,7	107,6	März
847,6	10 688,0	10 092,6	10 125,1	3 774,2	1 481,6	310,9	2 485,8	1 965,0	107,5	April
856,3	10 707,0	10 078,2	10 100,7	3 799,6	1 455,2	310,8	2 456,9	1 971,6	106,6	Mai
867,7	10 754,1	10 111,6	10 102,0	3 858,7	1 426,8	302,8	2 430,1	1 977,9	105,6	Juni
871,3	10 685,4	10 065,9	10 061,8	3 873,1	1 421,0	301,7	2 378,2	1 983,3	104,5	Juli
870,2	10 640,9	10 058,3	10 065,0	3 893,1	1 397,3	300,3	2 377,8	1 993,3	103,2	Aug.
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
197,2	2 840,2	2 785,3	2 705,4	1 046,5	227,8	37,8	787,4	495,2	110,6	2010 Juli
195,8	2 857,1	2 794,5	2 709,4	1 046,2	230,2	37,5	789,7	496,9	108,8	Aug.
195,4	2 850,6	2 797,8	2 708,1	1 046,7	229,1	37,5	788,8	499,4	106,6	Sept.
195,5	2 873,7	2 798,5	2 717,1	1 052,7	232,4	37,9	786,8	502,1	105,2	Okt.
196,6	2 925,7	2 845,2	2 764,3	1 074,9	231,1	38,2	810,2	504,1	105,7	Nov.
200,4	2 926,8	2 855,0	2 772,1	1 066,1	238,5	38,1	811,1	512,4	105,7	Dez.
197,6	2 939,7	2 862,6	2 782,4	1 081,9	233,7	38,0	808,5	515,1	105,3	2011 Jan.
197,4	2 931,4	2 853,1	2 769,4	1 066,1	236,0	38,2	806,5	517,1	105,4	Febr.
198,0	2 928,9	2 858,5	2 771,7	1 066,6	238,1	38,7	804,8	517,9	105,6	März
199,5	2 937,5	2 871,5	2 786,1	1 074,5	246,3	39,5	803,5	517,6	104,8	April
200,9	2 951,3	2 881,4	2 787,4	1 071,8	252,3	40,0	803,2	515,4	104,7	Mai
203,5	2 960,1	2 884,6	2 787,0	1 078,0	247,9	39,6	803,5	513,6	104,5	Juni
205,5	2 966,7	2 893,1	2 798,5	1 078,4	259,7	40,1	803,3	512,4	104,5	Juli
204,5	2 989,1	2 916,1	2 816,9	1 090,2	260,9	41,9	808,3	511,0	104,4	Aug.
205,8	3 008,4	2 930,1	2 832,6	1 099,5	271,9	42,5	804,8	510,1	103,9	Sept.
207,6	3 009,6	2 934,1	2 844,1	1 109,9	274,3	43,5	802,7	509,9	103,8	Okt.
209,1	3 030,2	2 954,6	2 858,9	1 128,2	272,4	44,5	801,4	510,4	102,0	Nov.
212,6	3 038,9	2 962,5	2 867,9	1 130,2	276,1	44,9	799,8	515,8	101,2	Dez.
209,6	3 040,0	2 961,3	2 864,8	1 130,9	274,7	44,8	796,2	518,1	100,3	2012 Jan.
209,4	3 049,0	2 965,8	2 864,0	1 138,8	265,6	45,4	793,2	521,0	100,0	Febr.
209,3	3 041,1	2 968,3	2 857,2	1 143,7	259,8	44,8	788,4	521,4	99,2	März
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,5	1 156,8	260,2	44,1	787,2	520,2	98,9	April
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	Mai
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli
215,9	3 110,2	3 040,9	2 887,5	1 220,8	246,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten							
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2010 Juli	282,2	242,0	131,7	63,0	3,6	30,5	5,7	7,5	384,5	383,1	596,7	2 801,1	2 142,1
Aug.	262,1	245,7	131,4	67,0	3,3	30,8	5,9	7,4	387,2	385,8	608,1	2 813,4	2 133,6
Sept.	265,5	251,0	132,0	72,2	3,3	30,1	6,4	7,0	409,3	407,8	589,4	2 796,1	2 143,3
Okt.	343,7	247,0	133,2	66,9	3,4	30,3	6,5	6,8	385,0	383,5	574,3	2 796,1	2 144,2
Nov.	360,8	252,5	141,4	64,3	3,4	30,4	6,6	6,5	433,4	431,8	586,5	2 832,1	2 155,2
Dez.	264,2	234,5	125,6	63,5	3,4	29,2	6,5	6,3	428,1	426,1	552,4	2 823,0	2 152,9
2011 Jan.	316,5	240,8	128,2	64,8	3,4	29,2	6,9	8,2	392,0	390,6	570,2	2 849,0	2 187,0
Febr.	330,0	242,6	127,1	67,1	3,4	29,7	7,4	8,0	431,5	430,0	575,7	2 865,3	2 201,4
März	288,4	243,4	126,4	68,7	3,4	29,8	7,4	7,8	405,2	403,8	568,3	2 937,1	2 284,7
April	304,4	241,3	124,1	68,8	3,6	29,8	7,5	7,5	427,7	426,3	570,3	2 942,9	2 292,4
Mai	287,4	251,5	128,6	74,6	3,7	29,9	7,3	7,3	466,5	464,8	566,8	2 972,2	2 303,1
Juni	339,0	260,9	135,0	77,7	3,8	29,9	7,3	7,1	455,0	453,4	546,0	2 991,3	2 315,6
Juli	317,0	249,8	123,9	77,6	4,6	29,6	7,2	7,0	449,2	447,8	538,8	3 009,2	2 314,5
Aug.	256,6	255,2	125,1	82,1	4,6	29,3	7,3	6,8	494,8	492,7	560,5	2 995,8	2 304,3
Sept.	261,5	254,0	122,6	83,8	4,7	29,2	7,1	6,6	517,7	515,1	549,2	3 014,9	2 314,2
Okt.	261,9	249,9	125,9	76,5	4,8	29,3	7,0	6,4	495,1	492,4	540,8	2 979,5	2 301,8
Nov.	266,1	262,5	135,1	79,8	4,9	29,3	7,2	6,2	467,0	464,2	540,8	2 999,0	2 312,1
Dez.	259,3	247,2	117,7	81,6	5,2	29,5	7,4	5,9	397,1	394,4	520,4	3 006,4	2 297,2
2012 Jan.	319,2	256,2	124,5	81,8	5,3	29,7	7,5	7,4	414,5	411,7	496,8	2 993,8	2 301,6
Febr.	342,2	260,4	122,1	87,9	5,5	29,8	8,0	7,1	428,1	425,7	487,4	2 986,2	2 307,0
März	328,5	274,9	129,3	94,8	5,7	29,8	8,3	6,9	413,6	410,9	498,0	2 991,6	2 316,2
April	289,9	273,1	123,0	99,4	5,6	29,6	8,7	6,8	419,8	417,3	507,6	2 985,0	2 292,5
Mai	317,2	289,1	131,2	106,4	5,9	30,0	9,0	6,6	428,4	422,5	519,7	2 987,3	2 275,0
Juni	334,4	317,8	134,7	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	428,9	425,1	496,8	2 978,7	2 278,3
Juli	302,5	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	434,1	428,2	495,3	3 000,2	2 278,6
Aug.	265,0	310,9	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	418,1	412,9	499,6	2 968,6	2 268,5
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2010 Juli	23,5	111,3	38,4	42,9	2,1	25,1	2,0	0,7	93,1	93,1	8,6	709,2	437,0
Aug.	30,9	116,8	41,0	45,7	2,0	25,4	2,1	0,7	104,7	104,7	8,3	720,7	436,1
Sept.	22,4	120,1	41,2	48,9	2,1	25,1	2,2	0,6	96,8	96,8	8,1	710,8	437,1
Okt.	43,2	113,3	37,6	45,6	2,1	25,2	2,2	0,6	85,0	85,0	8,0	700,8	427,5
Nov.	46,5	114,9	41,9	43,0	2,1	25,2	2,2	0,6	109,0	109,0	8,3	716,8	433,9
Dez.	39,8	114,9	40,6	44,6	2,0	25,0	2,2	0,5	86,7	86,7	8,4	708,5	425,8
2011 Jan.	45,2	112,1	39,6	42,7	1,9	25,0	2,3	0,5	74,5	74,5	8,4	703,2	426,8
Febr.	47,1	114,9	39,7	45,6	1,7	25,2	2,3	0,5	93,2	93,2	8,4	698,6	424,5
März	38,9	118,3	42,0	46,6	1,8	25,2	2,3	0,5	78,9	78,9	8,5	686,0	426,2
April	34,3	117,2	39,8	47,6	1,8	25,2	2,3	0,5	89,2	89,2	8,4	678,5	420,6
Mai	37,7	126,3	44,2	52,1	1,9	25,2	2,3	0,5	105,2	105,2	8,0	681,7	417,9
Juni	40,7	132,3	46,1	56,4	2,1	25,2	2,2	0,5	104,8	104,8	7,8	682,3	415,4
Juli	39,5	128,7	41,3	57,0	2,8	25,1	2,1	0,5	91,8	91,8	5,3	684,4	410,9
Aug.	39,4	132,8	41,6	61,1	2,8	24,8	2,1	0,4	101,9	101,9	5,7	682,6	412,4
Sept.	42,9	132,9	41,1	61,8	3,0	24,7	2,0	0,4	107,0	107,0	5,8	687,1	406,9
Okt.	40,1	125,3	39,9	55,3	3,1	24,6	2,0	0,4	105,7	105,7	5,8	678,9	407,9
Nov.	39,9	131,4	43,3	57,9	3,2	24,6	2,0	0,4	111,1	111,1	4,9	689,5	411,6
Dez.	40,1	130,8	40,2	60,3	3,3	24,6	2,0	0,4	97,1	97,1	4,8	691,1	404,5
2012 Jan.	44,1	131,1	40,0	60,6	3,4	24,8	1,8	0,4	86,7	86,2	4,5	663,1	384,3
Febr.	47,6	137,4	41,5	65,1	3,6	24,9	1,9	0,4	96,6	96,5	4,4	667,4	389,9
März	36,9	147,0	45,4	70,6	3,7	24,9	1,9	0,4	93,1	93,0	4,1	660,3	379,3
April	36,4	150,2	42,9	76,6	3,7	24,8	1,9	0,4	102,9	102,9	4,2	664,4	380,6
Mai	36,4	161,4	47,2	82,8	3,9	25,1	2,0	0,4	108,3	105,0	4,2	666,3	373,8
Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,7	366,6

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (EurosysteM). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

lungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des EurosysteMs sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾				
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾		Geldkapitalbildung ¹³⁾			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾															
29,4	100,2	2 671,5	4 480,2	1 935,3	- 30,5	3 707,9	-	4 692,9	8 336,6	9 241,7	7 105,0	114,8	2010 Juli		
29,1	100,3	2 684,0	4 633,7	1 978,2	- 3,6	4 121,8	-	4 659,9	8 341,4	9 250,5	7 166,8	113,7	Aug.		
33,9	96,7	2 665,5	4 438,2	1 956,1	- 3,4	3 950,1	-	4 661,8	8 343,7	9 247,4	7 116,5	111,9	Sept.		
26,9	97,9	2 671,2	4 455,1	1 967,7	12,5	3 808,9	-	4 669,2	8 377,8	9 256,6	7 124,3	109,8	Oktober		
24,6	97,2	2 710,3	4 582,7	2 004,6	9,3	3 775,1	-	4 684,9	8 387,7	9 269,3	7 258,5	111,4	Nov.		
30,9	92,3	2 699,8	4 367,5	2 022,9	28,2	4 344,2	-	4 750,8	8 471,3	9 319,7	7 300,9	117,9	Dez.		
35,6	94,6	2 718,9	4 376,8	2 003,6	27,7	4 203,8	-	4 708,7	8 434,8	9 308,1	7 299,1	109,0	2011 Jan.		
38,9	89,2	2 737,2	4 372,6	2 033,3	32,8	4 143,2	-	4 674,3	8 414,9	9 297,7	7 360,6	106,8	Febr.		
68,9	86,4	2 781,8	4 163,2	2 038,8	47,3	3 869,6	-	4 689,3	8 439,8	9 327,4	7 427,8	106,3	März		
71,2	87,7	2 784,0	4 203,1	2 043,2	5,2	3 906,1	-	4 723,0	8 480,7	9 390,1	7 446,9	107,4	April		
74,4	84,8	2 813,0	4 339,2	2 070,9	- 22,5	4 051,7	-	4 710,8	8 486,8	9 390,6	7 506,7	106,8	Mai		
95,9	80,4	2 814,9	4 120,1	2 086,2	- 5,2	3 862,8	-	4 765,2	8 516,3	9 402,5	7 527,2	107,4	Juni		
95,0	83,1	2 831,1	4 139,6	2 151,0	- 7,4	4 165,5	-	4 745,8	8 520,5	9 404,0	7 603,5	108,3	Juli		
97,3	77,7	2 820,8	4 159,4	2 205,1	- 4,9	4 661,3	-	4 722,4	8 529,0	9 444,2	7 652,4	107,4	Aug.		
94,8	75,7	2 844,4	4 216,7	2 183,9	- 15,7	5 140,6	-	4 748,1	8 567,1	9 465,0	7 670,7	106,6	Sept.		
95,5	75,3	2 808,7	4 124,2	2 186,8	- 34,5	4 949,4	-	4 753,8	8 554,9	9 435,9	7 660,2	105,2	Oktober		
90,9	82,3	2 825,8	4 148,3	2 200,5	- 25,4	4 904,7	-	4 769,5	8 564,3	9 447,4	7 681,6	108,8	Nov.		
122,9	83,8	2 799,7	4 088,2	2 219,6	- 18,5	5 019,5	-	4 856,5	8 670,2	9 534,3	7 688,6	116,0	Dez.		
111,6	92,3	2 789,9	4 114,2	2 273,8	- 64,7	5 145,9	-	4 802,1	8 639,9	9 484,4	7 732,7	107,7	2012 Jan.		
118,1	99,4	2 768,7	4 077,8	2 291,3	- 39,0	5 055,1	-	4 775,6	8 647,9	9 494,6	7 722,4	106,5	Febr.		
136,7	104,2	2 750,8	4 147,5	2 271,8	- 57,4	4 850,9	-	4 823,3	8 717,5	9 593,7	7 658,1	107,0	März		
121,2	108,3	2 755,4	4 186,5	2 269,4	- 55,8	4 985,9	-	4 827,9	8 723,9	9 599,8	7 654,6	107,8	April		
116,4	107,2	2 763,6	4 293,0	2 276,7	- 54,2	5 774,9	-	4 871,5	8 755,1	9 637,1	7 640,4	109,1	Mai		
130,4	102,6	2 745,8	4 165,1	2 313,4	- 56,9	5 231,2	-	4 946,9	8 813,5	9 675,2	7 644,2	111,0	Juni		
138,1	96,9	2 765,3	4 208,0	2 354,2	- 59,1	5 530,3	-	4 969,2	8 835,6	9 703,2	7 651,6	113,5	Juli		
122,8	97,0	2 748,7	4 122,3	2 363,1	- 42,8	5 460,8	-	4 976,0	8 828,8	9 677,4	7 642,0	112,9	Aug.		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
25,4	14,7	669,1	784,5	426,1	- 483,3	765,7	151,2	1 084,9	1 892,8	2 034,6	2 019,1	-	2010 Juli		
33,6	13,9	673,3	797,3	433,5	- 496,8	776,1	153,2	1 087,2	1 901,6	2 062,0	2 031,3	-	Aug.		
35,2	14,8	660,8	757,5	430,4	- 517,7	770,9	155,8	1 087,9	1 907,1	2 061,9	2 012,4	-	Sept.		
31,8	15,2	653,9	745,2	440,6	- 414,3	771,5	156,7	1 090,3	1 912,7	2 052,6	2 012,2	-	Oktober		
28,0	18,4	670,4	772,9	451,7	- 439,4	766,9	156,6	1 116,8	1 937,4	2 101,1	2 063,8	-	Nov.		
27,4	15,4	665,7	736,6	450,9	- 456,6	1 660,7	157,1	1 106,7	1 944,6	2 082,5	2 058,9	-	Dez.		
24,2	15,5	663,5	727,0	447,6	- 421,8	1 554,6	157,8	1 121,5	1 955,2	2 077,8	2 050,4	-	2011 Jan.		
26,1	11,8	660,6	732,7	455,8	- 446,9	1 513,6	158,9	1 105,8	1 946,8	2 086,4	2 054,0	-	Febr.		
23,7	12,9	649,4	672,7	455,5	- 438,1	1 442,9	159,5	1 108,6	1 954,0	2 078,0	2 040,9	-	März		
19,8	13,6	645,1	694,9	457,3	- 413,4	1 448,8	160,1	1 114,2	1 969,4	2 100,4	2 036,3	-	April		
19,3	14,0	648,4	698,7	456,2	- 455,5	1 498,4	161,6	1 116,0	1 980,1	2 126,5	2 038,2	-	Mai		
18,7	14,3	649,2	638,7	455,5	- 480,5	1 424,7	163,1	1 124,1	1 985,8	2 131,5	2 038,3	-	Juni		
22,2	14,0	648,2	647,7	467,3	- 484,9	1 550,9	164,9	1 119,7	1 993,8	2 127,1	2 048,9	-	Juli		
25,2	13,6	643,8	699,8	483,8	- 542,9	1 720,9	167,5	1 131,9	2 011,7	2 158,1	2 065,6	-	Aug.		
21,8	11,9	653,4	738,9	476,2	- 600,2	1 871,4	170,7	1 140,5	2 031,7	2 178,3	2 063,4	-	Sept.		
18,8	11,2	648,9	746,8	478,0	- 608,3	1 751,4	170,7	1 149,9	2 037,9	2 179,4	2 058,5	-	Oktober		
22,5	11,7	655,3	769,8	478,8	- 639,8	1 744,5	170,9	1 171,5	2 061,9	2 212,1	2 062,5	-	Nov.		
22,8	9,7	658,6	696,1	473,6	- 607,5	1 835,9	170,5	1 170,4	2 072,8	2 207,2	2 058,1	-	Dez.		
19,7	10,3	633,1	801,2	486,8	- 614,9	1 825,4	171,0	1 170,9	2 074,3	2 195,5	2 041,5	-	2012 Jan.		
20,2	11,4	635,8	815,9	493,4	- 670,9	1 783,3	172,2	1 180,3	2 082,8	2 215,4	2 047,8	-	Febr.		
19,9	9,8	630,5	873,9	492,0	- 710,2	1 730,8	175,5	1 189,1	2 091,3	2 218,3	2 035,5	-	März		
16,6	11,5	636,3	889,0	497,3	- 733,8	1 772,5	177,6	1 199,7	2 106,4	2 241,6	2 044,8	-	April		
13,4	9,9	643,0	919,2	495,5	- 796,5	2 029,9	179,3	1 218,0	2 128,2	2 264,1	2 046,1	-	Mai		
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-	Juni		
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 954,6	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	Juli		
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 919,5	188,5	1 268,5	2 183,8	2 320,9	2 041,7	-	Aug.		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
2010 April	439,8	77,7	650,5	0,4	43,6	200,7	8,4	792,9	113,6	- 116,1	212,5	1 206,1
Mai	457,0	76,7	666,4	0,9	49,4	218,2	11,4	796,6	112,1	- 100,3	212,4	1 227,2
Juni	462,4	110,0	706,7	0,3	86,9	288,8	34,1	806,2	123,1	- 98,4	212,5	1 307,5
Juli	500,9	167,5	573,2	0,3	140,2	230,4	54,4	813,0	126,5	- 56,5	214,4	1 257,8
Aug.	543,4	185,4	432,2	0,1	121,4	96,7	67,5	819,3	95,2	- 11,8	215,7	1 131,7
Sept.	543,2	153,1	435,0	0,6	121,8	83,7	66,9	816,0	86,8	- 15,0	215,3	1 115,0
Okt.	531,3	164,5	392,6	0,7	128,3	68,8	64,8	814,1	96,4	- 39,8	213,1	1 096,1
Nov.	511,3	183,0	340,0	0,8	124,5	41,9	68,8	813,5	92,1	- 72,0	215,2	1 070,7
Dez.	511,1	179,5	336,3	1,9	130,4	44,7	70,8	815,9	94,4	- 79,1	212,5	1 073,1
2011 Jan.	527,5	197,0	316,6	0,5	140,9	66,5	73,5	833,9	81,3	- 85,1	212,4	1 112,8
Febr.	549,7	185,4	318,2	0,1	137,2	39,2	81,3	822,0	101,2	- 66,7	213,6	1 074,8
März	550,0	134,4	321,0	7,6	137,9	26,9	80,3	820,9	89,8	- 79,9	212,9	1 060,7
April	544,1	97,3	335,4	0,8	137,6	23,0	79,5	824,4	73,1	- 95,2	210,5	1 057,9
Mai	525,9	109,2	320,5	0,4	136,6	22,8	76,8	833,9	61,3	- 111,6	209,5	1 066,1
Juni	526,8	114,7	317,9	0,0	135,5	18,4	76,2	836,6	62,6	- 107,9	209,0	1 064,0
Juli	533,6	146,0	311,6	0,2	134,2	29,5	76,9	846,2	73,4	- 111,2	210,9	1 086,6
Aug.	541,3	171,7	321,5	0,1	133,9	56,7	79,2	854,2	71,4	- 104,5	211,5	1 122,4
Sept.	540,3	135,1	389,8	0,3	178,0	121,8	109,8	853,2	52,3	- 103,0	209,5	1 184,5
Okt.	571,0	193,0	373,6	1,5	217,4	168,7	162,9	854,9	50,0	- 88,5	208,7	1 232,2
Nov.	612,1	196,1	387,1	2,8	231,9	204,6	178,0	861,4	57,9	- 80,8	208,9	1 274,8
Dez.	622,1	238,0	389,0	4,4	260,3	253,7	200,5	869,4	63,8	- 85,9	212,2	1 335,3
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	- 1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	860,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	510,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 078,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Deutsche Bundesbank												
2010 April	116,2	40,9	164,9	0,2	11,5	69,8	3,4	198,0	0,3	11,9	50,3	318,2
Mai	121,1	40,5	164,7	0,1	12,8	74,9	4,2	199,0	0,7	10,2	50,2	324,1
Juni	122,2	43,0	166,4	0,0	22,1	113,1	17,1	201,5	0,8	- 29,2	50,5	365,0
Juli	133,9	55,2	112,8	0,1	32,7	81,0	22,3	202,5	0,4	- 22,7	51,2	334,7
Aug.	145,8	61,7	52,8	0,1	28,4	32,7	20,7	204,2	0,5	- 21,6	52,3	289,2
Sept.	145,5	52,6	50,3	0,2	28,4	24,8	26,5	204,2	0,5	- 30,9	52,0	280,9
Okt.	142,2	54,4	40,5	0,1	29,3	27,0	32,4	204,0	0,5	- 48,3	51,0	281,9
Nov.	136,7	63,7	28,9	0,0	28,8	21,2	35,7	202,9	0,4	- 53,6	51,5	275,5
Dez.	136,5	60,5	32,5	0,1	29,3	21,2	41,0	203,3	0,2	- 57,7	51,0	275,5
2011 Jan.	141,9	55,2	34,1	0,1	31,2	28,2	42,0	207,7	0,3	- 66,9	51,3	287,2
Febr.	148,1	44,6	44,0	0,0	31,6	19,8	43,0	204,6	0,2	- 51,0	51,8	276,2
März	148,4	31,3	44,7	0,0	31,7	14,6	48,4	204,8	0,2	- 63,7	51,8	271,2
April	146,6	24,1	45,5	0,0	31,9	13,6	38,9	205,2	0,2	- 61,5	51,7	270,4
Mai	142,4	17,9	47,7	0,2	31,9	10,8	38,2	207,6	0,4	- 68,2	51,4	269,8
Juni	142,5	10,6	41,5	0,0	31,7	8,1	33,4	208,7	0,3	- 75,8	51,7	268,4
Juli	144,3	22,8	35,8	0,0	31,4	11,1	36,4	211,1	0,3	- 77,3	52,6	274,8
Aug.	146,7	13,6	36,5	0,0	31,3	15,4	35,2	213,0	0,2	- 88,4	52,7	281,1
Sept.	146,7	6,6	33,6	0,0	42,3	27,8	60,2	213,4	0,3	- 124,3	51,8	293,0
Okt.	155,5	10,7	20,8	0,0	52,3	41,5	86,8	213,5	0,3	- 155,0	52,2	307,2
Nov.	167,5	4,0	18,0	0,1	55,7	55,0	87,9	213,8	0,2	- 164,5	53,0	321,8
Dez.	168,7	3,0	17,6	0,1	63,2	60,4	126,2	216,3	0,7	- 205,5	54,4	331,2
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Bericht-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 12,9	- 2,8	+ 9,4	- 0,5	+ 5,6	+ 14,3	- 2,1	+ 8,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 23,2	2010 April
+ 17,2	- 1,0	+ 15,9	+ 0,5	+ 5,8	+ 17,5	+ 3,0	+ 3,7	- 1,5	+ 15,8	- 0,1	+ 21,1	Mai
+ 5,4	+ 33,3	+ 40,3	- 0,6	+ 37,5	+ 70,6	+ 22,7	+ 9,6	+ 11,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 80,3	Juni
+ 38,5	+ 57,5	- 133,5	- 0,0	+ 53,3	- 58,4	+ 20,3	+ 6,8	+ 3,4	+ 41,9	+ 1,9	- 49,7	Juli
+ 42,5	+ 17,9	- 141,0	- 0,2	- 18,8	- 133,7	+ 13,1	+ 6,3	- 31,3	+ 44,7	+ 1,3	- 126,1	Aug.
- 0,2	- 32,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,4	- 13,0	- 0,6	- 3,3	- 8,4	- 3,2	- 0,4	- 16,7	Sept.
- 11,9	+ 11,4	- 42,4	+ 0,1	+ 6,5	- 14,9	- 2,1	- 1,9	+ 9,6	- 24,8	- 2,2	- 18,9	Okt.
- 20,0	+ 18,5	- 52,6	+ 0,1	- 3,8	- 26,9	+ 4,0	- 0,6	- 4,3	- 32,2	+ 2,1	- 25,4	Nov.
- 0,2	+ 3,5	- 3,7	+ 1,1	+ 5,9	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 7,1	+ 2,7	+ 2,4	Dez.
+ 16,4	+ 17,5	- 19,7	- 1,4	+ 10,5	+ 21,8	+ 2,7	+ 18,0	- 13,1	- 6,0	- 0,1	+ 39,7	2011 Jan.
+ 22,2	+ 11,6	+ 1,6	- 0,4	- 3,7	- 27,3	+ 7,8	- 11,9	+ 19,9	+ 18,4	+ 1,2	- 38,0	Febr.
+ 0,3	- 51,0	+ 2,8	+ 7,5	+ 0,7	- 12,3	- 1,0	- 1,1	- 11,4	- 13,2	- 0,7	- 14,1	März
- 5,9	+ 37,1	+ 14,4	- 6,8	- 0,3	- 3,9	- 0,8	+ 3,5	- 16,7	- 15,3	- 2,4	- 2,8	April
- 18,2	+ 11,9	- 14,9	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 2,7	+ 9,5	- 11,8	- 16,4	- 1,0	+ 8,2	Mai
+ 0,9	+ 5,5	- 2,6	- 0,4	- 1,1	- 4,4	- 0,6	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,7	- 0,5	- 2,1	Juni
+ 6,8	+ 31,3	- 6,3	+ 0,2	- 1,3	+ 11,1	+ 0,7	+ 9,6	+ 10,8	- 3,3	+ 1,9	+ 22,6	Juli
+ 7,7	+ 25,7	+ 9,9	- 0,1	- 0,3	+ 27,2	+ 2,3	+ 8,0	- 2,0	+ 6,7	+ 0,6	+ 35,8	Aug.
- 1,0	- 36,6	+ 68,3	+ 0,2	+ 44,1	+ 65,1	+ 30,6	- 1,0	- 19,1	+ 1,5	- 2,0	+ 62,1	Sept.
+ 30,7	+ 57,9	- 16,2	+ 1,2	+ 39,4	+ 46,9	+ 53,1	+ 1,7	- 2,3	+ 14,5	- 0,8	+ 47,7	Okt.
+ 41,1	+ 3,1	+ 13,5	+ 1,3	+ 14,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 6,5	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 42,6	Nov.
+ 10,0	+ 41,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 28,4	+ 49,1	+ 22,5	+ 8,0	+ 5,9	- 5,1	+ 3,3	+ 60,5	Dez.
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+ 145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	- 104,2	- 28,2	Febr.
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+ 132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+ 150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+ 102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	- 427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
Deutsche Bundesbank												
+ 3,6	- 10,8	+ 7,0	- 0,7	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	+ 1,6	- 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,9	2010 April
+ 4,9	- 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 1,3	+ 5,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 1,7	- 0,1	+ 5,9	Mai
+ 1,1	+ 2,5	+ 1,7	- 0,0	+ 9,3	+ 38,2	+ 12,9	+ 2,5	+ 0,1	- 39,4	+ 0,3	+ 40,9	Juni
+ 11,7	+ 12,2	- 53,6	+ 0,0	+ 10,7	- 32,1	+ 5,1	+ 1,0	- 0,4	+ 6,5	+ 0,8	- 30,3	Juli
+ 11,9	+ 6,6	- 60,0	+ 0,0	- 4,3	- 48,3	- 1,5	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	- 45,6	Aug.
- 0,3	- 9,1	- 2,5	+ 0,1	+ 0,0	- 7,9	+ 5,8	+ 0,0	- 0,1	- 9,3	- 0,3	- 8,3	Sept.
- 3,3	+ 1,8	- 9,8	- 0,1	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,9	- 0,2	- 0,0	- 17,4	- 1,0	+ 1,0	Okt.
- 5,6	+ 9,3	- 11,6	- 0,1	- 0,5	- 5,8	+ 3,3	- 1,1	- 0,1	- 5,3	+ 0,5	- 6,4	Nov.
- 0,2	- 3,1	+ 3,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,0	+ 5,3	+ 0,5	- 0,2	- 4,1	- 0,5	- 0,0	Dez.
+ 5,5	- 5,4	+ 1,5	- 0,0	+ 1,9	+ 7,0	+ 1,1	+ 4,3	+ 0,0	- 9,2	+ 0,4	+ 11,6	2011 Jan.
+ 6,2	- 10,6	+ 9,9	- 0,1	+ 0,3	- 8,4	+ 0,9	- 3,1	- 0,0	+ 15,9	+ 0,5	- 11,0	Febr.
+ 0,3	- 13,3	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	- 5,2	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0	- 12,7	- 0,1	- 5,0	März
- 1,8	- 7,2	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 1,0	- 9,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 2,2	- 0,0	- 0,7	April
- 4,2	- 6,2	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,0	- 2,8	- 0,7	+ 2,4	+ 0,1	- 6,7	- 0,3	- 0,7	Mai
+ 0,2	- 7,3	- 6,3	- 0,2	- 0,2	- 2,7	- 4,7	+ 1,1	- 0,1	- 7,6	+ 0,2	- 1,4	Juni
+ 1,7	+ 12,2	- 5,7	+ 0,0	- 0,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,9	+ 6,4	Juli
+ 2,4	- 9,2	+ 0,7	- 0,0	- 0,0	+ 4,3	- 1,2	+ 1,9	- 0,1	- 11,1	+ 0,1	+ 6,3	Aug.
+ 0,0	- 6,9	- 2,9	+ 0,0	+ 11,0	+ 12,4	+ 25,0	+ 0,4	+ 0,1	- 35,9	- 0,9	+ 12,0	Sept.
+ 8,8	+ 4,1	- 12,8	+ 0,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 26,6	+ 0,1	- 0,0	- 30,7	+ 0,3	+ 14,2	Okt.
+ 12,0	- 6,7	- 2,8	+ 0,1	+ 3,5	+ 13,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	- 9,5	+ 0,9	+ 14,6	Nov.
+ 1,2	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	+ 7,5	+ 5,5	+ 38,4	+ 2,5	+ 0,5	- 41,0	+ 1,4	+ 9,4	Dez.
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	- 26,2	+ 11,1	Febr.
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	± 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	- 0,6	+ 50,2	März
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	- 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknoten-umlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2012 Febr. 3.	2 662,1	423,4	246,0	85,7	160,3	100,4	24,2	24,2	–
10.	2 655,8	423,4	245,1	85,5	159,6	100,6	23,9	23,9	–
17.	2 663,3	423,4	245,8	85,5	160,3	99,6	23,5	23,5	–
24.	2 692,6	423,4	245,3	85,5	159,8	99,9	23,8	23,8	–
März 2.	3 023,2	423,4	247,0	86,8	160,1	72,1	23,3	23,3	–
9.	3 005,8	423,4	247,0	86,9	160,1	70,4	20,4	20,4	–
16.	2 986,3	423,4	246,6	86,8	159,7	71,4	18,0	18,0	–
23.	2 982,8	423,5	247,5	87,1	160,4	70,8	18,6	18,6	–
30.	2 964,4	432,7	238,5	85,2	153,3	55,2	18,4	18,4	–
April 6.	2 965,3	432,7	240,3	85,3	155,0	53,8	19,9	19,9	–
13.	2 974,9	432,7	239,7	86,1	153,6	54,5	20,1	20,1	–
20.	2 967,1	432,7	240,4	86,1	154,3	54,6	19,3	19,3	–
27.	2 962,1	432,7	241,2	86,2	155,1	52,4	20,3	20,3	–
Mai 4.	2 960,3	432,7	242,0	86,0	156,0	52,0	20,1	20,1	–
11.	2 971,5	432,7	242,1	86,0	156,1	51,5	19,5	19,5	–
18.	2 975,3	432,7	242,2	86,1	156,2	51,0	19,0	19,0	–
25.	2 980,3	432,7	242,9	86,0	156,8	48,2	17,5	17,5	–
Juni 1.	3 002,6	432,7	243,6	86,1	157,5	49,1	17,6	17,6	–
8.	3 009,7	432,7	244,5	86,1	158,4	49,1	16,6	16,6	–
15.	3 027,3	432,7	246,5	86,6	159,9	48,2	17,6	17,6	–
22.	3 057,9	432,7	247,0	86,5	160,5	48,9	18,3	18,3	–
29.	3 102,2	433,8	260,9	89,8	171,1	51,9	17,5	17,5	–
2012 Juli 6.	3 085,0	433,8	261,0	90,0	171,0	54,2	16,9	16,9	–
13.	3 099,6	433,8	261,4	90,1	171,3	55,5	17,2	17,2	–
20.	3 079,7	433,8	261,4	90,1	171,3	52,7	15,7	15,7	–
27.	3 094,1	433,8	260,4	90,2	170,2	57,5	15,9	15,9	–
Aug. 3.	3 085,2	433,8	260,8	90,2	170,5	56,4	15,8	15,8	–
10.	3 086,8	433,8	260,4	90,2	170,2	55,6	16,8	16,8	–
17.	3 085,8	433,8	261,4	90,2	171,3	51,1	16,5	16,5	–
24.	3 080,5	433,8	262,4	91,1	171,3	50,6	18,0	18,0	–
31.	3 084,8	433,8	262,9	91,1	171,9	49,0	19,2	19,2	–
Sept. 7.	3 073,5	433,8	262,9	91,1	171,8	46,3	18,7	18,7	–
14.	3 061,0	433,8	262,6	90,9	171,7	42,7	19,3	19,3	–
21.	3 049,5	433,8	261,5	90,8	170,6	42,0	17,9	17,9	–
28.	3 082,4	479,3	256,4	90,1	166,3	39,9	16,5	16,5	–
Okt. 5.	3 062,6	479,1	257,8	90,1	167,7	39,7	17,2	17,2	–
Deutsche Bundesbank									
2010 Nov.	621,0	105,1	45,4	17,9	27,5	–	–	–	–
Dez.	671,2	115,4	46,7	18,7	28,0	–	–	–	–
2011 Jan.	628,7	115,4	46,9	18,9	27,9	–	–	–	–
Febr.	639,5	115,4	46,9	18,9	28,0	–	–	–	–
März	632,2	110,1	45,6	19,3	26,3	–	–	–	–
April	610,1	110,1	46,1	19,3	26,9	–	–	–	–
Mai	611,3	110,1	46,1	19,3	26,9	–	–	–	–
Juni	632,3	114,1	45,7	19,1	26,6	–	–	–	–
Juli	629,0	114,1	46,1	19,7	26,4	–	–	–	–
Aug.	679,1	114,1	46,0	19,7	26,3	–	–	–	–
Sept.	764,6	131,9	49,5	20,9	28,7	–	–	–	–
Okt.	772,8	131,7	49,5	20,9	28,6	0,5	–	–	–
Nov.	812,7	131,7	49,2	20,9	28,3	0,5	–	–	–
Dez.	837,6	132,9	51,7	22,3	29,4	18,1	–	–	–
2012 Jan.	860,1	132,9	51,9	22,3	29,6	11,6	–	–	–
Febr.	910,9	132,9	52,4	22,6	29,8	14,3	–	–	–
März	1 002,8	135,8	50,9	22,2	28,7	8,9	–	–	–
April	1 031,3	135,8	51,4	22,4	29,1	8,3	–	–	–
Mai	1 087,0	135,8	51,6	22,3	29,3	6,9	–	–	–
Juni	1 119,4	136,1	54,2	23,3	30,8	6,2	–	–	–
Juli	1 112,9	136,1	54,1	23,3	30,8	3,2	–	–	–
Aug.	1 135,4	136,1	54,5	23,5	31,0	1,7	–	–	–
Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
795,0	115,6	676,5	–	–	2,8	0,1	73,3	623,2	282,5	340,7	31,2	345,4	2012 Febr.	3.
787,3	109,5	676,5	–	–	1,2	0,1	70,3	624,3	282,7	341,6	31,2	349,6		10.
796,3	142,8	652,1	–	–	1,4	0,0	69,2	624,7	283,0	341,6	31,2	349,5		17.
819,7	166,5	652,1	–	–	1,0	0,1	64,7	626,5	283,6	342,9	31,2	358,2		24.
1 130,4	29,5	1 100,1	–	–	0,8	0,0	59,3	631,7	284,1	347,6	31,2	404,9	März	2.
1 118,3	17,5	1 100,1	–	–	0,6	0,0	57,9	631,1	283,0	348,1	31,2	406,2		9.
1 149,5	42,2	1 095,5	–	–	11,8	0,0	55,3	630,4	283,4	347,0	31,2	360,5		16.
1 155,9	59,5	1 095,5	–	–	0,8	0,0	57,7	626,3	279,3	346,9	31,2	351,5		23.
1 153,6	61,1	1 090,9	–	–	1,6	–	59,6	627,5	280,2	347,3	31,1	348,0		30.
1 154,5	62,6	1 090,9	–	–	1,0	–	60,8	628,0	280,4	347,5	31,1	344,3	April	6.
1 148,0	55,4	1 090,6	–	–	2,0	–	62,5	627,7	280,7	347,0	31,1	358,5		13.
1 142,7	51,8	1 090,6	–	–	0,3	0,0	183,7	609,7	281,1	328,5	31,1	252,9		20.
1 139,4	46,4	1 092,4	–	–	0,6	0,0	184,7	608,3	281,6	326,7	31,1	251,9		27.
1 117,1	34,4	1 081,6	–	–	1,1	–	204,7	607,2	281,7	325,5	30,6	254,0	Mai	4.
1 124,1	39,3	1 083,2	–	–	1,6	–	208,4	607,6	282,0	325,6	30,6	255,0		11.
1 127,0	43,0	1 083,2	–	–	0,8	0,0	212,5	604,7	280,2	324,5	30,6	255,6		18.
1 101,7	37,9	1 061,8	–	–	2,1	0,0	246,6	605,1	280,6	324,5	30,6	255,0		25.
1 115,5	51,2	1 063,6	–	–	0,7	0,0	250,6	605,1	280,8	324,3	30,6	257,8	Juni	1.
1 185,1	119,4	1 063,6	–	–	1,9	0,1	189,5	605,7	281,2	324,4	30,6	255,9		8.
1 206,3	131,7	1 071,5	–	–	3,0	0,0	191,7	603,3	280,2	323,1	30,6	250,4		15.
1 240,5	167,3	1 071,5	–	–	1,5	0,3	186,4	602,4	280,3	322,1	30,6	251,0		22.
1 260,9	180,4	1 079,7	–	–	0,7	0,0	186,4	602,3	281,0	321,3	30,1	258,6		29.
1 243,5	163,6	1 078,3	–	–	1,3	0,3	184,2	601,8	281,3	320,5	30,0	259,5	2012 Juli	6.
1 248,5	163,7	1 083,7	–	–	0,7	0,4	187,0	602,5	281,5	321,0	30,0	263,8		13.
1 241,3	156,8	1 083,7	–	–	0,7	0,0	179,2	602,1	280,9	321,2	30,0	263,5		20.
1 207,6	130,7	1 075,5	–	–	1,2	0,2	225,9	601,8	280,8	321,0	30,0	261,1		27.
1 209,4	132,8	1 075,5	–	–	1,0	0,1	215,4	602,5	280,9	321,6	30,0	261,1	Aug.	3.
1 210,7	133,4	1 076,3	–	–	0,9	0,1	214,1	602,7	281,0	321,7	30,0	262,8		10.
1 208,3	130,6	1 076,3	–	–	0,9	0,5	218,2	602,8	281,2	321,6	30,0	263,7		17.
1 208,2	131,2	1 076,3	–	–	0,7	0,0	215,0	599,6	278,9	320,7	30,0	262,7		24.
1 209,8	131,5	1 077,7	–	–	0,6	0,0	218,8	599,3	279,0	320,3	30,0	261,9		31.
1 205,3	126,3	1 077,7	–	–	0,9	0,3	216,3	598,7	278,9	319,8	30,0	261,5	Sept.	7.
1 197,8	130,3	1 066,4	–	–	1,0	0,1	214,5	598,4	279,2	319,3	30,0	261,8		14.
1 187,2	119,8	1 066,3	–	–	1,0	0,1	213,4	597,6	279,4	318,3	30,0	266,1		21.
1 178,2	117,4	1 058,8	–	–	2,0	0,0	212,7	597,7	280,2	317,4	30,0	271,9		28.
1 162,3	102,9	1 058,8	–	–	0,7	0,0	211,2	596,9	280,0	316,9	30,0	268,4	Oktober	5.
Deutsche Bundesbank														
93,0	59,1	33,8	–	–	0,0	–	9,1	34,7	29,5	5,3	4,4	329,3	2010 Nov.	
103,1	68,4	33,5	1,2	–	–	–	9,6	36,1	30,9	5,2	4,4	355,9	Dez.	
82,5	37,8	44,4	–	–	0,3	–	10,0	36,8	31,6	5,2	4,4	332,7	2011 Jan.	
74,9	29,8	45,1	–	–	0,0	–	10,0	37,1	31,8	5,2	4,4	350,9	Febr.	
71,7	25,5	46,1	–	–	0,1	–	9,6	37,2	31,9	5,2	4,4	353,5	März	
64,8	18,7	46,1	–	–	0,0	–	8,3	37,0	31,9	5,1	4,4	339,3	April	
52,1	10,9	41,3	–	–	0,0	–	7,7	36,8	31,7	5,1	4,4	353,9	Mai	
57,8	21,8	35,9	–	–	0,2	–	6,7	36,5	31,4	5,1	4,4	366,9	Juni	
45,8	9,8	36,0	–	–	0,0	–	8,1	36,4	31,3	5,1	4,4	374,0	Juli	
37,6	3,5	34,0	–	–	0,0	–	7,8	48,4	43,5	4,9	4,4	420,9	Aug.	
31,1	12,6	18,4	–	–	0,0	–	9,7	57,8	52,9	4,9	4,4	480,2	Sept.	
21,3	3,5	17,7	–	–	0,1	–	8,5	60,8	55,9	4,9	4,4	496,1	Oktober	
21,6	3,8	17,7	–	–	0,1	–	9,2	70,1	65,2	4,9	4,4	525,9	Nov.	
55,8	8,6	47,1	–	–	0,0	–	8,5	71,9	67,0	4,9	4,4	494,3	Dez.	
48,6	2,0	46,6	–	–	0,0	–	8,4	74,1	69,2	4,9	4,4	528,2	2012 Jan.	
48,0	0,9	46,6	0,5	–	0,0	–	8,5	73,9	69,1	4,8	4,4	576,4	Febr.	
74,6	1,2	73,2	–	–	0,1	–	9,4	73,5	68,7	4,8	4,4	645,3	März	
74,9	1,2	73,7	–	–	0,0	–	10,1	73,5	68,7	4,8	4,4	672,8	April	
79,7	3,6	76,1	–	–	0,0	–	8,0	73,4	68,6	4,8	4,4	727,0	Mai	
79,5	2,5	77,0	–	–	0,1	–	8,8	73,1	68,7	4,3	4,4	757,2	Juni	
78,6	2,9	75,7	–	–	0,0	–	7,6	73,2	68,8	4,3	4,4	755,7	Juli	
76,8	1,7	75,1	–	–	0,0	–	9,4	72,8	68,4	4,3	4,4	779,6	Aug.	
76,1	1,7	73,9	–	–	0,5	–	8,9	68,8	68,8	–	4,4	727,8	Sept.	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 4)													
2012 Febr. 3.	2 662,1	871,5	815,2	83,9	511,4	219,0	–	0,9	2,0	–	93,8	83,6	10,2
10.	2 655,8	870,0	812,1	83,2	507,9	219,0	–	2,0	2,2	–	94,3	84,1	10,1
17.	2 663,3	869,4	807,2	132,5	454,4	219,5	–	0,9	1,9	–	110,6	100,5	10,1
24.	2 692,6	867,4	793,4	93,7	477,3	219,5	–	2,9	2,3	–	153,6	142,2	11,4
März 2.	3 023,2	870,6	1 148,9	91,4	820,8	219,5	–	17,1	7,4	–	147,1	135,4	11,8
9.	3 005,8	870,6	1 132,7	97,9	798,0	219,5	–	17,3	7,4	–	146,0	134,3	11,7
16.	2 986,3	869,1	1 109,1	132,2	758,8	218,0	–	0,2	1,5	–	153,0	138,9	14,0
23.	2 982,8	867,1	1 092,9	89,3	785,4	218,0	–	0,2	1,6	–	167,9	156,5	11,4
30.	2 964,4	869,9	1 101,2	108,7	778,7	213,5	–	0,3	2,1	–	149,6	137,5	12,1
April 6.	2 965,3	880,9	1 085,0	86,0	784,8	213,5	–	0,7	2,3	–	157,6	146,0	11,6
13.	2 974,9	874,3	1 086,2	129,0	742,8	214,0	–	0,4	2,4	–	169,8	158,8	11,0
20.	2 967,1	869,7	1 084,2	93,5	775,7	214,0	–	1,0	2,4	–	166,6	155,3	11,3
27.	2 962,1	872,7	1 099,5	91,3	794,0	214,0	–	0,3	2,4	–	140,6	129,9	10,7
Mai 4.	2 960,3	876,1	1 112,8	96,9	801,5	214,0	–	0,5	2,3	–	119,9	108,5	11,4
11.	2 971,5	875,2	1 125,0	146,8	763,1	214,0	–	1,1	7,6	–	110,6	99,7	10,9
18.	2 975,3	878,3	1 107,2	102,5	789,7	214,0	–	1,0	8,5	–	125,1	114,0	11,1
25.	2 980,3	879,7	1 062,8	90,0	760,1	212,0	–	0,6	3,3	–	153,9	143,0	11,0
Juni 1.	3 002,6	884,9	1 091,7	94,0	785,0	212,0	–	0,7	3,4	–	129,0	118,1	10,9
8.	3 009,7	888,6	1 088,3	87,1	788,2	212,0	–	1,0	3,9	–	124,7	113,8	10,9
15.	3 027,3	891,5	1 105,2	150,9	741,2	212,0	–	1,1	3,9	–	119,1	107,7	11,4
22.	3 057,9	890,3	1 084,1	97,0	775,3	210,5	–	1,3	3,8	–	161,4	150,6	10,8
29.	3 102,2	893,7	1 105,5	116,7	772,9	210,5	–	5,5	3,7	–	158,5	146,3	12,1
2012 Juli 6.	3 085,0	897,5	1 100,6	91,8	795,2	210,5	–	3,1	6,6	–	147,3	134,9	12,4
13.	3 099,6	897,7	1 082,0	479,7	386,8	211,5	–	3,9	6,6	–	145,8	131,9	13,9
20.	3 079,7	896,4	1 056,7	493,0	349,4	211,5	–	2,8	3,7	–	158,0	137,3	20,8
27.	3 094,1	897,3	1 066,9	515,7	337,0	211,5	–	2,6	3,8	–	152,1	130,3	21,9
Aug. 3.	3 085,2	902,2	1 063,8	549,7	300,4	211,5	–	2,3	4,3	–	144,2	120,5	23,7
10.	3 086,8	901,3	1 076,4	551,8	310,8	211,5	–	2,2	4,3	–	142,9	119,8	23,1
17.	3 085,8	900,9	1 082,7	542,1	326,9	211,5	–	2,2	4,6	–	131,6	108,4	23,1
24.	3 080,5	895,9	1 068,8	525,5	329,3	211,5	–	2,5	4,5	–	146,3	124,2	22,1
31.	3 084,8	896,4	1 098,6	541,0	346,0	209,0	–	2,6	4,5	–	110,4	88,3	22,1
Sept. 7.	3 073,5	896,6	1 088,0	549,3	326,8	209,0	–	2,9	4,7	–	113,7	87,4	26,4
14.	3 061,0	894,5	1 073,1	526,4	335,0	209,0	–	2,7	5,5	–	121,1	100,8	20,3
21.	3 049,5	892,2	1 067,6	550,5	305,6	209,0	–	2,5	5,8	–	115,8	94,1	21,7
28.	3 082,4	892,5	1 052,5	525,8	315,8	209,0	–	1,9	5,2	–	119,4	99,0	20,5
Okt. 5.	3 062,6	894,4	1 028,2	521,3	296,5	209,0	–	1,4	6,1	–	128,7	105,9	22,8
Deutsche Bundesbank													
2010 Nov.	621,0	203,9	116,9	54,8	23,7	38,4	–	–	–	–	0,9	0,2	0,6
Dez.	671,2	209,6	146,4	71,4	38,5	36,5	–	–	–	–	0,9	0,2	0,8
2011 Jan.	628,7	204,5	109,4	50,5	16,6	42,3	–	–	–	–	2,0	0,2	1,8
Febr.	639,5	204,2	120,7	58,2	13,0	49,5	–	–	–	–	0,6	0,2	0,5
März	632,2	205,2	119,9	63,9	17,1	38,9	–	–	–	–	0,6	0,2	0,5
April	610,1	207,8	95,9	47,9	11,7	36,3	–	–	–	–	0,8	0,4	0,4
Mai	611,3	208,6	95,0	54,3	7,7	32,9	–	–	–	–	0,6	0,2	0,4
Juni	632,3	210,9	108,5	63,3	8,7	36,5	–	–	–	–	1,1	0,2	0,9
Juli	629,0	213,1	100,3	52,5	13,2	34,6	–	–	–	–	0,6	0,2	0,4
Aug.	679,1	211,6	145,5	60,5	16,0	68,9	–	–	–	–	0,7	0,2	0,4
Sept.	764,6	213,5	205,5	69,8	56,8	78,8	–	–	–	–	0,9	0,3	0,6
Okt.	772,8	215,2	212,1	59,9	58,4	93,9	–	–	–	–	1,1	0,4	0,7
Nov.	812,7	216,1	249,8	49,6	58,2	142,0	–	–	–	–	1,5	0,8	0,7
Dez.	837,6	221,3	228,9	76,4	66,1	86,4	–	–	–	–	5,5	0,7	4,8
2012 Jan.	860,1	216,3	294,1	34,6	119,7	139,7	–	–	–	–	1,4	0,7	0,7
Febr.	910,9	216,0	342,5	29,9	166,4	146,2	–	–	–	–	2,8	0,8	2,0
März	1 002,8	216,6	424,5	30,9	248,2	145,4	–	–	–	–	3,4	0,8	2,6
April	1 031,3	217,6	452,3	33,0	276,9	142,4	–	–	0,0	–	2,0	0,7	1,3
Mai	1 087,0	219,9	464,8	33,4	275,0	156,3	–	–	0,0	–	2,6	0,6	2,0
Juni	1 119,4	222,5	457,1	33,3	262,9	160,9	–	–	–	–	3,2	1,2	2,0
Juli	1 112,9	223,6	421,7	178,3	88,1	155,2	–	–	–	–	19,5	7,3	12,2
Aug.	1 135,4	223,2	442,5	201,4	111,4	129,7	–	–	–	–	17,6	5,5	12,1
Sept.	1 090,9	222,2	385,8	173,1	78,4	134,2	–	–	–	–	17,3	7,0	10,2

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit“ aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
122,5	3,5	9,6	9,6	–	55,9	212,1	–	394,0	81,9	2012 Febr. 3.
118,8	5,0	7,3	7,3	–	55,9	214,3	–	394,0	81,9	10.
118,2	4,7	7,4	7,4	–	55,9	212,3	–	394,0	81,7	17.
115,9	4,8	7,3	7,3	–	55,9	215,9	–	394,0	82,0	24.
90,9	4,4	7,9	7,9	–	55,9	213,1	–	394,0	83,0	März 2.
92,3	3,9	7,8	7,8	–	55,9	212,2	–	394,0	83,0	9.
93,4	3,9	7,4	7,4	–	55,9	216,0	–	394,0	83,0	16.
90,7	3,1	8,7	8,7	–	55,9	217,9	–	394,0	83,0	23.
79,8	3,0	7,8	7,8	–	54,7	212,8	–	399,4	83,9	30.
74,1	4,7	7,6	7,6	–	54,7	215,2	–	399,4	83,9	April 6.
76,8	3,6	7,8	7,8	–	54,7	214,2	–	399,4	85,5	13.
76,5	3,8	8,6	8,6	–	54,7	215,7	–	399,4	85,5	20.
76,4	5,2	8,7	8,7	–	54,7	217,0	–	399,4	85,5	27.
77,5	4,6	10,0	10,0	–	54,7	217,2	–	399,4	85,5	Mai 4.
82,1	4,1	10,1	10,1	–	54,7	217,1	–	399,4	85,5	11.
85,0	4,5	9,1	9,1	–	54,7	217,9	–	399,4	85,5	18.
107,2	6,7	7,1	7,1	–	54,7	219,8	–	399,4	85,5	25.
116,4	5,5	9,3	9,3	–	54,7	222,9	–	399,4	85,4	Juni 1.
129,6	4,0	9,9	9,9	–	54,7	220,7	–	399,4	85,7	8.
138,8	2,9	10,1	10,1	–	54,7	215,8	–	399,4	85,7	15.
149,7	2,9	8,8	8,8	–	54,7	217,0	–	399,4	85,7	22.
149,9	3,3	9,6	9,6	–	56,9	225,5	–	409,8	85,7	29.
139,7	4,0	9,7	9,7	–	56,9	227,1	–	409,8	85,7	2012 Juli 6.
172,2	4,9	10,0	10,0	–	56,9	228,0	–	409,8	85,7	13.
173,2	5,9	8,4	8,4	–	56,9	225,0	–	409,8	85,7	20.
185,0	5,4	9,0	9,0	–	56,9	222,1	–	409,8	85,7	27.
179,7	6,2	8,2	8,2	–	56,9	224,1	–	409,8	85,7	Aug. 3.
170,3	6,0	7,5	7,5	–	56,9	225,7	–	409,8	85,7	10.
172,0	3,6	8,4	8,4	–	56,9	229,6	–	409,8	85,7	17.
171,3	4,2	7,9	7,9	–	56,9	229,0	–	409,8	85,8	24.
177,9	6,2	7,0	7,0	–	56,9	231,2	–	409,8	85,8	31.
174,2	6,4	7,0	7,0	–	56,9	230,4	–	409,8	85,8	Sept. 7.
170,2	5,6	7,9	7,9	–	56,9	230,6	–	409,8	85,8	14.
170,6	3,6	8,0	8,0	–	56,9	233,4	–	409,8	85,7	21.
171,7	4,2	6,6	6,6	–	56,2	235,6	–	452,8	85,6	28.
164,6	4,8	7,1	7,1	–	56,2	234,1	–	452,8	85,6	Okt. 5.
Deutsche Bundesbank										
11,0	0,0	0,2	0,2	–	13,7	12,8	156,6	99,9	5,0	2010 Nov.
14,5	0,0	0,2	0,2	–	14,0	13,1	157,1	110,5	5,0	Dez.
12,2	0,0	0,2	0,2	–	14,0	13,1	157,8	110,5	5,0	2011 Jan.
12,0	0,0	0,1	0,1	–	14,0	13,5	158,9	110,5	5,0	Febr.
13,4	0,0	0,2	0,2	–	13,5	11,7	159,5	103,3	5,0	März
11,7	0,0	0,3	0,3	–	13,5	11,7	160,1	103,3	5,0	April
11,3	0,0	0,3	0,3	–	13,5	12,1	161,6	103,3	5,0	Mai
10,5	0,0	0,1	0,1	–	13,3	12,7	163,1	107,0	5,0	Juni
11,9	0,0	0,1	0,1	–	13,3	12,7	164,9	107,0	5,0	Juli
15,3	0,0	0,1	0,1	–	13,3	13,2	167,5	107,0	5,0	Aug.
13,6	0,0	0,2	0,2	–	13,9	14,3	170,7	127,1	5,0	Sept.
12,9	0,0	0,2	0,2	–	13,9	14,4	170,7	127,1	5,0	Okt.
13,5	0,0	0,0	0,0	–	13,9	14,9	170,9	127,1	5,0	Nov.
46,6	0,0	–	–	–	14,3	16,2	170,5	129,4	5,0	Dez.
11,9	0,0	0,0	0,0	–	14,3	16,5	171,0	129,4	5,0	2012 Jan.
11,7	0,0	0,3	0,3	–	14,3	16,7	172,2	129,4	5,0	Febr.
15,9	0,0	0,2	0,2	–	14,0	16,9	175,5	130,8	5,0	März
14,2	0,0	0,4	0,4	–	14,0	17,5	177,6	130,8	5,0	April
52,0	0,0	0,4	0,4	–	14,0	18,2	179,3	130,8	5,0	Mai
83,2	0,0	0,2	0,2	–	14,5	19,5	181,0	133,3	5,0	Juni
90,9	0,0	0,0	0,0	–	14,5	19,9	184,5	133,3	5,0	Juli
89,9	0,0	0,3	0,3	–	14,5	20,6	188,5	133,3	5,0	Aug.
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	Sept.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und personen	
												zusammen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2010 Nov.	7 508,4	14,8	2 376,9	1 776,3	1 259,7	516,5	600,7	397,7	203,0	3 804,8	3 368,9	2 704,7	2 389,3
Dez.	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011 Jan.	8 183,8	14,1	2 322,8	1 748,8	1 239,7	509,1	573,9	374,7	199,2	3 748,8	3 322,9	2 684,7	2 356,7
Febr.	8 142,3	14,5	2 332,2	1 751,5	1 243,1	508,4	580,6	380,6	200,1	3 745,3	3 322,0	2 697,7	2 377,4
März	7 955,1	14,5	2 294,6	1 735,4	1 233,8	501,6	559,2	363,4	195,8	3 711,8	3 293,5	2 680,7	2 358,7
April	7 997,9	15,6	2 270,7	1 702,2	1 203,3	498,8	568,6	371,7	196,9	3 736,5	3 307,8	2 703,7	2 360,9
Mai	8 045,9	15,5	2 281,5	1 702,0	1 201,3	500,7	579,5	377,0	202,5	3 714,4	3 289,2	2 694,7	2 376,5
Juni	7 885,8	15,2	2 268,6	1 696,4	1 206,0	490,5	572,2	372,2	200,0	3 690,4	3 269,3	2 681,2	2 374,9
Juli	8 001,0	15,2	2 258,5	1 688,2	1 202,0	486,2	570,2	372,7	197,6	3 692,8	3 270,6	2 685,7	2 379,2
Aug.	8 263,5	14,7	2 337,8	1 750,1	1 265,2	484,9	587,7	390,3	197,4	3 699,5	3 279,0	2 706,1	2 403,3
Sept.	8 489,4	15,4	2 412,6	1 831,2	1 349,4	481,8	581,4	385,6	195,7	3 708,6	3 285,3	2 713,5	2 413,7
Okt.	8 353,9	15,4	2 407,5	1 830,0	1 347,6	482,3	577,5	385,1	192,4	3 728,0	3 311,1	2 742,8	2 445,3
Nov.	8 406,6	14,8	2 450,5	1 876,1	1 396,6	479,5	574,4	382,6	191,8	3 727,2	3 315,3	2 747,9	2 450,0
Dez.	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012 Jan.	8 517,7	14,5	2 470,6	1 921,9	1 444,6	477,3	548,7	362,6	186,1	3 702,0	3 298,2	2 729,8	2 437,1
Febr.	8 526,0	14,4	2 534,4	1 981,0	1 499,7	481,3	553,4	369,7	183,7	3 695,5	3 291,4	2 723,7	2 437,0
März	8 522,7	15,4	2 577,6	2 037,3	1 559,1	478,2	540,3	358,1	182,2	3 698,3	3 292,5	2 722,7	2 427,8
April	8 599,6	15,3	2 593,3	2 049,9	1 574,4	475,5	543,4	365,1	178,2	3 719,9	3 314,2	2 739,4	2 430,9
Mai	8 859,6	15,5	2 605,1	2 060,4	1 585,9	474,5	544,7	365,3	179,4	3 692,5	3 288,7	2 722,4	2 434,0
Juni	8 636,4	15,5	2 566,1	2 041,1	1 571,3	469,8	525,0	351,0	174,1	3 699,4	3 297,2	2 692,7	2 432,4
Juli	8 726,8	14,8	2 531,1	2 000,3	1 530,8	469,5	530,8	359,0	171,8	3 731,2	3 327,5	2 724,4	2 467,2
Aug.	8 695,6	15,7	2 538,3	2 016,3	1 547,5	468,8	522,0	349,7	172,2	3 725,3	3 321,9	2 723,8	2 464,9
Veränderungen 3)													
2004	212,0	- 2,1	73,7	24,0	10,9	13,1	49,7	19,2	30,5	44,0	17,4	- 0,4	- 1,3
2005	187,9	0,1	93,0	10,4	22,8	- 12,5	82,6	44,6	38,1	59,7	14,2	37,2	15,5
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2010 Dez.	- 152,5	1,7	- 13,0	12,6	18,1	- 5,5	- 25,6	- 24,0	- 1,6	- 73,2	- 60,5	- 30,4	- 32,8
2011 Jan.	- 109,5	- 2,4	- 35,8	- 37,2	- 36,0	- 1,2	1,4	2,8	- 1,4	29,3	24,2	19,5	5,7
Febr.	- 39,5	0,3	10,1	3,2	3,7	- 0,5	6,9	6,1	0,9	- 1,1	0,4	14,6	22,0
März	- 167,5	0,0	- 31,8	- 10,8	- 8,2	- 2,6	- 20,9	- 16,2	- 4,8	- 29,7	- 25,8	- 14,5	- 16,4
April	63,2	1,2	- 21,0	- 29,2	- 2,5	10,7	9,6	1,2	29,1	17,1	25,7	5,1	5,1
Mai	27,4	- 0,1	7,4	- 1,9	- 3,5	1,6	9,3	3,9	5,4	- 25,8	- 21,2	- 11,3	13,1
Juni	- 165,7	- 0,2	- 21,0	- 14,0	4,8	- 18,7	- 7,1	- 4,6	- 2,4	- 23,0	- 19,3	- 12,9	- 1,0
Juli	102,3	- 0,0	- 12,4	- 9,5	- 5,1	- 4,4	- 2,9	- 0,5	- 2,5	- 0,9	- 1,3	2,2	2,0
Aug.	263,0	- 0,5	80,7	69,9	71,0	- 1,1	10,8	10,9	- 0,0	1,0	1,9	14,0	17,7
Sept.	193,7	0,7	70,4	78,9	82,5	- 3,6	- 8,5	- 6,4	- 2,1	4,7	3,7	5,2	8,2
Okt.	- 116,4	- 0,0	- 1,4	1,1	0,2	0,9	- 2,4	0,7	- 3,2	24,7	29,5	32,9	34,1
Nov.	31,1	- 0,6	- 39,9	44,3	47,5	- 3,2	- 4,5	- 3,7	- 0,8	- 4,4	- 2,1	3,1	2,7
Dez.	- 27,9	1,6	- 52,5	- 33,6	- 36,0	2,4	- 18,9	- 14,8	- 4,1	- 55,7	- 46,7	- 39,8	- 36,4
2012 Jan.	132,8	- 1,9	78,4	78,4	83,0	- 4,7	0,1	0,8	- 0,8	34,8	31,1	23,8	24,2
Febr.	20,7	- 0,1	65,8	60,4	56,0	4,4	5,5	7,8	- 2,3	- 3,2	- 4,6	- 4,1	1,7
März	- 7,0	0,9	42,3	55,8	59,1	- 3,3	- 13,5	- 11,8	- 1,6	3,0	1,5	- 0,5	- 8,9
April	68,9	- 0,1	17,5	15,1	17,9	- 2,7	2,4	6,5	- 4,2	18,0	18,8	13,9	0,1
Mai	226,6	0,2	6,4	7,4	9,1	- 1,7	- 1,0	- 1,8	0,9	- 33,0	- 29,2	- 20,4	- 0,4
Juni	- 214,5	0,0	- 37,7	- 18,6	- 14,0	- 4,6	- 19,2	- 13,9	- 5,3	10,7	11,6	- 6,6	1,4
Juli	85,2	- 0,7	- 37,3	- 42,0	- 41,4	- 0,6	4,7	7,1	- 2,4	29,8	29,3	30,9	33,9
Aug.	- 16,8	0,9	9,3	17,1	17,5	- 0,4	- 7,8	- 8,5	0,7	- 3,4	- 3,9	1,2	- 0,7

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	
Privat- öffentliche Haushalte				zu- sammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wert- papiere	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere 2)		zu- sammen	darunter Buch- kredite	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003	
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004	
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
315,4	664,2	427,3	237,0	435,9	299,5	167,8	136,4	25,8	110,6	1 043,4	810,3	268,5	2010 Nov.	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	Dez.	
328,0	638,2	421,7	216,5	425,9	287,9	159,8	138,0	26,2	111,8	1 017,1	786,3	1 081,0	2011 Jan.	
320,2	624,3	410,1	214,2	423,3	285,7	158,2	137,6	26,3	111,3	1 017,4	790,0	1 033,0	Febr.	
322,1	612,8	399,4	213,4	418,3	282,2	157,2	136,2	26,4	109,7	978,6	748,1	955,6	März	
342,8	604,1	388,4	215,7	428,7	291,9	165,1	136,8	26,4	110,4	1 013,2	787,6	961,8	April	
318,2	594,5	377,9	216,6	425,2	288,0	161,4	137,2	26,2	111,0	1 028,3	796,9	1 006,2	Mai	
306,3	588,2	374,6	213,6	421,1	287,2	161,2	133,9	25,9	108,0	984,4	753,6	927,1	Juni	
306,5	584,9	374,5	210,4	422,3	283,5	161,6	138,8	31,3	107,5	986,6	757,8	1 047,9	Juli	
302,8	572,9	365,2	207,7	420,5	281,9	162,6	138,5	31,0	107,5	1 004,6	779,9	1 206,8	Aug.	
299,9	571,8	365,2	206,6	423,3	288,0	171,2	135,3	30,7	104,6	1 011,7	786,7	1 341,1	Sept.	
297,4	568,3	361,3	207,0	417,0	280,0	164,0	137,0	30,3	106,6	974,8	754,2	1 228,2	Okt.	
297,8	567,5	358,2	209,3	411,9	282,3	165,1	129,6	31,0	98,5	991,0	770,1	1 223,1	Nov.	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	Dez.	
292,8	568,3	363,6	204,8	403,8	277,7	157,6	126,1	32,3	93,8	1 016,2	794,5	1 314,3	2012 Jan.	
286,7	567,7	361,3	206,4	404,1	278,1	158,1	126,1	32,4	93,7	996,6	778,9	1 285,0	Febr.	
295,0	569,8	359,9	209,9	405,8	279,9	159,9	125,9	31,5	94,3	1 004,1	782,1	1 227,4	März	
308,5	574,8	365,3	209,6	405,7	282,6	163,2	123,1	31,4	91,7	1 008,5	786,8	1 262,6	April	
288,3	566,3	359,8	206,5	403,8	279,3	160,7	124,6	31,5	93,0	1 027,6	804,5	1 518,8	Mai	
260,4	604,5	370,2	234,3	402,2	278,2	160,3	124,0	31,8	92,2	992,6	772,1	1 362,8	Juni	
257,2	603,1	367,0	236,1	403,7	282,5	162,1	121,2	31,1	90,1	1 005,2	786,0	1 444,5	Juli	
258,9	598,1	359,6	238,4	403,4	281,3	161,0	122,1	31,7	90,4	1 007,5	787,3	1 408,9	Aug.	
Veränderungen 3)														
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,1	100,3	- 14,7	2004	
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,7	13,5	57,1	31,2	- 22,2	2005	
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
2,4	- 30,1	- 8,8	- 21,3	- 12,7	- 9,3	- 2,6	- 3,4	- 1,0	- 2,4	- 12,7	- 9,0	- 55,4	2010 Dez.	
13,8	4,7	3,5	1,2	5,1	- 0,4	- 3,6	5,5	1,4	4,0	5,1	2,3	- 105,7	2011 Jan.	
- 7,4	- 14,2	- 12,0	- 2,2	- 1,5	- 1,1	- 1,3	- 0,4	0,1	- 0,5	3,0	6,1	- 51,9	Febr.	
1,9	- 11,3	- 10,5	- 0,8	- 3,9	- 2,6	- 0,1	- 1,3	0,2	- 1,5	- 27,9	- 32,2	- 78,2	März	
20,6	- 8,5	- 10,9	2,4	11,9	11,1	9,3	0,8	0,0	0,7	48,6	52,4	5,4	April	
- 24,4	- 9,9	- 10,7	0,8	- 4,6	- 5,0	- 4,6	0,4	- 0,3	0,6	1,7	- 2,8	44,1	Mai	
- 11,9	- 6,3	- 3,2	- 3,1	- 3,8	- 4,4	0,0	- 3,3	- 0,3	- 3,0	- 41,4	- 41,2	- 80,0	Juni	
0,2	- 3,5	- 0,2	- 3,3	0,4	- 0,5	- 0,0	4,9	5,4	- 0,6	- 5,5	- 2,9	121,1	Juli	
- 3,7	- 12,2	- 9,3	- 2,9	- 0,9	- 1,3	1,1	0,5	- 0,1	0,5	23,8	27,0	158,0	Aug.	
- 3,0	- 1,5	- 0,2	- 1,3	1,0	4,4	6,8	- 3,4	- 0,3	- 3,0	- 14,7	- 13,4	132,6	Sept.	
- 1,2	- 3,4	- 3,8	0,4	- 4,8	- 7,0	- 6,1	2,2	- 0,4	2,6	- 24,0	- 20,8	- 115,8	Okt.	
0,4	- 1,0	- 3,3	2,3	- 6,5	- 1,2	- 0,2	- 7,7	0,6	- 8,3	- 1,2	2,3	- 4,9	Nov.	
- 3,4	- 6,9	1,6	- 8,5	- 9,0	- 8,2	- 6,7	- 0,8	1,5	- 2,4	- 9,5	- 11,7	88,2	Dez.	
- 0,3	7,3	3,8	3,5	3,7	1,7	- 2,9	2,0	- 0,2	2,2	28,7	29,3	- 7,3	2012 Jan.	
- 5,8	- 0,5	- 2,2	1,7	1,5	1,3	1,3	0,2	0,1	0,2	- 12,0	- 8,4	- 30,0	Febr.	
8,4	2,0	- 1,4	3,4	1,5	1,7	1,7	- 0,2	- 0,9	0,6	4,9	0,8	- 58,2	März	
13,8	4,8	5,3	- 0,5	- 0,8	2,0	2,9	- 2,8	- 0,1	- 2,7	- 0,6	0,3	34,1	April	
- 19,9	- 8,8	- 5,6	- 3,2	- 3,9	- 5,1	- 4,4	1,2	0,1	1,1	- 2,6	- 2,5	255,6	Mai	
- 8,0	18,2	10,4	7,8	- 0,9	- 0,9	0,2	- 0,0	0,2	- 0,3	- 29,4	- 27,1	- 158,0	Juni	
- 3,0	- 1,6	- 3,3	1,8	0,5	- 3,4	0,9	- 2,9	- 0,7	- 2,2	2,6	5,2	90,7	Juli	
1,9	- 5,1	- 7,4	2,3	0,4	- 0,6	- 0,2	1,0	0,6	0,3	12,0	10,2	- 35,6	Aug.	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-	
		ins- gesamt	von Banken		ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Kündigungsfrist				
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zu- sammen	täglich fällig	
								darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3	
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8	
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6	
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9	
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 086,5	1 112,9	307,2	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 139,6	1 159,4	366,2	616,1	515,3	78,8	25,9	
2010 Nov.	7 508,4	1 513,5	1 245,8	267,7	2 924,8	2 802,1	1 090,3	1 101,8	298,7	609,9	504,2	76,3	25,7	
2010 Dez.	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 086,5	1 112,9	307,2	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011 Jan.	8 183,8	1 489,1	1 221,1	268,0	2 937,6	2 823,6	1 096,9	1 106,3	302,6	620,4	515,1	69,0	22,7	
2011 Febr.	8 142,3	1 472,6	1 208,0	264,6	2 930,8	2 817,3	1 083,9	1 110,9	307,2	622,5	517,2	66,5	21,4	
2011 März	7 955,1	1 454,6	1 191,7	262,9	2 928,3	2 820,7	1 085,9	1 111,3	308,8	623,5	518,0	68,7	22,1	
2011 April	7 997,9	1 458,9	1 183,6	275,3	2 936,7	2 830,9	1 088,0	1 120,7	319,2	622,3	517,6	71,9	25,7	
2011 Mai	8 045,9	1 422,2	1 163,9	258,3	2 950,7	2 841,8	1 090,4	1 131,5	330,2	619,9	515,3	71,3	25,1	
2011 Juni	7 885,8	1 401,2	1 158,5	242,6	2 959,0	2 844,9	1 096,5	1 130,7	330,2	617,7	513,4	73,4	26,6	
2011 Juli	8 001,0	1 398,0	1 154,4	243,6	2 966,1	2 853,8	1 094,1	1 143,1	342,8	616,5	512,2	72,9	25,0	
2011 Aug.	8 263,5	1 413,8	1 163,7	250,1	2 988,4	2 873,6	1 105,9	1 152,7	351,5	615,0	510,8	75,6	25,5	
2011 Sept.	8 489,4	1 430,6	1 176,1	254,6	3 007,5	2 884,0	1 111,5	1 159,1	361,4	613,4	509,7	80,7	28,3	
2011 Okt.	8 353,9	1 419,0	1 162,8	256,2	3 008,5	2 888,5	1 120,4	1 155,0	359,1	613,0	509,5	80,0	28,4	
2011 Nov.	8 406,6	1 427,1	1 177,3	249,8	3 028,6	2 912,1	1 145,2	1 155,4	360,5	611,5	509,8	77,3	25,3	
2011 Dez.	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 139,6	1 159,4	366,2	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012 Jan.	8 517,7	1 475,9	1 221,1	254,8	3 038,6	2 912,4	1 140,8	1 154,3	364,5	617,2	517,4	82,8	29,3	
2012 Febr.	8 526,0	1 484,7	1 232,3	252,4	3 046,2	2 915,6	1 147,2	1 148,6	361,0	619,8	520,2	83,7	31,0	
2012 März	8 522,7	1 501,9	1 232,1	269,8	3 037,7	2 924,1	1 157,4	1 147,3	363,0	619,4	520,6	77,3	28,9	
2012 April	8 599,6	1 501,9	1 222,4	279,5	3 052,2	2 938,9	1 170,0	1 151,0	368,0	617,9	519,4	77,4	28,3	
2012 Mai	8 859,6	1 494,1	1 219,3	274,8	3 069,6	2 955,6	1 185,8	1 152,7	372,2	617,1	519,5	78,2	30,1	
2012 Juni	8 636,4	1 469,5	1 207,6	262,0	3 091,1	2 975,0	1 203,3	1 155,7	378,1	616,0	519,4	78,9	30,3	
2012 Juli	8 726,8	1 454,7	1 190,5	264,1	3 084,9	2 974,1	1 207,7	1 150,5	377,8	615,9	520,1	78,5	30,1	
2012 Aug.	8 695,6	1 447,9	1 185,3	262,6	3 092,7	2 985,4	1 221,5	1 148,6	377,2	615,3	521,0	76,3	30,3	
Veränderungen 4)														
2004	212,0	62,5	42,8	19,7	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	- 0,4	
2005	187,9	32,8	27,0	5,9	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	- 2,9	- 8,0	0,5	
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4	
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6	
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	- 0,1	
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1	
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2	
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5	
2010 Dez.	- 152,5	- 16,1	- 4,6	- 11,4	1,6	15,9	- 3,5	10,8	8,2	8,5	8,6	- 7,8	- 5,6	
2011 Jan.	- 109,5	- 4,9	- 17,9	13,0	12,4	6,5	10,7	- 6,5	- 4,4	2,2	2,7	0,7	3,5	
2011 Febr.	- 39,5	- 16,2	- 13,1	- 3,0	- 6,7	- 6,1	- 12,8	4,6	4,6	2,1	2,1	- 2,5	- 1,4	
2011 März	- 167,5	- 16,1	- 15,2	- 0,9	- 1,8	4,0	2,5	0,6	1,7	1,0	0,8	2,4	0,8	
2011 April	63,2	6,6	- 6,9	13,4	9,5	10,8	3,6	9,3	10,4	- 2,1	- 1,3	3,4	3,7	
2011 Mai	27,4	- 39,2	- 21,2	- 18,1	13,1	10,1	1,9	10,7	10,8	- 2,4	- 2,3	- 0,7	- 0,7	
2011 Juni	- 165,7	- 20,9	- 5,3	- 15,6	8,5	3,3	6,2	- 0,7	- 0,0	- 2,1	- 1,9	2,1	1,5	
2011 Juli	102,3	- 4,5	- 5,0	0,4	6,5	8,3	- 2,8	12,3	12,5	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 1,6	
2011 Aug.	263,0	16,8	12,6	4,1	17,1	19,9	11,8	9,6	8,8	- 1,6	- 1,4	- 2,7	0,4	
2011 Sept.	193,7	13,8	10,6	3,2	17,4	9,1	4,3	6,4	9,9	- 1,5	- 1,0	4,9	2,7	
2011 Okt.	- 116,4	- 9,6	- 12,0	2,4	2,0	5,2	9,6	- 3,9	- 2,2	- 0,4	- 0,3	- 0,5	0,2	
2011 Nov.	31,1	5,7	13,1	- 7,4	19,0	22,7	23,7	0,1	1,2	- 1,1	- 0,2	- 2,9	- 3,2	
2011 Dez.	- 27,9	20,1	31,4	- 11,2	5,1	3,5	- 6,3	5,2	5,5	4,6	5,4	1,3	0,5	
2012 Jan.	132,8	32,1	11,5	20,7	5,7	- 2,4	1,5	- 5,0	- 1,7	1,1	2,1	4,1	3,5	
2012 Febr.	20,7	10,2	12,2	- 2,0	8,2	3,7	6,7	- 5,6	- 3,3	2,6	3,8	1,0	1,7	
2012 März	- 7,0	16,7	- 0,6	17,3	- 8,6	8,4	10,1	- 1,3	1,9	- 0,4	0,4	- 6,4	- 2,1	
2012 April	68,9	1,8	- 7,6	9,4	14,0	12,1	12,5	1,1	2,4	- 1,5	- 1,2	0,0	- 0,6	
2012 Mai	226,6	- 11,5	- 5,4	- 6,1	15,7	15,2	14,8	1,2	3,8	- 0,8	0,0	0,5	1,7	
2012 Juni	- 214,5	- 23,7	- 11,2	- 12,5	21,9	19,8	17,7	3,2	6,0	- 1,1	- 0,1	0,8	0,2	
2012 Juli	85,2	- 16,3	- 17,9	- 1,7	- 7,0	- 1,6	4,0	- 5,4	- 0,4	- 0,2	0,7	- 0,5	- 0,2	
2012 Aug.	- 16,8	- 5,4	- 4,4	- 1,0	8,5	11,9	14,2	- 1,7	- 0,4	- 0,5	0,9	- 2,1	0,3	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,8	1 486,9	131,3	567,8	340,1	300,8	2003
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
47,8	15,5	2,7	2,2	46,3	41,3	109,0	9,8	1 423,6	87,7	674,0	452,8	401,0	2010 Nov.
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	Dez.
43,5	13,7	2,8	2,2	45,0	37,1	74,5	9,9	1 400,8	80,6	631,5	454,3	1 186,1	2011 Jan.
42,3	14,3	2,8	2,2	47,0	37,8	93,2	9,8	1 396,0	83,0	634,1	460,2	1 145,7	Febr.
43,8	16,3	2,9	2,3	38,9	36,2	78,9	10,0	1 373,4	78,2	575,5	460,7	1 073,7	März
43,3	16,0	2,9	2,3	34,0	33,8	89,2	9,7	1 364,1	76,2	605,0	456,8	1 077,5	April
43,3	16,2	2,9	2,3	37,6	34,8	105,2	9,5	1 368,4	77,2	605,4	460,7	1 123,8	Mai
43,9	15,8	2,9	2,3	40,6	38,3	104,8	9,4	1 360,1	74,2	556,5	449,5	1 045,4	Juni
44,9	16,9	3,0	2,3	39,4	35,6	91,8	6,8	1 357,0	77,3	560,3	453,2	1 167,9	Juli
47,1	15,2	3,0	2,3	39,3	36,8	101,9	7,2	1 352,8	79,4	604,9	458,7	1 335,7	Aug.
49,4	17,7	3,0	2,3	42,7	40,8	107,0	7,2	1 352,4	76,1	644,6	459,4	1 480,7	Sept.
48,5	17,1	3,1	2,4	40,0	37,9	105,7	7,2	1 341,7	74,0	650,4	462,7	1 358,7	Okt.
48,8	17,6	3,2	2,5	39,2	35,8	111,1	6,3	1 348,4	79,7	668,9	466,6	1 349,6	Nov.
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	Dez.
50,1	19,0	3,4	2,6	43,4	40,9	86,7	5,9	1 311,1	74,3	702,3	468,9	1 428,2	2012 Jan.
49,2	18,6	3,4	2,6	46,9	45,2	96,6	5,7	1 316,9	75,6	719,2	471,8	1 384,9	Febr.
44,9	16,0	3,5	2,6	36,3	35,6	93,1	5,5	1 305,7	72,7	772,9	476,9	1 329,2	März
45,6	16,7	3,5	2,6	35,8	33,4	102,9	5,5	1 303,7	68,5	788,9	477,2	1 367,2	April
44,5	15,9	3,6	2,7	35,8	31,5	108,3	5,5	1 304,1	63,6	775,2	482,5	1 620,2	Mai
44,9	16,5	3,8	2,8	37,2	33,8	98,9	5,7	1 291,7	62,9	737,8	489,4	1 452,5	Juni
44,6	16,1	3,8	2,9	32,3	30,0	106,6	5,7	1 296,0	65,5	748,5	497,0	1 533,4	Juli
42,1	14,3	3,9	2,9	31,0	27,7	108,1	5,3	1 285,5	62,8	769,0	492,5	1 494,5	Aug.
Veränderungen 4)													
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,3	73,6	- 14,6	21,7	- 10,5	15,8	2004
- 7,7	- 0,3	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	38,7	- 9,9	22,0	14,8	9,7	2005
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	0,3	34,8	- 22,1	32,4	27,5	36,6	2006
8,0	12,9	0,0	0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 2,2	0,6	0,1	0,1	- 6,5	- 2,5	- 22,2	0,1	- 11,0	- 5,2	- 33,0	0,7	- 72,7	2010 Dez.
- 2,8	- 2,3	0,0	0,0	5,2	- 1,6	- 12,2	0,0	- 1,1	- 1,5	0,0	2,8	- 106,6	2011 Jan.
- 1,1	0,6	0,0	0,0	1,9	0,7	- 18,8	- 0,1	- 1,5	- 2,4	4,1	6,2	- 44,1	Febr.
1,6	2,1	0,0	0,0	- 8,1	- 1,6	- 14,3	0,2	- 12,2	- 3,5	- 53,4	2,1	- 72,1	März
- 0,4	- 0,1	0,0	0,0	- 4,7	- 2,3	10,4	- 0,3	- 1,4	- 1,8	36,6	- 2,5	4,3	April
- 0,0	0,1	0,0	0,0	3,6	1,0	15,9	- 0,2	- 3,5	0,8	- 5,8	2,6	44,7	Mai
0,6	- 0,4	0,0	0,0	3,0	3,5	- 0,3	- 0,1	- 15,4	- 3,7	- 47,8	- 11,0	- 78,6	Juni
0,9	1,0	0,0	0,0	- 1,2	- 2,7	- 13,4	- 2,6	- 8,7	2,9	0,6	2,8	121,6	Juli
- 3,1	- 2,2	- 0,0	- 0,0	- 0,1	1,1	10,3	0,4	- 1,0	2,3	47,0	5,3	167,2	Aug.
2,2	2,4	0,0	0,0	3,4	4,0	4,9	0,1	- 13,7	- 3,8	29,1	- 1,6	143,8	Sept.
- 0,8	- 0,5	0,1	0,0	- 2,7	- 2,9	- 1,2	- 0,0	- 2,8	- 1,8	12,0	4,7	- 121,4	Okt.
0,2	0,4	0,1	0,1	- 0,7	- 2,1	5,3	- 0,9	- 4,2	5,3	11,0	2,3	- 7,2	Nov.
0,7	0,7	0,1	0,1	0,3	2,0	- 14,1	- 0,1	- 11,3	- 4,2	- 113,8	- 0,0	86,1	Dez.
0,6	0,7	0,1	0,0	3,9	3,0	- 10,8	- 0,3	- 31,4	- 1,3	143,6	1,4	- 7,9	2012 Jan.
- 0,8	- 0,3	0,1	0,0	3,5	4,4	10,0	- 0,2	11,6	1,4	20,7	3,9	- 43,7	Febr.
- 4,3	- 2,7	0,0	0,0	- 10,6	- 9,7	- 3,6	- 0,2	- 12,5	- 3,0	52,5	4,9	- 56,2	März
0,7	0,7	- 0,0	- 0,0	1,9	0,2	7,2	- 0,0	- 5,8	- 4,3	13,8	- 0,3	38,3	April
- 1,3	- 0,9	0,1	0,1	0,0	- 1,9	5,3	0,0	- 13,8	- 5,4	- 24,4	2,8	252,6	Mai
0,4	0,7	0,2	0,1	1,3	2,3	- 9,4	0,2	- 8,7	- 0,6	- 34,7	7,6	- 167,7	Juni
- 0,3	- 0,4	0,1	0,0	- 4,9	- 3,8	7,6	0,1	- 2,7	- 2,4	6,3	6,3	90,8	Juli
- 2,4	- 1,8	0,0	0,0	- 1,3	- 2,3	1,7	- 0,4	- 4,1	- 2,5	25,2	- 3,2	- 39,0	Aug.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2012 März	1 900	8 594,0	91,2	3 050,1	2 350,6	686,2	3 970,1	507,5	2 743,2	0,7	703,1	139,3	1 343,2
April	1 902	8 671,4	70,7	3 088,4	2 395,1	680,4	3 994,8	519,1	2 746,4	0,7	713,9	138,4	1 379,1
Mai	1 900	8 932,2	92,0	3 088,9	2 395,9	679,6	3 976,1	508,2	2 760,2	0,6	693,3	138,8	1 636,4
Juni	1 897	8 708,2	104,7	3 017,2	2 335,4	668,7	3 967,8	507,9	2 755,5	0,6	690,3	139,1	1 479,3
Juli	1 889	8 798,7	200,3	2 892,7	2 215,1	664,5	4 004,6	537,2	2 764,4	0,6	690,3	139,4	1 561,6
Aug.	1 889	8 768,1	219,1	2 884,2	2 206,8	665,1	3 998,1	526,4	2 764,1	0,6	693,9	140,7	1 525,9
Kreditbanken 6)													
2012 Juli	279	3 468,3	136,4	1 067,0	977,7	88,5	1 094,8	257,0	658,5	0,3	172,5	70,4	1 099,7
Aug.	279	3 467,4	159,7	1 079,1	988,8	89,5	1 094,5	251,9	658,0	0,2	177,4	70,8	1 063,2
Großbanken 7)													
2012 Juli	4	2 279,5	29,6	598,1	553,4	44,5	518,2	171,0	257,7	0,2	83,3	62,6	1 071,0
Aug.	4	2 253,2	63,5	575,9	530,7	45,0	516,1	167,2	256,1	0,2	86,4	62,6	1 035,1
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2012 Juli	164	833,6	60,1	227,4	184,6	42,2	515,5	67,7	361,2	0,1	86,1	7,1	23,4
Aug.	164	829,6	56,9	224,5	181,0	42,8	518,0	66,8	362,7	0,0	87,8	7,5	22,7
Zweigstellen ausländischer Banken													
2012 Juli	111	355,2	46,7	241,5	239,7	1,8	61,1	18,3	39,6	0,0	3,1	0,6	5,3
Aug.	111	384,5	39,3	278,7	277,1	1,7	60,5	17,9	39,2	0,0	3,3	0,6	5,4
Landesbanken													
2012 Juli	10	1 433,9	14,1	485,3	363,9	116,8	671,9	126,9	413,3	0,1	126,7	16,8	245,8
Aug.	10	1 427,7	20,5	472,0	352,1	115,8	663,8	123,6	410,5	0,1	124,3	17,7	253,8
Sparkassen													
2012 Juli	423	1 095,8	14,8	250,3	97,4	150,4	796,7	59,1	627,6	0,1	109,8	16,4	17,6
Aug.	423	1 097,7	14,4	250,8	96,8	152,0	798,3	57,2	630,6	0,1	110,3	16,5	17,7
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2012 Juli	2	297,4	2,9	165,5	130,6	34,9	62,9	13,4	21,7	0,0	27,7	14,9	51,2
Aug.	2	294,4	0,5	164,6	129,1	35,4	64,2	13,6	21,7	0,0	28,5	14,8	50,3
Kreditgenossenschaften													
2012 Juli	1 117	738,9	10,1	191,8	70,2	120,0	505,5	32,7	401,0	0,1	71,7	11,7	19,8
Aug.	1 116	743,4	10,0	193,6	70,1	121,8	507,9	32,2	403,4	0,1	72,1	11,7	20,2
Realkreditinstitute													
2012 Juli	17	554,4	4,9	164,7	99,4	62,1	367,3	6,9	277,7	-	82,7	0,9	16,7
Aug.	18	545,0	3,3	158,5	96,0	59,4	365,5	6,9	276,3	-	82,2	0,8	16,8
Bausparkassen													
2012 Juli	23	199,2	0,5	59,0	41,7	17,3	131,9	1,6	116,2	.	14,1	0,4	7,5
Aug.	23	199,5	0,6	59,1	41,7	17,4	132,0	1,5	116,3	.	14,1	0,4	7,5
Banken mit Sonderaufgaben													
2012 Juli	18	1 010,8	16,6	509,2	434,2	74,4	373,6	39,7	248,4	-	85,2	8,0	103,5
Aug.	18	993,0	10,1	506,5	432,1	73,8	372,0	39,5	247,2	-	84,8	8,0	96,5
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2012 Juli	151	1 111,4	102,0	439,6	391,1	45,6	438,2	81,2	266,5	0,1	88,5	5,8	125,9
Aug.	151	1 132,1	103,5	465,1	417,0	45,1	433,3	74,6	266,2	0,1	90,3	5,7	124,4
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2012 Juli	40	756,3	55,3	198,2	151,4	43,8	377,1	62,9	226,9	0,1	85,4	5,1	120,6
Aug.	40	747,6	64,3	186,4	139,9	43,4	372,9	56,7	227,1	0,0	87,0	5,1	119,0

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
Alle Bankengruppen															
2 116,4	504,1	1 612,3	3 289,2	1 303,6	429,3	806,2	158,2	629,8	528,6	120,4	1 376,0	405,8	1 406,5	2012 März	
2 128,3	499,8	1 628,5	3 317,7	1 313,0	452,5	803,9	166,9	628,3	527,4	119,9	1 374,4	406,0	1 445,0	April	
2 109,4	548,1	1 561,3	3 337,9	1 332,0	456,6	802,0	175,0	627,6	527,5	119,7	1 380,5	405,5	1 698,8	Mai	
2 054,7	493,4	1 561,2	3 342,7	1 343,3	454,2	799,6	156,7	626,7	527,5	118,8	1 369,3	411,2	1 530,4	Juni	
2 042,2	530,5	1 511,6	3 353,4	1 350,8	463,2	794,9	169,5	626,6	528,3	117,9	1 378,8	413,7	1 610,7	Juli	
2 054,8	513,7	1 541,0	3 364,2	1 365,7	463,3	792,6	176,6	626,0	529,2	116,6	1 362,7	414,9	1 571,6	Aug.	
Kreditbanken 6)															
893,5	384,7	508,8	1 192,3	615,5	206,3	209,0	99,9	128,6	103,8	32,8	171,1	131,6	1 079,7	2012 Juli	
916,8	383,2	533,6	1 206,4	623,5	212,6	208,7	110,7	128,7	104,3	32,9	169,4	131,9	1 042,9	Aug.	
Großbanken 7)															
465,0	216,1	248,9	578,1	284,5	115,2	89,7	95,1	77,4	73,3	11,2	131,0	78,0	1 027,4	2012 Juli	
468,1	205,2	262,9	587,7	288,0	121,1	89,7	105,7	77,8	73,8	11,1	129,4	77,9	990,2	Aug.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
176,4	71,6	104,8	527,3	275,7	80,0	99,9	4,8	51,2	30,4	20,5	39,5	46,2	44,2	2012 Juli	
170,3	63,8	106,5	529,3	278,3	79,3	100,2	5,0	50,9	30,5	20,7	39,4	46,5	44,1	Aug.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
252,1	97,0	155,1	87,0	55,3	11,1	19,3	-	0,1	0,1	1,1	0,6	7,4	8,0	2012 Juli	
278,5	114,2	164,3	89,4	57,3	12,2	18,8	-	0,1	0,1	1,1	0,6	7,5	8,6	Aug.	
Landesbanken															
360,9	44,0	316,9	401,6	100,2	133,3	153,3	53,0	14,1	9,9	0,7	339,1	65,2	267,1	2012 Juli	
363,4	38,6	324,8	394,7	98,7	129,0	152,3	51,0	14,0	9,9	0,7	337,6	65,9	266,1	Aug.	
Sparkassen															
178,2	21,7	156,5	773,6	357,4	41,1	15,3	0,4	297,8	250,0	62,0	18,9	77,7	47,5	2012 Juli	
175,0	18,3	156,7	778,1	364,2	40,2	15,2	0,3	297,4	250,2	61,2	18,8	77,7	48,0	Aug.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
140,0	29,3	110,8	37,5	8,9	13,9	12,4	5,9	-	-	2,3	55,9	12,9	51,0	2012 Juli	
137,7	27,0	110,7	36,3	7,9	13,8	12,4	5,5	-	-	2,3	58,0	12,9	49,5	Aug.	
Kreditgenossenschaften															
111,9	6,0	105,9	527,6	249,4	45,5	28,2	0,0	185,4	164,0	19,0	17,0	49,1	33,4	2012 Juli	
111,4	5,2	106,2	532,5	256,0	44,7	28,0	0,0	185,2	164,1	18,6	16,7	49,2	33,5	Aug.	
Realkreditinstitute															
149,8	8,1	141,7	181,9	9,9	12,2	159,5	4,2	0,3	0,3	.	182,4	17,2	23,1	2012 Juli	
145,5	8,5	137,1	179,8	8,6	12,3	158,5	4,5	0,3	0,3	.	179,7	17,3	22,7	Aug.	
Bausparkassen															
22,9	1,5	21,3	145,2	0,4	0,9	142,5	-	0,4	0,3	1,0	5,4	8,6	17,3	2012 Juli	
22,8	1,5	21,3	145,3	0,4	0,8	142,7	-	0,4	0,3	1,0	5,4	8,6	17,5	Aug.	
Banken mit Sonderaufgaben															
184,9	35,2	149,7	93,8	9,0	10,0	74,8	6,1	-	-	.	589,1	51,4	91,7	2012 Juli	
182,2	31,4	150,8	90,9	6,3	9,8	74,8	4,5	-	-	.	577,1	51,4	91,5	Aug.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
411,9	181,5	230,4	462,3	249,3	85,3	92,0	32,0	19,6	19,4	16,1	54,8	46,0	136,4	2012 Juli	
430,6	189,1	241,5	466,2	252,9	86,1	91,2	33,1	19,8	19,6	16,2	53,7	46,1	135,6	Aug.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
159,8	84,5	75,3	375,3	193,9	74,2	72,7	32,0	19,6	19,4	14,9	54,2	38,6	128,4	2012 Juli	
152,1	74,9	77,2	376,7	195,7	73,9	72,4	33,1	19,7	19,6	15,0	53,1	38,6	127,0	Aug.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2011 März	14,0	67,0	1 646,6	1 164,7	–	7,7	474,2	1,7	3 211,7	2 757,5	0,6	24,6	429,0
April	15,1	49,1	1 630,9	1 152,3	–	5,4	473,2	1,7	3 226,5	2 748,7	0,6	25,6	451,6
Mai	14,6	56,4	1 623,7	1 143,2	–	5,7	474,8	1,7	3 209,4	2 753,8	0,5	23,7	431,3
Juni	14,4	66,6	1 607,5	1 137,4	–	5,2	465,0	1,7	3 191,7	2 748,9	0,5	21,6	420,7
Juli	14,5	57,5	1 610,1	1 144,0	–	5,1	460,9	1,6	3 193,1	2 753,1	0,5	18,7	420,7
Aug.	14,0	64,1	1 665,1	1 200,6	–	5,3	459,2	1,7	3 201,3	2 768,0	0,5	16,7	416,2
Sept.	14,7	78,8	1 731,5	1 270,1	–	6,0	455,4	1,7	3 207,6	2 778,3	0,6	14,5	414,2
Okt.	14,7	72,6	1 736,2	1 274,4	–	6,5	455,3	1,7	3 233,3	2 806,1	0,6	15,7	411,0
Nov.	14,1	57,6	1 797,7	1 338,5	–	7,4	451,9	1,7	3 237,6	2 807,6	0,5	14,4	415,0
Dez.	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012 Jan.	13,8	49,8	1 846,4	1 394,4	–	7,3	444,6	2,1	3 226,6	2 800,0	0,7	4,9	421,1
Febr.	13,6	50,8	1 904,6	1 448,5	–	6,8	449,4	2,1	3 220,3	2 797,7	0,5	5,6	416,4
März	14,5	75,8	1 936,0	1 482,9	–	6,8	446,2	2,1	3 222,9	2 787,1	0,5	4,9	430,4
April	14,5	55,4	1 968,9	1 518,5	–	6,6	443,8	2,0	3 244,7	2 795,6	0,5	5,7	442,8
Mai	14,8	76,4	1 959,2	1 509,0	–	5,9	444,3	2,0	3 219,1	2 793,4	0,5	4,5	420,7
Juni	14,7	89,2	1 927,0	1 481,6	–	6,1	439,3	2,1	3 227,6	2 802,1	0,5	6,1	418,9
Juli	14,0	185,5	1 789,7	1 344,8	–	6,3	438,6	2,1	3 257,8	2 833,8	0,5	5,2	418,3
Aug.	14,6	203,4	1 787,9	1 343,7	–	5,4	438,7	2,1	3 252,4	2 824,1	0,5	5,1	422,8
Veränderungen *)													
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	– 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2011 März	+ 0,4	+ 5,3	– 21,6	– 14,8	–	– 1,7	– 5,1	+ 0,0	– 28,6	– 29,4	– 0,1	– 4,7	+ 5,6
April	+ 1,1	– 17,8	– 15,7	– 12,4	–	– 2,3	– 0,9	+ 0,0	+ 14,8	– 8,8	+ 0,0	+ 0,9	+ 22,7
Mai	– 0,5	+ 7,2	– 7,3	– 9,1	–	+ 0,3	+ 1,6	– 0,0	– 17,1	+ 5,1	– 0,1	– 1,9	– 20,3
Juni	– 0,3	+ 10,3	– 16,2	– 5,8	–	– 0,5	– 9,8	+ 0,0	– 17,5	– 4,7	– 0,0	– 2,1	– 10,7
Juli	+ 0,2	– 9,1	+ 2,6	+ 6,6	–	– 0,0	– 4,0	– 0,0	+ 1,4	+ 4,2	+ 0,0	– 2,8	+ 0,0
Aug.	– 0,5	+ 6,6	+ 62,3	+ 63,8	–	+ 0,2	– 1,7	+ 0,0	+ 0,7	+ 7,3	– 0,0	– 2,1	– 4,6
Sept.	+ 0,6	+ 14,7	+ 66,3	+ 69,5	–	+ 0,7	– 3,8	– 0,0	+ 6,3	+ 10,3	+ 0,1	– 2,2	– 1,9
Okt.	+ 0,0	– 6,1	+ 5,5	+ 5,1	–	+ 0,5	– 0,1	+ 0,0	+ 25,7	+ 27,8	– 0,0	+ 1,2	– 3,3
Nov.	– 0,6	– 15,1	+ 61,5	+ 64,1	–	+ 0,8	– 3,5	+ 0,0	+ 4,3	+ 1,6	– 0,0	– 1,3	+ 4,1
Dez.	+ 1,7	+ 36,2	– 72,0	– 70,6	–	– 0,3	– 1,2	+ 0,0	– 39,9	– 33,0	+ 0,3	– 8,0	+ 0,9
2012 Jan.	– 2,0	– 44,0	+ 120,7	+ 126,5	–	+ 0,2	– 6,1	– 0,1	+ 29,0	+ 25,3	– 0,1	– 1,5	+ 5,3
Febr.	– 0,2	+ 1,0	+ 58,3	+ 54,1	–	– 0,5	+ 4,7	+ 0,0	– 6,4	– 2,3	– 0,1	+ 0,7	– 4,7
März	+ 0,9	+ 25,1	+ 31,3	+ 34,4	–	+ 0,1	– 3,2	– 0,0	+ 2,7	– 10,6	– 0,0	– 0,7	+ 14,0
April	+ 0,0	– 20,4	+ 36,1	+ 38,8	–	– 0,3	– 2,4	– 0,0	+ 18,6	+ 5,4	– 0,0	+ 0,8	+ 12,5
Mai	+ 0,3	+ 21,0	– 9,7	– 9,5	–	– 0,7	+ 0,5	+ 0,0	– 25,6	– 2,2	– 0,0	– 1,1	– 22,2
Juni	– 0,1	+ 12,8	– 32,2	– 27,4	–	+ 0,2	– 5,1	+ 0,1	+ 10,2	+ 10,4	– 0,0	+ 1,6	– 1,8
Juli	– 0,6	+ 96,3	– 137,2	– 136,8	–	+ 0,3	– 0,7	– 0,0	+ 30,5	+ 32,0	+ 0,0	– 0,9	– 0,6
Aug.	+ 0,6	+ 17,9	– 1,8	– 1,1	–	– 0,9	+ 0,2	+ 0,1	– 5,4	– 9,7	– 0,0	– 0,2	+ 4,5

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteilig- ungen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	33,3	98,3	1 191,8	126,6	1 064,8	0,0	13,7	2 929,1	1 112,1	1 096,6	623,5	96,9	37,2	2011 März
-	33,1	98,2	1 183,9	132,1	1 051,5	0,0	13,5	2 946,9	1 127,1	1 099,2	622,3	98,3	37,0	April
-	33,0	96,7	1 164,3	119,8	1 044,1	0,0	13,6	2 975,2	1 125,7	1 129,3	619,9	100,2	37,0	Mai
-	33,0	94,7	1 158,8	120,1	1 038,4	0,0	13,6	2 979,2	1 123,7	1 136,4	617,8	101,3	36,7	Juni
-	32,7	94,8	1 154,7	122,4	1 031,9	0,0	13,3	2 975,0	1 130,6	1 125,8	616,6	102,1	36,6	Juli
-	32,7	94,9	1 163,4	123,3	1 039,7	0,0	13,5	3 006,1	1 139,2	1 149,1	615,0	102,8	36,7	Aug.
-	32,7	94,9	1 176,0	133,0	1 042,6	0,0	13,5	3 024,8	1 151,3	1 157,3	613,5	102,8	36,7	Sept.
-	32,5	95,0	1 163,0	132,5	1 030,2	0,0	13,4	3 025,6	1 160,9	1 148,1	613,1	103,6	36,7	Okt.
-	32,5	94,9	1 177,5	136,1	1 041,0	0,0	13,7	3 053,1	1 188,0	1 149,2	611,5	104,3	36,7	Nov.
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	Dez.
-	35,3	93,8	1 221,4	137,1	1 083,9	0,0	35,4	3 035,3	1 181,1	1 133,1	617,2	103,8	35,8	2012 Jan.
-	35,1	93,4	1 232,3	141,0	1 091,2	0,0	35,2	3 053,7	1 187,1	1 143,5	619,8	103,3	35,6	Febr.
-	34,8	91,8	1 232,1	135,9	1 096,1	0,0	35,3	3 048,3	1 188,9	1 136,9	619,4	103,0	35,3	März
-	35,3	91,7	1 222,4	135,0	1 087,2	0,0	35,7	3 071,3	1 197,7	1 153,2	617,9	102,5	35,5	April
-	35,3	90,9	1 219,1	137,8	1 081,1	0,0	36,4	3 091,6	1 216,8	1 155,6	617,1	102,0	35,5	Mai
-	35,2	91,1	1 207,3	134,1	1 073,0	0,0	36,3	3 104,7	1 233,8	1 153,5	616,1	101,3	35,2	Juni
-	34,9	91,4	1 190,1	128,0	1 062,0	0,0	36,4	3 105,8	1 235,4	1 154,2	615,9	100,3	35,1	Juli
-	35,2	91,5	1 184,9	124,8	1 059,9	0,0	36,5	3 118,3	1 246,9	1 156,8	615,4	99,1	35,1	Aug.
Veränderungen *)														
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 0,2	+ 0,1	- 16,3	- 9,2	- 7,0	- 0,0	- 0,0	- 12,3	- 9,5	- 4,3	+ 1,0	+ 0,6	- 0,2	2011 März
-	- 0,2	- 0,1	- 7,9	+ 5,4	- 13,3	- 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 15,9	+ 3,0	- 2,1	+ 1,1	- 0,1	April
-	- 0,0	- 1,5	- 19,6	- 12,2	- 7,4	+ 0,0	+ 0,1	+ 28,3	- 1,4	+ 30,1	- 2,4	+ 1,9	- 0,1	Mai
-	- 0,1	- 2,0	- 5,5	+ 0,3	- 5,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,0	- 2,0	+ 7,0	- 2,1	+ 1,0	- 0,3	Juni
-	- 0,3	+ 0,1	- 3,8	+ 2,6	- 6,4	+ 0,0	- 0,3	- 4,4	+ 6,6	- 10,6	- 1,2	+ 0,8	- 0,1	Juli
-	+ 0,0	+ 0,2	+ 11,4	+ 1,1	+ 10,3	-	+ 0,1	+ 31,0	+ 8,5	+ 23,4	- 1,6	+ 0,7	+ 0,1	Aug.
-	-	- 0,0	+ 12,6	+ 9,7	+ 2,8	- 0,0	+ 0,1	+ 18,7	+ 11,8	+ 8,4	- 1,5	+ 0,0	- 0,1	Sept.
-	- 0,2	+ 0,1	- 12,9	- 0,5	- 12,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 9,6	- 9,2	- 0,4	+ 0,8	+ 0,0	Okt.
-	+ 0,0	- 0,2	+ 14,5	+ 3,6	+ 10,8	- 0,0	+ 0,3	+ 27,5	+ 26,8	+ 1,1	- 1,1	+ 0,7	- 0,0	Nov.
-	+ 0,1	- 0,3	+ 33,0	- 21,3	+ 54,3	- 0,0	+ 0,2	- 6,2	- 19,8	+ 8,4	+ 4,6	+ 0,5	- 0,2	Dez.
-	- 1,0	- 0,8	+ 10,9	+ 22,3	- 11,3	+ 0,0	- 0,7	- 10,4	+ 12,9	- 23,4	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	2012 Jan.
-	- 0,3	- 0,5	+ 10,9	+ 3,9	+ 7,3	- 0,0	- 0,2	+ 18,3	+ 5,9	+ 10,3	+ 2,6	- 0,5	- 0,2	Febr.
-	- 0,3	- 1,6	- 0,2	- 5,1	+ 4,9	- 0,0	+ 0,1	- 5,4	+ 1,9	- 6,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	März
-	+ 0,5	- 0,2	- 7,1	+ 0,2	- 7,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 20,4	+ 9,0	+ 13,5	- 1,5	- 0,5	+ 0,2	April
-	+ 0,0	- 0,8	- 3,3	+ 2,8	- 6,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 20,2	+ 19,2	+ 2,4	- 0,8	- 0,5	- 0,0	Mai
-	- 0,2	+ 0,2	- 11,8	- 3,7	- 8,1	-	- 0,1	+ 13,1	+ 16,9	- 2,0	- 1,1	- 0,7	- 0,3	Juni
-	- 0,2	+ 0,3	- 17,2	- 6,1	- 11,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,7	- 0,2	- 1,1	- 0,1	Juli
-	+ 0,3	+ 0,1	- 5,2	- 3,2	- 2,0	-	+ 0,1	+ 12,5	+ 11,5	+ 2,6	- 0,5	- 1,1	- 0,0	Aug.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen
 Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im
 Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-
 schuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kredite an ausländische Banken (MFIs)								Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken		
		insgesamt	zusammen	kurzfristig					mittellangfristig	zusammen	kurzfristig			mittellangfristig	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9	
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4	
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1	
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8	
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9	
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9	
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6	
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3	
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3	
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1	
2011 März	0,5	1 108,8	848,0	571,0	277,0	2,0	258,7	1,8	757,3	446,7	110,0	336,7	13,7	296,9	
April	0,5	1 150,6	890,7	615,6	275,1	4,5	255,3	1,8	770,2	459,8	129,8	330,1	15,2	295,1	
Mai	0,8	1 161,7	895,0	618,3	276,8	6,0	260,7	1,8	779,4	466,3	132,2	334,0	17,5	295,7	
Juni	0,9	1 121,8	858,3	581,3	277,0	5,8	257,6	1,8	764,6	454,2	122,1	332,1	15,2	295,1	
Juli	0,7	1 119,9	860,5	578,8	281,7	6,5	252,9	1,8	769,4	463,0	122,5	340,5	17,1	289,4	
Aug.	0,7	1 154,4	895,5	608,5	287,0	5,4	253,5	1,8	768,4	468,0	130,3	337,7	19,9	280,4	
Sept.	0,8	1 158,8	901,8	608,3	293,5	5,8	251,1	1,8	767,1	472,2	127,5	344,8	17,5	277,4	
Okt.	0,7	1 132,7	880,4	587,7	292,7	6,5	245,8	1,8	746,0	453,2	113,3	339,9	19,9	272,9	
Nov.	0,7	1 139,9	888,9	593,7	295,2	7,0	244,1	1,8	746,2	459,9	114,6	345,3	10,9	275,4	
Dez.	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1	
2012 Jan.	0,7	1 141,0	892,7	595,1	297,6	5,9	242,3	2,6	739,1	454,4	101,4	353,0	11,2	273,5	
Febr.	0,8	1 136,0	890,0	599,6	290,4	6,3	239,8	2,6	729,2	449,1	99,6	349,5	10,0	270,1	
März	0,9	1 114,2	867,0	579,8	287,9	6,4	240,0	2,6	747,1	463,8	116,4	347,4	10,6	272,8	
April	0,7	1 119,5	876,5	588,8	287,8	6,4	236,6	2,6	750,1	470,0	122,6	347,4	9,0	271,1	
Mai	0,7	1 129,6	886,9	596,5	290,4	7,5	235,3	2,6	757,0	475,2	119,8	355,4	9,3	272,6	
Juni	0,8	1 090,3	853,7	566,5	287,2	7,1	229,5	2,6	740,2	461,4	109,7	351,7	7,5	271,4	
Juli	0,8	1 103,0	870,2	583,3	286,9	6,8	226,0	2,6	746,8	467,9	113,7	354,2	6,9	272,0	
Aug.	1,1	1 096,3	863,0	580,5	282,5	6,9	226,4	2,6	745,7	466,6	116,2	350,3	8,0	271,1	
Veränderungen *)															
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9	
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1	
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0	
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5	
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3	
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3	
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7	
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0	
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6	
2011 März	- 0,4	- 42,7	- 39,6	- 38,3	- 1,4	+ 0,0	- 3,2	- 0,0	- 9,6	- 8,5	- 7,1	- 1,4	+ 0,9	- 2,0	
April	+ 0,0	+ 50,1	+ 50,6	+ 48,9	+ 1,7	+ 2,5	- 3,0	- 0,0	+ 20,8	+ 19,7	+ 21,2	- 1,5	+ 1,5	- 0,4	
Mai	+ 0,4	+ 2,8	- 3,7	- 1,7	- 2,0	+ 1,5	+ 5,0	- 0,0	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 2,3	- 0,7	
Juni	+ 0,0	- 38,4	- 35,2	- 36,2	+ 0,9	- 0,2	- 3,0	+ 0,0	- 13,2	- 10,8	- 9,8	- 1,0	- 2,2	- 0,2	
Juli	- 0,1	- 7,3	- 3,0	- 5,1	+ 2,1	+ 0,7	- 5,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 5,3	- 0,4	+ 5,6	+ 1,9	- 6,8	
Aug.	- 0,1	+ 30,7	+ 31,1	+ 28,5	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 1,8	+ 7,4	+ 8,2	- 0,8	+ 2,8	- 8,4	
Sept.	+ 0,1	- 9,8	- 7,3	- 8,0	+ 0,7	+ 0,5	- 3,0	-	- 13,3	- 5,7	- 5,1	- 0,6	- 2,5	- 5,1	
Okt.	- 0,1	- 17,9	- 13,5	- 16,1	+ 2,6	+ 0,7	- 5,1	- 0,0	- 14,3	- 13,5	- 13,1	- 0,5	+ 2,4	- 3,2	
Nov.	+ 0,0	- 2,5	- 0,9	+ 0,8	- 1,7	+ 0,4	- 2,1	+ 0,0	- 8,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 9,0	+ 1,1	
Dez.	- 0,1	- 24,5	- 19,8	- 27,1	+ 7,2	- 2,4	- 2,3	+ 0,0	- 11,5	- 12,3	- 14,1	+ 1,8	- 2,4	+ 3,2	
2012 Jan.	+ 0,1	+ 27,0	+ 25,1	+ 29,4	- 4,3	+ 1,3	+ 0,5	- 0,0	- 2,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 2,8	- 6,1	
Febr.	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 7,1	- 5,0	+ 0,3	- 2,4	- 0,0	- 5,6	- 1,8	- 1,0	- 0,8	- 1,2	- 2,6	
März	+ 0,1	- 23,0	- 23,6	- 20,4	- 3,2	+ 0,2	+ 0,5	- 0,0	+ 16,2	+ 13,5	+ 16,4	- 2,9	+ 0,5	+ 2,1	
April	- 0,1	+ 2,2	+ 5,6	+ 7,2	- 1,7	- 0,0	- 3,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,9	+ 6,1	- 2,2	- 1,5	- 2,4	
Mai	- 0,0	- 3,6	- 3,0	+ 0,7	- 3,7	+ 1,1	- 1,7	+ 0,0	- 6,1	- 5,8	- 5,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,6	
Juni	+ 0,1	- 39,5	- 33,6	- 32,1	- 1,6	- 0,4	- 5,5	+ 0,0	- 9,9	- 7,2	- 5,4	- 1,8	- 1,8	- 0,9	
Juli	- 0,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 13,4	- 3,2	- 0,3	- 3,7	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,5	+ 3,0	- 1,5	- 0,6	- 0,3	
Aug.	+ 0,3	- 0,7	- 1,4	+ 0,3	- 1,7	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,5	- 0,4	+ 1,1	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011
15,6	50,2	695,8	253,9	441,9	310,5	131,4	0,1	220,8	90,3	130,5	68,6	61,9	1,5	2011 März
15,5	50,2	725,6	265,7	459,8	329,8	130,0	0,1	233,7	105,7	128,0	68,0	60,0	1,5	April
15,5	50,2	707,7	273,4	434,3	303,4	130,9	0,1	236,5	109,8	126,7	66,2	60,5	1,4	Mai
15,4	49,7	653,1	253,2	399,9	274,1	125,8	0,1	230,6	102,4	128,1	66,5	61,6	1,5	Juni
15,3	49,0	656,1	248,3	407,8	279,8	128,0	0,1	230,6	102,8	127,8	66,2	61,6	1,5	Juli
15,4	48,8	705,7	256,5	449,2	321,1	128,1	0,1	234,0	101,9	132,1	66,0	66,1	1,4	Aug.
15,5	48,9	745,9	304,7	441,1	312,8	128,4	0,1	243,1	110,6	132,5	65,9	66,6	1,4	Sept.
15,5	48,9	745,5	303,7	441,8	319,3	122,5	0,1	249,7	116,6	133,1	67,4	65,8	1,4	Okt.
15,7	49,8	762,5	330,3	432,2	308,3	124,0	0,1	242,8	111,1	131,7	65,7	66,0	1,3	Nov.
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	Dez.
32,6	47,6	813,6	327,1	486,5	363,7	122,8	0,1	233,8	103,1	130,7	64,7	66,0	1,3	2012 Jan.
32,3	47,4	828,4	357,6	470,8	348,3	122,5	0,1	233,4	106,2	127,2	62,1	65,1	1,3	Febr.
32,3	47,5	884,3	368,3	516,0	388,5	127,6	0,1	240,9	114,6	126,3	63,1	63,2	1,2	März
32,4	46,7	905,9	364,8	541,1	416,2	125,0	0,1	246,4	115,3	131,1	67,9	63,2	1,2	April
33,1	47,9	890,3	410,3	480,0	353,8	126,2	0,1	246,3	115,1	131,2	67,6	63,6	1,2	Mai
32,7	48,0	847,4	359,3	488,0	364,5	123,5	0,1	238,0	109,6	128,4	65,1	63,3	1,1	Juni
33,1	48,1	852,0	402,5	449,5	325,8	123,7	0,1	247,6	115,4	132,2	68,9	63,3	1,3	Juli
33,0	49,2	869,9	389,0	480,9	359,2	121,7	0,1	245,9	118,7	127,2	65,0	62,2	1,3	Aug.
Veränderungen *)														
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011
- 0,0	+ 0,2	- 35,5	- 26,7	- 8,8	- 8,4	- 0,3	- 0,0	- 23,3	- 19,2	- 4,0	- 3,1	- 0,9	- 0,0	2011 März
- 0,0	+ 0,1	+ 35,9	+ 14,0	+ 21,8	+ 23,5	- 1,7	-	+ 14,6	+ 16,1	- 1,5	- 0,0	- 1,4	+ 0,0	April
+ 0,0	- 0,1	- 23,3	+ 5,8	- 29,0	- 28,9	- 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 3,3	- 2,3	- 2,4	+ 0,1	- 0,0	Mai
- 0,1	- 0,4	- 53,5	- 19,8	- 33,7	- 28,9	- 4,8	- 0,0	- 5,7	- 7,2	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,1	Juni
- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 5,9	+ 5,9	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,0	- 0,9	+ 0,0	- 0,9	- 0,7	- 0,3	- 0,1	Juli
+ 0,1	- 0,1	+ 49,0	+ 8,7	+ 40,3	+ 39,8	+ 0,6	- 0,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,7	- 0,1	Aug.
+ 0,1	- 0,1	+ 30,9	+ 45,0	- 14,0	- 12,4	- 1,6	- 0,0	+ 6,2	+ 7,5	- 1,3	- 1,0	- 0,3	+ 0,0	Sept.
+ 0,0	+ 0,1	+ 4,8	+ 0,8	+ 4,0	+ 8,8	- 4,9	-	+ 8,3	+ 6,7	+ 1,6	+ 1,9	- 0,3	- 0,1	Okt.
+ 0,2	+ 0,7	+ 10,7	+ 24,3	- 13,6	- 13,7	+ 0,2	-	- 8,9	- 6,4	- 2,6	- 2,3	- 0,3	- 0,0	Nov.
- 0,2	- 4,9	- 107,6	- 85,1	- 22,6	- 20,6	- 1,9	- 0,0	- 18,7	- 19,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	Dez.
- 0,3	+ 2,6	+ 159,9	+ 87,4	+ 72,6	+ 73,0	- 0,4	-	+ 8,7	+ 11,1	- 2,4	- 2,0	- 0,4	+ 0,0	2012 Jan.
- 0,2	- 0,0	+ 17,9	+ 31,6	- 13,7	- 14,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	+ 3,4	- 2,9	- 2,3	- 0,6	- 0,0	Febr.
+ 0,0	+ 0,0	+ 55,6	+ 10,3	+ 45,3	+ 40,5	+ 4,8	- 0,0	+ 7,3	+ 8,3	- 1,0	+ 0,9	- 1,9	- 0,1	März
+ 0,1	- 0,8	+ 19,5	- 3,9	+ 23,4	+ 26,6	- 3,1	-	+ 4,8	+ 0,4	+ 4,4	+ 4,6	- 0,2	- 0,0	April
+ 0,7	+ 1,0	- 25,4	+ 42,3	- 67,7	- 67,1	- 0,6	- 0,0	- 3,4	- 1,7	- 1,7	- 1,2	- 0,4	+ 0,0	Mai
- 0,4	+ 0,2	- 40,6	- 49,3	+ 8,8	+ 11,0	- 2,3	- 0,0	- 7,6	- 5,2	- 2,3	- 2,3	- 0,0	- 0,1	Juni
+ 0,4	- 0,0	+ 0,6	+ 41,9	- 41,3	- 40,5	- 0,8	-	+ 8,3	+ 5,2	+ 3,0	+ 3,4	- 0,4	+ 0,2	Juli
- 0,2	+ 1,2	+ 21,8	- 12,2	+ 33,9	+ 35,1	- 1,2	- 0,0	- 0,3	+ 4,0	- 4,3	- 3,5	- 0,8	+ 0,0	Aug.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähigen Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2011 März	3 211,7	2 758,1	415,7	292,7	292,4	0,3	123,1	98,7	24,4	2 796,0	2 307,8
April	3 226,5	2 749,3	409,8	295,8	295,5	0,4	114,0	88,8	25,2	2 816,7	2 328,1
Mai	3 209,4	2 754,3	405,8	305,2	304,8	0,4	100,6	77,2	23,3	2 803,6	2 311,3
Juni	3 191,7	2 749,4	404,1	307,1	306,6	0,5	97,0	75,9	21,1	2 787,6	2 298,0
Juli	3 193,1	2 753,6	399,4	305,8	305,4	0,4	93,6	75,3	18,4	2 793,7	2 303,9
Aug.	3 201,3	2 768,5	399,9	318,2	317,8	0,5	81,7	65,5	16,2	2 801,4	2 311,9
Sept.	3 207,6	2 778,8	406,2	326,3	325,8	0,5	79,9	65,9	14,0	2 801,4	2 311,2
Okt.	3 233,3	2 806,6	433,2	355,4	354,7	0,7	77,8	62,8	15,0	2 800,1	2 311,3
Nov.	3 237,6	2 808,2	424,2	352,0	351,4	0,6	72,2	58,4	13,8	2 813,4	2 319,2
Dez.	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012 Jan.	3 226,6	2 800,6	409,1	339,2	338,7	0,6	69,8	65,5	4,4	2 817,6	2 320,7
Febr.	3 220,3	2 798,2	406,9	338,2	337,4	0,8	68,7	63,8	4,9	2 813,4	2 315,9
März	3 222,9	2 787,6	396,8	329,5	328,6	0,9	67,3	63,3	4,0	2 826,1	2 325,3
April	3 244,7	2 796,1	402,9	329,6	328,7	0,9	73,3	68,5	4,8	2 841,8	2 341,9
Mai	3 219,1	2 793,9	393,6	325,6	324,4	1,2	68,0	64,6	3,3	2 825,5	2 328,8
Juni	3 227,6	2 802,6	404,9	324,4	323,9	0,5	80,5	74,9	5,6	2 822,6	2 300,2
Juli	3 257,8	2 834,2	429,4	351,6	351,2	0,4	77,8	72,9	4,8	2 828,4	2 304,6
Aug.	3 252,4	2 824,5	415,9	344,6	344,2	0,4	71,3	66,6	4,7	2 836,5	2 310,9
Veränderungen *)											
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	+ 0,4	+ 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2011 März	- 28,6	- 29,5	- 30,7	- 15,9	- 15,9	+ 0,0	- 14,8	- 10,1	- 4,8	+ 2,1	- 1,2
April	+ 14,8	- 8,8	- 5,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	- 9,1	- 9,9	+ 0,8	+ 20,7	+ 20,3
Mai	- 17,1	+ 5,0	- 4,1	+ 9,3	+ 9,3	-	- 13,4	- 11,6	- 1,9	- 13,1	- 16,8
Juni	- 17,5	- 4,7	- 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,1	- 3,6	- 1,3	- 2,3	- 16,1	- 13,3
Juli	+ 1,4	+ 4,2	- 4,7	- 1,3	- 1,2	- 0,1	- 3,4	- 0,6	- 2,7	+ 6,1	+ 5,9
Aug.	+ 0,7	+ 7,3	+ 0,3	+ 12,4	+ 12,3	+ 0,1	- 12,0	- 9,8	- 2,2	+ 0,3	+ 0,5
Sept.	+ 6,3	+ 10,3	+ 6,3	+ 8,0	+ 8,0	+ 0,0	- 1,7	+ 0,5	- 2,2	- 0,0	- 0,7
Okt.	+ 25,7	+ 27,8	+ 26,6	+ 28,7	+ 28,5	+ 0,2	- 2,1	- 3,1	+ 1,0	- 0,9	+ 0,5
Nov.	+ 4,3	+ 1,5	- 9,0	- 3,4	- 3,3	- 0,1	- 5,6	- 4,4	- 1,2	+ 13,3	+ 8,6
Dez.	- 39,9	- 32,7	- 41,0	- 35,6	- 35,4	- 0,2	- 5,4	+ 2,4	- 7,8	+ 1,2	+ 2,1
2012 Jan.	+ 29,0	+ 25,2	+ 25,8	+ 22,7	+ 22,6	+ 0,2	+ 3,1	+ 4,7	- 1,7	+ 3,2	- 1,1
Febr.	- 6,4	- 2,4	- 2,2	- 1,1	- 1,2	+ 0,2	- 1,1	- 1,7	+ 0,5	- 4,2	- 4,8
März	+ 2,7	- 10,6	- 10,1	- 8,7	- 8,8	+ 0,1	- 1,4	- 0,6	- 0,9	+ 12,8	+ 9,4
April	+ 18,6	+ 5,3	+ 3,4	- 2,6	- 2,6	- 0,0	+ 6,0	+ 5,2	+ 0,8	+ 15,2	+ 16,3
Mai	- 25,6	- 2,3	- 8,9	- 3,6	- 3,9	+ 0,3	- 5,3	- 3,8	- 1,5	- 16,7	- 13,5
Juni	+ 10,2	+ 10,4	+ 11,4	- 1,1	- 0,5	- 0,7	+ 12,5	+ 10,3	+ 2,2	- 1,2	- 6,9
Juli	+ 30,5	+ 32,0	+ 24,5	+ 27,3	+ 27,4	- 0,1	- 2,7	- 2,0	- 0,7	+ 6,0	+ 4,7
Aug.	- 5,4	- 9,7	- 13,5	- 7,0	- 7,0	+ 0,0	- 6,5	- 6,3	- 0,2	+ 8,1	+ 6,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 066,3	238,6	1 827,6	241,5	30,3	488,2	300,7	38,2	262,5	187,5	–	3,0	2011 März	
2 065,4	236,2	1 829,2	262,7	30,1	488,6	299,6	38,6	261,1	189,0	–	3,0	April	
2 071,7	237,7	1 833,9	239,6	30,1	492,3	300,6	38,8	261,8	191,7	–	3,0	Mai	
2 068,2	234,6	1 833,6	229,8	30,0	489,5	298,7	39,0	259,7	190,9	–	2,9	Juni	
2 073,7	235,8	1 838,0	230,2	29,7	489,7	299,2	39,7	259,5	190,5	–	2,9	Juli	
2 085,5	244,8	1 840,8	226,4	29,8	489,5	299,7	40,0	259,8	189,8	–	2,9	Aug.	
2 087,9	245,2	1 842,7	223,3	29,8	490,1	299,2	39,8	259,4	190,9	–	2,9	Sept.	
2 090,6	245,9	1 844,8	220,7	29,6	488,8	298,5	40,6	257,9	190,3	–	2,9	Okt.	
2 098,6	246,8	1 851,9	221,2	29,6	493,6	299,8	40,7	259,1	193,8	–	2,9	Nov.	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	Dez.	
2 098,4	246,8	1 851,6	222,3	31,8	496,9	298,1	40,9	257,2	198,8	–	3,5	2012 Jan.	
2 099,5	245,9	1 853,7	216,4	31,6	497,4	297,5	41,1	256,4	200,0	–	3,5	Febr.	
2 099,2	246,4	1 852,7	226,1	31,3	500,9	296,6	40,9	255,8	204,2	–	3,5	März	
2 102,2	247,1	1 855,1	239,7	31,7	499,9	296,8	40,6	256,2	203,1	–	3,6	April	
2 109,6	248,6	1 861,1	219,2	31,7	496,7	295,2	40,1	255,1	201,5	–	3,6	Mai	
2 108,5	248,3	1 860,1	191,8	31,5	522,4	295,3	39,8	255,5	227,1	–	3,6	Juni	
2 116,0	249,7	1 866,3	188,6	31,4	523,8	294,1	39,7	254,4	229,7	–	3,6	Juli	
2 120,7	249,7	1 871,1	190,2	31,6	525,6	293,0	39,3	253,7	232,6	–	3,5	Aug.	
Veränderungen ^{*)}													
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	– 1,9	+ 2,6	– 5,9	– 16,1	+ 4,9	– 21,0	+ 11,2	– 1,0	– 0,5	2003	
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	– 13,8	– 0,9	– 12,9	+ 34,3	– 1,1	– 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
– 2,9	+ 1,2	– 4,2	+ 1,7	– 0,2	+ 3,2	– 0,6	+ 0,3	– 0,9	+ 3,8	–	– 0,0	2011 März	
– 0,9	– 2,4	+ 1,5	+ 21,2	– 0,2	+ 0,4	– 1,1	+ 0,3	– 1,5	+ 1,5	–	– 0,0	April	
+ 6,3	+ 1,6	+ 4,6	– 23,0	– 0,0	+ 3,7	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,7	–	+ 0,0	Mai	
– 3,4	– 3,1	– 0,3	– 9,8	– 0,1	– 2,8	– 2,0	+ 0,2	– 2,1	– 0,8	–	– 0,0	Juni	
+ 5,5	+ 1,1	+ 4,4	+ 0,4	– 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	– 0,2	– 0,4	–	– 0,0	Juli	
+ 4,3	+ 1,6	+ 2,8	– 3,8	+ 0,1	– 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	– 0,7	–	– 0,0	Aug.	
+ 2,4	+ 0,4	+ 1,9	– 3,0	+ 0,0	+ 0,6	– 0,5	– 0,2	– 0,3	+ 1,1	–	– 0,0	Sept.	
+ 3,1	+ 1,1	+ 2,1	– 2,7	– 0,2	– 1,3	– 0,7	+ 0,7	– 1,5	– 0,6	–	+ 0,0	Okt.	
+ 8,0	+ 0,9	+ 7,1	+ 0,6	+ 0,0	+ 4,8	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 3,5	–	– 0,0	Nov.	
+ 1,0	+ 1,1	– 0,1	+ 1,2	+ 0,1	– 1,0	– 0,7	+ 0,4	– 1,1	– 0,3	–	– 0,0	Dez.	
– 1,1	– 1,1	– 0,0	+ 0,1	– 0,9	+ 4,3	– 1,0	– 0,2	– 0,8	+ 5,3	–	– 0,1	2012 Jan.	
+ 1,1	– 0,9	+ 2,0	– 5,9	– 0,2	+ 0,6	– 0,6	+ 0,2	– 0,8	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 0,4	+ 0,6	– 0,9	+ 9,7	– 0,2	+ 3,4	– 0,8	– 0,2	– 0,6	+ 4,3	–	– 0,0	März	
+ 2,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 13,7	+ 0,3	– 1,1	+ 0,2	– 0,3	+ 0,5	– 1,2	–	+ 0,2	April	
+ 7,1	+ 1,2	+ 5,9	– 20,6	+ 0,0	– 3,2	– 1,6	– 0,4	– 1,2	– 1,6	–	– 0,0	Mai	
+ 0,5	– 0,1	+ 0,6	– 7,4	– 0,2	+ 5,7	+ 0,1	– 0,4	+ 0,5	+ 5,6	–	– 0,0	Juni	
+ 7,8	+ 1,5	+ 6,3	– 3,2	– 0,2	+ 1,4	– 1,2	– 0,1	– 1,1	+ 2,6	–	– 0,1	Juli	
+ 4,7	– 0,1	+ 4,8	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,8	– 1,1	– 0,4	– 0,7	+ 2,9	–	– 0,0	Aug.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
2010	2 352,9	1 153,8	1 101,6	907,8	193,8	1 317,2	302,4	134,1	75,5	61,7	120,3	40,3	78,8	157,5
2011 Juni	2 374,9	1 163,7	1 102,8	909,3	193,4	1 337,2	301,3	137,1	78,9	60,7	121,6	41,6	77,0	173,6
2011 Sept.	2 413,7	1 166,3	1 108,3	911,8	196,5	1 367,3	302,1	134,7	81,3	60,9	125,6	42,6	79,2	196,6
2011 Dez.	2 415,7	1 167,3	1 114,0	914,0	200,0	1 368,0	305,0	134,6	84,4	59,6	124,0	42,7	80,1	196,4
2012 März	2 427,8	1 164,1	1 114,9	912,6	202,2	1 380,7	305,6	137,0	86,3	60,2	125,6	43,1	78,4	202,7
2012 Juni	2 432,4	1 164,7	1 118,0	912,4	205,6	1 385,2	307,6	136,8	88,6	60,6	125,4	44,2	80,3	196,1
Kurzfristige Kredite														
2010	282,9	-	7,7	-	7,7	243,2	3,8	32,2	5,2	13,2	39,4	3,0	6,6	78,9
2011 Juni	306,7	-	7,7	-	7,7	267,0	4,0	38,1	5,8	13,5	41,5	3,7	7,1	93,9
2011 Sept.	325,8	-	7,9	-	7,9	286,0	4,1	36,6	6,3	13,2	43,8	3,8	7,0	112,8
2011 Dez.	316,2	-	7,7	-	7,7	276,7	3,9	33,8	6,0	11,9	41,8	3,3	7,0	111,0
2012 März	328,7	-	7,5	-	7,5	289,7	3,8	36,8	6,7	12,7	43,1	3,5	7,1	117,2
2012 Juni	324,0	-	7,6	-	7,6	285,0	3,8	37,5	6,8	13,3	42,8	4,0	7,4	110,4
Mittelfristige Kredite														
2010	238,1	-	32,8	-	32,8	169,1	11,4	27,5	5,2	9,2	13,4	3,9	12,9	29,0
2011 Juni	234,7	-	33,2	-	33,2	165,8	11,4	26,4	5,3	8,7	13,7	3,9	11,8	30,7
2011 Sept.	245,2	-	33,6	-	33,6	173,4	11,2	26,6	5,6	9,2	15,2	4,1	11,9	34,1
2011 Dez.	247,9	-	34,5	-	34,5	176,7	11,8	28,2	6,0	9,4	15,5	4,0	11,8	35,4
2012 März	246,4	-	34,8	-	34,8	175,4	11,9	27,3	6,0	9,4	15,6	4,0	11,4	35,9
2012 Juni	248,4	-	34,9	-	34,9	176,7	11,7	26,9	6,3	9,3	15,8	4,0	11,6	36,2
Langfristige Kredite														
2010	1 831,8	1 153,8	1 061,1	907,8	153,4	904,9	287,1	74,5	65,1	39,3	67,6	33,4	59,3	49,6
2011 Juni	1 833,6	1 163,7	1 061,8	909,3	152,4	904,4	285,9	72,6	67,8	38,5	66,4	34,0	58,1	48,9
2011 Sept.	1 842,7	1 166,3	1 066,9	911,8	155,1	907,9	286,9	71,5	69,4	38,5	66,6	34,7	60,3	49,7
2011 Dez.	1 851,7	1 167,3	1 071,8	914,0	157,8	914,6	289,3	72,6	72,4	38,3	66,7	35,4	61,2	49,9
2012 März	1 852,7	1 164,1	1 072,6	912,6	159,9	915,6	289,9	73,0	73,6	38,1	66,9	35,6	59,9	49,6
2012 Juni	1 860,1	1 164,7	1 075,5	912,4	163,1	923,5	292,0	72,4	75,5	38,0	66,8	36,2	61,3	49,5
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2011 2.Vj.	+ 16,4	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 12,2	+ 1,1	- 0,9	+ 2,0	- 0,9	- 0,2	+ 1,0	- 0,3	+ 12,5
2011 3.Vj.	+ 31,3	+ 4,0	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 24,6	+ 0,7	- 3,0	+ 2,3	- 0,2	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,0	+ 21,0
2011 4.Vj.	+ 1,9	+ 1,8	+ 5,1	+ 2,0	+ 3,1	+ 0,4	+ 2,1	- 1,1	+ 3,0	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	+ 1,9	- 0,2
2012 1.Vj.	+ 12,1	- 1,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 11,9	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,6	+ 0,4	- 1,6	+ 6,3
2012 2.Vj.	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,5	+ 1,1	+ 3,4	- 1,5	+ 1,9	- 0,2	+ 2,3	+ 0,5	- 0,5	+ 1,0	+ 2,6	- 9,8
Kurzfristige Kredite														
2011 2.Vj.	+ 14,4	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 13,7	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 12,1
2011 3.Vj.	+ 19,1	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 18,9	+ 0,1	- 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 2,3	+ 0,1	- 0,1	+ 18,7
2011 4.Vj.	- 10,2	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 9,3	+ 0,0	- 2,8	- 0,2	- 1,3	- 2,0	- 0,5	+ 0,0	- 1,8
2012 1.Vj.	+ 12,5	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 13,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 6,2
2012 2.Vj.	- 7,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 7,2	- 0,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 9,9
Mittelfristige Kredite														
2011 2.Vj.	- 3,8	-	+ 0,7	-	+ 0,7	- 4,0	+ 0,2	- 1,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4
2011 3.Vj.	+ 3,1	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 2,1	- 0,2	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 1,7
2011 4.Vj.	+ 3,1	-	+ 0,9	-	+ 0,9	+ 3,3	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 1,4
2012 1.Vj.	- 1,4	-	+ 0,3	-	+ 0,3	- 1,8	+ 0,1	- 1,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,5	+ 0,5
2012 2.Vj.	+ 1,8	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	- 0,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3
Langfristige Kredite														
2011 2.Vj.	+ 5,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,6	+ 0,7	- 0,9	+ 1,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1
2011 3.Vj.	+ 9,1	+ 4,0	+ 4,9	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,8	- 1,1	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,2	+ 0,5
2011 4.Vj.	+ 9,0	+ 1,8	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 6,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,9	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,2
2012 1.Vj.	+ 1,1	- 1,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 1,3	- 0,3
2012 2.Vj.	+ 8,3	+ 3,2	+ 4,2	+ 1,1	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	- 0,6	+ 1,9	- 0,2	- 0,3	+ 0,6	+ 2,1	- 0,2

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit		
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
649,0	178,5	46,8	175,8	380,4	53,5	1 022,4	795,7	226,7	155,0	13,9	13,3	3,5	2010		
646,7	178,3	44,6	177,9	379,5	53,6	1 024,2	798,0	226,2	145,7	13,9	13,6	3,5	2011 Juni		
646,5	177,9	44,5	178,4	381,8	52,8	1 033,1	802,7	230,3	149,0	14,0	13,4	3,5	Sept.		
646,3	180,0	42,9	177,9	382,9	51,7	1 034,3	805,6	228,7	147,8	13,5	13,4	3,5	Dez.		
647,4	180,5	42,9	178,4	381,9	52,0	1 033,5	805,8	227,7	147,7	13,3	13,6	3,5	2012 März		
653,3	181,6	43,3	178,8	387,9	51,9	1 033,6	806,9	226,8	147,3	13,3	13,6	3,5	Juni		
													Kurzfristige Kredite		
64,7	9,6	11,7	13,9	32,2	7,7	38,9	3,9	35,1	2,6	13,9	0,9	0,0	2010		
63,3	9,5	11,7	13,2	32,1	8,5	38,7	3,7	35,0	2,5	13,9	1,1	0,0	2011 Juni		
62,4	9,5	11,6	13,4	31,1	8,0	38,9	3,8	35,1	2,6	14,0	1,0	0,0	Sept.		
61,9	9,6	11,1	13,2	30,4	7,2	38,5	3,9	34,7	2,5	13,5	0,9	0,0	Dez.		
62,6	9,1	11,9	13,3	30,5	7,9	37,9	3,7	34,3	2,5	13,3	1,0	0,0	2012 März		
62,8	9,4	11,8	13,1	30,9	7,9	38,0	3,8	34,2	2,2	13,3	1,0	0,0	Juni		
													Mittelfristige Kredite		
68,1	8,8	10,1	21,3	28,1	3,8	68,5	21,3	47,1	42,0	-	0,5	0,0	2010		
65,3	8,4	8,3	21,6	28,2	3,7	68,3	21,8	46,5	41,5	-	0,5	0,0	2011 Juni		
66,7	8,2	8,5	21,2	30,8	3,6	71,3	22,4	48,9	43,7	-	0,5	0,0	Sept.		
66,3	8,1	8,4	20,4	31,2	3,6	70,6	22,7	47,9	42,8	-	0,6	0,0	Dez.		
65,8	8,1	7,8	20,0	31,3	3,6	70,4	22,9	47,5	42,3	-	0,6	0,0	2012 März		
66,6	8,1	8,1	20,0	31,9	3,6	71,0	23,1	47,9	42,9	-	0,6	0,0	Juni		
													Langfristige Kredite		
516,2	160,2	25,0	140,6	320,1	42,0	915,0	770,5	144,5	110,4	-	11,9	3,5	2010		
518,0	160,4	24,5	143,1	319,2	41,4	917,2	772,5	144,8	101,7	-	12,0	3,4	2011 Juni		
517,3	160,3	24,4	143,8	319,8	41,2	922,9	776,6	146,3	102,7	-	11,9	3,4	Sept.		
518,1	162,4	23,4	144,3	321,3	40,9	925,2	779,1	146,1	102,5	-	11,9	3,4	Dez.		
519,0	163,3	23,2	145,2	320,0	40,5	925,2	779,2	145,9	102,9	-	12,0	3,5	2012 März		
523,9	164,1	23,4	145,7	325,0	40,5	924,6	779,9	144,7	102,2	-	12,0	3,5	Juni		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
- 1,0	+ 1,4	- 2,5	+ 0,2	+ 1,3	- 0,4	+ 4,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	2011 2.Vj.		
- 1,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,8	+ 6,8	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	3.Vj.		
- 0,3	+ 1,3	- 0,9	- 0,3	+ 1,0	- 1,1	+ 1,6	+ 3,1	- 1,5	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	4.Vj.		
+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	+ 0,5	- 1,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	2012 1.Vj.		
+ 2,6	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	+ 1,9	- 0,1	+ 4,7	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,5	- 0,1	- 0,0	- 0,0	2.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
- 0,8	+ 0,2	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	2011 2.Vj.		
- 0,9	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	3.Vj.		
- 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,7	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	- 0,6	- 0,1	-	4.Vj.		
+ 0,7	- 0,5	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,6	- 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	2012 1.Vj.		
+ 0,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,4	- 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-	2.Vj.		
													Mittelfristige Kredite		
- 2,4	- 0,2	- 1,7	- 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	-	+ 0,0	- 0,0	2011 2.Vj.		
+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,6	+ 0,3	- 0,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.		
- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,5	-	+ 0,0	-	4.Vj.		
- 0,9	+ 0,1	- 0,6	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2012 1.Vj.		
+ 0,6	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	-	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	-	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.		
													Langfristige Kredite		
+ 2,2	+ 1,4	- 0,2	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 3,2	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2011 2.Vj.		
- 0,5	- 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,6	- 0,3	+ 5,6	+ 4,1	+ 1,6	+ 1,0	-	- 0,1	- 0,0	3.Vj.		
+ 0,6	+ 1,3	- 0,3	+ 0,5	+ 1,4	- 0,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 0,0	- 0,0	-	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.		
+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8	- 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	-	+ 0,1	+ 0,1	2012 1.Vj.		
+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,6	-	- 0,0	- 0,0	2.Vj.		

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)				Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)				Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.						über 2 Jahre		
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8		
2010	2 935,2	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	95,4	37,5	35,7	80,9		
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2011 Sept.	3 024,8	1 151,3	1 157,3	385,1	772,2	29,2	743,0	613,5	102,8	36,7	34,7	106,0		
Okt.	3 025,6	1 160,9	1 148,1	376,8	771,3	30,2	741,1	613,1	103,6	36,7	34,6	104,2		
Nov.	3 053,1	1 188,0	1 149,2	377,8	771,4	31,0	740,5	611,5	104,3	36,7	34,5	109,5		
Dez.	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012 Jan.	3 035,3	1 181,1	1 133,1	366,8	766,3	31,4	734,9	617,2	103,8	35,8	33,8	85,8		
Febr.	3 053,7	1 187,1	1 143,5	378,3	765,1	32,5	732,6	619,8	103,3	35,6	33,6	97,0		
März	3 048,3	1 188,9	1 136,9	374,4	762,5	33,1	729,4	619,4	103,0	35,3	33,5	91,7		
April	3 071,3	1 197,7	1 153,2	392,8	760,4	32,9	727,5	617,9	102,5	35,5	33,4	100,8		
Mai	3 091,6	1 216,8	1 155,6	397,2	758,4	33,2	725,2	617,1	102,0	35,5	33,4	106,3		
Juni	3 104,7	1 233,8	1 153,5	397,4	756,1	33,7	722,4	616,1	101,3	35,2	33,2	97,5		
Juli	3 105,8	1 235,4	1 154,2	402,7	751,6	33,5	718,1	615,9	100,3	35,1	32,9	102,3		
Aug.	3 118,3	1 246,9	1 156,8	406,7	750,2	33,4	716,8	615,4	99,1	35,1	32,7	105,7		
													Veränderungen *)	
2010	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	- 12,6	- 6,3	- 7,0	+ 0,7	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	+ 2,0	+ 4,1		
2011	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	+ 57,0	- 16,1	+ 6,5	- 22,6	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	- 1,4	+ 16,0		
2011 Sept.	+ 18,7	+ 11,8	+ 8,4	+ 10,7	- 2,3	+ 0,8	- 3,1	- 1,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 6,6		
Okt.	+ 0,7	+ 9,6	- 9,2	- 8,3	- 0,9	+ 1,1	- 2,0	- 0,4	+ 0,8	+ 0,0	- 0,1	- 1,8		
Nov.	+ 27,5	+ 26,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,8	- 0,7	- 1,1	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 5,3		
Dez.	- 6,2	- 19,8	+ 8,4	+ 8,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	+ 4,6	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	- 12,4		
2012 Jan.	- 10,4	+ 12,9	- 23,4	- 19,2	- 4,2	- 0,1	- 4,1	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	- 0,5	- 11,3		
Febr.	+ 18,3	+ 5,9	+ 10,3	+ 11,5	- 1,1	+ 1,1	- 2,3	+ 2,6	- 0,5	- 0,2	- 0,1	+ 11,2		
März	- 5,4	+ 1,9	- 6,5	- 3,9	- 2,6	+ 0,6	- 3,2	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 5,2		
April	+ 20,4	+ 9,0	+ 13,5	+ 15,5	- 2,1	- 0,1	- 1,9	- 1,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 6,5		
Mai	+ 20,2	+ 19,2	+ 2,4	+ 4,4	- 2,0	+ 0,3	- 2,3	- 0,8	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 5,5		
Juni	+ 13,1	+ 16,9	- 2,0	+ 0,2	- 2,3	+ 0,5	- 2,7	- 1,1	- 0,7	- 0,3	- 0,2	- 8,8		
Juli	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,7	+ 5,2	- 4,6	- 0,2	- 4,4	- 0,2	- 1,1	- 0,1	- 0,3	+ 4,8		
Aug.	+ 12,5	+ 11,5	+ 2,6	+ 4,0	- 1,4	- 0,1	- 1,3	- 0,5	- 1,1	- 0,0	- 0,2	+ 3,5		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5		
2010	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4		
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2011 Sept.	173,5	52,4	117,1	68,4	48,6	3,4	45,2	2,5	1,5	34,1	6,0	4,4		
Okt.	162,9	49,2	109,8	61,2	48,5	3,6	45,0	2,4	1,5	34,1	6,0	3,5		
Nov.	167,0	49,5	113,7	64,9	48,8	3,7	45,1	2,4	1,4	34,1	5,9	2,9		
Dez.	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012 Jan.	171,8	49,1	119,0	71,3	47,7	3,3	44,4	2,3	1,4	33,4	6,0	2,2		
Febr.	182,4	55,8	123,0	75,4	47,6	3,5	44,1	2,3	1,4	33,3	6,0	2,8		
März	182,4	51,9	126,8	79,0	47,8	3,8	44,0	2,3	1,4	33,2	5,9	1,8		
April	183,5	52,8	127,0	80,2	46,8	3,8	43,0	2,3	1,4	33,4	5,9	0,5		
Mai	196,1	57,5	134,8	87,5	47,3	4,0	43,3	2,4	1,3	33,4	5,9	3,8		
Juni	227,7	64,3	159,5	98,9	60,6	4,7	55,9	2,6	1,3	33,1	5,9	1,5		
Juli	218,3	53,6	160,6	100,1	60,5	4,4	56,1	2,8	1,3	33,0	5,9	2,1		
Aug.	216,6	51,2	161,2	101,1	60,1	4,5	55,6	2,9	1,3	33,0	5,9	3,0		
													Veränderungen *)	
2010	+ 23,9	+ 4,1	+ 19,7	+ 4,7	+ 14,9	- 1,0	+ 16,0	+ 0,3	- 0,1	- 1,0	+ 2,3	- 0,1		
2011	+ 14,6	+ 0,1	+ 15,0	+ 21,4	- 6,5	+ 1,2	- 7,7	- 0,4	+ 0,0	- 0,7	- 0,2	+ 2,7		
2011 Sept.	+ 4,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 2,4		
Okt.	- 10,6	- 3,2	- 7,3	- 7,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 1,0		
Nov.	+ 4,1	+ 0,3	+ 3,9	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,6		
Dez.	+ 1,5	- 3,3	+ 4,7	+ 4,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2		
2012 Jan.	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,6	+ 1,8	- 1,1	- 0,5	- 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,7	+ 0,0	- 0,9		
Febr.	+ 10,6	+ 6,7	+ 4,0	+ 4,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,7		
März	- 0,1	- 3,8	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 1,0		
April	+ 0,6	+ 0,9	- 0,2	+ 1,0	- 1,2	+ 0,0	- 1,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 1,3		
Mai	+ 12,6	+ 4,7	+ 7,8	+ 7,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	-	+ 3,4		
Juni	+ 16,7	+ 5,2	+ 11,3	+ 10,9	+ 0,4	+ 0,7	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,0	- 2,4		
Juli	- 9,4	- 10,7	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,6		
Aug.	- 1,6	- 2,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 1,0		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)¹⁾

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3		
2010	2 781,8	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	93,9	2,9	29,5	80,5		
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2011 Sept.	2 851,4	1 098,8	1 040,2	316,6	723,6	25,8	697,8	611,0	101,3	2,6	28,8	101,5		
Okt.	2 862,7	1 111,6	1 038,3	315,5	722,8	26,6	696,2	610,6	102,1	2,5	28,6	100,7		
Nov.	2 886,1	1 138,5	1 035,5	312,9	722,7	27,3	695,4	609,1	102,9	2,6	28,5	106,6		
Dez.	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012 Jan.	2 863,5	1 132,0	1 014,1	295,5	718,6	28,1	690,5	615,0	102,4	2,5	27,8	83,6		
Febr.	2 871,2	1 131,3	1 020,5	303,0	717,5	29,0	688,5	617,5	101,9	2,3	27,6	94,1		
März	2 865,9	1 137,0	1 010,2	295,4	714,7	29,3	685,4	617,1	101,6	2,1	27,6	89,9		
April	2 887,9	1 144,9	1 026,1	312,5	713,6	29,1	684,5	615,6	101,2	2,1	27,5	100,4		
Mai	2 895,5	1 159,4	1 020,8	309,7	711,1	29,2	681,9	614,7	100,7	2,1	27,5	102,5		
Juni	2 877,0	1 169,5	994,0	298,5	695,5	29,0	666,6	613,5	100,0	2,1	27,3	96,0		
Juli	2 887,5	1 181,8	993,6	302,6	691,1	29,1	662,0	613,1	98,9	2,1	27,0	100,2		
Aug.	2 901,6	1 195,7	995,6	305,6	690,1	28,9	661,2	612,5	97,8	2,1	26,8	102,7		
Veränderungen *)														
2010	+ 53,9	+ 71,9	- 38,6	- 17,3	- 21,3	- 6,0	- 15,3	+ 23,8	- 3,2	- 0,7	- 0,3	+ 4,2		
2011	+ 96,6	+ 63,6	+ 25,9	+ 35,5	- 9,6	+ 5,2	- 14,9	- 2,2	+ 9,3	- 0,3	- 1,2	+ 13,3		
2011 Sept.	+ 14,6	+ 9,9	+ 6,2	+ 8,8	- 2,6	+ 0,7	- 3,3	- 1,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 4,2		
Okt.	+ 11,3	+ 12,8	- 1,9	- 1,1	- 0,8	+ 1,0	- 1,8	- 0,4	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 0,8		
Nov.	+ 23,4	+ 26,5	- 2,8	- 2,7	- 0,1	+ 0,7	- 0,8	- 1,1	+ 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 5,9		
Dez.	- 7,7	- 16,5	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	- 12,6		
2012 Jan.	- 13,8	+ 10,0	- 24,0	- 21,0	- 3,1	+ 0,4	- 3,5	+ 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,6	- 10,4		
Febr.	+ 7,7	- 0,7	+ 6,4	+ 7,4	- 1,0	+ 0,9	- 2,0	+ 2,5	- 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 10,5		
März	- 5,3	+ 5,7	- 10,3	- 7,5	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 4,2		
April	+ 19,8	+ 8,1	+ 13,7	+ 14,6	- 0,9	- 0,2	- 0,7	- 1,5	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 7,8		
Mai	+ 7,6	+ 14,5	- 5,4	- 2,9	- 2,5	+ 0,1	- 2,6	- 0,9	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 2,1		
Juni	- 3,6	+ 11,7	- 13,4	- 10,7	- 2,7	- 0,2	- 2,5	- 1,2	- 0,7	- 0,0	- 0,2	- 6,5		
Juli	+ 10,5	+ 12,3	- 0,4	+ 4,1	- 4,5	+ 0,1	- 4,6	- 0,3	- 1,1	- 0,0	- 0,3	+ 4,2		
Aug.	+ 14,1	+ 13,9	+ 2,0	+ 3,0	- 1,0	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	+ 2,5		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3		
2010	1 124,4	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,4	80,5		
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2011 Sept.	1 163,0	370,1	769,2	224,4	544,8	9,6	535,2	6,3	17,5	2,5	20,6	101,5		
Okt.	1 168,5	376,9	767,7	224,8	543,0	9,8	533,1	6,2	17,6	2,5	20,5	100,7		
Nov.	1 175,4	390,6	761,7	220,2	541,6	9,9	531,7	5,7	17,3	2,5	20,4	106,6		
Dez.	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012 Jan.	1 137,0	381,2	733,2	201,4	531,9	9,3	522,5	5,6	17,0	2,4	19,8	83,6		
Febr.	1 134,0	373,1	738,3	209,1	529,2	9,7	519,5	5,7	16,9	2,2	19,7	94,1		
März	1 125,8	376,3	727,0	201,1	525,9	9,8	516,1	5,8	16,7	2,1	19,7	89,9		
April	1 140,8	374,7	743,6	218,7	524,9	9,7	515,2	5,8	16,6	2,1	19,6	100,4		
Mai	1 144,2	384,2	737,6	215,6	522,0	9,8	512,1	5,9	16,5	2,1	19,5	102,5		
Juni	1 118,8	384,8	711,5	205,3	506,2	9,8	496,4	6,1	16,4	2,1	19,4	96,0		
Juli	1 125,0	390,5	712,0	210,2	501,8	10,2	491,6	6,2	16,3	2,0	19,2	100,2		
Aug.	1 132,7	394,5	715,6	214,9	500,7	10,2	490,5	6,4	16,2	2,1	19,0	102,7		
Veränderungen *)														
2010	- 10,5	+ 9,8	- 21,6	+ 6,1	- 27,6	- 1,6	- 26,0	+ 0,9	+ 0,3	- 0,7	- 0,5	+ 4,2		
2011	+ 33,6	+ 29,1	+ 5,1	+ 27,6	- 22,5	+ 1,9	- 24,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 1,1	+ 13,3		
2011 Sept.	+ 12,5	+ 9,0	+ 3,7	+ 7,1	- 3,4	+ 0,4	- 3,9	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 4,2		
Okt.	+ 5,5	+ 6,8	- 1,5	+ 0,4	- 1,9	+ 0,3	- 2,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,8		
Nov.	+ 6,9	+ 13,3	- 6,0	- 4,6	- 1,4	+ 0,1	- 1,5	- 0,1	- 0,3	-	- 0,1	+ 5,9		
Dez.	- 17,4	- 15,9	- 1,4	+ 2,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 12,6		
2012 Jan.	- 19,8	+ 6,4	- 26,0	- 21,5	- 4,5	- 0,1	- 4,4	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 10,4		
Febr.	- 3,0	- 8,1	+ 5,1	+ 7,7	- 2,6	+ 0,4	- 3,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 10,5		
März	- 8,2	+ 3,2	- 11,4	- 8,0	- 3,3	+ 0,1	- 3,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 4,2		
April	+ 13,6	- 0,4	+ 14,1	+ 14,9	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 7,8		
Mai	+ 3,4	+ 9,5	- 6,1	- 3,2	- 2,9	+ 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 2,1		
Juni	- 10,4	+ 2,3	- 12,7	- 9,8	- 2,9	- 0,0	- 2,9	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 6,5		
Juli	+ 6,2	+ 5,7	+ 0,5	+ 4,9	- 4,4	+ 0,4	- 4,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 4,2		
Aug.	+ 7,6	+ 4,0	+ 3,6	+ 4,7	- 1,1	+ 0,1	- 1,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 2,5		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
		inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen				
		insgesamt	zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige			sonstige Privatpersonen	zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2009	1 594,9	651,3	631,3	112,5	424,6	94,3	19,9	275,6	258,5	24,5	213,2	20,7
2010	1 657,4	713,7	692,4	123,8	471,2	97,4	21,3	258,6	241,4	21,2	203,7	16,4
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012 März	1 740,1	760,7	735,4	132,4	496,5	106,6	25,3	283,2	264,8	22,7	221,9	20,1
April	1 747,1	770,2	744,3	136,5	499,7	108,1	25,9	282,5	264,9	22,4	222,1	20,4
Mai	1 751,3	775,2	750,7	137,4	503,5	109,8	24,5	283,2	265,8	22,8	222,3	20,7
Juni	1 758,2	784,7	759,2	135,8	513,3	110,2	25,5	282,5	265,2	22,3	223,2	19,7
Juli	1 762,5	791,3	766,2	140,4	515,0	110,8	25,1	281,6	264,3	21,9	222,6	19,8
Aug.	1 769,0	801,2	775,1	143,3	518,9	112,9	26,2	280,0	262,7	21,4	221,7	19,7
Veränderungen *)												
2010	+ 64,4	+ 62,1	+ 60,8	+ 11,3	+ 40,4	+ 9,1	+ 1,4	- 17,0	- 17,1	- 3,3	- 9,7	- 4,1
2011	+ 63,0	+ 34,5	+ 33,5	+ 7,8	+ 19,7	+ 6,0	+ 1,1	+ 20,8	+ 20,3	+ 2,1	+ 15,2	+ 3,0
2012 März	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,2	- 1,7	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4
April	+ 6,3	+ 8,5	+ 7,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,4	+ 0,8	- 0,4	+ 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Mai	+ 4,2	+ 5,0	+ 6,3	+ 0,8	+ 3,9	+ 1,7	- 1,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
Juni	+ 6,9	+ 9,5	+ 8,6	- 1,6	+ 8,4	+ 1,8	+ 0,9	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,1
Juli	+ 4,3	+ 6,6	+ 7,0	+ 4,6	+ 1,8	+ 0,6	- 0,3	- 0,9	- 0,9	- 0,4	- 0,6	+ 0,1
Aug.	+ 6,5	+ 9,9	+ 8,9	+ 2,9	+ 3,8	+ 2,2	+ 1,0	- 1,5	- 1,6	- 0,5	- 0,9	- 0,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2009	129,3	22,2	1,3	3,7	17,1	0,1	17,3	23,1	7,1	5,8	10,1	0,1	18,0	
2010	153,4	38,7	5,7	3,3	29,6	0,1	17,0	28,2	8,5	6,7	12,9	0,2	17,2	
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8	
2012 März	182,4	35,6	6,6	8,5	20,4	0,0	16,9	49,3	14,9	21,8	12,5	0,2	16,0	
April	183,5	33,4	10,0	3,8	19,5	0,0	16,9	48,2	11,9	23,9	12,3	0,2	16,1	
Mai	196,1	31,5	7,0	4,9	19,5	0,1	16,9	54,1	14,9	26,8	12,3	0,2	16,1	
Juni	227,7	33,8	9,9	4,7	19,2	0,1	16,7	84,5	19,4	40,1	24,8	0,2	16,0	
Juli	218,3	30,0	7,4	3,3	19,3	0,1	16,7	83,9	13,5	46,0	24,3	0,2	15,9	
Aug.	216,6	27,7	5,5	3,3	18,9	0,1	16,7	81,2	9,6	47,2	24,2	0,2	15,9	
Veränderungen *)														
2010	+ 23,9	+ 16,5	+ 4,4	- 0,4	+ 12,5	+ 0,0	- 0,2	+ 5,2	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,0	- 0,7	
2011	+ 14,6	- 0,7	+ 0,5	+ 6,3	- 7,5	+ 0,0	- 0,2	+ 6,6	+ 2,9	+ 4,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	
2012 März	- 0,1	- 9,7	- 7,8	- 1,9	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 9,6	+ 4,7	+ 5,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	
April	+ 0,6	+ 0,2	+ 3,4	- 2,3	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	- 1,1	- 3,0	+ 2,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
Mai	+ 12,6	- 1,9	- 3,0	+ 1,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 5,9	+ 3,0	+ 2,9	- 0,0	- 0,0	- 0,0	
Juni	+ 16,7	+ 2,3	+ 2,9	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 16,2	+ 3,0	+ 13,4	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	
Juli	- 9,4	- 3,8	- 2,5	- 1,4	+ 0,1	-	- 0,0	- 0,6	- 5,9	+ 5,8	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	
Aug.	- 1,6	- 2,3	- 1,8	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	- 2,7	- 3,9	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:					
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit	
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾											
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾													
17,2	109,0	166,6	19,4	147,2	586,5	577,5	9,0	81,5	0,1	9,8	–	2009	
17,3	85,7	173,0	15,0	158,0	609,1	599,2	9,9	76,0	0,1	8,2	–	2010	
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	–	2011	
18,4	94,4	188,8	19,5	169,3	611,3	601,8	9,5	84,9	0,0	7,9	–	2012 März	
17,6	93,8	188,7	19,4	169,3	609,8	600,2	9,6	84,6	0,0	7,9	–	April	
17,4	94,1	189,1	19,3	169,8	608,8	599,2	9,6	84,2	0,0	7,9	–	Mai	
17,3	93,2	189,3	19,2	170,1	607,4	597,8	9,6	83,6	0,0	7,9	–	Juni	
17,2	92,3	189,2	18,9	170,3	607,0	597,1	9,9	82,6	0,0	7,8	–	Juli	
17,3	90,7	189,4	18,7	170,7	606,1	596,1	10,0	81,6	0,0	7,8	–	Aug.	
Veränderungen ¹⁾													
+ 0,1	– 23,3	+ 6,4	– 4,4	+ 10,8	+ 22,8	+ 22,0	+ 0,9	– 3,6	– 0,0	+ 0,2	± 0,0	2010	
+ 0,5	+ 8,0	+ 12,9	+ 3,3	+ 9,5	– 1,8	– 1,1	– 0,7	+ 9,5	– 0,0	– 0,1	–	2011	
+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	– 0,5	– 0,6	+ 0,1	– 0,1	– 0,0	– 0,0	–	2012 März	
– 0,6	– 0,3	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	– 1,5	– 1,6	+ 0,1	– 0,4	– 0,0	+ 0,0	–	April	
– 0,2	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 0,4	– 1,1	– 1,1	+ 0,0	– 0,4	– 0,0	+ 0,0	–	Mai	
– 0,1	– 0,9	+ 0,2	– 0,2	+ 0,4	– 1,4	– 1,3	– 0,0	– 0,6	– 0,0	– 0,0	–	Juni	
– 0,1	– 0,8	– 0,1	– 0,3	+ 0,2	– 0,5	– 0,8	+ 0,3	– 0,9	– 0,0	– 0,0	–	Juli	
+ 0,1	– 1,7	+ 0,1	– 0,2	+ 0,4	– 0,8	– 1,0	+ 0,1	– 1,1	+ 0,0	– 0,0	–	Aug.	

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
38,0	20,2	10,3	4,2	3,3	0,4	46,0	13,3	23,1	8,9	0,6	0,0	2009
37,4	19,5	9,9	4,5	3,5	0,4	49,1	12,3	27,9	8,3	0,6	0,0	2010
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
37,6	16,4	12,8	5,3	3,1	0,4	59,8	14,0	35,8	9,7	0,3	0,0	2012 März
37,8	16,6	12,6	5,5	3,1	0,4	64,1	14,4	39,9	9,4	0,3	0,0	April
41,6	19,5	13,2	5,6	3,2	0,4	68,9	16,1	42,6	9,9	0,3	0,0	Mai
40,2	18,2	12,8	5,8	3,4	0,4	69,1	16,7	41,3	10,8	0,4	0,0	Juni
38,9	17,0	12,6	5,8	3,5	0,4	65,5	15,8	38,3	11,1	0,4	0,0	Juli
43,5	21,2	12,9	5,9	3,6	0,4	64,2	14,9	37,7	11,0	0,4	0,0	Aug.
Veränderungen ¹⁾												
– 0,6	– 0,6	– 0,5	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 2,9	– 1,2	+ 4,7	– 0,6	– 0,1	– 0,0	2010
+ 1,8	– 1,4	+ 2,9	+ 0,5	– 0,2	– 0,0	+ 7,0	– 1,9	+ 8,2	+ 0,9	– 0,2	– 0,0	2011
– 0,8	– 0,7	– 0,2	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	+ 0,8	– 0,1	+ 0,8	+ 0,1	– 0,0	–	2012 März
– 0,0	+ 0,2	– 0,2	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,5	– 0,2	+ 0,0	–	April
+ 3,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	–	+ 4,8	+ 1,7	+ 2,7	+ 0,5	+ 0,0	–	Mai
– 1,4	– 1,3	– 0,4	+ 0,2	+ 0,1	–	– 0,4	+ 0,6	– 1,8	+ 0,7	+ 0,0	–	Juni
– 1,4	– 1,3	– 0,2	+ 0,0	+ 0,1	– 0,0	– 3,6	– 0,9	– 3,0	+ 0,3	+ 0,0	–	Juli
+ 4,7	+ 4,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	–	– 1,3	– 0,8	– 0,5	– 0,0	+ 0,0	–	Aug.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
	insgesamt	zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit drei-monatiger Kündigungs-frist	zu-sammen			zu-sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2009	604,1	594,5	474,5	379,4	120,0	112,1	9,6	7,0	13,8	118,8	103,2	68,3	15,6	
2010	628,2	618,2	512,5	412,3	105,7	96,6	9,9	7,7	10,9	113,1	95,4	70,5	17,7	
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7	
2012 April	628,3	617,9	519,5	415,5	98,4	88,3	10,4	7,9	0,3	119,9	102,5	73,6	17,4	
Mai	627,6	617,1	519,5	415,3	97,6	87,1	10,5	8,0	0,3	119,7	102,0	73,3	17,7	
Juni	626,7	616,1	519,4	414,6	96,6	86,1	10,6	8,1	0,3	118,8	101,3	73,0	17,5	
Juli	626,6	615,9	520,2	414,4	95,7	85,1	10,7	8,1	0,4	117,9	100,3	72,5	17,6	
Aug.	626,0	615,4	521,0	414,7	94,3	83,6	10,7	8,1	0,4	116,6	99,1	72,0	17,5	
Veränderungen *)														
2010	+ 24,3	+ 24,0	+ 38,3	+ 33,1	- 14,3	- 15,5	+ 0,3	+ 0,6	.	- 1,2	- 3,3	+ 6,7	+ 2,1	
2011	- 2,4	- 2,6	+ 1,3	+ 0,2	- 3,9	- 4,3	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 9,4	+ 9,3	+ 4,0	+ 0,2	
2012 April	- 1,5	- 1,5	- 1,2	- 1,3	- 0,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	
Mai	- 0,7	- 0,8	+ 0,0	- 0,2	- 0,8	- 1,2	+ 0,1	+ 0,1	.	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	
Juni	- 0,9	- 1,1	- 0,1	- 0,7	- 1,0	- 1,0	+ 0,1	+ 0,1	.	- 0,9	- 0,7	- 0,3	- 0,2	
Juli	- 0,1	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	- 0,9	- 1,0	+ 0,0	+ 0,0	.	- 0,9	- 1,1	- 0,5	+ 0,1	
Aug.	- 0,5	- 0,5	+ 0,9	+ 0,2	- 1,4	- 1,6	- 0,0	+ 0,0	.	- 1,3	- 1,1	- 0,5	- 0,2	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:				mit Laufzeit				über 2 Jahre	insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
						zu-sammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zu-sammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2009	1 529,8	380,6	43,9	317,4	70,4	115,9	.	105,8	.	1 308,2	0,9	0,6	46,1	1,8
2010	1 435,1	342,0	40,7	366,5	82,8	97,0	4,6	56,8	6,5	1 281,4	0,7	0,6	43,9	1,5
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012 April	1 334,6	356,7	33,8	369,1	67,4	85,5	3,2	53,8	4,9	1 195,2	0,3	0,3	39,8	1,3
Mai	1 340,8	357,5	35,8	384,5	67,4	87,2	3,4	52,9	5,1	1 200,7	0,3	0,3	39,8	1,3
Juni	1 329,9	355,0	36,4	380,5	68,5	89,2	3,2	51,5	4,8	1 189,2	0,3	0,3	39,4	1,3
Juli	1 339,7	358,7	35,8	395,5	73,0	94,2	3,3	54,2	5,0	1 191,2	0,3	0,3	39,1	1,3
Aug.	1 323,7	356,9	33,5	384,0	68,6	86,3	3,3	53,7	4,7	1 183,7	0,3	0,3	38,9	1,3
Veränderungen *)														
2010	- 94,2	- 37,5	+ 3,2	+ 49,1	+ 12,4	- 18,8	.	- 48,9	.	- 26,4	- 0,2	- 0,0	- 2,1	- 0,3
2011	- 59,0	+ 10,6	- 5,2	+ 8,4	- 7,5	- 2,1	- 1,6	- 2,9	- 2,0	- 54,0	- 0,0	- 0,2	- 0,8	- 0,0
2012 April	- 1,5	- 1,0	- 2,6	+ 3,2	- 3,0	- 5,2	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,3	+ 2,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Mai	+ 6,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 15,3	+ 0,0	+ 1,7	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 5,4	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0
Juni	- 10,9	- 2,5	+ 0,6	- 4,0	+ 1,1	+ 2,0	- 0,2	- 1,4	- 0,3	- 11,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,0
Juli	+ 9,8	+ 3,7	- 0,6	+ 15,0	+ 4,4	+ 5,1	+ 0,2	+ 2,7	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0
Aug.	- 16,0	- 1,8	- 2,4	- 11,5	- 4,4	- 7,9	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 7,6	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schreibungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2011	23	197,5	41,4	0,0	17,6	27,1	74,2	15,9	13,0	0,7	22,8	136,7	6,9	5,4	8,3	99,2
2012 Juni	23	200,1	43,4	0,0	17,3	26,0	75,8	16,0	13,6	0,8	22,9	138,6	6,4	5,3	8,4	8,5
Juli	23	199,2	42,1	0,0	17,3	25,6	76,3	15,9	14,1	0,8	22,1	138,7	6,4	5,4	8,6	9,1
Aug.	23	199,5	42,3	0,0	17,4	25,3	76,7	15,9	14,1	0,8	22,0	138,9	6,4	5,4	8,6	8,5
Private Bausparkassen																
2012 Juni	13	143,6	25,9	0,0	11,7	17,2	60,3	14,1	7,2	0,5	19,9	91,7	6,3	5,3	5,7	5,4
Juli	13	142,6	24,7	0,0	11,8	17,0	60,7	14,0	7,5	0,5	19,1	91,7	6,3	5,4	5,7	5,8
Aug.	13	142,8	24,8	0,0	11,8	16,8	61,0	14,0	7,5	0,5	19,1	91,8	6,3	5,4	5,7	5,5
Öffentliche Bausparkassen																
2012 Juni	10	56,5	17,5	0,0	5,6	8,8	15,5	1,8	6,5	0,3	3,0	46,9	0,1	-	2,8	3,1
Juli	10	56,6	17,5	0,0	5,5	8,7	15,6	1,9	6,6	0,3	2,9	47,0	0,1	-	2,9	3,3
Aug.	10	56,7	17,5	0,0	5,6	8,5	15,7	1,9	6,6	0,3	2,9	47,1	0,1	-	2,9	3,1

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen			neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal			
						Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-krediten								
Alle Bausparkassen																
2011	27,6	2,5	6,1	46,2	31,0	40,9	18,1	4,4	8,2	4,1	14,6	12,1	7,5	11,0	9,3	0,5
2012 Juni	2,4	0,0	0,5	4,3	2,5	3,5	1,5	0,4	0,6	0,3	1,4	13,2	7,7	1,0	2,5	0,0
Juli	2,3	0,0	0,6	4,6	2,7	3,8	1,6	0,4	0,6	0,3	1,5	13,4	7,7	1,1	0,0	0,0
Aug.	2,4	0,0	0,5	4,2	2,6	3,6	1,6	0,4	0,6	0,3	1,5	13,4	7,7	1,0	0,0	0,0
Private Bausparkassen																
2012 Juni	1,6	0,0	0,3	3,1	1,7	2,5	1,0	0,3	0,4	0,2	1,1	8,6	4,2	0,7	1,6	0,0
Juli	1,5	0,0	0,3	3,4	1,9	2,8	1,2	0,3	0,4	0,2	1,2	8,8	4,2	0,7	0,0	0,0
Aug.	1,5	0,0	0,3	3,0	1,7	2,7	1,1	0,3	0,4	0,3	1,1	8,8	4,2	0,7	0,0	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2012 Juni	0,8	0,0	0,3	1,2	0,8	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,6	3,5	0,3	0,8	0,0
Juli	0,8	0,0	0,3	1,2	0,9	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,6	3,5	0,3	0,0	0,0
Aug.	0,8	0,0	0,3	1,2	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,3	4,6	3,5	0,3	0,0	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Postgiro Guthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für alle-

meine Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken		ausländische Banken	insgesamt	zusammen				an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	514,0	156,7	190,9	-	
2010	55	212	2 226,3	591,4	564,8	232,0	332,8	26,6	696,7	532,5	27,5	505,0	164,2	938,2	633,9	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2011 Okt.	56	210	2 236,0	564,4	543,6	185,5	358,1	20,8	688,0	547,2	24,0	523,2	140,8	983,6	819,2	
Nov.	56	210	2 291,2	576,4	555,1	181,5	373,6	21,4	683,5	541,5	23,8	517,7	142,0	1 031,3	853,4	
Dez.	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2012 Jan.	56	211	2 336,3	632,7	614,4	223,4	391,0	18,3	668,0	529,0	22,9	506,1	139,0	1 035,7	836,8	
Febr.	56	211	2 328,3	653,0	634,6	212,3	422,4	18,4	655,2	518,8	21,9	496,8	136,4	1 020,1	797,4	
März	56	210	2 136,4	599,7	582,5	228,0	354,4	17,2	634,4	499,0	21,4	477,6	135,4	902,3	735,2	
April	56	210	2 196,8	620,2	603,7	226,4	377,2	16,6	635,4	502,9	21,8	481,1	132,4	941,2	756,9	
Mai	57	211	2 428,5	641,2	625,1	214,9	410,2	16,0	663,7	529,8	22,0	507,8	133,9	1 123,6	937,5	
Juni	57	209	2 203,8	576,6	561,4	199,1	362,3	15,2	623,2	490,3	21,0	469,3	132,9	1 004,0	829,9	
Juli	57	211	2 271,3	542,7	527,5	194,1	333,4	15,3	638,6	505,2	21,2	484,0	133,4	1 089,9	883,1	
Veränderungen *)																
2010	+ 4	+ 1	+ 695,5	- 8,7	+ 5,5	+ 21,9	- 16,4	- 14,2	- 36,3	- 35,6	+ 6,8	- 42,4	- 0,7	+ 740,6	-	
2011	+ 1	- 3	+ 56,9	- 4,6	+ 3,2	- 32,9	+ 36,2	- 7,9	- 68,9	- 40,9	- 4,3	- 36,7	- 28,0	+ 130,4	+ 251,0	
2011 Nov.	-	-	+ 26,3	- 1,5	- 1,9	- 4,0	+ 2,2	+ 0,3	- 18,7	- 17,1	- 0,2	- 16,9	- 1,6	+ 46,5	+ 34,2	
Dez.	-	- 1	- 0,9	+ 16,0	+ 18,6	+ 17,6	+ 0,9	- 2,6	- 54,6	- 48,4	- 0,6	- 47,8	- 6,2	+ 37,6	+ 31,6	
2012 Jan.	-	+ 2	+ 30,1	+ 33,9	+ 34,5	+ 24,3	+ 10,2	- 0,6	+ 30,3	+ 28,6	- 0,3	+ 28,9	+ 1,7	- 34,1	- 48,2	
Febr.	-	-	+ 8,7	+ 27,5	+ 27,4	- 11,1	+ 38,5	+ 0,1	- 4,3	- 3,3	- 1,0	- 2,3	- 1,0	- 14,5	- 39,3	
März	-	- 1	- 196,1	- 55,0	- 53,8	+ 15,8	- 69,6	- 1,2	- 23,0	- 21,7	- 0,5	- 21,2	- 1,3	- 118,1	- 62,2	
April	-	-	+ 50,3	+ 16,9	+ 17,6	- 1,6	+ 19,2	- 0,7	- 4,8	- 0,8	+ 0,4	- 1,2	- 4,0	+ 38,2	+ 21,7	
Mai	-	+ 1	+ 188,8	+ 1,8	+ 2,6	- 11,5	+ 14,1	- 0,8	+ 7,7	+ 10,1	+ 0,2	+ 9,9	- 2,4	+ 179,2	+ 180,6	
Juni	-	- 2	- 213,5	- 59,5	- 58,7	- 15,8	- 42,9	- 0,8	- 35,1	- 35,1	- 1,0	- 34,1	+ 0,0	- 118,9	- 107,6	
Juli	-	+ 2	+ 48,4	- 41,8	- 41,7	- 5,0	- 36,7	- 0,1	+ 5,6	+ 6,9	+ 0,2	+ 6,6	- 1,3	+ 84,6	+ 53,2	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2009	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	115,9	62,4	51,7	-	
2010	37	93	495,1	220,9	178,7	98,8	79,9	42,1	218,3	168,8	37,7	131,2	49,5	55,9	-	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2011 Okt.	35	88	486,8	221,4	185,0	106,8	78,2	36,3	212,4	166,8	36,5	130,3	45,6	53,0	-	
Nov.	35	88	491,6	225,4	188,8	107,2	81,6	36,6	212,1	167,0	36,6	130,3	45,1	54,1	-	
Dez.	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2012 Jan.	35	86	472,7	208,2	171,5	92,6	78,9	36,7	212,0	165,8	35,0	130,8	46,2	52,4	-	
Febr.	35	86	470,0	209,8	174,1	93,7	80,4	35,7	210,1	164,2	34,3	129,8	45,9	50,1	-	
März	35	86	464,5	208,7	175,0	95,9	79,1	33,7	210,5	165,3	34,1	131,1	45,2	45,3	-	
April	35	86	471,1	210,1	176,6	96,7	79,9	33,5	210,0	164,8	33,9	130,9	45,2	51,0	-	
Mai	35	85	473,4	209,0	178,3	96,3	82,0	30,7	213,7	168,2	34,3	133,9	45,5	50,7	-	
Juni	35	85	468,8	208,6	177,6	97,4	80,2	31,0	209,5	165,3	33,7	131,7	44,2	50,7	-	
Juli	35	85	475,8	210,8	179,1	98,3	80,9	31,6	212,5	167,7	33,3	134,3	44,8	52,5	-	
Veränderungen *)																
2010	+ 1	- 4	+ 9,2	+ 9,0	+ 17,8	+ 11,4	+ 6,4	- 8,8	- 3,8	+ 9,2	- 1,1	+ 10,3	-12,9	+ 3,9	-	
2011	- 2	- 6	-20,1	- 12,2	- 7,2	- 3,5	- 3,7	- 5,0	- 9,6	- 5,5	- 2,1	- 3,4	- 4,0	+ 1,6	-	
2011 Nov.	-	-	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 0,3	- 1,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	- 0,4	+ 0,9	-	
Dez.	-	- 1	- 16,2	- 16,6	- 17,1	- 11,9	- 5,2	+ 0,5	- 3,1	- 3,3	- 1,1	- 2,3	+ 0,3	+ 3,4	-	
2012 Jan.	-	- 1	- 4,7	- 1,4	- 0,8	- 2,7	+ 1,9	- 0,6	+ 1,9	+ 1,2	- 0,6	+ 1,8	+ 0,7	- 5,2	-	
Febr.	-	-	- 0,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,1	+ 2,1	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,7	- 0,2	- 0,3	- 2,2	-	
März	-	-	- 6,0	- 1,4	+ 0,6	+ 2,2	- 1,5	- 2,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	- 0,7	- 4,8	-	
April	-	-	+ 5,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,4	- 0,4	- 1,0	- 1,0	- 0,2	- 0,8	+ 0,0	+ 5,6	-	
Mai	-	- 1	- 2,9	- 3,8	- 0,2	- 0,5	+ 0,2	- 3,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,2	- 0,5	-	
Juni	-	-	- 3,2	+ 0,2	- 0,2	+ 1,1	- 1,4	+ 0,5	- 3,5	- 2,2	- 0,7	- 1,6	- 1,2	+ 0,0	-	
Juli	-	-	+ 4,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,3	- 0,3	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,8	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands					
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)		auslän- dische Nicht- banken							
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	3,5	290,5	157,5	33,9	144,4	–	2009	
1 131,3	751,9	398,2	353,7	379,4	44,9	39,2	5,7	334,5	187,1	34,7	873,3	648,7	2010	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 163,5	774,3	392,6	381,7	389,2	39,6	34,1	5,5	349,6	140,0	38,1	894,4	812,0	2011 Okt.	
1 172,8	782,0	403,3	378,7	390,8	36,9	31,3	5,6	353,9	141,3	38,3	938,8	843,1	Nov.	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	Dez.	
1 247,4	873,2	439,0	434,2	374,1	35,1	29,3	5,8	339,0	140,8	38,5	909,7	828,8	2012 Jan.	
1 265,7	870,1	413,4	456,7	395,6	32,7	25,9	6,9	362,9	140,2	38,8	883,6	792,4	Febr.	
1 142,3	796,3	397,5	398,8	345,9	31,0	24,2	6,8	314,9	146,3	38,9	809,0	730,4	März	
1 180,1	803,8	384,7	419,1	376,4	31,1	24,3	6,8	345,3	147,6	38,9	830,1	753,1	April	
1 224,1	837,7	384,0	453,8	386,4	30,3	23,5	6,8	356,1	151,8	39,3	1 013,3	937,1	Mai	
1 114,9	762,5	366,5	395,9	352,5	30,3	23,5	6,8	322,1	141,3	38,9	908,7	829,5	Juni	
1 124,7	752,0	375,1	376,9	372,7	29,3	22,0	7,3	343,4	146,6	39,3	960,8	880,1	Juli	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
– 34,9	– 65,3	– 50,8	– 14,5	+ 30,3	+ 7,5	+ 5,4	+ 2,2	+ 22,8	+ 29,7	+ 0,8	+ 700,0	–	2010	
+ 27,0	+ 50,1	+ 8,4	+ 41,7	– 23,1	– 9,0	– 8,9	– 0,0	– 14,2	– 45,8	+ 3,9	+ 71,9	+ 231,5	2011	
– 11,0	– 3,6	+ 10,6	– 14,2	– 7,4	– 2,7	– 2,8	+ 0,1	– 4,7	+ 1,3	+ 0,2	+ 35,8	+ 31,1	2011 Nov.	
– 11,3	+ 22,6	+ 3,3	+ 19,3	– 33,8	– 0,9	– 1,0	+ 0,0	– 32,9	– 0,1	+ 0,2	+ 10,2	+ 37,1	Dez.	
+ 75,5	+ 63,7	+ 32,5	+ 31,2	+ 11,8	– 0,8	– 1,0	+ 0,2	+ 12,6	– 0,4	– 0,1	– 44,9	– 51,4	2012 Jan.	
+ 30,7	+ 4,3	– 25,6	+ 29,9	+ 26,4	– 2,4	– 3,5	+ 1,1	+ 28,8	– 0,6	+ 0,3	– 21,6	– 36,4	Febr.	
– 126,6	– 75,6	– 15,9	– 59,8	– 51,0	– 1,8	– 1,7	– 0,1	– 49,2	+ 6,1	+ 0,1	– 75,7	– 62,0	März	
+ 30,6	+ 3,4	– 12,8	+ 16,2	+ 27,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 27,1	+ 1,3	+ 0,1	+ 18,3	+ 22,7	April	
+ 12,2	+ 15,5	– 0,8	+ 16,2	– 3,3	– 0,8	– 0,8	+ 0,0	– 2,5	+ 4,2	+ 0,3	+ 172,0	+ 184,0	Mai	
– 101,0	– 70,4	– 17,4	– 53,0	– 30,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	– 30,6	– 10,5	– 0,4	– 101,6	– 107,6	Juni	
– 3,6	– 17,9	+ 8,5	– 26,4	+ 14,3	– 1,0	– 1,5	+ 0,5	+ 15,3	+ 5,3	+ 0,4	+ 46,4	+ 50,6	Juli	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter	
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	7,4	122,1	33,3	24,3	38,9	–	2009	
387,4	221,1	136,4	84,7	166,3	31,0	23,6	7,3	135,3	28,9	31,8	46,9	–	2010	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	–	2011	
384,5	223,7	135,1	88,7	160,8	30,1	23,1	6,9	130,7	25,1	30,6	46,6	–	2011 Okt.	
388,1	227,8	136,5	91,3	160,3	29,5	22,5	7,0	130,8	25,3	31,2	47,0	–	Nov.	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	–	Dez.	
371,2	219,7	131,9	87,8	151,5	29,0	22,1	6,9	122,4	25,0	30,1	46,4	–	2012 Jan.	
368,2	215,8	129,6	86,2	152,4	28,9	22,1	6,9	123,4	24,9	30,6	46,4	–	Febr.	
364,3	215,9	130,0	85,9	148,4	27,7	20,9	6,8	120,7	24,6	29,6	46,0	–	März	
370,6	222,9	129,2	93,8	147,7	26,8	19,9	6,8	121,0	24,5	29,3	46,6	–	April	
369,0	224,5	128,9	95,6	144,6	26,0	19,0	7,0	118,5	25,2	31,3	47,8	–	Mai	
366,0	218,3	126,8	91,5	147,7	27,5	20,5	6,9	120,2	24,1	31,8	47,0	–	Juni	
368,7	218,3	125,1	93,2	150,4	26,0	19,0	7,0	124,4	24,7	32,1	50,3	–	Juli	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
+ 1,5	– 1,7	+ 11,0	– 12,7	+ 3,2	– 6,0	– 5,9	– 0,1	+ 9,2	– 4,4	+ 7,5	+ 4,6	–	2010	
– 12,5	+ 7,1	+ 6,0	+ 1,1	– 19,6	– 4,2	– 3,8	– 0,4	– 15,3	– 3,8	– 1,0	– 2,8	–	2011	
+ 0,8	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,3	– 2,0	– 0,6	– 0,7	+ 0,1	– 1,3	+ 0,2	+ 0,7	– 0,3	–	2011 Nov.	
– 13,1	+ 0,6	+ 5,9	– 5,4	– 13,6	– 2,7	– 2,6	– 0,1	– 10,9	– 0,2	– 0,4	– 2,6	–	Dez.	
– 5,2	– 9,3	– 10,5	+ 1,2	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,9	– 0,1	– 0,8	+ 1,4	–	2012 Jan.	
– 1,7	– 3,2	– 2,3	– 0,9	+ 1,5	– 0,1	– 0,0	– 0,1	+ 1,6	– 0,1	+ 0,5	+ 0,5	–	Febr.	
– 4,2	– 0,1	+ 0,4	– 0,5	– 4,2	– 1,2	– 1,2	– 0,0	– 2,9	– 0,2	– 1,1	– 0,5	–	März	
+ 5,6	+ 6,6	– 0,8	+ 7,4	– 1,0	– 0,9	– 1,0	+ 0,0	– 0,1	– 0,1	– 0,3	+ 0,3	–	April	
– 5,9	– 0,8	– 0,3	– 0,4	– 5,1	– 0,7	– 0,9	+ 0,1	– 4,4	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,3	–	Mai	
– 2,0	– 5,6	– 2,1	– 3,5	+ 3,5	+ 1,5	+ 1,5	– 0,0	+ 2,1	– 1,1	+ 0,5	– 0,5	–	Juni	
+ 0,9	– 1,0	– 1,7	+ 0,7	+ 1,9	– 1,4	– 1,5	+ 0,1	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,8	–	Juli	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schul-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2012 Febr.	10 478,6	104,8	0,5	104,3	108,9	4,6	0,0
März	10 585,8	105,9	0,5	105,4	109,6	4,3	0,0
April	10 571,3	105,7	0,5	105,2	110,5	5,3	0,0
Mai	10 707,2	107,1	0,5	106,6	110,8	4,2	0,0
Juni	10 739,9	107,4	0,5	106,9	111,5	4,6	0,0
Juli	10 747,7	107,5	0,5	107,0	510,2	403,2	0,0
Aug. p)	10 761,1	107,6	0,5	107,1	540,0	432,9	0,0
Sept. p) 8)	10 750,6	107,5	0,5	107,0	538,1	431,1	...
Okt. p)	106,4
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2012 Febr.	2 649 840	26 498	183	26 315	27 658	1 343	0
März	2 771 416	27 714	183	27 531	28 782	1 251	1
April	2 792 741	27 927	183	27 745	28 917	1 172	0
Mai	2 830 635	28 306	183	28 124	29 330	1 206	4
Juni	2 854 770	28 548	183	28 365	29 610	1 245	1
Juli	2 861 640	28 616	182	28 434	184 846	156 412	1
Aug.	2 876 772	28 768	182	28 586	195 203	166 617	1
Sept. p)	2 881 887	28 819	181	28 638	189 857	161 219	0
Okt. p)	2 903 312	29 033	181	28 852

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung

der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75					
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25					
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2007 1. Jan.	2,70
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	1,22	1. Juli	3,19
2004 1. Jan.	1,14	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,13	1. Juli	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,17	2012 1. Jan.	0,12
2006 1. Jan.	1,37		
1. Juli	1,95		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Mio €	% p.a.		Tage				
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2012 12. Sept.	130 342	130 342	0,75	–	–	–	7
19. Sept.	119 838	119 838	0,75	–	–	–	7
26. Sept.	117 383	117 383	0,75	–	–	–	7
3. Okt.	102 886	102 886	0,75	–	–	–	7
10. Okt.	89 783	89 783	0,75	–	–	–	7
17. Okt.	91 813	91 813	0,75	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2012 30. Aug.	9 746	9 746	2) ...	–	–	–	91
12. Sept.	13 844	13 844	0,75	–	–	–	28
27. Sept.	18 709	18 709	2) ...	–	–	–	84
10. Okt.	12 829	12 829	0,75	–	–	–	35

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
2012 März	0,36	0,36	0,36	0,35	0,35	0,36	0,32	0,47	0,86	1,16	1,50
April	0,35	0,35	0,35	0,34	0,34	0,34	0,32	0,41	0,74	1,04	1,37
Mai	0,34	0,34	0,33	0,30	0,28	0,27	0,32	0,39	0,68	0,97	1,27
Juni	0,33	0,33	0,30	0,25	0,23	0,22	0,32	0,38	0,66	0,93	1,22
Juli	0,18	0,15	0,14	0,12	0,11	0,11	0,16	0,22	0,50	0,78	1,06
Aug.	0,11	0,11	0,10	0,07	0,05	0,05	0,09	0,13	0,33	0,61	0,88
Sept.	0,10	0,10	0,10	0,08	0,06	0,07	0,09	0,12	0,25	0,48	0,74

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnitts-

satz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 Aug.	1,78	132 093	2,35	222 091	1,52	104 430	3,71	24 181
Sept.	1,81	134 117	2,34	222 719	1,52	109 607	3,68	24 053
Okt.	1,84	134 147	2,34	222 983	1,55	110 904	3,67	23 951
Nov.	1,87	137 615	2,33	223 747	1,53	108 388	3,64	23 470
Dez.	1,87	139 689	2,32	227 255	1,50	104 838	3,60	23 384
2012 Jan.	1,86	140 362	2,32	227 974	1,43	107 611	3,59	22 576
Febr.	1,86	140 215	2,32	228 654	1,39	102 697	3,58	22 973
März	1,86	140 842	2,31	229 012	1,30	99 012	3,56	22 835
April	1,85	139 793	2,30	228 848	1,24	98 127	3,53	22 741
Mai	1,83	139 697	2,29	229 121	1,19	96 040	3,51	22 861
Juni	1,82	138 295	2,29	229 269	1,16	92 613	3,48	22 722
Juli	1,79	136 532	2,28	229 047	1,09	93 203	3,46	22 303
Aug.	1,76	133 856	2,28	229 015	1,01	93 671	3,43	22 163

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾				Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}							
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 Aug.	4,20	5 315	3,86	27 537	4,56	931 968	8,52	63 858	5,67	74 147	5,68	313 504
Sept.	4,23	5 284	3,85	27 817	4,55	934 054	8,56	65 653	5,66	74 384	5,68	313 747
Okt.	4,21	5 240	3,83	27 897	4,54	935 360	8,59	64 981	5,59	73 804	5,68	313 742
Nov.	4,22	5 165	3,81	28 069	4,53	937 366	8,52	63 648	5,56	73 789	5,66	315 187
Dez.	4,15	5 300	3,78	28 122	4,51	937 763	8,52	64 522	5,53	73 322	5,65	313 944
2012 Jan.	4,09	5 137	3,75	28 154	4,49	936 543	8,48	63 374	5,52	73 596	5,62	313 820
Febr.	4,06	5 054	3,73	28 188	4,47	936 749	8,37	63 122	5,49	73 581	5,61	313 827
März	4,03	5 100	3,70	28 402	4,46	937 726	8,34	64 286	5,45	73 527	5,59	313 149
April	3,91	5 069	3,65	28 290	4,43	936 775	8,21	63 838	5,41	73 758	5,50	316 663
Mai	3,85	5 187	3,62	28 501	4,41	938 392	8,17	63 708	5,36	74 466	5,48	317 022
Juni	3,80	5 206	3,61	28 620	4,39	940 699	8,19	64 670	5,30	74 576	5,41	314 970
Juli	3,70	5 302	3,57	28 775	4,37	942 529	7,99	63 767	5,28	75 103	5,39	315 554
Aug.	3,64	5 278	3,54	28 844	4,34	945 753	8,01	62 303	5,24	75 451	5,36	316 282

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 Aug.	4,12	135 305	4,04	129 991	3,98	562 983
Sept.	4,16	139 120	4,03	129 919	3,98	561 294
Okt.	4,11	137 986	4,02	128 882	3,97	565 182
Nov.	4,02	139 610	3,97	128 882	3,96	566 756
Dez.	4,00	133 627	3,93	128 385	3,93	567 781
2012 Jan.	3,84	136 423	3,83	127 581	3,88	569 546
Febr.	3,69	139 689	3,72	126 323	3,86	571 604
März	3,64	141 139	3,61	126 677	3,79	571 433
April	3,50	140 151	3,51	125 928	3,73	569 972
Mai	3,46	140 062	3,46	126 583	3,70	572 592
Juni	3,48	141 449	3,41	126 567	3,66	573 352
Juli	3,35	140 569	3,32	126 973	3,60	576 961
Aug.	3,26	138 747	3,29	126 136	3,56	578 728

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2011 Aug.	0,90	728 134	1,53	17 115	2,50	1 828	2,80	1 953	1,43	510 749	1,91	104 307
Sept.	0,91	729 249	1,53	18 506	2,46	1 244	2,70	1 530	1,47	509 809	1,92	103 815
Okt.	0,92	735 055	1,60	17 069	2,28	1 938	2,73	1 711	1,48	509 641	1,94	103 670
Nov.	0,91	748 146	1,57	16 851	2,17	2 261	2,83	1 934	1,43	510 106	1,94	101 829
Dez.	0,91	747 612	1,38	17 013	2,23	1 980	2,77	2 049	1,45	515 587	1,94	101 085
2012 Jan.	0,89	751 235	1,50	18 304	2,30	1 724	3,03	2 422	1,43	517 814	1,94	100 172
Febr.	0,88	758 730	1,42	13 756	2,33	1 677	2,96	2 354	1,40	520 675	1,93	99 932
März	0,84	761 183	1,35	14 308	2,27	1 148	2,81	2 252	1,34	521 107	1,93	99 132
April	0,81	770 703	1,37	12 402	2,13	870	2,46	1 672	1,28	520 039	1,92	98 812
Mai	0,79	775 639	1,26	14 178	1,99	828	2,33	1 487	1,27	519 995	1,89	98 036
Juni	0,77	785 236	1,25	10 609	1,74	573	2,11	1 349	1,24	519 919	1,85	97 049
Juli	0,71	791 644	1,38	13 617	2,07	1 261	2,20	1 636	1,21	520 534	1,81	96 163
Aug.	0,68	801 449	1,28	10 091	2,09	1 261	2,08	1 426	1,16	521 324	1,77	94 750

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2011 Aug.	0,63	249 188	1,23	38 033	2,53	428	2,55	515
Sept.	0,66	252 851	1,24	34 917	2,09	411	2,11	415
Okt.	0,64	257 807	1,24	36 857	2,08	621	2,31	1 363
Nov.	0,60	260 684	1,04	40 868	2,09	576	2,21	494
Dez.	0,55	267 881	1,01	41 975	2,10	766	2,36	841
2012 Jan.	0,52	255 889	0,72	39 165	2,16	520	2,29	842
Febr.	0,48	256 443	0,60	34 105	2,04	594	2,28	543
März	0,46	261 558	0,63	28 015	1,94	528	2,32	531
April	0,43	264 667	0,55	23 820	1,68	392	2,53	470
Mai	0,42	267 293	0,48	23 443	1,59	326	1,86	512
Juni	0,40	270 503	0,45	22 861	1,54	312	1,58	382
Juli	0,34	280 460	0,37	21 829	1,31	638	1,70	596
Aug.	0,30	288 016	0,33	17 095	1,43	405	1,58	413

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2011 Aug.	3,14	4 211	4,81	1 087	4,36	2 051	3,22	2 473	4,98	830	4,34	1 152
Sept.	3,05	4 332	4,69	1 122	4,09	2 576	3,17	2 638	4,80	854	4,07	1 556
Okt.	3,06	5 025	4,54	1 044	4,03	2 524	3,17	2 978	4,65	813	4,00	1 372
Nov.	3,04	3 631	4,59	992	3,82	2 109	3,16	2 318	4,78	785	3,76	1 336
Dez.	2,78	4 968	4,51	1 233	3,77	3 272	3,08	2 987	4,69	948	3,74	1 878
2012 Jan.	2,62	5 028	4,42	1 148	3,77	2 326	2,94	2 812	4,60	886	3,71	1 482
Febr.	2,48	3 938	4,17	988	3,72	1 987	2,70	2 277	4,34	736	3,68	1 038
März	2,41	4 329	4,35	1 107	3,64	2 677	2,57	2 714	4,46	877	3,59	1 531
April	2,31	4 441	4,31	1 294	3,68	2 095	2,57	2 463	4,52	937	3,61	1 222
Mai	2,24	3 716	4,26	1 184	3,54	2 171	2,53	2 142	4,57	798	3,48	1 178
Juni	2,25	4 835	4,32	1 213	3,33	2 603	2,50	2 768	4,54	794	3,28	1 577
Juli	1,97	5 557	4,07	1 450	3,27	2 930	2,56	2 929	4,21	910	3,20	1 682
Aug.	2,00	4 419	3,97	963	3,16	2 586	2,21	2 300	4,22	675	3,08	1 597

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte									
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)									
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	
Kredite insgesamt									
2011 Aug.	7,09	6,35	5 764	3,56	1 039	5,74	2 364	8,19	2 361
Sept.	7,11	6,45	5 323	3,63	826	5,69	2 243	8,24	2 254
Okt.	6,93	6,35	5 498	3,36	1 042	5,80	2 189	8,27	2 267
Nov.	6,63	6,12	5 317	3,68	1 000	5,63	2 293	7,87	2 024
Dez.	6,23	5,77	4 659	3,08	970	5,59	2 086	7,64	1 603
2012 Jan.	6,78	6,28	5 308	3,25	1 009	5,65	2 083	8,25	2 216
Febr.	6,74	6,19	5 116	3,20	943	5,58	2 062	8,12	2 111
März	6,47	6,04	6 100	3,00	883	5,35	2 649	7,80	2 568
April	6,47	6,01	5 641	3,10	874	5,25	2 459	7,93	2 308
Mai	6,48	6,03	5 660	3,30	869	5,29	2 491	7,86	2 300
Juni	6,48	6,08	5 408	3,64	672	5,30	2 488	7,68	2 248
Juli	6,81	6,38	5 868	4,45	654	5,35	2 570	7,85	2 644
Aug.	6,64	6,19	5 354	4,51	683	5,23	2 334	7,64	2 337
darunter: besicherte Kredite 12)									
2011 Aug.	.	4,81	461	2,98	119	5,99	207	4,60	135
Sept.	.	4,63	417	2,88	111	5,81	191	4,35	115
Okt.	.	4,41	422	2,91	117	5,61	181	4,09	124
Nov.	.	4,22	434	2,84	112	5,30	187	3,85	135
Dez.	.	4,19	454	2,93	161	5,55	172	3,92	121
2012 Jan.	.	4,16	419	2,70	138	5,61	159	3,93	122
Febr.	.	4,16	471	2,76	145	5,39	196	3,86	130
März	.	4,10	494	2,22	135	5,70	193	3,76	166
April	.	4,10	443	2,14	123	5,59	189	3,79	131
Mai	.	4,21	404	2,17	110	5,70	186	3,69	108
Juni	.	4,16	439	2,62	105	5,56	185	3,52	149
Juli	.	4,50	387	3,70	57	5,39	196	3,54	134
Aug.	.	3,95	450	3,34	152	5,12	155	3,32	143

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt											
2011 Aug.	4,06	3,98	15 599	3,89	2 277	3,69	2 348	4,01	6 041	4,13	4 933
Sept.	3,85	3,75	15 331	3,77	2 112	3,52	2 146	3,80	5 951	3,80	5 122
Okt.	3,70	3,61	16 291	3,68	2 782	3,39	2 329	3,61	6 261	3,67	4 919
Nov.	3,65	3,56	16 139	3,74	1 960	3,31	2 371	3,58	6 429	3,58	5 379
Dez.	3,61	3,51	16 758	3,67	2 283	3,24	2 450	3,54	6 571	3,54	5 454
2012 Jan.	3,59	3,50	15 645	3,60	2 614	3,21	2 417	3,48	6 480	3,64	4 134
Febr.	3,52	3,40	14 182	3,55	2 330	3,05	2 069	3,37	5 408	3,53	4 375
März	3,37	3,29	16 280	3,29	1 982	2,92	2 433	3,29	6 512	3,45	5 353
April	3,46	3,34	15 748	3,28	2 429	2,98	2 390	3,28	6 398	3,65	4 531
Mai	3,30	3,21	15 197	3,24	2 246	2,90	2 116	3,17	6 267	3,39	4 568
Juni	3,15	3,06	16 401	3,08	2 175	2,80	2 079	3,04	6 297	3,17	5 850
Juli	3,10	3,02	18 647	3,17	2 644	2,81	2 468	2,98	7 782	3,09	5 753
Aug.	3,03	2,95	17 418	3,07	2 332	2,68	2 117	2,88	7 073	3,08	5 896
darunter: besicherte Kredite 12)											
2011 Aug.	.	3,91	8 077	3,72	1 009	3,60	1 236	3,93	3 239	4,12	2 593
Sept.	.	3,68	7 509	3,63	900	3,40	1 116	3,73	3 015	3,77	2 478
Okt.	.	3,56	8 089	3,58	1 143	3,33	1 208	3,54	3 318	3,69	2 420
Nov.	.	3,47	8 174	3,49	893	3,24	1 194	3,51	3 334	3,54	2 753
Dez.	.	3,43	8 248	3,52	999	3,19	1 267	3,45	3 377	3,48	2 605
2012 Jan.	.	3,45	7 647	3,52	1 181	3,17	1 241	3,43	3 214	3,62	2 011
Febr.	.	3,32	6 776	3,42	1 040	2,94	1 011	3,30	2 586	3,47	2 139
März	.	3,19	7 577	3,07	863	2,82	1 220	3,22	3 001	3,38	2 493
April	.	3,31	7 614	3,12	1 006	2,91	1 181	3,20	3 090	3,74	2 337
Mai	.	3,11	7 262	2,96	970	2,76	1 060	3,11	3 084	3,33	2 148
Juni	.	2,97	7 321	2,91	862	2,67	1 011	2,97	2 982	3,13	2 466
Juli	.	2,92	8 668	2,99	1 104	2,69	1 218	2,91	3 673	3,01	2 673
Aug.	.	2,88	8 296	2,96	981	2,56	1 080	2,82	3 388	3,03	2 847

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2011 Aug.	10,30	43 085	10,36	37 638	15,11	3 455	4,96	66 000	4,97	65 817		
Sept.	10,30	45 279	10,37	39 701	15,17	3 506	5,09	71 055	5,11	70 844		
Okt.	10,35	44 961	10,43	38 918	14,72	3 974	5,05	67 933	5,07	67 720		
Nov.	10,31	43 494	10,31	37 586	14,71	3 957	4,90	68 235	4,92	68 016		
Dez.	10,29	44 555	10,32	38 538	14,71	4 004	4,88	64 672	4,89	64 484		
2012 Jan.	10,31	45 884	10,34	39 955	14,63	3 956	4,66	68 909	4,68	68 690		
Febr.	10,24	45 809	10,27	39 877	14,67	3 919	4,56	70 840	4,57	70 603		
März	10,21	46 976	10,23	40 976	14,47	3 998	4,59	72 216	4,61	71 960		
April	10,05	47 352	10,12	41 135	14,51	4 000	4,43	70 726	4,45	70 471		
Mai	10,08	47 292	10,06	40 840	14,83	4 275	4,43	70 720	4,45	70 470		
Juni	10,07	48 231	10,02	41 837	14,82	4 305	4,53	72 118	4,54	71 876		
Juli	9,94	46 964	9,94	40 326	14,80	4 349	4,41	69 679	4,42	69 432		
Aug.	9,96	46 380	9,90	39 801	14,78	4 392	4,32	68 637	4,33	68 397		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2011 Aug.	3,97	6 317	4,75	1 470	4,10	1 181	3,01	36 905	3,92	1 639	3,99	4 143
Sept.	3,99	6 991	4,60	1 459	3,87	1 244	2,96	44 993	3,61	3 111	3,69	4 992
Okt.	3,91	7 207	4,62	1 344	3,82	1 141	3,16	47 753	3,91	1 777	3,54	4 837
Nov.	3,92	6 655	4,69	1 407	3,68	1 320	2,89	38 491	3,67	1 894	3,61	5 240
Dez.	3,92	7 289	4,61	1 726	3,58	1 695	2,93	49 228	3,71	2 955	3,59	7 554
2012 Jan.	3,60	7 211	4,49	1 460	3,62	1 209	2,64	43 437	3,37	1 916	3,39	4 357
Febr.	3,56	6 539	4,41	1 323	3,45	1 076	2,58	37 564	3,47	1 352	3,51	3 243
März	3,51	7 654	4,31	1 751	3,41	1 346	2,44	44 212	2,85	1 893	3,33	4 674
April	3,34	7 349	4,21	1 537	3,50	1 172	2,37	41 491	3,04	2 187	3,42	4 166
Mai	3,33	6 895	4,20	1 461	3,30	1 176	2,32	36 079	2,98	1 547	3,39	3 893
Juni	3,37	7 267	4,14	1 469	3,16	1 357	2,39	43 154	2,89	2 333	3,07	5 764
Juli	3,11	7 597	4,04	1 548	3,15	1 441	2,25	45 910	2,96	2 641	3,09	5 868
Aug.	2,97	6 769	3,81	1 380	3,01	1 449	2,14	37 731	2,82	1 375	2,77	4 616
darunter: besicherte Kredite 12)												
2011 Aug.	4,17	1 230	4,38	147	3,96	289	3,06	6 690	4,06	531	3,88	917
Sept.	4,06	1 346	4,09	139	3,61	333	3,16	9 236	3,62	1 071	3,71	1 056
Okt.	3,93	1 454	3,82	160	3,57	360	3,15	10 313	4,37	551	3,51	1 452
Nov.	4,05	1 171	3,92	142	3,41	406	3,02	6 850	3,97	767	3,45	1 365
Dez.	3,97	1 374	3,69	229	3,15	464	3,16	9 859	3,44	1 035	3,41	1 878
2012 Jan.	3,73	1 520	3,74	169	3,56	380	2,78	9 986	3,43	749	3,37	975
Febr.	3,67	988	3,78	120	3,26	345	2,42	6 229	3,88	536	3,20	891
März	3,41	1 210	3,62	164	3,14	360	2,58	8 860	3,12	550	3,27	1 466
April	3,27	1 319	3,42	156	3,24	363	2,44	9 134	3,22	922	3,27	1 159
Mai	3,29	1 132	3,43	138	3,02	306	2,35	6 868	3,81	375	3,17	786
Juni	3,19	1 142	3,29	133	3,05	385	2,33	7 835	2,27	936	3,03	1 848
Juli	2,99	1 343	3,31	157	3,01	424	2,33	9 627	2,86	1 097	3,15	1 896
Aug.	2,88	1 141	3,26	127	2,86	398	2,15	6 986	3,09	526	2,97	1 064

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	.	60 121	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	.	75 433	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	69 549	538	114 902	22 709	91 655	70 087	89 169	12 973	8 645	67 550	19 620
2010	148 944	1 212	7 621	24 044	17 635	150 156	100 647	103 271	22 967	180 952	48 297
2011	40 799	13 575	46 796	850	59 521	27 224	16 574	94 793	36 805	41 413	57 373
2011 Okt.	21 458	21 880	3 824	10 980	7 076	422	2 501	4 494	2 994	1 001	18 957
Nov.	22 841	21 495	8 326	2 825	15 994	1 346	11 512	8 744	9 305	10 951	11 329
Dez.	46 609	44 168	15 514	9 196	19 458	2 441	18 440	18 677	1 538	1 301	28 169
2012 Jan.	5 244	28 450	31 833	6 174	9 557	23 206	10 955	1 929	1 652	11 232	16 199
Febr.	44 827	38 149	8 709	2 597	32 037	6 678	8 230	1 270	397	7 357	36 597
März	21 280	12 235	12 463	2 730	21 968	9 045	28 119	2 516	741	26 344	6 839
April	4 122	1 076	5 709	517	4 116	3 046	3 191	11 066	281	8 156	931
Mai	17 028	7 358	9 884	852	18 094	9 670	10 259	6 457	305	3 497	27 287
Juni	13 502	8 432	4 207	5 111	886	5 070	6 051	4 104	565	1 382	7 451
Juli	21 433	15 298	910	3 230	12 978	6 135	19 712	9 002	101	28 613	1 721
Aug.	4 613	2 245	5 350	3 685	11 280	2 368	1 104	2 868	589	3 383	5 717

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb			
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)		zu- sammen 11)	Kredit- institute 6) 12)	übrige Sektoren 13)	Ausländer 14)
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194	
2001	82 665	17 575	65 091	2 252	14 714	12 462	84 918	
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941	
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016	
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748	
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329	
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748	
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299	
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194	
2009	38 164	23 962	14 200	30 357	8 335	38 692	7 809	
2010	37 211	20 049	17 162	38 973	7 340	31 633	1 761	
2011	24 779	21 713	3 066	30 880	670	30 210	6 102	
2011 Okt.	1 734	183	1 551	759	2 068	2 827	975	
Nov.	1 579	303	1 882	3 390	575	3 965	4 969	
Dez.	9 457	1 643	7 814	11 070	9 865	1 205	1 613	
2012 Jan.	1 385	262	1 647	2 020	106	2 126	3 405	
Febr.	2 026	730	2 756	5 771	5 696	75	3 745	
März	1 828	380	1 448	10 849	11 295	446	9 021	
April	1 149	66	1 215	11 115	10 558	557	12 264	
Mai	4 239	687	3 552	6 632	13 638	7 006	10 871	
Juni	8 091	725	8 816	18 718	8 303	10 415	10 627	
Juli	6 183	968	5 215	4 233	1 611	2 622	1 950	
Aug.	2 500	101	2 601	2 361	2 109	4 470	139	

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. 13 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 14 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012 Jan.	135 380	61 975	2 431	2 418	40 690	16 437	1 373	72 031	–
Febr.	126 002	68 028	5 349	494	39 974	22 211	3 594	54 380	–
März	118 097	61 583	5 423	1 650	37 126	17 383	8 203	48 311	–
April	93 894	43 152	1 167	1 290	28 607	12 089	4 346	46 396	–
Mai	111 973	56 156	3 547	399	34 929	17 281	3 191	52 626	–
Juni	112 303	55 433	6 671	396	34 322	14 045	4 982	51 888	–
Juli	133 156	70 294	3 382	1 452	47 992	17 467	5 644	57 218	–
Aug.	92 682	49 173	2 121	672	29 884	16 496	2 051	41 459	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012 Jan.	36 293	16 603	932	1 617	10 284	3 770	241	19 449	–
Febr.	44 069	23 168	3 479	85	12 714	6 889	1 889	19 012	–
März	38 456	17 308	2 892	732	7 621	6 064	7 096	14 051	–
April	25 903	9 656	1 137	1 093	3 310	4 117	3 513	12 734	–
Mai	31 194	10 197	2 152	154	3 815	4 076	1 804	19 193	–
Juni	29 740	12 223	4 734	271	2 883	4 335	2 435	15 081	–
Juli	36 353	12 257	2 034	1 267	4 662	4 295	3 842	20 254	–
Aug.	28 570	11 479	1 338	172	3 467	6 502	1 076	16 015	–
Netto-Absatz 6)									
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	– 16 705
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	– 30 657
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	15 052	65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012 Jan.	– 39 565	– 31 796	– 2 816	– 7 963	– 8 669	– 12 348	– 3 675	– 4 094	–
Febr.	– 32 588	– 13 452	– 2 934	– 2 054	– 10 606	– 1 966	– 1 278	– 20 414	–
März	– 4 544	– 9 811	– 3 048	– 2 598	– 2 319	– 6 484	– 2 459	– 2 808	– 23
April	– 7 571	– 6 146	– 638	– 380	– 304	– 4 824	– 2 325	– 900	– 31
Mai	– 4 558	– 8 704	– 917	– 6 057	– 566	– 2 998	– 2 777	– 16 039	–
Juni	– 3 812	– 8 094	– 4 534	– 5 786	– 3 009	– 9 851	– 3 589	– 7 871	– 33
Juli	– 7 457	– 2 138	– 604	– 943	– 1 448	– 2 038	– 1 782	– 7 813	– 118
Aug.	– 1 815	– 5 603	– 850	– 2 466	– 4 329	– 343	– 2 584	– 6 372	– 7

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012 Febr.	3 363 744	1 497 567	149 303	178 646	579 360	590 258	242 632	1 623 546	16 085
März	3 359 200	1 487 756	146 255	176 047	581 679	583 775	245 091	1 626 354	16 062
April	3 351 629	1 481 610	145 617	175 668	581 375	578 951	242 766	1 627 253	16 031
Mai	3 356 187	1 472 906	146 534	169 611	580 809	575 953	239 989	1 643 292	16 031
Juni	3 352 375	1 464 811	151 068	163 825	583 818	566 101 2)	215 673 2)	1 671 891	15 998
Juli	3 359 832	1 462 674	150 464	162 881	585 266	564 063	217 454	1 679 704	15 881
Aug.	3 358 017	1 457 071	151 313	160 415	580 936	564 406	214 870	1 686 076	15 874

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende August 2012

bis unter 2	1 324 579	626 526	67 493	88 475	238 096	232 461	49 556	648 497	7 569
2 bis unter 4	847 483	428 194	52 578	37 223	143 884	194 509	40 070	379 220	2 746
4 bis unter 6	423 194	189 925	19 228	20 394	86 214	64 089	32 663	200 607	1 876
6 bis unter 8	221 884	72 134	6 937	7 281	39 703	18 210	11 030	138 721	204
8 bis unter 10	200 173	55 873	4 415	3 868	35 196	12 392	6 016	138 285	380
10 bis unter 15	55 079	18 921	550	1 957	11 193	5 221	7 831	28 328	1 912
15 bis unter 20	72 584	15 673	11	283	8 854	6 525	2 838	54 073	219
20 und darüber	213 042	49 829	100	934	17 795	31 001	64 868	98 346	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)	
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung			
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	-	1 986	1 827	-	1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	-	1 018	905	-	3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	-	868	2 152	-	2 224	647 492
2003	162 131	-	6 585	4 482	923	211	513	-	322	-	10 806	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	-	220	-	-	1 760	887 217
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	-	1 443	-	-	3 060	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	-	1 256	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	-	1 847	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	-	608	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	-	1 269	927 256
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	486	-	-	993	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	-	762	924 214
2012 Febr.	177 599	368	557	-	2	-	-	11	-	-	19	1 070 023
März	177 902	303	119	3	376	-	-	25	-	-	88	1 075 219
April	177 912	10	57	-	1	-	-	-	-	-	9	1 053 431
Mai	178 231	319	654	0	-	-	-	0	-	-	2	971 168
Juni	178 528	297	265	1	177	-	-	2	-	-	51	969 686
Juli	178 699	171	213	34	-	-	-	18	-	-	13	1 033 905
Aug.	178 713	14	96	33	8	-	-	33	-	-	30	1 048 119

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Reglementierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	112,48	94,11	396,59	6 433,61
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012 April	1,6	1,5	1,4	1,6	1,9	2,4	3,9	132,70	109,92	345,43	6 761,19
Mai	1,4	1,2	1,2	1,3	1,7	2,1	3,8	134,80	113,33	315,64	6 264,38
Juni	1,3	1,2	1,2	1,3	1,6	1,9	3,5	132,79	110,09	321,27	6 416,28
Juli	1,2	1,1	1,1	1,2	1,4	2,0	3,0	134,55	112,15	338,31	6 772,26
Aug.	1,2	1,1	1,1	1,3	1,3	2,0	3,6	134,78	111,68	347,17	6 970,79
Sept.	1,3	1,2	1,2	1,5	1,3	2,0	3,9	134,28	110,85	358,75	7 216,15

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb					
		inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer				Ausländer 5)	
		zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	aus-ländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)			
zu-sammen	Geldmarkt-fonds		Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds	zu-sammen				darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile			
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	- 21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	- 14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717
2009	48 081	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	4 333	36 339	- 14 995	- 8 178	51 334	12 511	11 742
2010	107 350	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 525	22 443	104 778	3 873	6 290	100 905	16 153	2 572
2011	45 362	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	142	37 651	- 7 576	- 694	45 227	836	7 711
2012 Febr.	14 938	13 402	- 582	- 169	- 831	431	13 984	1 536	15 218	- 1 186	192	16 404	1 344	- 280
März	6 558	3 595	- 668	- 145	- 859	396	4 263	2 963	7 011	- 284	642	7 295	2 321	- 453
April	- 1 329	283	- 3 367	- 7	- 4 322	107	3 650	- 1 612	5 572	- 3 745	- 218	1 827	- 1 394	- 6 901
Mai	4 296	4 946	3 420	3	3 403	- 171	1 526	- 650	- 730	- 4 374	- 947	3 644	297	5 026
Juni	9 026	10 145	- 429	129	- 338	517	10 575	- 1 119	9 539	- 1 263	- 1 451	10 802	332	- 513
Juli	17 785	15 025	- 1 132	- 94	- 578	741	13 893	2 760	17 820	577	163	17 243	2 597	- 35
Aug.	6 021	3 054	- 906	- 154	- 193	109	3 959	2 967	6 807	395	120	6 412	2 847	- 786

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2009	2010	2011	2010			2011				2012
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	49,9	72,7	66,7	19,1	5,3	33,6	6,4	17,4	15,6	27,3	21,1
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 12,6	- 11,5	- 1,9	- 5,0	0,9	- 3,8	2,5	1,8	- 4,0	- 2,2	- 2,8
Aktien	16,3	13,4	14,3	5,1	- 1,6	7,2	3,3	0,5	5,3	5,3	0,7
Sonstige Beteiligungen	3,0	3,0	3,0	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7	0,8	0,7	0,8
Investmentzertifikate	- 1,1	10,0	- 14,5	6,6	0,5	- 0,5	- 3,5	- 0,1	- 7,0	- 4,0	- 1,6
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	62,5	60,5	48,1	12,2	10,6	16,2	16,9	10,5	8,4	12,3	17,1
kurzfristige Ansprüche	0,3	- 0,7	0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
längerfristige Ansprüche	62,2	61,2	47,4	12,3	10,7	16,6	16,7	10,2	8,2	12,2	16,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	9,8	7,8	8,1	2,0	1,9	2,0	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0
Sonstige Forderungen 4)	17,5	- 2,1	23,8	- 2,0	12,9	- 23,4	20,2	2,5	9,6	- 8,4	14,7
Insgesamt	145,3	153,9	147,6	38,8	31,2	32,1	48,4	35,4	30,7	33,1	52,1
II. Finanzierung											
Kredite	- 7,6	4,4	10,5	5,6	5,5	0,6	- 3,9	4,9	6,8	2,7	- 1,0
kurzfristige Kredite	- 4,3	- 2,3	- 2,1	1,0	- 0,8	- 2,1	- 0,6	1,0	- 0,9	- 1,6	- 0,1
längerfristige Kredite	- 3,4	6,6	12,6	4,5	6,3	2,7	- 3,3	3,9	7,7	4,3	- 0,9
Sonstige Verbindlichkeiten	1,0	0,1	0,4	0,0	- 0,0	- 0,3	0,3	0,1	0,0	- 0,0	0,2
Insgesamt	- 6,6	4,5	10,8	5,6	5,4	0,3	- 3,5	4,9	6,8	2,6	- 0,8
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	25,0	7,3	13,5	- 22,0	20,0	5,9	5,4	- 17,1	1,6	23,6	- 8,6
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,8	- 0,1	4,9	0,4	1,7	- 1,6	3,5	- 0,7	0,9	1,2	0,2
Finanzderivate	- 5,5	26,8	14,5	3,3	4,0	17,3	5,1	2,9	4,3	2,1	1,8
Aktien	22,6	21,6	22,6	- 2,5	8,3	13,6	2,1	5,4	7,5	7,5	8,8
Sonstige Beteiligungen	29,1	48,7	32,8	7,3	6,0	3,1	- 0,3	25,5	- 1,1	8,7	11,2
Investmentzertifikate	- 2,6	8,8	23,8	0,5	7,6	- 0,7	0,9	10,3	2,7	9,9	- 5,2
Kredite	87,1	95,2	87,3	28,7	22,9	17,1	31,8	25,4	31,7	- 1,6	5,0
kurzfristige Kredite	53,8	70,4	70,8	20,0	17,0	13,2	25,8	23,6	22,2	- 0,8	3,4
längerfristige Kredite	33,3	24,8	16,5	8,7	5,9	3,8	6,0	1,8	9,5	- 0,8	1,6
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
kurzfristige Ansprüche	0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	11,7	- 68,6	- 9,3	18,0	- 37,3	- 14,0	10,2	13,0	7,1	- 39,6	27,1
Insgesamt	173,1	138,9	189,3	33,5	33,1	40,4	58,5	64,5	54,6	11,7	40,1
II. Finanzierung											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 7,1	9,6	3,8	- 0,5	- 3,6	5,1	7,7	- 0,3	4,2	- 7,8	3,8
Finanzderivate
Aktien	5,5	7,2	7,4	0,1	0,2	0,8	0,3	5,5	- 0,3	1,9	0,6
Sonstige Beteiligungen	10,3	5,7	11,9	3,1	1,5	- 0,9	5,3	1,5	1,7	3,4	2,4
Kredite	57,3	62,4	109,1	15,0	20,9	1,4	15,9	36,1	52,0	5,1	0,9
kurzfristige Kredite	9,6	55,2	79,2	21,1	9,0	- 5,0	8,8	28,3	35,6	6,5	- 3,3
längerfristige Kredite	47,7	7,1	29,9	- 6,0	12,0	6,5	7,2	7,8	16,4	- 1,5	4,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	4,8	2,6	2,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Verbindlichkeiten	45,9	33,6	55,3	8,2	- 25,9	47,0	22,0	6,2	10,5	16,6	14,4
Insgesamt	116,7	121,2	190,1	26,6	- 6,3	54,2	51,9	49,7	68,7	19,8	22,7

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-
 sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2009	2010	2011	2010			2011				2012
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 788,1	1 860,8	1 927,5	1 821,9	1 827,2	1 860,8	1 867,2	1 884,6	1 900,2	1 927,5	1 948,6
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	265,5	254,1	247,1	259,1	259,6	254,1	254,8	258,3	247,8	247,1	249,5
Aktien	201,7	243,5	221,5	208,5	215,0	243,5	257,2	260,1	206,3	221,5	252,4
Sonstige Beteiligungen	201,0	196,5	202,4	208,1	195,6	196,5	192,0	192,6	196,0	202,4	203,5
Investmentzertifikate	416,2	435,4	394,9	420,1	426,5	435,4	426,2	421,1	389,2	394,9	410,8
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 286,4	1 347,2	1 393,0	1 315,9	1 330,7	1 347,2	1 363,2	1 373,2	1 381,3	1 393,0	1 410,2
Kurzfristige Ansprüche	74,4	73,7	74,5	74,2	74,1	73,7	73,9	74,1	74,3	74,5	74,7
Längerfristige Ansprüche	1 212,0	1 273,4	1 318,6	1 241,7	1 256,6	1 273,4	1 289,3	1 299,1	1 307,0	1 318,6	1 335,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	273,3	281,1	289,2	277,2	279,1	281,1	283,1	285,2	287,1	289,2	291,2
Sonstige Forderungen 4)	38,7	39,0	38,9	38,4	38,1	39,0	39,1	39,2	39,0	38,9	39,0
Insgesamt	4 470,9	4 657,7	4 714,5	4 549,2	4 571,8	4 657,7	4 682,9	4 714,3	4 647,0	4 714,5	4 805,1
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 518,0	1 522,4	1 536,8	1 517,1	1 522,2	1 522,4	1 518,5	1 523,2	1 534,4	1 536,8	1 535,0
Kurzfristige Kredite	75,7	75,6	73,9	78,0	77,6	75,6	75,0	75,8	75,0	73,9	73,8
Längerfristige Kredite	1 442,3	1 446,8	1 463,0	1 439,1	1 444,6	1 446,8	1 443,5	1 447,4	1 459,4	1 463,0	1 461,2
Sonstige Verbindlichkeiten	12,1	11,6	12,7	12,9	13,1	11,6	13,4	12,8	13,2	12,7	13,8
Insgesamt	1 530,1	1 533,9	1 549,5	1 530,0	1 535,3	1 533,9	1 531,9	1 536,0	1 547,6	1 549,5	1 548,8
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	457,1	450,1	460,5	438,5	449,9	450,1	440,4	425,5	429,9	460,5	452,6
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	48,4	48,1	52,6	48,5	50,0	48,1	51,6	51,1	51,6	52,6	53,9
Finanzderivate
Aktien	822,4	908,4	804,8	827,8	849,9	908,4	920,7	933,7	773,2	804,8	898,5
Sonstige Beteiligungen	354,3	388,6	427,9	405,0	385,1	388,6	378,0	403,1	407,4	427,9	439,7
Investmentzertifikate	108,8	119,3	123,1	113,7	118,8	119,3	119,9	120,0	117,6	123,1	120,5
Kredite	450,1	545,3	632,6	505,3	528,2	545,3	577,1	602,5	634,2	632,6	637,6
Kurzfristige Kredite	294,2	364,6	435,4	334,4	351,4	364,6	390,4	414,0	436,2	435,4	438,8
Längerfristige Kredite	155,8	180,7	197,1	170,9	176,8	180,7	186,7	188,5	198,0	197,1	198,8
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	40,2	39,6	38,9	39,9	39,8	39,6	39,4	39,2	39,1	38,9	38,8
Kurzfristige Ansprüche	40,2	39,6	38,9	39,9	39,8	39,6	39,4	39,2	39,1	38,9	38,8
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	916,1	739,3	795,7	952,2	923,5	739,3	764,6	777,5	747,5	795,7	820,2
Insgesamt	3 197,5	3 238,7	3 336,2	3 331,0	3 345,2	3 238,7	3 291,6	3 352,6	3 200,5	3 336,2	3 461,8
II. Verbindlichkeiten											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	136,9	145,2	152,0	154,1	153,6	145,2	128,5	130,6	155,9	152,0	158,7
Finanzderivate
Aktien	1 081,3	1 301,8	1 110,5	1 089,5	1 159,5	1 301,8	1 322,3	1 357,5	1 046,6	1 110,5	1 282,5
Sonstige Beteiligungen	702,3	708,0	719,9	707,4	708,9	708,0	713,3	714,8	716,5	719,9	722,3
Kredite	1 444,2	1 506,4	1 625,6	1 476,5	1 496,1	1 506,4	1 520,8	1 564,7	1 616,8	1 625,6	1 629,0
Kurzfristige Kredite	476,6	533,7	609,1	523,3	531,0	533,7	539,0	567,3	602,5	609,1	605,3
Längerfristige Kredite	967,6	972,7	1 016,5	953,2	965,1	972,7	981,7	997,4	1 014,3	1 016,5	1 023,7
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	223,2	225,8	228,4	224,5	225,1	225,8	226,5	227,1	227,8	228,4	229,1
Sonstige Verbindlichkeiten	856,8	833,5	855,6	886,7	847,9	833,5	829,0	844,2	827,9	855,6	870,0
Insgesamt	4 444,7	4 720,7	4 692,0	4 538,7	4 591,1	4 720,7	4 740,3	4 838,8	4 591,4	4 692,0	4 891,6

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2006	- 37,9	- 34,4	- 11,8	+ 3,3	+ 5,0	- 1,6	- 1,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2007	+ 5,8	- 18,6	+ 2,5	+ 11,1	+ 10,8	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009 p)	- 73,2	- 38,4	- 18,4	- 2,2	- 14,2	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 2) p)	- 103,4	- 82,6	- 19,8	- 5,3	+ 4,3	- 4,1	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 20,2	- 26,7	- 11,3	+ 1,9	+ 15,9	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2010 1.Hj. 2) p)	- 36,4	- 27,4	- 8,5	- 4,1	+ 3,5	- 3,0	- 2,3	- 0,7	- 0,3	+ 0,3
2.Hj. p)	- 67,2	- 55,6	- 11,2	- 1,3	+ 0,8	- 5,2	- 4,3	- 0,9	- 0,1	+ 0,1
2011 1.Hj. p)	- 3,9	- 15,2	- 1,4	+ 1,9	+ 10,8	- 0,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,9
2.Hj. p)	- 15,8	- 11,2	- 9,7	+ 0,0	+ 5,1	- 1,2	- 0,8	- 0,7	+ 0,0	+ 0,4
2012 1.Hj. ts)	+ 8,4	- 6,9	- 0,8	+ 4,4	+ 11,6	+ 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,3	+ 0,9
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2006	1 573,8	970,7	493,7	124,9	1,7	68,0	42,0	21,3	5,4	0,1
2007	1 583,7	978,0	497,8	123,2	1,6	65,2	40,3	20,5	5,1	0,1
2008	1 652,3	1 007,6	536,7	123,1	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 768,6	1 075,7	577,8	129,5	1,3	74,5	45,3	24,3	5,5	0,1
2010 ts)	2 059,0	1 316,6	624,1	134,7	1,3	82,5	52,7	25,0	5,4	0,1
2011 ts)	2 088,0	1 326,9	638,4	139,3	1,3	80,5	51,2	24,6	5,4	0,1
2010 1.Vj. ts)	1 787,9	1 088,5	583,0	130,7	1,3	74,5	45,4	24,3	5,4	0,1
2.Vj. ts)	1 829,3	1 099,1	611,7	133,1	1,3	75,2	45,2	25,1	5,5	0,1
3.Vj. ts)	1 853,5	1 116,5	617,6	135,0	1,6	75,2	45,3	25,0	5,5	0,1
4.Vj. ts)	2 059,0	1 316,6	624,1	134,7	1,3	82,5	52,7	25,0	5,4	0,1
2011 1.Vj. ts)	2 058,7	1 318,1	620,3	136,6	1,7	81,3	52,1	24,5	5,4	0,1
2.Vj. ts)	2 073,2	1 324,0	627,2	137,7	2,7	81,1	51,8	24,5	5,4	0,1
3.Vj. ts)	2 086,7	1 334,0	631,8	137,9	1,3	80,9	51,7	24,5	5,3	0,0
4.Vj. ts)	2 088,0	1 326,9	638,4	139,3	1,3	80,5	51,2	24,6	5,4	0,1
2012 1.Vj. ts)	2 116,2	1 344,5	647,6	142,1	1,3	81,1	51,5	24,8	5,4	0,1
2.Vj. ts)	2 169,4	1 373,4	674,3	141,3	1,3	82,8	52,4	25,7	5,4	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2006	1 011,1	512,7	400,7	97,7	1 049,3	580,6	177,2	66,1	33,7	191,6	- 38,2	924,7
2007	1 062,3	558,4	400,9	103,0	1 056,8	579,4	178,2	68,5	36,0	194,6	+ 5,5	971,3
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009 p)	1 071,7	547,5	410,8	113,5	1 144,7	622,9	191,0	63,6	41,6	225,8	- 73,0	968,4
2010 p)	1 087,4	548,8	421,1	117,5	2) 1 191,0	633,0	195,3	63,4	41,9	2) 257,4	2) - 103,6	980,1
2011 p)	1 154,9	589,5	436,9	128,5	1 174,5	633,3	199,7	65,9	42,7	233,0	- 19,7	1 037,0
in % des BIP												
2006	43,7	22,2	17,3	4,2	45,3	25,1	7,7	2,9	1,5	8,3	- 1,7	40,0
2007	43,7	23,0	16,5	4,2	43,5	23,9	7,3	2,8	1,5	8,0	+ 0,2	40,0
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009 p)	45,1	23,1	17,3	4,8	48,2	26,2	8,0	2,7	1,7	9,5	- 3,1	40,8
2010 p)	43,6	22,0	16,9	4,7	2) 47,7	25,4	7,8	2,5	1,7	2) 10,3	2) - 4,1	39,3
2011 p)	44,5	22,7	16,9	5,0	45,3	24,4	7,7	2,5	1,6	9,0	- 0,8	40,0
Zuwachsraten in %												
2006	+ 4,3	+ 7,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 4,6	+ 7,4	- 0,4	.	+ 4,6
2007	+ 5,1	+ 8,9	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 1,5	.	+ 5,0
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009 p)	- 1,6	- 4,4	+ 0,6	+ 5,4	+ 5,0	+ 5,5	+ 4,6	- 6,9	+ 6,9	+ 7,3	.	- 2,6
2010 p)	+ 1,5	+ 0,2	+ 2,5	+ 3,5	+ 4,0	+ 1,6	+ 2,3	- 0,3	+ 0,8	+ 14,0	.	+ 1,2
2011 p)	+ 6,2	+ 7,4	+ 3,7	+ 9,4	- 1,4	+ 0,0	+ 2,3	+ 3,9	+ 2,0	- 9,5	.	+ 5,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2004 ts)	545,8	442,8	24,1	610,4	173,4	236,9	64,8	34,3	9,6	- 64,5	469,7	468,6	+ 1,1	926,8	990,2	- 63,4
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,5
2008 ts)	668,9	561,2	13,4	677,4	187,3	259,9	67,3	36,4	18,6	- 8,5	485,5	478,9	+ 6,6	1 058,5	1 060,5	- 1,9
2009 ts)	631,4	524,0	9,2	720,9	194,9	271,1	63,7	40,4	38,0	- 89,5	492,0	505,9	- 13,9	1 021,4	1 124,9	- 103,4
2010 ts)	650,5	530,6	12,7	732,7	199,8	293,9	60,1	40,1	19,4	- 82,2	516,9	512,9	+ 4,0	1 049,7	1 128,0	- 78,2
2011 ts)	712,5	573,4	30,6	737,3	208,3	283,6	60,0	42,4	22,9	- 24,8	526,6	511,6	+ 15,0	1 127,2	1 137,1	- 9,8
2010 1.Vj. p)	147,9	121,6	2,6	180,4	47,6	74,8	21,2	5,5	4,9	- 32,5	123,6	127,6	- 4,0	242,2	278,7	- 36,5
2.Vj. p)	7) 163,6	134,9	3,7	173,6	48,1	71,2	13,2	8,1	6,2	- 10,0	128,2	127,3	+ 0,9	7) 262,3	271,5	- 9,2
3.Vj. p)	153,8	127,6	3,0	177,3	48,3	69,8	16,1	10,5	3,4	- 23,6	124,7	125,6	- 1,0	251,5	276,0	- 24,5
4.Vj. p)	183,4	147,6	3,2	199,5	54,0	76,1	9,2	14,7	4,8	- 16,2	133,3	131,8	+ 1,5	290,4	305,1	- 14,7
2011 1.Vj. p)	162,9	134,9	4,1	183,6	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 20,7	127,3	127,2	+ 0,1	261,0	281,5	- 20,5
2.Vj. p)	189,6	145,6	18,6	172,7	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 16,9	130,3	126,2	+ 4,1	292,5	271,5	+ 21,0
3.Vj. p)	162,6	136,6	2,7	182,6	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 20,0	127,9	125,8	+ 2,0	264,3	282,2	- 17,9
4.Vj. p)	195,7	156,3	5,0	196,5	55,9	72,8	8,9	15,3	5,0	- 0,8	140,1	132,0	+ 8,1	307,3	300,0	+ 7,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Einschl. Nebenhaushalte, ab 2007 auch einschl. Postpensionskasse; ohne das 2009 gegründete Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben

bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungserlöse und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabe-seite Beteiligungserlöse und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit. 7 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3) 4)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,1	- 3,1
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	250,3	260,1	- 9,8	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	279,3	278,1	+ 1,2	176,9	169,0	+ 7,9
2009 ts)	282,6	317,1	- 34,5	265,9	293,4	- 27,5	172,0	178,9	- 6,9
2010 ts)	288,0	332,4	- 44,4	278,5	302,1	- 23,6	176,5	183,9	- 7,4
2011 ts)	307,1	324,8	- 17,7	304,0	315,4	- 11,4	185,6	187,0	- 1,4
2010 1.Vj. p)	61,1	82,6	- 21,5	65,0	73,5	- 8,5	34,6	41,2	- 6,6
2.Vj. p)	5) 75,6	80,6	- 5,0	68,3	69,1	- 0,8	42,2	43,5	- 1,3
3.Vj. p)	66,2	82,7	- 16,6	68,5	73,3	- 4,8	43,8	45,2	- 1,4
4.Vj. p)	85,2	86,5	- 1,3	75,8	85,0	- 9,2	53,8	52,3	+ 1,5
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,1	87,7	- 6,6	54,7	51,9	+ 2,8
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,3	- 1,7	39,9	44,8	- 4,9

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. 4 Ab 2012 Kern- und Extrahaushalte, davor nur Kernhaushalte. 5 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

nungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. 4 Ab 2012 Kern- und Extrahaushalte, davor nur Kernhaushalte. 5 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)	
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)			
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+	16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	-	22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	-	34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	-	28	28 726
2011	573 352	496 739	276 599	195 676	24 464	76 570	+	43	28 615
2010 1.Vj.	121 321	104 370	54 316	41 777	8 278	11 299	+	5 652	7 133
2.Vj.	134 843	116 767	66 331	46 516	3 919	18 270	-	194	7 127
3.Vj.	127 311	109 956	61 146	43 102	5 709	17 564	-	209	7 329
4.Vj.	147 112	129 137	72 744	49 932	6 462	23 253	-	5 278	7 137
2011 1.Vj.	135 590	115 878	60 579	46 582	8 717	13 640	+	6 071	6 989
2.Vj.	145 636	126 086	71 530	50 289	4 266	19 544	+	6	7 102
3.Vj.	136 382	117 812	66 277	45 938	5 598	18 916	-	346	7 662
4.Vj.	155 744	136 963	78 213	52 866	5 883	24 469	-	5 688	6 863
2012 1.Vj.	143 343	122 846	62 467	50 558	9 821	13 964	+	6 533	6 831
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	-	131	6 878
2011 Juli	.	37 582	20 855	14 763	1 964	.	.	.	2 910
Aug.	.	34 664	20 143	13 038	1 483	.	.	.	2 376
2012 Juli	.	40 818	22 924	16 648	1 246	.	.	.	3 081
Aug.	.	39 099	21 917	15 213	1 970	.	.	.	2 281

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonatio-

naleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern								Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
		Einkommensteuern 2)				Steuern vom Umsatz 5)								
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körperschaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer					Gewerbesteuerumlagen 6)
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 256	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 134	13 095	4 571	30 517
2010 1.Vj.	111 163	45 127	30 255	6 155	1 951	6 766	42 891	34 054	8 837	215	19 001	2 814	1 115	6 793
2.Vj.	123 859	51 667	30 447	9 681	3 830	7 710	44 343	33 779	10 564	1 311	22 682	2 914	943	7 092
3.Vj.	116 691	42 813	30 445	7 320	1 588	3 460	44 997	33 258	11 740	1 574	22 922	3 242	1 143	6 734
4.Vj.	137 019	53 209	36 757	8 023	4 672	3 756	47 810	35 369	12 441	2 825	28 821	3 177	1 177	7 882
2011 1.Vj.	123 131	50 328	32 478	6 755	2 485	8 611	47 389	35 528	11 861	366	20 515	3 408	1 124	7 253
2.Vj.	133 727	57 624	34 144	9 366	4 215	9 900	46 091	33 082	13 010	1 692	24 026	3 207	1 087	7 641
3.Vj.	125 021	47 420	33 590	7 111	3 028	3 691	47 161	34 232	12 929	1 735	24 309	3 229	1 169	7 209
4.Vj.	145 377	58 162	39 538	8 764	5 907	3 954	49 392	36 115	13 276	3 096	30 285	3 251	1 191	8 414
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
2011 Juli	39 709	13 253	12 440	- 747	- 211	1 772	15 523	11 407	4 116	1 482	8 055	1 021	375	2 127
Aug.	36 562	10 912	10 750	- 709	- 106	976	16 033	11 683	4 350	250	7 895	1 140	333	1 898
2012 Juli	43 134	16 301	13 456	- 487	190	3 143	15 770	11 620	4 150	1 603	7 915	1 190	355	2 316
Aug.	41 257	14 262	11 938	- 301	317	2 308	16 683	12 365	4 317	238	8 256	1 403	415	2 157

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2011: 53,9/44,1/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2011: 22,1/77,9. **7** Aufgliederung s. Tabelle IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherungs- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	.	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	–	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 330	–	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2010 1.Vj.	4 446	2 462	2 856	4 496	2 345	1 498	526	372	–	1 229	918	667	10 374	7 641	2 518
2.Vj.	9 596	3 327	3 100	2 060	2 235	1 570	437	357	–	1 207	1 115	591	12 295	9 201	2 915
3.Vj.	10 172	3 608	2 615	2 110	2 012	1 563	489	354	–	1 430	1 216	597	12 194	8 618	3 373
4.Vj.	15 625	4 096	3 142	1 619	1 895	1 540	538	366	–	1 425	1 156	597	12 918	10 252	2 508
2011 1.Vj.	4 457	2 893	3 072	4 869	2 349	1 785	574	516	–	1 555	1 170	683	12 825	9 948	2 631
2.Vj.	10 002	3 300	3 450	2 017	2 215	1 960	482	599	–	1 464	1 129	614	13 601	10 366	3 031
3.Vj.	10 058	3 418	2 879	2 145	2 006	1 763	541	1 499	–	1 581	1 039	609	13 095	9 386	3 473
4.Vj.	15 519	4 803	3 379	1 723	1 852	1 739	553	716	–	1 766	907	578	13 463	10 724	2 540
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	–	1 876	1 057	696	12 995	9 990	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	–	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
2011 Juli	3 568	1 042	807	551	663	606	163	656	–	472	351	198	.	.	.
Aug.	3 181	1 195	685	1 087	686	581	175	305	–	566	356	218	.	.	.
2012 Juli	3 290	1 224	888	565	746	481	178	543	–	630	371	190	.	.	.
Aug.	3 293	1 290	856	1 138	671	512	161	337	–	667	539	197	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	– 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2010 1.Vj.	59 761	40 601	18 917	61 861	53 059	3 582	– 2 100	14 922	14 717	20	64	120	4 490
2.Vj.	62 249	43 054	18 923	61 999	53 006	3 585	+ 250	15 254	15 053	20	69	112	4 478
3.Vj.	61 237	42 048	18 912	62 091	53 102	3 589	– 854	14 853	14 656	20	68	109	4 474
4.Vj.	66 317	47 060	18 933	61 887	52 966	3 579	+ 4 430	19 274	17 978	1 120	68	108	4 476
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	– 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475
3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	– 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445
4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	– 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher

Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt 4)	darunter:		ins-gesamt 6)	darunter:								
		Beiträge	Um-lagen 5)		Arbeitslosenunterstützungen 1) 2)			berufliche Förderung 2) 3)					Umlagen-finanzierte Maßnahmen 7)
					zusammen	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	zusammen	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land			
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 748	2 623	949	+ 6 643	-
2008	38 289	26 452	974	39 407	14 283	10 652	3 631	8 712	6 222	2 490	920	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	1 000	48 057	20 866	16 534	4 332	11 595	8 794	2 801	1 946	- 13 803	-
2010	37 070	22 614	3 222	45 213	19 456	15 629	3 827	10 791	8 287	2 504	740	- 8 143	5 200
2011 ts)	37 564	25 434	351	37 524	14 661	11 918	2 744	9 004	6 925	2 079	683	+ 41	-
2010 1.Vj.	10 020	5 196	714	11 681	6 475	5 112	1 362	2 957	2 263	694	208	- 1 661	-
2.Vj.	10 649	5 601	784	10 501	5 264	4 148	1 116	2 872	2 204	668	184	+ 148	-
3.Vj.	8 109	5 527	808	8 887	4 082	3 353	729	2 431	1 863	567	193	- 778	-
4.Vj.	8 291	6 290	916	14 144	3 635	3 016	619	2 531	1 957	575	154	- 5 853	5 200
2011 1.Vj.	10 259	5 853	123	9 583	4 602	3 701	901	2 660	2 048	612	186	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	60	8 246	3 710	3 007	703	2 285	1 753	532	175	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	76	7 450	3 293	2 707	586	1 910	1 464	446	187	+ 17	-
4.Vj. ts)	11 037	7 017	92	12 245	3 056	2 502	554	2 149	1 660	489	134	- 1 209	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	131	8 452	4 319	3 587	732	1 946	1 580	366	211	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	142	7 816	3 707	3 105	601	1 765	1 429	336	329	+ 515	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. 1 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. 2 Einschl. Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. 3 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse. 4 Ohne Zu-

schuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 5 Umlagen für die Winterbau-förderung und für das Insolvenzgeld. 6 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund. 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2005	145 742	140 250	2 500	144 071	48 959	25 358	23 096	9 928	8 284	5 868	8 303	+ 1 671
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2010	179 524	160 792	15 700	175 803	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 553	+ 3 721
2011	189 034	170 860	15 300	179 597	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 486	+ 9 437
2010 1.Vj. 6)	43 093	38 542	3 919	43 274	14 419	7 549	7 255	2 871	2 368	1 996	2 130	- 182
2.Vj.	44 440	39 826	3 931	43 999	14 037	7 870	7 128	2 882	2 669	1 955	2 261	+ 441
3.Vj.	44 457	39 808	3 925	43 662	14 122	7 592	7 007	2 786	2 676	1 903	2 255	+ 795
4.Vj.	47 580	42 600	3 925	44 842	14 144	7 307	7 107	2 952	2 853	1 943	2 876	+ 2 738
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 825	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 825	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 825	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 825	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2010 1.Vj.	5 241	5 175	5 298	722	2 362	1 151	217	264	-	56
2.Vj.	5 398	5 369	5 302	707	2 378	1 167	219	258	+	95
3.Vj.	5 385	5 358	5 416	735	2 398	1 160	220	266	-	31
4.Vj.	5 760	5 739	5 432	743	2 417	1 195	225	229	+	328
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2010 1.Vj.	+ 74 369	+ 12 637	- 5 322	- 1 520
2.Vj.	+ 83 082	+ 3 666	- 4 143	+ 1 950
3.Vj.	+ 79 589	+ 14 791	+ 250	- 4 625
4.Vj.	+ 65 655	+ 11 304	+ 4 174	+ 5 803
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2006	1 533 697	4 440	496 800	72	329 585	702 800
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	321 943	892 700
2010	1 732 530	4 440	400 100	21	389 469	938 500
2011 p)	1 752 313	4 440	356 300	102	413 471	978 000
2010 1.Vj.	1 678 191	4 440	450 100	60	327 691	895 900
2.Vj.	1 687 957	4 440	469 600	60	310 857	903 000
3.Vj.	1 712 685	4 440	470 200	65	306 680	931 300
4.Vj.	1 732 530	4 440	400 100	21	389 469	938 500
2011 1.Vj. p)	1 749 605	4 440	412 000	87	374 578	958 500
2.Vj. p)	1 762 399	4 440	404 100	82	360 277	993 500
3.Vj. p)	1 758 910	4 440	387 900	82	379 188	987 300
4.Vj. p)	1 752 313	4 440	356 300	102	413 471	978 000
2012 1.Vj. p)	1 765 603	4 440	398 000	91	355 472	1 007 600
2.Vj. p)	1 779 730	4 440	409 700	92	326 398	1 039 100

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2006	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	.	356 514	72	72 297	4 443	82
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	68	75 396	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 530	87 042	391 851	195 534	8 704	628 757	1 975	302 595	21	111 609	4 440	2
2011 1.Vj. p)	1 749 605	84 961	391 885	211 821	8 500	629 716	1 845	304 152	87	112 196	4 440	2
2.Vj. p)	1 762 399	80 998	402 903	208 669	8 497	644 844	1 819	295 945	82	114 200	4 440	2
3.Vj. p)	1 758 910	74 764	410 222	219 785	8 349	634 402	1 970	292 102	82	112 792	4 440	2
4.Vj. p)	1 752 313	60 272	414 250	214 211	8 208	644 701	2 154	291 858	102	112 116	4 440	2
2012 1.Vj. p)	1 765 603	54 592	410 685	226 486	7 869	646 884	2 134	302 310	91	110 109	4 440	2
2.Vj. p)	1 779 730	55 292	410 286	224 607	7 518	663 502	2 137	295 075	92	116 781	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10) 11)												
2006	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	.	30 030	-	11 444	4 443	82
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	-	11 336	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011 1.Vj. p)	1 091 373	82 607	129 208	211 821	8 500	629 541	1 845	13 056	-	10 353	4 440	2
2.Vj. p)	1 101 764	78 961	131 348	208 669	8 497	644 668	1 819	13 002	-	10 359	4 440	2
3.Vj. p)	1 093 612	73 277	132 428	219 785	8 349	634 226	1 970	9 091	-	10 045	4 440	2
4.Vj. p)	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj. p)	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj. p)	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
Länder												
2006	481 850	36	216 665	209 270	2	55 876	.	1
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 618	1 176	265 631	167 351	1	94 459	.	1
2011 1.Vj. p)	527 590	2 354	262 677	167 058	67	95 433	.	1
2.Vj. p)	528 859	2 037	271 555	157 773	62	97 431	.	1
3.Vj. p)	533 117	1 487	277 794	157 436	62	96 338	.	1
4.Vj. p)	537 318	1 975	283 601	154 292	62	97 387	.	1
2012 1.Vj. p)	535 157	2 431	283 729	153 307	51	95 639	.	1
2.Vj. p)	536 421	2 714	287 349	143 897	52	102 409	.	1
Gemeinden 12)												
2006	118 380	.	-	.	.	256	.	113 265	70	4 789	.	.
2007	115 920	.	-	.	.	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	.	-	.	.	175	.	121 895	20	6 407	.	.
2011 1.Vj. p)	130 642	.	-	.	.	175	.	124 037	20	6 410	.	.
2.Vj. p)	131 776	.	-	.	.	175	.	125 170	20	6 410	.	.
3.Vj. p)	132 180	.	-	.	.	175	.	125 575	20	6 410	.	.
4.Vj. p)	133 691	.	-	.	.	188	.	128 183	40	5 280	.	.
2012 1.Vj. p)	136 617	.	-	.	.	188	.	131 110	40	5 280	.	.
2.Vj. p)	135 859	.	-	.	.	188	.	130 351	40	5 280	.	.
Sondervermögen 7) 8) 13)												
2006	14 556	.	-	51	.	10 368	.	3 950	-	188	.	.
2007	100	.	-	.	.	100	.	-	-	-	.	.
2008	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
2009	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
2010	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
2011 1.Vj. p)	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
2.Vj. p)	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
3.Vj. p)	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
4.Vj. p)	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
2012 1.Vj. p)	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.
2.Vj. p)	.	.	-	.	.	-	.	-	-	-	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktsta-

tistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. 9 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 10 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 11 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 12 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. 13 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2011					2012	
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	90,6	104,9	111,4	- 17,7	15,8	6,2	16,3	11,5	7,2	6,1	0,7	1,1	- 1,4
Baugewerbe	92,7	99,0	103,6	- 6,5	6,9	4,6	3,7	10,5	1,4	1,4	6,7	1,0	- 1,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	108,8	110,6	114,0	- 0,4	1,7	3,1	2,8	5,3	3,0	2,4	1,8	2,6	1,0
Information und Kommunikation	135,9	135,7	138,2	9,9	- 0,2	1,9	- 0,9	1,7	1,8	2,1	1,9	3,4	3,2
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	113,9	115,5	117,1	- 1,7	1,4	1,4	2,3	0,9	- 0,0	3,4	1,4	2,2	5,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	107,0	105,3	105,9	1,6	- 1,7	0,6	- 3,0	- 0,1	0,8	0,5	1,1	1,8	1,5
Unternehmensdienstleister ¹⁾	98,2	100,8	105,0	- 12,3	2,6	4,2	2,9	5,1	4,6	3,7	3,4	4,2	3,1
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	106,7	108,5	109,5	1,4	1,7	0,9	0,6	0,7	1,0	0,8	1,1	0,8	1,1
Sonstige Dienstleister	104,5	104,0	103,5	- 1,5	- 0,5	- 0,5	- 1,4	- 0,8	- 0,9	- 0,7	0,3	1,2	0,7
Bruttowertschöpfung	103,0	107,7	110,9	- 5,6	4,6	3,0	4,5	4,7	3,1	2,7	1,4	1,8	0,8
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	102,7	107,0	110,2	- 5,1	4,2	3,0	4,2	5,2	3,1	2,6	1,4	1,7	0,5
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	102,2	103,2	104,9	0,1	0,9	1,7	2,0	2,1	1,8	2,1	0,9	1,7	0,8
Konsumausgaben des Staates	108,8	110,6	111,7	3,0	1,7	1,0	1,2	- 0,1	1,8	0,9	1,3	1,5	1,1
Ausrüstungen	98,4	108,5	116,1	- 22,5	10,3	7,0	16,5	14,1	8,0	5,6	2,3	2,4	- 3,1
Bauten	100,9	104,2	110,3	- 3,2	3,2	5,8	1,0	13,6	3,0	2,5	6,5	0,1	- 1,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	120,5	124,6	129,5	- 2,9	3,3	3,9	3,0	3,8	3,5	3,6	4,7	2,6	3,7
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,7	0,6	0,2	0,6	0,0	0,3	0,4	0,1	- 0,1	- 0,9
Inländische Verwendung	103,3	106,0	108,8	- 2,5	2,6	2,6	3,6	3,2	2,7	2,6	1,7	1,4	- 0,6
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 2,9	1,7	0,6	0,9	2,1	0,5	0,1	- 0,3	0,4	1,1
Exporte	109,5	124,5	134,2	- 12,8	13,7	7,8	13,4	13,9	6,7	7,3	3,9	4,1	4,7
Importe	112,2	124,6	133,8	- 8,0	11,1	7,4	13,3	10,6	6,5	7,9	5,1	3,8	2,9
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	102,7	107,0	110,2	- 5,1	4,2	3,0	4,2	5,2	3,1	2,6	1,4	1,7	0,5
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 391,6	1 433,2	1 487,7	0,1	3,0	3,8	4,0	4,3	4,0	4,0	2,9	3,5	2,2
Konsumausgaben des Staates	475,3	487,6	499,8	5,2	2,6	2,5	2,1	1,4	3,5	2,3	2,7	2,8	2,8
Ausrüstungen	154,9	170,8	183,2	- 22,6	10,3	7,3	16,6	14,3	8,1	5,9	2,6	2,8	- 2,7
Bauten	226,9	236,8	258,1	- 2,0	4,4	9,0	2,2	16,8	5,9	5,6	10,1	2,9	1,4
Sonstige Anlagen ⁴⁾	26,9	27,6	28,5	- 3,4	2,8	3,3	3,2	3,1	3,3	3,1	3,6	2,4	2,5
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 17,9	1,3	3,7
Inländische Verwendung	2 257,6	2 357,3	2 460,9	- 2,6	4,4	4,4	5,4	5,2	4,7	4,3	3,5	3,0	0,6
Außenbeitrag	116,9	138,9	131,7
Exporte	1 006,5	1 173,3	1 300,8	- 15,5	16,6	10,9	17,4	19,2	10,1	9,5	5,7	5,3	6,0
Importe	889,6	1 034,4	1 169,2	- 14,1	16,3	13,0	20,9	19,8	12,4	11,9	8,9	6,1	4,2
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 374,5	2 496,2	2 592,6	- 4,0	5,1	3,9	4,9	5,8	4,1	3,5	2,2	2,8	1,7
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	104,2	106,3	108,5	0,0	2,0	2,1	2,0	2,2	2,2	1,9	2,0	1,8	1,4
Bruttoinlandsprodukt	103,9	104,9	105,8	1,2	0,9	0,8	0,7	0,6	0,9	0,9	0,8	1,1	1,2
Terms of Trade	101,3	99,2	97,0	3,8	- 2,1	- 2,2	- 2,9	- 3,4	- 2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	- 0,0
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 233,4	1 271,0	1 328,0	0,3	3,0	4,5	3,9	4,7	5,1	4,3	3,9	3,8	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	578,8	648,3	656,7	- 12,4	12,0	1,3	10,9	6,6	- 0,7	2,3	- 3,4	2,0	0,3
Volkseinkommen	1 812,3	1 919,3	1 984,6	- 4,1	5,9	3,4	6,0	5,3	3,2	3,6	1,7	3,1	2,6
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 432,5	2 546,7	2 640,9	- 2,8	4,7	3,7	5,1	5,7	3,5	3,7	2,1	3,1	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2012. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). ³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozugang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe	Energie	Industrie								darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige	
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen				
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Maschinenbau		
2005=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	5.56	8.76	85.69	33.96	35.37	2.78	13.58	12.15	10.82	12.48	12.34
Zeit												
2007	111,5	108,7	98,2	113,1	114,5	114,9	108,4	105,8	114,0	124,4	119,4	109,7
2008	111,5	108,4	95,5	113,3	114,2	116,8	104,0	104,4	114,4	128,8	124,5	104,5
2009	94,3	108,3	90,7	93,7	93,3	92,0	87,6	100,6	87,5	100,9	92,2	82,0
2010	103,9	108,5	93,6	104,6	107,2	103,8	95,7	102,4	101,7	117,5	101,6	102,3
2011	112,1	123,1	87,7	113,9	115,8	116,7	100,5	104,5	111,5	134,6	115,4	116,3
2011 April	110,8	132,0	83,7	112,3	116,0	112,8	99,9	104,0	111,2	126,1	110,3	117,0
Mai	111,2	133,6	78,7	113,1	116,7	114,5	97,2	103,6	113,1	127,5	110,4	119,2
Juni	113,9	134,1	76,4	116,4	119,7	119,6	94,9	104,3	115,8	137,1	120,9	117,3
Juli	116,0	142,8	80,0	117,9	122,2	119,7	101,7	105,9	117,0	142,3	119,2	119,6
Aug.	107,1	133,0	78,7	108,3	115,1	106,4	84,9	100,8	107,5	135,2	109,2	98,1
Sept.	117,9	140,6	78,6	120,5	121,8	124,9	111,1	107,7	116,2	146,4	123,2	127,1
Okt.	119,6	141,4	88,1	121,4	122,3	125,2	112,8	110,9	119,2	144,5	118,5	129,8
Nov.	120,7	139,8	94,5	122,2	120,4	129,2	111,2	110,8	118,4	147,0	126,0	127,7
Dez.	103,2	94,2	90,8	105,0	95,5	118,0	88,6	98,3	93,3	125,5	129,8	93,6
2012 Jan.	102,0	80,9	93,4	104,2	109,2	102,8	93,4	97,2	103,6	124,3	98,4	108,8
Febr.	104,7	68,1	92,7	108,4	109,7	113,2	96,0	95,2	106,7	128,3	108,6	121,8
März	2)3) 120,2	2) 126,8	3) 94,2	122,4	121,3	3) 130,6	105,6	107,4	117,0	141,0	3) 134,5	132,9
April ^{r)}	2) 109,8	2) 132,0	84,2	111,0	114,6	114,0	93,9	97,8	109,3	128,0	112,7	117,6
Mai ^{r)}	2) 111,1	2) 135,9	79,6	112,7	115,9	115,5	95,2	100,7	111,9	130,2	114,2	116,6
Juni ^{r)}	2) 114,3	2) 138,9	80,0	116,3	118,3	121,6	96,8	101,4	114,8	138,8	123,0	119,3
Juli ^{x)}	2) 114,5	2) 145,3	81,9	115,9	118,9	120,0	93,8	102,4	113,4	139,8	119,9	119,1
Aug. ^{x)p)}	2) 105,6	2) 133,9	s) 80,8	106,3	110,9	105,8	85,4	100,6	103,7	128,9	105,7	100,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2007	+ 5,8	+ 2,8	- 2,8	+ 6,9	+ 6,9	+ 8,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 11,1	+ 6,9
2008	± 0,0	- 0,3	- 2,7	+ 0,2	- 0,3	+ 1,7	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	+ 3,5	+ 4,3	- 4,7
2009	- 15,4	- 0,1	- 5,0	- 17,3	- 18,3	- 21,2	- 15,8	- 3,6	- 23,5	- 21,7	- 25,9	- 21,5
2010	+ 10,2	+ 0,2	+ 3,2	+ 11,6	+ 14,9	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,2	+ 16,5	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,9	+ 13,5	- 6,3	+ 8,9	+ 8,0	+ 12,4	+ 5,0	+ 2,1	+ 9,6	+ 14,6	+ 13,6	+ 13,7
2011 April	+ 9,5	+ 7,1	- 7,6	+ 11,3	+ 9,3	+ 15,7	+ 10,0	+ 5,2	+ 10,9	+ 14,8	+ 18,3	+ 17,5
Mai	+ 7,4	+ 8,8	- 13,7	+ 9,3	+ 7,2	+ 13,8	+ 5,4	+ 4,1	+ 10,2	+ 12,9	+ 15,2	+ 13,8
Juni	+ 6,9	+ 5,0	- 6,3	+ 8,2	+ 8,1	+ 10,5	- 1,6	+ 3,6	+ 9,5	+ 14,3	+ 15,4	+ 7,9
Juli	+ 10,3	+ 7,9	- 7,5	+ 11,9	+ 9,9	+ 17,7	+ 13,0	+ 2,3	+ 11,3	+ 18,8	+ 19,2	+ 22,3
Aug.	+ 8,5	+ 6,7	- 4,0	+ 9,6	+ 8,1	+ 16,4	+ 0,6	- 1,1	+ 8,6	+ 17,0	+ 14,7	+ 25,0
Sept.	+ 5,5	+ 5,2	- 6,3	+ 6,4	+ 6,5	+ 8,9	+ 3,6	+ 0,2	+ 6,7	+ 15,0	+ 11,2	+ 6,7
Okt.	+ 4,3	+ 4,6	- 6,6	+ 5,1	+ 3,9	+ 8,3	+ 2,5	+ 0,3	+ 5,8	+ 9,3	+ 7,5	+ 7,3
Nov.	+ 4,6	+ 9,6	- 4,0	+ 5,0	+ 3,9	+ 7,9	+ 1,9	± 0,0	+ 5,9	+ 9,5	+ 8,1	+ 7,0
Dez.	+ 1,3	+ 44,0	- 16,4	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 3,8	+ 5,6	+ 0,1	- 2,7
2012 Jan.	+ 1,1	+ 6,6	- 12,6	+ 2,3	+ 1,0	+ 5,2	- 0,6	- 1,7	+ 0,9	+ 3,2	+ 6,7	+ 7,5
Febr.	- 0,5	- 21,3	- 3,5	+ 1,0	- 0,5	+ 4,5	- 3,5	- 3,8	+ 0,7	+ 1,8	+ 7,0	+ 4,1
März	2)3) + 1,2	2) + 3,1	3) - 6,0	+ 1,7	- 0,5	3) + 5,2	- 3,8	- 1,6	- 0,6	+ 3,1	3) + 9,2	+ 3,4
April ^{r)}	2) - 0,9	2) ± 0,0	+ 0,6	- 1,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,0	- 6,0	- 1,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 0,5
Mai ^{r)}	2) - 0,1	2) + 1,7	+ 1,1	- 0,4	- 0,7	+ 0,9	- 2,1	- 2,8	- 1,1	+ 2,1	+ 3,4	- 2,2
Juni ^{r)}	2) + 0,4	2) + 3,6	+ 4,7	- 0,1	- 1,2	+ 1,7	+ 2,0	- 2,8	- 0,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7
Juli ^{x)}	2) - 1,3	2) + 1,8	+ 2,4	- 1,7	- 2,7	+ 0,3	- 7,8	- 3,3	- 3,1	- 1,8	+ 0,6	- 0,4
Aug. ^{x)p)}	2) - 1,4	2) + 0,7	s) + 2,7	- 1,8	- 3,6	- 0,6	+ 0,6	- 0,2	- 3,5	- 4,7	- 3,2	+ 2,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2005. ²⁾ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jähr-

lichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). ³⁾ Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung. ^{s)} Ursprungswert vom Statistischen Bundesamt geschätzt.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:				Industrie		davon:			
	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten	
			2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2007	123,0	+ 11,1	125,2	+ 9,9	123,2	+ 12,6	111,9	+ 6,3	110,3	+ 1,8	112,5	+ 7,9
2008	115,6	- 6,0	121,2	- 3,2	112,9	- 8,4	108,1	- 3,4	103,5	- 6,2	109,7	- 2,5
2009	87,5	- 24,3	89,3	- 26,3	85,3	- 24,4	94,8	- 12,3	88,5	- 14,5	96,9	- 11,7
2010	109,0	+ 24,6	114,3	+ 28,0	106,9	+ 25,3	99,8	+ 5,3	101,5	+ 14,7	99,3	+ 2,5
2011	120,5	+ 10,6	125,3	+ 9,6	119,8	+ 12,1	104,1	+ 4,3	107,4	+ 5,8	103,0	+ 3,7
2011 Aug.	111,1	+ 6,4	118,8	+ 9,1	107,3	+ 5,1	102,6	+ 2,8	96,1	+ 6,9	104,9	+ 1,7
Sept.	117,4	+ 3,9	122,0	+ 3,8	115,7	+ 3,8	107,9	+ 4,2	122,2	+ 9,3	103,1	+ 2,3
Okt.	118,9	+ 5,7	121,7	+ 2,0	118,8	+ 8,7	106,4	+ 2,3	115,4	- 0,3	103,4	+ 3,4
Nov.	117,6	- 2,8	119,8	- 1,6	118,1	- 4,2	104,2	+ 2,0	108,7	- 1,9	102,7	+ 3,4
Dez.	113,2	+ 1,6	106,7	- 1,1	120,5	+ 3,1	92,0	+ 2,9	89,5	+ 1,9	92,9	+ 3,3
2012 Jan.	114,7	- 4,9	125,2	- 5,7	109,7	- 4,9	101,6	- 0,9	101,8	- 4,0	101,5	+ 0,2
Febr.	116,0	- 5,4	122,1	- 3,6	113,5	- 6,6	105,4	- 5,0	96,5	- 8,0	108,5	- 4,1
März	130,3	+ 0,3	131,0	- 6,6	132,3	+ 5,0	114,0	+ 3,4	113,5	- 1,6	114,2	+ 5,1
April	116,9	- 2,3	122,5	- 4,0	116,3	- 1,0	96,2	- 3,5	100,5	- 6,7	94,7	- 2,5
Mai	117,9	- 4,3	123,0	- 4,7	117,1	- 4,6	100,6	+ 1,2	99,9	- 3,8	100,8	+ 3,0
Juni	121,2	- 6,7	122,0	- 4,5	123,5	- 9,0	102,2	+ 2,3	102,4	- 3,9	102,2	+ 4,7
Juli	117,8	- 3,4	121,2	- 6,8	116,6	- 1,1	110,4	- 2,0	101,5	- 9,5	113,4	+ 0,4
Aug. ◐	107,3	- 3,4	112,6	- 5,2	104,2	- 2,9	105,1	+ 2,4	93,3	- 2,9	109,2	+ 4,1
aus dem Inland												
2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	107,0	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2
2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,9	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0
2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8
2010	104,5	+ 18,8	115,9	+ 28,9	97,8	+ 13,1	88,6	+ 1,4	93,9	+ 4,4	86,9	+ 0,3
2011	115,3	+ 10,3	127,8	+ 10,3	109,0	+ 11,5	92,1	+ 4,0	104,1	+ 10,9	88,2	+ 1,5
2011 Aug.	109,0	+ 9,0	123,6	+ 10,0	99,4	+ 8,8	94,3	+ 4,7	99,7	+ 13,8	92,6	+ 1,9
Sept.	113,5	+ 4,6	123,7	+ 3,9	107,1	+ 5,0	101,4	+ 6,5	126,7	+ 15,6	93,2	+ 3,0
Okt.	113,4	+ 2,9	126,5	+ 2,8	105,2	+ 2,4	97,2	+ 5,1	117,5	+ 4,9	90,6	+ 5,2
Nov.	114,6	+ 1,0	125,2	+ 0,1	109,5	+ 1,8	93,7	+ 1,8	110,8	+ 5,1	88,1	+ 0,6
Dez.	101,0	+ 1,5	103,0	- 1,8	103,5	+ 4,5	77,7	+ 1,0	84,0	+ 7,3	75,6	- 1,0
2012 Jan.	110,7	- 3,3	126,7	- 5,3	100,9	- 1,9	90,2	+ 2,3	101,3	+ 5,9	86,6	+ 0,9
Febr.	109,6	- 5,7	120,7	- 6,2	102,9	- 5,9	94,4	- 2,1	97,6	- 2,0	93,4	- 2,0
März	120,8	- 2,3	131,7	- 5,4	116,0	+ 0,4	97,0	+ 0,9	108,7	+ 1,8	93,2	+ 0,6
April	112,2	- 2,3	125,8	- 4,2	105,7	- 0,4	84,9	- 2,2	95,1	- 6,7	81,6	- 0,4
Mai	109,9	- 13,2	123,2	- 8,6	103,3	- 18,4	84,6	- 4,1	90,9	- 9,6	82,5	- 1,9
Juni	110,6	- 4,7	121,3	- 5,0	106,3	- 4,7	84,0	- 4,5	89,7	- 9,0	82,1	- 3,0
Juli	111,4	- 7,2	122,3	- 9,9	105,6	- 4,7	92,7	- 5,1	92,5	- 14,0	92,7	- 1,9
Aug. ◐	100,6	- 7,7	114,4	- 7,4	90,9	- 8,6	89,9	- 4,7	89,7	- 10,0	90,0	- 2,8
aus dem Ausland												
2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,4	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,5	+ 10,5
2008	117,7	- 7,2	120,6	- 4,1	116,7	- 9,1	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,0
2009	87,0	- 26,1	88,6	- 26,5	84,4	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4
2010	112,9	+ 29,8	112,5	+ 27,0	113,3	+ 34,2	111,9	+ 8,9	109,1	+ 25,3	112,9	+ 4,2
2011	125,0	+ 10,7	122,4	+ 8,8	127,4	+ 12,4	116,9	+ 4,5	110,7	+ 1,5	119,2	+ 5,6
2011 Aug.	113,0	+ 4,3	113,3	+ 7,9	112,9	+ 2,9	111,6	+ 1,2	92,5	+ 0,2	118,4	+ 1,5
Sept.	120,7	+ 3,2	120,0	+ 3,8	121,7	+ 3,0	115,0	+ 2,0	117,7	+ 3,2	114,1	+ 1,7
Okt.	123,6	+ 7,9	116,3	+ 1,1	128,3	+ 12,5	116,4	- 0,1	113,3	- 5,3	117,5	+ 1,8
Nov.	120,2	- 5,8	113,7	- 3,7	124,1	+ 7,6	115,6	+ 2,1	106,6	- 8,3	118,8	+ 5,9
Dez.	123,8	+ 1,7	111,0	- 0,3	132,4	+ 2,2	107,5	+ 4,6	95,1	- 2,3	111,9	+ 6,8
2012 Jan.	118,2	- 6,1	123,5	- 6,0	115,9	- 6,6	113,9	- 3,4	102,4	- 12,1	118,0	- 0,3
Febr.	121,5	- 5,2	123,7	- 0,6	120,9	- 7,1	117,3	- 7,5	95,3	- 13,5	125,1	- 5,7
März	138,6	+ 2,4	130,2	- 7,9	143,7	+ 7,7	132,3	+ 5,3	118,4	- 4,4	137,3	+ 8,6
April	121,0	- 2,3	118,7	- 3,7	123,8	- 1,4	108,3	- 4,7	106,0	- 6,6	109,1	- 4,1
Mai	124,9	+ 3,9	122,7	+ 0,3	126,9	+ 5,6	117,8	+ 5,7	109,0	+ 1,9	120,9	+ 6,9
Juni	130,5	- 8,0	122,8	- 3,9	135,7	- 11,2	121,9	+ 8,2	115,2	+ 0,4	124,3	+ 11,0
Juli	123,3	- 0,2	119,9	- 2,9	124,4	+ 1,2	129,4	+ 0,4	110,6	- 5,4	136,2	+ 2,3
Aug. ◐	113,1	+ 0,1	110,5	- 2,5	113,5	+ 0,5	121,6	+ 9,0	97,0	+ 4,9	130,4	+ 10,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. ◊ Mit

Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsstaglich bereinigt )

Zeit	Gliederung nach Bauarten											Gliederung nach Bauherren )					
	Hochbau											Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber		
	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
2008	113,4	- 0,5	114,7	+ 1,9	94,4	- 4,6	127,9	+ 3,8	116,7	+ 7,7	112,0	- 2,9	123,3	+ 2,2	111,5	- 1,9	
2009	107,4	- 5,3	100,6	- 12,3	94,1	- 0,3	100,7	- 21,3	115,5	- 1,0	114,4	+ 2,1	104,9	- 14,9	115,6	+ 3,7	
2010	108,9	+ 1,4	106,6	+ 6,0	103,1	+ 9,6	105,3	+ 4,6	118,9	+ 2,9	111,3	- 2,7	111,0	+ 5,8	109,4	- 5,4	
2011	117,1	+ 7,5	120,0	+ 12,6	124,7	+ 21,0	120,0	+ 14,0	109,2	- 8,2	114,0	+ 2,4	125,6	+ 13,2	105,2	- 3,8	
2011 Juli	137,1	+ 11,2	124,4	+ 5,6	134,4	+ 18,0	115,3	- 0,8	132,3	+ 0,2	150,2	+ 16,4	129,7	+ 5,1	145,6	+ 14,5	
Aug.	123,6	+ 5,0	125,2	+ 4,5	129,8	+ 15,2	129,1	+ 3,5	102,0	- 14,9	121,9	+ 5,6	132,6	+ 10,2	112,0	- 4,4	
Sept.	127,9	+ 3,9	127,6	+ 7,6	127,7	- 1,6	130,6	+ 23,0	117,5	- 12,8	128,1	+ 0,2	134,1	+ 15,7	121,7	- 4,5	
Okt.	112,8	- 1,0	122,3	+ 10,3	126,9	+ 18,5	128,1	+ 14,8	92,6	- 20,9	102,9	- 12,1	128,2	+ 2,2	91,3	- 13,3	
Nov.	106,3	+ 15,4	114,6	+ 22,3	122,9	+ 28,2	112,6	+ 21,5	102,6	+ 11,5	97,6	+ 8,0	117,1	+ 20,5	88,3	+ 3,5	
Dez.	105,2	+ 17,3	113,2	+ 19,2	124,0	+ 26,0	109,4	+ 18,5	101,3	+ 5,0	96,8	+ 15,0	117,8	+ 23,9	84,5	+ 4,7	
2012 Jan.	89,4	+ 16,3	96,9	+ 14,7	103,1	+ 32,9	96,6	+ 2,8	84,2	+ 23,5	81,6	+ 18,1	103,3	+ 9,7	69,7	+ 17,5	
Febr.	105,2	+ 11,8	109,3	+ 6,8	116,4	+ 19,1	106,9	- 6,5	101,1	+ 39,4	101,0	+ 18,0	110,4	- 3,6	95,3	+ 32,4	
März	148,3	+ 10,4	157,7	+ 18,1	152,6	+ 7,3	168,5	+ 29,1	133,2	+ 7,3	138,5	+ 2,5	157,4	+ 6,9	137,4	+ 16,6	
April	135,5	+ 10,3	135,2	+ 13,9	146,9	+ 7,9	138,1	+ 23,7	99,1	- 3,9	135,8	+ 6,8	136,0	+ 8,9	130,2	+ 13,0	
Mai	129,9	+ 1,9	127,0	- 6,0	134,3	- 8,9	127,2	± 0,0	109,6	- 18,0	133,0	+ 11,2	133,1	+ 5,6	124,8	+ 3,6	
Juni	142,6	+ 4,7	146,1	+ 5,9	168,1	+ 29,6	136,8	+ 0,1	127,4	- 20,9	138,9	+ 3,4	142,0	+ 1,1	132,3	- 1,8	
Juli	135,9	- 0,9	132,3	+ 6,4	143,3	+ 6,6	133,8	+ 16,0	102,2	- 22,8	139,7	- 7,0	135,2	+ 4,2	133,4	- 8,4	

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erlauerungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen,

Tabelle II.21.  Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.  Ohne Wohnungsbauauftrage.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt )

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen ):															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren )		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2008	101,5	+ 2,1	98,9	- 0,1	100,7	+ 1,2	104,7	+ 1,0	116,3	+ 5,5	99,7	+ 1,1	107,2	+ 2,9	95,8	- 4,8
2009 )	98,1	- 3,3	96,2	- 2,7	98,8	- 1,9	101,5	- 3,1	117,0	+ 0,6	97,0	- 2,7	110,0	+ 2,6	96,8	+ 1,0
2010 )	100,4	+ 2,3	97,4	+ 1,2	99,6	+ 0,8	106,0	+ 4,4	120,5	+ 3,0	99,4	+ 2,5	114,2	+ 3,8	92,3	- 4,6
2011 ))	103,1	+ 2,7	98,4	+ 1,0	102,0	+ 2,4	108,4	+ 2,3	121,1	+ 0,5	102,9	+ 3,5	114,9	+ 0,6	99,3	+ 7,6
2011 Aug.	100,0	+ 1,9	95,8	+ 0,4	100,1	+ 3,3	98,7	- 2,8	113,3	- 2,5	100,0	+ 1,0	112,1	- 0,7	92,4	+ 5,4
Sept.	102,0	+ 3,4	97,0	+ 1,5	97,9	+ 3,6	110,5	- 5,6	113,9	- 0,6	102,1	+ 3,8	114,3	+ 1,6	99,0	+ 3,4
Okt.	108,7	+ 3,4	103,2	+ 1,4	104,3	+ 3,4	132,2	+ 4,9	124,8	+ 2,6	111,6	+ 3,6	117,3	- 0,1	109,3	+ 6,0
Nov.	106,9	+ 2,6	101,8	+ 0,9	103,3	+ 3,1	112,2	+ 0,8	133,8	+ 1,2	109,8	+ 2,5	118,2	+ 1,2	104,3	+ 3,0
Dez.	122,6	+ 1,6	117,8	+ 0,5	120,4	+ 1,5	132,3	+ 1,5	188,5	+ 3,2	111,5	+ 6,0	131,8	+ 0,8	91,6	+ 2,6
2012 Jan.	93,7	+ 0,2	89,3	- 1,7	93,9	+ 1,2	90,4	± 0,0	123,0	- 7,6	88,1	+ 0,3	110,5	+ 0,3	83,2	+ 0,1
Febr.	91,4	- 0,1	85,7	- 2,5	93,7	+ 2,2	79,8	- 4,4	104,7	- 3,7	87,4	- 1,9	107,2	+ 1,0	90,4	- 0,3
März	107,4	+ 3,8	100,2	+ 1,6	106,1	+ 2,3	115,1	+ 6,9	116,0	+ 4,6	113,7	+ 5,1	118,4	+ 3,5	115,1	+ 5,2
April	105,5	+ 1,9	98,1	+ 0,1	106,1	+ 2,3	111,4	- 5,0	108,9	+ 6,9	108,6	- 0,6	115,6	+ 3,0	105,3	+ 0,4
Mai	104,9	+ 4,2	97,4	+ 2,0	106,0	+ 5,3	108,0	+ 4,2	104,6	+ 1,1	105,9	+ 2,8	115,0	+ 1,9	103,1	+ 0,5
Juni	102,9	+ 2,4	95,8	+ 0,2	104,2	+ 1,4	100,3	- 2,5	117,0	+ 8,8	99,8	± 0,0	112,0	+ 0,1	102,9	+ 1,2
Juli	104,0	+ 0,4	97,6	- 1,6	104,1	+ 1,3	106,9	- 2,3	113,6	± 0,0	102,3	± 0,0	118,5	+ 1,2	101,0	- 1,3
Aug. )	101,7	+ 1,7	95,0	- 0,8	101,9	+ 1,8	98,6	- 0,1	111,6	- 1,5	102,7	+ 2,7	110,8	- 1,2	92,6	+ 0,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erlauerungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24.  Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.  In Verkaufsräumen.  Auch an Verkaufsständen und auf Märkten.  Neuer Berichtskreis, einschl.

Neuzugänge; Berichtskreissprunge durch Verkettung ausgeschaltet.  Ergebnisse ab Januar 2011 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.  Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt teilweise geschätzt.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Ausschl. gering-entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung							
2007	39 857	+ 1,7	26 942	2,2	8 533	.	.	4 861	68	26	3 760	1 245	9,0	423
2008	40 348	+ 1,2	27 510	2,1	8 659	17 958	679	4 866	102	58	3 258	1 006	7,8	389
2009	40 370	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 904	1 144	1 078	3 415	1 190	8,1	301
2010	40 603	+ 0,6	27 757	1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359
2011	41 164	+ 1,4	28 440	2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	100	2 976	892	7,1	466
2009 3.Vj.	40 431	- 0,2	27 482	- 0,5	8 500	18 204	557	4 913	1 136	1 103	3 418	1 186	8,1	300
4.Vj.	40 621	- 0,2	27 720	- 0,7	8 504	18 423	579	4 934	1 007	944	3 232	1 083	7,7	290
2010 1.Vj.	40 026	- 0,2	27 307	- 0,3	8 308	18 244	561	4 854	987	804	3 601	1 327	8,6	297
2.Vj.	40 513	+ 0,5	27 592	0,8	8 377	18 346	648	4 885	517	485	3 261	1 053	7,8	354
3.Vj.	40 799	+ 0,9	27 886	1,5	8 469	18 454	740	4 889	265	239	3 132	1 003	7,5	395
4.Vj.	41 074	+ 1,1	28 242	1,9	8 548	18 710	767	4 905	242	188	2 959	920	7,0	392
2011 1.Vj.	40 613	+ 1,5	27 944	2,3	8 428	18 578	740	4 852	291	158	3 290	1 088	7,8	412
2.Vj.	41 073	+ 1,4	28 266	2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	107	2 977	850	7,1	470
3.Vj.	41 347	+ 1,3	28 566	2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	64	2 893	843	6,9	497
4.Vj.	41 624	+ 1,3	28 983	2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	72	2 743	787	6,5	486
2012 1.Vj.	41 178	+ 1,4	28 638	2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	82	3 074	998	7,3	472
2.Vj.	41 588	+ 1,3	28 853	2,1	8 696	19 142	773	4 787	...	65	2 876	847	6,8	499
3.Vj.	2 856	885	6,7	493
2009 Mai	40 334	+ 0,2	27 395	- 0,1	8 509	18 154	508	4 914	1 469	1 443	3 449	1 192	8,2	299
Juni	40 345	± 0,0	27 380	- 0,3	8 493	18 135	531	4 932	1 394	1 365	3 401	1 159	8,1	297
Juli	40 327	- 0,2	27 314	- 0,5	8 464	18 080	551	4 935	1 248	1 215	3 454	1 210	8,2	298
Aug.	40 370	- 0,2	27 542	- 0,5	8 507	18 249	565	4 891	1 055	1 022	3 463	1 211	8,2	300
Sept.	40 596	- 0,3	27 800	- 0,7	8 564	18 430	578	4 893	1 104	1 072	3 338	1 137	7,9	302
Okt.	40 699	- 0,3	27 786	- 0,8	8 534	18 449	581	4 909	1 109	1 076	3 321	1 071	7,7	298
Nov.	40 691	- 0,3	27 731	- 0,7	8 497	18 434	589	4 961	982	947	3 208	1 069	7,6	291
Dez.	40 474	- 0,2	27 488	- 0,5	8 400	18 341	553	4 971	929	809	3 268	1 107	7,8	281
2010 Jan.	39 987	- 0,3	27 249	- 0,5	8 295	18 214	550	4 840	1 057	874	3 610	1 339	8,6	271
Febr.	39 969	- 0,3	27 230	- 0,3	8 269	18 210	560	4 814	1 031	829	3 635	1 356	8,6	298
März	40 121	± 0,0	27 398	0,2	8 318	18 277	596	4 846	874	709	3 560	1 285	8,5	320
April	40 357	+ 0,2	27 553	0,6	8 371	18 335	627	4 875	632	599	3 399	1 140	8,1	335
Mai	40 538	+ 0,5	27 667	1,0	8 395	18 382	665	4 898	499	467	3 236	1 036	7,7	356
Juni	40 645	+ 0,7	27 710	1,2	8 414	18 365	707	4 916	420	390	3 148	983	7,5	370
Juli	40 663	+ 0,8	27 691	1,4	8 419	18 320	732	4 915	313	286	3 186	1 029	7,6	391
Aug.	40 750	+ 0,9	27 976	1,6	8 493	18 508	752	4 864	244	219	3 183	1 030	7,6	397
Sept.	40 984	+ 1,0	28 269	1,7	8 573	18 700	766	4 859	237	214	3 026	948	7,2	398
Okt.	41 128	+ 1,1	28 296	1,8	8 566	18 738	769	4 886	231	209	2 941	907	7,0	401
Nov.	41 142	+ 1,1	28 277	2,0	8 562	18 723	779	4 932	215	194	2 927	903	6,9	395
Dez.	40 951	+ 1,2	28 033	2,0	8 460	18 635	743	4 931	279	162	3 011	949	7,1	380
2011 Jan.	40 556	+ 1,4	27 863	2,3	8 399	18 540	732	4 842	322	177	3 346	1 146	7,9	375
Febr.	40 584	+ 1,5	27 912	2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	155	3 313	1 107	7,9	418
März	40 698	+ 1,4	28 080	2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 210	1 010	7,6	442
April	40 921	+ 1,4	28 214	2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	117	3 078	907	7,3	461
Mai	41 098	+ 1,4	28 354	2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	107	2 960	839	7,0	470
Juni	41 199	+ 1,4	28 381	2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	96	2 893	804	6,9	480
Juli	41 212	+ 1,4	28 357	2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	68	2 939	859	7,0	492
Aug.	41 304	+ 1,4	28 658	2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	59	2 945	867	7,0	497
Sept.	41 524	+ 1,3	28 984	2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	65	2 796	802	6,6	502
Okt.	41 664	+ 1,3	29 039	2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	70	2 737	778	6,5	500
Nov.	41 691	+ 1,3	29 024	2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	76	2 713	769	6,4	492
Dez.	41 517	+ 1,4	28 787	2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	72	2 780	813	6,6	467
2012 Jan.	41 152	+ 1,5	28 580	2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	82	3 084	1 011	7,3	452
Febr.	41 136	+ 1,4	28 580	2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	87	3 110	1 028	7,4	473
März	41 245	+ 1,3	28 719	2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	78	3 028	955	7,2	491
April	41 452	+ 1,3	28 832	2,2	8 688	19 139	765	4 784	...	71	2 963	893	7,0	499
Mai	41 616	+ 1,3	28 913	2,0	8 713	19 175	780	4 793	...	67	2 855	831	6,7	499
Juni	41 695	+ 1,2	28 908	1,9	8 722	19 151	792	4 805	...	58	2 809	817	6,6	499
Juli	41 681	+ 1,1	28 903	1,9	8 730	19 131	805	4 798	...	50	2 876	885	6,8	500
Aug.	41 724	+ 1,0	2 905	910	6,8	493
Sept.	2 788	862	6,5	485

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 8 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges sozi-

ales oder ökologisches Jahr ableisten. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2010 und 2011 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,6 % sowie im Jahr 2011 bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 18,8 % von den endgültigen Angaben ab. 11 Ab Mai 2012 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

X. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)		
	insgesamt	darunter:		Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 3)	Wohnungsmieten 3)	Baupreisindex 2)			Ausfuhr	Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)	
	Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)												
	2005 = 100											2010 = 100		
	Indexstand													
2007	8)9)	103,9	105,9	101,7	112,8	103,9	102,2	109,3	106,8	119,9	103,0	105,1	86,0	87,5
2008		106,6	112,7	102,5	123,6	105,8	103,5	113,0	112,7	124,3	104,8	109,9	109,7	92,0
2009		107,0	111,2	103,9	116,9	107,4	104,6	114,4	108,0	100,7	102,5	100,5	72,8	74,5
2010		108,2	113,0	104,4	121,5	108,0	105,8	115,4	109,7	114,9	106,0	108,3	100,0	100,0
2011	10)	110,7	115,8	105,7	133,7	109,3	107,1	118,7	115,9	129,6	109,9	117,0	132,2	113,5
2010 Nov.		108,5	113,2	105,3	122,8	107,3	106,3	116,1	111,3	123,6	107,1	110,8	104,3	108,1
2010 Dez.		109,6	114,4	105,1	125,4	110,0	106,4		112,1	127,9	108,0	113,3	115,7	116,1
2011 Jan.		109,2	114,7	104,5	128,7	107,9	106,5		113,4	128,7	108,9	115,0	121,1	121,4
2011 Febr.		109,8	115,8	104,8	129,5	108,8	106,7	117,4	114,2	132,3	109,3	116,3	126,5	122,8
2011 März		110,3	115,6	105,4	133,3	108,7	106,8		114,7	132,2	109,6	117,6	135,5	117,7
2011 April		110,5	115,6	105,6	135,0	108,9	106,9		115,9	134,5	109,9	117,9	141,0	117,8
2011 Mai	10)	110,5	116,3	105,7	134,1	108,4	107,0	118,5	115,9	135,2	110,0	117,2	132,5	115,7
2011 Juni		110,6	116,3	105,5	133,5	109,3	107,1		116,0	134,1	110,0	116,5	130,5	114,0
2011 Juli		111,0	116,0	105,0	134,3	111,0	107,2		116,8	131,3	110,3	117,4	135,1	115,0
2011 Aug.		111,0	115,4	105,4	133,2	110,8	107,3	119,3	116,5	130,1	110,2	116,6	127,5	112,9
2011 Sept.		111,1	115,3	106,3	135,3	109,5	107,4		116,8	130,3	110,2	117,3	135,7	114,1
2011 Okt.		111,1	115,4	106,8	135,7	109,0	107,5		117,0	129,2	110,0	116,9	132,0	105,1
2011 Nov.		111,1	116,0	106,8	136,4	108,5	107,6	119,7	117,1	130,3	110,2	117,4	134,5	103,0
2011 Dez.		111,9	116,7	106,6	135,4	111,3	107,7		116,6	128,7	110,3	117,7	134,9	103,7
2012 Jan.	10)	111,5	117,8	106,3	138,0	109,0	107,9		117,3	128,0	111,2	119,2	141,2	109,4
2012 Febr.		112,3	118,9	106,9	139,9	110,2	108,0	121,1	117,8	130,7	111,5	120,4	148,4	109,3
2012 März		112,6	119,2	107,4	142,2	109,8	108,0		118,5 r)	133,1	111,7	121,2	155,0	110,5
2012 April		112,8	119,1	107,6	142,8	109,9	108,1		118,7	134,2	111,9	120,6	148,6	110,2
2012 Mai		112,6	119,1	107,6	140,7	109,8	108,2	121,8	118,3 r)	132,3	111,8	119,8	140,5	110,1
2012 Juni		112,5	120,5	107,3	138,8	110,0	108,3		117,8 r)	130,2	111,5	118,0	124,5	108,9
2012 Juli		112,9	119,5	106,7	140,2	111,9	108,4		117,8	130,8	111,8	118,8	136,5	116,8
2012 Aug.		113,3	119,2	106,9	143,3	111,8	108,5	122,4	118,4 p)	134,1	112,2	120,3	149,1	114,2
2012 Sept.		113,3	118,6	107,9	144,8	110,5	108,6		143,2	111,9
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2007	8)9)	+ 2,3	+ 3,9	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 6,7	+ 1,3	+ 11,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,9	+ 8,4
2008		+ 2,6	+ 6,4	+ 0,8	+ 9,6	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,4	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,7	+ 4,6	+ 27,6	+ 5,1
2009		+ 0,4	- 1,3	+ 1,4	- 5,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,6	- 33,6	- 19,0
2010		+ 1,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,9	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 14,1	+ 3,4	+ 7,8	+ 37,4	+ 34,2
2011	10)	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,9	+ 5,7	+ 12,8	+ 3,7	+ 8,0	+ 32,2	+ 13,5
2010 Nov.		+ 1,5	+ 3,4	+ 1,1	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 4,4	+ 21,5	+ 4,5	+ 10,0	+ 23,6	+ 38,8
2010 Dez.		+ 1,7	+ 3,6	+ 0,6	+ 8,2	+ 0,5	+ 1,2		+ 5,3	+ 24,5	+ 5,2	+ 12,0	+ 38,1	+ 40,2
2011 Jan.		+ 2,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 8,6	+ 0,9	+ 1,2		+ 5,7	+ 24,5	+ 5,4	+ 11,8	+ 36,1	+ 41,7
2011 Febr.		+ 2,1	+ 3,4	+ 0,7	+ 10,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,5	+ 6,4	+ 26,1	+ 5,4	+ 11,9	+ 41,2	+ 43,3
2011 März		+ 2,1	+ 2,2	+ 0,9	+ 10,5	+ 0,7	+ 1,2		+ 6,2	+ 25,4	+ 4,9	+ 11,3	+ 40,4	+ 31,5
2011 April		+ 2,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 10,5	+ 2,1	+ 1,2		+ 6,4	+ 26,3	+ 4,2	+ 9,4	+ 34,2	+ 21,2
2011 Mai	10)	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,2	+ 9,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,9	+ 6,1	+ 24,8	+ 3,8	+ 8,1	+ 31,7	+ 17,0
2011 Juni		+ 2,3	+ 2,6	+ 1,2	+ 9,1	+ 1,7	+ 1,2		+ 5,6	+ 21,4	+ 3,4	+ 6,5	+ 27,2	+ 13,5
2011 Juli		+ 2,4	+ 2,1	+ 1,4	+ 10,6	+ 1,6	+ 1,2		+ 5,8	+ 17,9	+ 3,7	+ 7,5	+ 36,7	+ 13,6
2011 Aug.		+ 2,4	+ 2,5	+ 1,3	+ 9,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 3,0	+ 5,5	+ 10,4	+ 3,2	+ 6,6	+ 28,4	+ 7,7
2011 Sept.		+ 2,6	+ 2,5	+ 1,5	+ 11,2	+ 1,4	+ 1,3		+ 5,5	+ 8,4	+ 2,9	+ 6,9	+ 37,1	+ 7,0
2011 Okt.		+ 2,5	+ 2,9	+ 1,6	+ 11,1	+ 1,0	+ 1,3		+ 5,3	+ 6,9	+ 3,0	+ 6,8	+ 33,5	+ 1,0
2011 Nov.		+ 2,4	+ 2,5	+ 1,4	+ 11,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 3,1	+ 5,2	+ 5,4	+ 2,9	+ 6,0	+ 29,0	- 4,7
2011 Dez.		+ 2,1	+ 2,0	+ 1,4	+ 8,0	+ 1,2	+ 1,2		+ 4,0	+ 0,6	+ 2,1	+ 3,9	+ 16,6	- 10,7
2012 Jan.	10)	+ 2,1	+ 2,7	+ 1,7	+ 7,2	+ 1,0	+ 1,3		+ 3,4	- 0,5	+ 2,1	+ 3,7	+ 16,6	- 9,9
2012 Febr.		+ 2,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 8,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 3,2	+ 3,2	- 1,2	+ 2,0	+ 3,5	+ 17,3	- 11,0
2012 März		+ 2,1	+ 3,1	+ 1,9	+ 6,7	+ 1,0	+ 1,1		+ 3,3 r)	+ 0,7	+ 1,9	+ 3,1	+ 14,4	- 6,1
2012 April		+ 2,1	+ 3,0	+ 1,9	+ 5,8	+ 0,9	+ 1,1		+ 2,4	- 0,2	+ 1,8	+ 2,3	+ 5,4	- 6,5
2012 Mai		+ 1,9	+ 2,4	+ 1,8	+ 4,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 2,8	+ 1,6 r)	- 2,1	+ 1,6	+ 2,2	+ 6,0	- 4,8
2012 Juni		+ 1,7	+ 3,6	+ 1,7	+ 4,0	+ 0,6	+ 1,1		+ 2,1 r)	- 2,9	+ 1,4	+ 1,3	- 4,6	- 4,5
2012 Juli		+ 1,7	+ 3,0	+ 1,6	+ 4,4	+ 0,8	+ 1,1		+ 0,9	- 0,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,6
2012 Aug.		+ 2,1	+ 3,3	+ 1,4	+ 7,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,6	+ 1,6 p)	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,2	+ 16,9	+ 1,2
2012 Sept.		+ 2,0	+ 2,9	+ 1,5	+ 7,0	+ 0,9	+ 1,1		+ 5,5	- 1,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts. 3 Nettomieten. 4 Ohne Mehrwertsteuer. 5 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 6 Kohle und Rohöl (Brent). 7 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrie-

rohstoffe. 8 Ab Januar 2007 Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16% auf 19%. 9 Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern. 10 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2004	924,7	0,5	627,9	2,0	359,5	0,3	987,3	1,4	1 435,4	1,7	151,8	3,1	10,6
2005	922,1	- 0,3	625,5	- 0,4	359,8	0,1	985,3	- 0,2	1 463,9	2,0	156,9	3,3	10,7
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 004,0	0,1	668,0	0,6	383,4	7,7	1 051,4	3,1	1 561,7	- 0,5	170,1	- 5,6	10,9
2010	1 034,1	3,0	697,7	4,4	387,1	1,0	1 084,8	3,2	1 607,9	3,0	174,7	2,7	10,9
2011	1 083,9	4,8	725,8	4,0	384,0	- 0,8	1 109,8	2,3	1 660,2	3,3	172,6	- 1,2	10,4
2011 1.Vj.	251,7	5,0	168,7	4,2	97,4	- 1,8	266,1	2,0	408,4	3,2	56,0	- 3,1	13,7
2.Vj.	264,7	5,5	173,5	4,1	95,3	- 1,5	268,7	2,1	412,2	3,5	41,3	- 1,0	10,0
3.Vj.	267,6	4,6	182,9	3,7	95,8	- 0,3	278,7	2,3	421,7	3,5	37,2	- 1,2	8,8
4.Vj.	299,8	4,3	200,8	4,0	95,6	0,4	296,3	2,8	418,0	2,8	38,2	1,2	9,1
2012 1.Vj.	261,9	4,0	175,1	3,8	97,8	0,4	272,9	2,6	422,6	3,5	57,9	3,4	13,7
2.Vj.	275,3	4,0	180,4	4,0	96,2	1,0	276,6	2,9	420,9	2,1	41,8	1,2	9,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2012. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2004	99,1	0,8	98,9	0,8	99,1	0,8	99,0	1,1	99,7	0,5
2005	100,0	0,9	100,0	1,1	100,0	0,9	100,0	1,1	100,0	0,3
2006	100,9	0,9	101,1	1,1	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,1	1,2	102,5	1,3	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	104,9	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,0	2,0	107,5	2,0	107,6	2,2	108,0	2,4	104,6	- 0,0
2010	108,7	1,6	109,2	1,6	109,3	1,6	109,9	1,7	107,0	2,3
2011	110,5	1,7	111,1	1,7	111,2	1,8	111,8	1,7	110,6	3,3
2011 1.Vj.	102,6	1,7	103,2	1,7	102,9	1,3	110,6	1,1	104,0	3,4
2.Vj.	103,7	1,4	104,3	1,4	104,4	1,8	111,6	1,7	108,4	4,0
3.Vj.	112,7	1,9	113,3	2,0	113,5	1,9	112,3	2,0	108,9	3,2
4.Vj.	123,1	1,8	123,8	1,8	124,2	2,1	112,6	2,1	120,8	2,9
2012 1.Vj.	104,6	1,9	105,1	1,9	105,4	2,4	113,4	2,6	106,7	2,6
2.Vj.	106,5	2,7	107,0	2,6	107,4	2,9	114,6	2,7	111,2	2,6
2012 März	104,9	2,3	105,4	2,3	105,8	2,4	113,9	2,9	.	.
April	106,2	1,7	106,7	1,7	107,1	2,4	114,0	2,4	.	.
Mai	107,2	3,4	107,7	3,3	107,9	3,4	114,7	2,8	.	.
Juni	106,1	2,9	106,6	2,8	107,0	2,8	115,1	2,9	.	.
Juli	134,6	3,1	135,2	3,0	135,5	2,8	115,4	2,9	.	.
Aug.	106,5	2,6	107,0	2,5	107,4	2,9	115,6	2,9	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2012.

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2009	2010	2011	2011	2012				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli
A. Leistungsbilanz	- 21 927	- 6 792	- 2 291	+ 34 859	- 6 032	+ 15 430	- 3 239	+ 17 372	+ 15 935
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 304 133	1 566 838	1 773 619	462 532	465 138	478 160	161 471	165 031	164 088
Einfuhr (fob)	1 272 817	1 551 745	1 768 690	447 962	459 793	453 074	156 004	150 850	151 617
Saldo	+ 31 315	+ 15 093	+ 4 929	+ 14 569	+ 5 345	+ 25 086	+ 5 467	+ 14 181	+ 12 471
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	478 915	523 989	557 300	150 944	137 200	147 892	49 808	53 370	55 805
Ausgaben	442 472	474 430	493 673	131 219	122 108	127 314	42 563	45 419	47 314
Saldo	+ 36 443	+ 49 562	+ 63 629	+ 19 725	+ 15 092	+ 20 579	+ 7 245	+ 7 952	+ 8 491
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 3 452	+ 31 809	+ 32 485	+ 20 563	+ 12 035	- 6 071	- 7 990	+ 2 718	+ 2 404
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	94 275	87 619	93 269	32 869	25 550	19 491	6 995	6 147	6 016
eigene Leistungen	187 413	190 877	196 604	52 868	64 052	43 655	14 956	13 626	13 448
Saldo	- 93 139	- 103 256	- 103 334	- 19 999	- 38 503	- 24 165	- 7 961	- 7 479	- 7 432
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 6 717	+ 6 374	+ 10 733	+ 5 925	+ 1 898	+ 2 286	+ 1 472	+ 399	+ 245
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 9 436	- 2 536	- 20 761	- 40 189	+ 3 317	- 14 216	- 171	- 12 201	- 5 976
1. Direktinvestitionen	- 105 115	- 113 923	- 148 723	- 54 894	- 5 302	- 19 329	+ 9 915	- 19 683	- 6 659
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 336 994	- 275 765	- 347 283	- 105 844	- 82 118	- 57 558	- 6 743	- 29 192	- 6 042
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 231 881	+ 161 847	+ 198 562	+ 50 951	+ 76 816	+ 38 228	+ 16 658	+ 9 509	- 616
2. Wertpapieranlagen	+ 265 687	+ 165 086	+ 305 577	- 4 476	- 77 068	+ 77 101	+ 26 689	+ 49 151	+ 24 304
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 90 379	- 143 000	+ 49 283	+ 48 906	- 138 196	+ 34 683	- 5 633	+ 28 884	+ 13 872
Aktien	- 53 080	- 76 713	+ 71 423	+ 39 176	- 22 541	+ 11 840	+ 6 141	+ 11 496	+ 3 596
Anleihen	- 42 904	- 106 698	+ 16 649	+ 29 211	- 69 550	- 5 681	- 13 069	- 261	+ 1 551
Geldmarktpapiere	+ 5 603	+ 40 410	- 38 793	- 19 482	- 46 106	+ 28 523	+ 1 294	+ 17 649	+ 8 725
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 356 067	+ 308 086	+ 256 294	- 53 382	+ 61 129	+ 42 417	+ 32 322	+ 20 266	+ 10 431
Aktien	+ 124 649	+ 144 180	+ 121 694	+ 43 451	+ 40 954	+ 526	- 160	+ 10 738	- 8 744
Anleihen	+ 140 501	+ 184 216	+ 161 732	- 36 759	+ 9 232	+ 53 677	+ 26 739	+ 31 487	+ 1 431
Geldmarktpapiere	+ 90 917	- 20 310	- 27 132	- 60 075	+ 10 941	- 11 786	+ 5 743	- 21 959	+ 17 744
3. Finanzderivate	+ 20 020	+ 18 534	- 21 510	- 9 858	- 5 426	- 5 895	- 6 235	- 1 874	- 2 443
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 175 713	- 61 718	- 145 907	+ 35 800	+ 92 739	- 57 152	- 29 084	- 35 257	- 21 674
Eurosysteem	- 233 287	+ 11 839	+ 137 194	+ 96 122	- 72 767	+ 82 532	+ 42 167	+ 39 237	+ 22 587
Staat	+ 5 412	+ 23 912	+ 71 925	- 7 285	+ 18 780	- 163	- 2 154	- 2 704	+ 1 517
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 67 661	- 19 451	- 338 024	- 74 039	+ 155 918	- 116 839	- 48 448	- 66 177	- 47 115
langfristig	- 21 557	+ 46 891	- 12 914	- 30 446	+ 12 810	- 17 437	+ 9 887	- 9 306	+ 1 530
kurzfristig	+ 89 218	- 66 344	- 325 109	- 43 592	+ 143 110	- 99 401	- 58 335	- 56 870	- 48 647
Unternehmen und Privatpersonen	- 15 501	- 78 018	- 17 000	+ 21 002	- 9 194	- 22 683	- 20 651	- 5 613	+ 1 339
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	+ 4 558	- 10 519	- 10 198	- 6 762	- 1 627	- 8 940	- 1 455	- 4 538	+ 495
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 5 775	+ 2 957	+ 12 318	- 595	+ 816	- 3 500	+ 1 938	- 5 570	- 10 203

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)			
	Mio DM											
1998	- 28 696	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724		
1999	- 50 528	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 24 363	- 47 724	- 301	- 20 332	+ 24 517	+ 71 161		
2000	- 69 351	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 956	- 54 450	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 10 857		
2001	- 23	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 22 557	- 52 204	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 23 847		
	Mio €											
1999	- 25 834	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 12 457	- 24 401	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 36 384		
2000	- 35 459	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 670	- 27 840	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 551		
2001	- 12	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 11 533	- 26 692	- 387	+ 11 794	+ 6 032	+ 12 193		
2002	+ 42 669	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 888	- 26 951	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 010		
2003	+ 40 525	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 677	- 28 064	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 921		
2004	+ 102 368	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 19 681	- 27 564	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 20 181		
2005	+ 112 591	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 391	- 28 522	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 413		
2006	+ 144 739	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 460	- 28 536	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 992		
2007	+ 180 914	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 42 918	- 32 685	+ 104	- 210 151	- 953	+ 29 133		
2008	+ 153 633	+ 178 297	- 13 628	- 10 258	+ 32 379	- 33 157	- 210	- 173 910	- 2 008	+ 20 487		
2009	+ 140 558	+ 138 697	- 15 052	- 8 049	+ 58 120	- 33 158	+ 29	- 155 440	+ 3 200	+ 14 853		
2010	+ 150 668	+ 154 863	- 11 613	- 4 258	+ 49 864	- 38 187	- 586	- 147 439	- 1 613	- 2 643		
2011 r)	+ 146 564	+ 158 086	- 18 852	- 7 584	+ 48 415	- 33 501	+ 641	- 154 487	- 2 836	+ 7 281		
2009 3.Vj.	+ 34 506	+ 36 092	- 3 500	- 7 900	+ 18 061	- 8 247	+ 37	- 24 732	+ 2 269	- 9 810		
4.Vj.	+ 51 139	+ 40 910	- 3 414	+ 4 356	+ 16 817	- 7 531	- 276	- 68 715	+ 569	+ 17 853		
2010 1.Vj.	+ 34 259	+ 37 736	- 2 522	- 22	+ 13 233	- 14 165	+ 262	- 28 714	- 651	- 5 807		
2.Vj.	+ 29 466	+ 37 249	- 2 885	- 1 708	+ 3 198	- 6 388	- 434	- 29 669	- 801	+ 638		
3.Vj.	+ 33 665	+ 38 895	- 2 953	- 6 174	+ 14 666	- 10 770	+ 9	- 28 646	+ 344	- 5 028		
4.Vj.	+ 53 278	+ 40 982	- 3 254	+ 3 646	+ 18 767	- 6 864	- 423	- 60 410	- 506	+ 7 555		
2011 1.Vj.	+ 40 440	+ 40 808	- 1 811	+ 1 792	+ 13 169	- 13 518	+ 958	- 63 197	- 1 393	+ 21 798		
2.Vj.	+ 25 748	+ 37 984	- 4 637	- 3 022	+ 100	- 4 677	- 278	- 46 097	- 438	+ 20 628		
3.Vj.	+ 32 978	+ 39 180	- 6 161	- 6 836	+ 16 414	- 9 619	+ 115	- 16 218	- 639	- 16 874		
4.Vj. r)	+ 47 399	+ 40 114	- 6 243	+ 483	+ 18 732	- 5 688	- 153	- 28 974	- 366	- 18 271		
2012 1.Vj. r)	+ 41 066	+ 45 417	- 4 498	- 423	+ 15 677	- 15 107	+ 222	- 61 391	- 963	+ 20 103		
2.Vj. r)	+ 37 620	+ 47 994	- 9 048	- 149	+ 5 533	- 6 711	+ 394	- 58 332	- 769	+ 20 318		
2010 März	+ 18 137	+ 16 244	- 1 233	+ 824	+ 5 015	- 2 713	- 232	- 26 969	+ 187	+ 9 065		
April	+ 11 779	+ 12 995	- 732	+ 798	+ 914	- 2 196	- 199	- 7 750	- 116	- 3 830		
Mai	+ 4 669	+ 10 143	- 1 346	- 830	- 1 842	- 1 455	- 49	- 7 771	- 671	+ 3 151		
Juni	+ 13 017	+ 14 111	- 806	- 1 677	+ 4 126	- 2 737	- 185	- 14 148	- 14	+ 1 317		
Juli	+ 10 363	+ 12 967	- 1 096	- 2 392	+ 4 604	- 3 720	+ 423	+ 19 095	+ 20	- 29 880		
Aug.	+ 6 641	+ 9 456	- 1 091	- 3 085	+ 4 797	- 3 436	- 112	- 19 738	+ 119	+ 13 209		
Sept.	+ 16 661	+ 16 473	- 765	- 697	+ 5 264	- 3 613	- 302	- 28 002	+ 205	+ 11 643		
Okt.	+ 15 025	+ 14 518	- 782	- 591	+ 5 582	- 3 701	- 220	- 96	+ 234	- 14 708		
Nov.	+ 15 965	+ 13 884	- 1 110	+ 1 104	+ 6 096	- 4 008	- 169	- 29 202	+ 81	+ 13 406		
Dez.	+ 22 288	+ 12 580	- 1 361	+ 3 133	+ 7 090	+ 846	- 34	- 31 112	- 820	+ 8 858		
2011 Jan.	+ 8 609	+ 10 108	- 1 024	+ 149	+ 3 417	- 4 042	+ 541	- 11 110	- 182	+ 1 960		
Febr.	+ 10 600	+ 11 928	+ 254	+ 417	+ 4 568	- 6 568	+ 528	- 20 926	- 23	+ 9 798		
März	+ 21 232	+ 18 772	- 1 042	+ 1 226	+ 5 184	- 2 908	- 110	- 31 161	- 1 188	+ 10 040		
April	+ 7 395	+ 10 821	- 1 811	- 850	+ 771	- 1 536	- 198	- 21 317	- 563	+ 14 120		
Mai	+ 7 400	+ 14 627	- 1 034	+ 159	- 5 779	- 574	- 65	- 17 656	+ 24	+ 10 321		
Juni	+ 10 953	+ 12 536	- 1 793	- 2 331	+ 5 108	- 2 567	- 16	- 7 124	+ 101	- 3 813		
Juli	+ 8 287	+ 10 414	- 1 420	- 2 461	+ 5 216	- 3 462	- 139	+ 7 188	- 428	- 15 336		
Aug.	+ 7 929	+ 11 646	- 2 228	- 4 159	+ 5 712	- 3 042	+ 383	- 15 547	+ 109	+ 7 234		
Sept.	+ 16 761	+ 17 120	- 2 512	- 217	+ 5 485	- 3 115	- 129	- 7 859	- 320	- 8 773		
Okt.	+ 10 249	+ 11 302	- 1 945	- 1 425	+ 5 781	- 3 465	- 178	- 10 260	+ 55	+ 188		
Nov.	+ 15 868	+ 15 916	- 1 802	- 46	+ 5 404	- 3 603	+ 119	- 7 577	+ 263	- 8 410		
Dez. r)	+ 21 282	+ 12 896	- 2 496	+ 1 954	+ 7 547	+ 1 380	- 94	- 11 137	- 684	- 10 050		
2012 Jan. r)	+ 9 481	+ 13 188	- 1 384	- 2 205	+ 4 169	- 4 287	- 27	- 14 628	- 140	+ 5 174		
Febr. r)	+ 11 690	+ 14 864	- 1 925	+ 402	+ 5 632	- 7 283	+ 240	- 12 706	- 547	+ 7 776		
März r)	+ 19 895	+ 17 365	- 1 188	+ 1 380	+ 5 875	- 3 537	+ 9	- 34 056	- 276	+ 14 153		
April r)	+ 11 019	+ 14 468	- 2 280	+ 629	+ 922	- 2 720	+ 310	- 21 193	- 581	+ 9 864		
Mai r)	+ 8 093	+ 15 559	- 4 075	- 1 019	- 726	- 1 646	+ 239	- 19 978	- 207	+ 11 647		
Juni r)	+ 18 508	+ 17 967	- 2 693	+ 241	+ 5 337	- 2 345	- 155	- 17 160	+ 19	- 1 193		
Juli	+ 11 685	+ 16 887	- 2 866	- 4 937	+ 5 114	- 2 513	- 224	- 4 600	+ 48	- 6 861		
Aug. p)	+ 11 141	+ 16 274	- 2 555	- 3 918	+ 4 816	- 3 476	+ 177	- 17 270	- 389	+ 5 952		

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapalexport: - . 5 Zunahme: - .

XI. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2009	2010	2011 ¹⁾	2012					
					Jan. / Jul.	April ¹⁾	Mai ¹⁾	Juni ¹⁾	Juli ¹⁾	August ¹⁾
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	803 312	951 959	1 060 037	644 012	87 149	92 710	94 731	93 470	90 084
	Einfuhr	664 615	797 097	901 951	533 714	72 681	77 151	76 764	76 583	73 810
	Saldo	+ 138 697	+ 154 863	+ 158 086	+ 110 298	+ 14 468	+ 15 559	+ 17 967	+ 16 887	+ 16 274
I. Europäische Länder	Ausfuhr	585 826	675 024	751 485	446 626	60 901	64 951	65 079	62 994	...
	Einfuhr	463 721	541 720	624 357	374 903	51 613	54 600	53 660	53 692	...
	Saldo	+ 122 105	+ 133 305	+ 127 127	+ 71 724	+ 9 288	+ 10 352	+ 11 418	+ 9 303	...
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	500 654	570 879	627 150	370 804	50 454	53 831	53 664	51 674	...
	Einfuhr	380 323	444 375	507 396	301 307	41 112	44 075	43 448	43 390	...
	Saldo	+ 120 331	+ 126 504	+ 119 754	+ 69 497	+ 9 342	+ 9 755	+ 10 216	+ 8 284	...
EWU-Länder (17)	Ausfuhr	343 701	388 103	420 251	245 513	33 053	35 649	35 482	34 024	...
	Einfuhr	258 729	300 135	339 785	202 337	27 718	29 697	29 336	29 237	...
	Saldo	+ 84 972	+ 87 968	+ 80 466	+ 43 176	+ 5 335	+ 5 952	+ 6 146	+ 4 788	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	46 262	50 545	53 087	29 239	4 014	4 272	4 312	3 826	...
	Einfuhr	30 694	36 026	41 317	24 386	3 329	3 334	3 619	3 451	...
	Saldo	+ 15 568	+ 14 519	+ 11 770	+ 4 853	+ 685	+ 938	+ 694	+ 374	...
Frankreich	Ausfuhr	81 304	89 582	101 482	62 741	7 833	9 056	9 280	9 145	...
	Einfuhr	53 338	60 673	66 188	38 582	5 574	5 675	5 352	5 662	...
	Saldo	+ 27 966	+ 28 909	+ 35 295	+ 24 160	+ 2 259	+ 3 382	+ 3 927	+ 3 484	...
Italien	Ausfuhr	50 620	58 589	62 019	34 467	4 799	5 222	4 863	4 724	...
	Einfuhr	37 197	41 977	48 155	29 789	4 047	4 406	4 368	4 532	...
	Saldo	+ 13 423	+ 16 611	+ 13 865	+ 4 678	+ 751	+ 816	+ 495	+ 192	...
Niederlande	Ausfuhr	53 195	62 978	69 345	41 889	5 814	6 014	5 941	5 585	...
	Einfuhr	55 583	67 205	82 004	49 994	6 669	7 544	7 272	7 069	...
	Saldo	- 2 388	- 4 227	- 12 659	- 8 105	- 855	- 1 531	- 1 331	- 1 484	...
Österreich	Ausfuhr	46 093	52 156	57 653	34 141	4 798	4 840	4 900	4 838	...
	Einfuhr	27 565	33 013	37 401	22 069	3 084	3 242	3 269	3 216	...
	Saldo	+ 18 528	+ 19 144	+ 20 253	+ 12 073	+ 1 714	+ 1 598	+ 1 632	+ 1 622	...
Spanien	Ausfuhr	31 281	34 222	34 844	18 994	2 528	2 738	2 710	2 564	...
	Einfuhr	18 959	21 955	22 546	13 592	1 740	2 048	1 955	1 847	...
	Saldo	+ 12 322	+ 12 267	+ 12 299	+ 5 402	+ 788	+ 690	+ 755	+ 717	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	156 953	182 775	206 899	125 291	17 402	18 182	18 182	17 650	...
	Einfuhr	121 594	144 240	167 611	98 970	13 395	14 378	14 113	14 153	...
	Saldo	+ 35 359	+ 38 536	+ 39 288	+ 26 321	+ 4 007	+ 3 804	+ 4 070	+ 3 496	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	53 240	58 666	65 538	42 278	5 862	5 962	5 931	6 307	...
	Einfuhr	32 452	37 923	44 815	26 201	3 553	3 637	3 488	4 005	...
	Saldo	+ 20 787	+ 20 743	+ 20 723	+ 16 077	+ 2 309	+ 2 324	+ 2 443	+ 2 302	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	85 172	104 145	124 334	75 823	10 446	11 121	11 414	11 321	...
	Einfuhr	83 398	97 345	116 962	73 596	10 501	10 524	10 212	10 302	...
	Saldo	+ 1 774	+ 6 800	+ 7 373	+ 2 227	- 54	+ 596	+ 1 203	+ 1 019	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	35 510	41 659	47 708	28 877	3 930	4 050	4 208	4 039	...
	Einfuhr	28 096	32 507	36 886	21 993	2 751	3 204	3 217	3 421	...
	Saldo	+ 7 414	+ 9 152	+ 10 822	+ 6 884	+ 1 179	+ 846	+ 991	+ 617	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	216 466	276 635	307 817	197 061	26 183	27 721	29 590	30 439	...
	Einfuhr	200 303	255 377	277 594	158 811	21 068	22 551	23 104	22 891	...
	Saldo	+ 16 163	+ 21 258	+ 30 223	+ 38 250	+ 5 116	+ 5 170	+ 6 486	+ 7 548	...
1. Afrika	Ausfuhr	17 412	19 968	20 581	12 475	1 709	1 757	1 898	1 917	...
	Einfuhr	14 235	17 040	21 863	13 304	1 774	1 931	1 880	1 664	...
	Saldo	+ 3 177	+ 2 929	- 1 282	- 829	- 64	- 173	+ 18	+ 253	...
2. Amerika	Ausfuhr	78 727	99 464	110 361	74 303	9 821	10 156	10 915	11 908	...
	Einfuhr	60 498	71 680	79 985	47 290	6 416	6 916	7 087	7 163	...
	Saldo	+ 18 229	+ 27 784	+ 30 376	+ 27 013	+ 3 406	+ 3 239	+ 3 828	+ 4 744	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	54 356	65 574	73 694	49 712	6 478	6 832	7 050	7 977	...
	Einfuhr	39 283	45 241	48 306	29 773	3 983	4 352	4 526	4 408	...
	Saldo	+ 15 074	+ 20 333	+ 25 388	+ 19 939	+ 2 495	+ 2 481	+ 2 524	+ 3 570	...
3. Asien	Ausfuhr	113 179	148 231	167 451	103 918	13 778	14 927	15 847	15 654	...
	Einfuhr	122 823	163 523	171 734	95 665	12 547	13 324	13 728	13 677	...
	Saldo	- 9 644	- 15 293	- 4 282	+ 8 253	+ 1 231	+ 1 603	+ 2 119	+ 1 977	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	23 598	28 138	28 709	17 871	2 509	2 558	2 735	2 551	...
	Einfuhr	5 506	6 878	7 891	4 028	487	540	588	496	...
	Saldo	+ 18 092	+ 21 260	+ 20 818	+ 13 843	+ 2 023	+ 2 018	+ 2 147	+ 2 055	...
Japan	Ausfuhr	10 875	13 149	15 118	9 991	1 249	1 332	1 468	1 626	...
	Einfuhr	18 946	22 475	23 554	13 009	1 743	1 921	1 803	1 824	...
	Saldo	- 8 071	- 9 326	- 8 435	- 3 018	- 494	- 590	- 335	- 198	...
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	37 273	53 791	64 762	40 266	5 322	5 961	6 327	5 937	...
	Einfuhr	56 706	77 270	79 507	44 004	5 790	6 147	6 385	6 605	...
	Saldo	- 19 434	- 23 479	- 14 745	- 3 737	- 469	- 186	- 58	- 668	...
Südostasiatische Schwellenländer ³⁾	Ausfuhr	28 606	38 183	41 532	26 071	3 477	3 705	3 901	4 076	...
	Einfuhr	28 338	39 562	39 236	21 946	3 028	3 136	3 101	3 029	...
	Saldo	+ 268	- 1 379	+ 2 296	+ 4 126	+ 449	+ 570	+ 800	+ 1 046	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	7 147	8 972	9 423	6 365	875	881	931	961	...
	Einfuhr	2 747	3 134	4 012	2 552	331	380	409	387	...
	Saldo	+ 4 401	+ 5 838	+ 5 411	+ 3 813	+ 544	+ 501	+ 522	+ 573	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. ¹ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regio-

nal nicht zuordenbarer Angaben. ² Ohne Hongkong. ³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							Erwerbseinkommen 5)			Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen				
							zusammen	darunter:			
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen		
2007	- 14 852	- 34 324	+ 6 756	+ 2 801	- 2 016	+ 3 309	+ 8 622	- 1 964	+ 3 197	- 140	+ 43 058
2008	- 10 258	- 34 718	+ 8 319	+ 3 936	- 1 313	+ 2 376	+ 11 142	- 1 641	+ 3 229	+ 216	+ 32 164
2009	- 8 049	- 33 341	+ 6 940	+ 4 276	+ 136	+ 2 370	+ 11 570	- 1 266	+ 2 966	+ 764	+ 57 356
2010	- 4 258	- 32 778	+ 7 359	+ 4 175	+ 1 153	+ 2 456	+ 13 376	- 1 152	+ 3 405	+ 1 392	+ 48 472
2011	- 7 584	- 33 782	+ 7 475	+ 3 702	+ 843	+ 2 546	+ 11 632	- 1 221	+ 3 212	+ 1 596	+ 46 820
2010 4.Vj.	+ 3 646	- 5 841	+ 1 781	+ 1 005	+ 886	+ 674	+ 5 141	- 304	+ 1 121	+ 642	+ 18 125
2011 1.Vj.	+ 1 792	- 4 983	+ 1 540	+ 724	+ 350	+ 579	+ 3 583	- 246	+ 795	+ 995	+ 12 174
2.Vj.	- 3 022	- 8 234	+ 2 199	+ 485	+ 264	+ 679	+ 1 585	- 264	+ 735	+ 310	- 210
3.Vj.	- 6 836	- 14 629	+ 1 807	+ 942	- 172	+ 691	+ 4 525	- 325	+ 730	- 212	+ 16 626
4.Vj.	+ 483	- 5 936	+ 1 929	+ 1 552	+ 402	+ 597	+ 1 940	- 386	+ 952	+ 503	+ 18 229
2012 1.Vj.	- 423	- 5 344	+ 1 725	+ 1 163	- 503	+ 632	+ 1 904	- 357	+ 540	+ 1 032	+ 14 646
2.Vj.	- 149	- 8 228	+ 2 476	+ 1 054	+ 144	+ 674	+ 3 731	- 341	+ 446	+ 310	+ 5 223
2011 Okt.	- 1 425	- 3 886	+ 676	+ 963	+ 210	+ 210	+ 403	- 142	+ 248	+ 144	+ 5 637
Nov.	- 46	- 1 393	+ 533	+ 236	+ 339	+ 225	+ 13	- 118	+ 308	+ 143	+ 5 260
Dez.	+ 1 954	- 658	+ 720	+ 353	- 148	+ 162	+ 1 524	- 126	+ 396	+ 216	+ 7 332
2012 Jan.	- 2 205	- 1 626	+ 512	+ 464	- 643	+ 197	- 1 109	- 127	+ 82	+ 335	+ 3 834
Febr.	+ 402	- 1 804	+ 566	+ 311	+ 146	+ 198	+ 985	- 94	+ 133	+ 335	+ 5 298
März	+ 1 380	- 1 914	+ 647	+ 388	- 6	+ 237	+ 2 028	- 136	+ 324	+ 361	+ 5 514
April	+ 629	- 1 887	+ 764	+ 481	+ 66	+ 204	+ 1 002	- 110	+ 147	+ 91	+ 831
Mai	- 1 019	- 2 349	+ 842	+ 335	+ 104	+ 231	- 181	- 157	+ 82	+ 108	- 834
Juni	+ 241	- 3 992	+ 870	+ 238	- 26	+ 240	+ 2 911	- 74	+ 216	+ 111	+ 5 226
Juli	- 4 937	- 5 175	+ 948	+ 290	+ 134	+ 238	- 1 372	- 224	+ 72	- 61	+ 5 175
Aug.	- 3 918	- 5 512	+ 752	+ 1 411	+ 367	+ 225	- 1 161	- 226	+ 161	- 73	+ 4 889

1 Ab 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienst-

stellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen. 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)			insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften	sonstige laufende Übertragungen 3)			
2007	- 32 685	- 17 237	- 19 331	- 17 548	+ 2 094	- 15 448	- 2 997	- 12 451
2008	- 33 157	- 16 834	- 18 746	- 16 644	+ 1 911	- 16 322	- 3 079	- 13 243
2009	- 33 158	- 19 041	- 19 041	- 16 578	+ 0	- 14 116	- 2 995	- 11 122
2010	- 38 187	- 23 514	- 22 844	- 19 474	- 670	- 14 673	- 3 035	- 11 638
2011	- 33 501	- 20 173	- 22 158	- 19 105	+ 1 985	- 13 328	- 2 977	- 10 351
2010 4.Vj.	- 6 864	- 3 144	- 1 898	- 1 097	- 1 246	- 3 719	- 759	- 2 961
2011 1.Vj.	- 13 518	- 10 302	- 9 594	- 8 571	- 708	- 3 215	- 744	- 2 471
2.Vj.	- 4 677	- 754	- 4 833	- 4 210	+ 4 079	- 3 922	- 744	- 3 178
3.Vj.	- 9 619	- 6 730	- 6 145	- 5 458	- 585	- 2 889	- 744	- 2 145
4.Vj.	- 5 688	- 2 387	- 1 586	- 867	- 801	- 3 300	- 744	- 2 556
2012 1.Vj.	- 15 107	- 11 976	- 11 245	- 10 137	- 731	- 3 131	- 770	- 2 361
2.Vj.	- 6 711	- 3 416	- 6 102	- 5 129	+ 2 686	- 3 295	- 770	- 2 525
2011 Okt.	- 3 465	- 2 502	- 2 056	- 1 935	- 446	- 964	- 248	- 715
Nov.	- 3 603	- 2 602	- 2 163	- 1 920	- 439	- 1 000	- 248	- 752
Dez.	+ 1 380	+ 2 717	+ 2 632	+ 2 988	+ 84	- 1 337	- 248	- 1 089
2012 Jan.	- 4 287	- 3 163	- 2 980	- 2 398	- 182	- 1 124	- 257	- 868
Febr.	- 7 283	- 6 287	- 5 903	- 5 584	- 385	- 996	- 257	- 739
März	- 3 537	- 2 526	- 2 362	- 2 155	- 164	- 1 011	- 257	- 755
April	- 2 720	- 1 707	- 2 662	- 2 157	+ 955	- 1 013	- 257	- 757
Mai	- 1 646	- 431	- 2 057	- 1 906	+ 1 626	- 1 215	- 257	- 958
Juni	- 2 345	- 1 278	- 1 383	- 1 067	+ 105	- 1 066	- 257	- 810
Juli	- 2 513	- 1 402	- 1 115	- 956	- 287	- 1 111	- 257	- 854
Aug.	- 3 476	- 2 482	- 2 160	- 1 956	- 322	- 994	- 257	- 737

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2008	- 210	- 1 853	+ 1 642
2009	+ 29	- 1 704	+ 1 733
2010	- 586	- 2 039	+ 1 453
2011	+ 641	- 2 323	+ 2 964
2010 4.Vj.	- 423	- 810	+ 386
2011 1.Vj.	+ 958	- 406	+ 1 364
2.Vj.	- 278	- 475	+ 197
3.Vj.	+ 115	- 484	+ 599
4.Vj.	- 153	- 958	+ 804
2012 1.Vj.	+ 222	- 401	+ 623
2.Vj.	+ 394	- 375	+ 769
2011 Okt.	- 178	- 227	+ 49
Nov.	+ 119	- 207	+ 326
Dez.	- 94	- 524	+ 430
2012 Jan.	- 27	- 99	+ 72
Febr.	+ 240	- 116	+ 356
März	+ 9	- 186	+ 195
April	+ 310	- 119	+ 429
Mai	+ 239	- 113	+ 351
Juni	- 155	- 144	- 11
Juli	- 224	- 158	- 65
Aug.	+ 177	- 229	+ 406

EU-Haushalts (ohne Vermögensübertragungen). 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XI. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2009	2010	2011	2011		2012				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 21 427	- 408 695	- 223 211	- 164 784	+ 61 733	- 269 909	- 119 680	+ 1 179	- 25 909	- 13 258
1. Direktinvestitionen 1)	- 54 269	- 82 543	- 39 110	- 6 058	- 6 269	- 27 025	- 9 445	+ 246	- 3 211	+ 3 280
Beteiligungskapital	- 52 154	- 49 646	- 19 830	- 3 273	+ 852	- 12 576	- 807	+ 2 894	- 5 231	- 2 791
reinvestierte Gewinne 2)	- 19 895	- 19 287	- 30 162	- 8 306	- 7 060	- 9 032	- 2 790	- 867	- 2 054	- 1 093
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 17 780	- 13 609	+ 10 882	+ 5 522	- 60	- 5 417	- 5 848	- 1 780	+ 4 074	+ 7 164
2. Wertpapieranlagen	- 76 809	- 173 826	- 25 215	+ 14 290	- 3 333	- 39 361	+ 392	+ 4 855	- 10 909	- 5 300
Aktien 3)	- 2 388	- 1 227	+ 2 151	+ 11 514	- 5 697	+ 5 897	- 1 434	- 1 334	- 2 014	+ 35
Investmentzertifikate 4)	- 4 332	- 22 444	- 142	+ 3 874	+ 1 692	- 6 329	+ 3 380	+ 1 119	- 2 760	- 2 967
Anleihen 5)	- 83 438	- 156 239	- 22 285	+ 3 013	- 9 368	- 36 364	- 3 273	+ 2 153	- 6 154	- 1 770
Geldmarktpapiere	+ 13 349	+ 6 084	- 4 939	- 4 112	+ 10 040	- 2 565	+ 1 720	+ 2 918	+ 19	- 599
3. Finanzderivate 6)	+ 11 337	- 17 935	- 28 740	- 7 737	- 5 109	- 3 487	- 7 583	- 3 012	- 4 008	- 824
4. übriger Kapitalverkehr	+ 95 114	- 132 778	- 127 311	- 164 640	+ 76 809	- 199 073	- 102 276	- 929	- 7 830	- 10 025
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 176 551	+ 138 533	+ 45 158	- 28 089	+ 60 719	- 17 305	+ 39 870	+ 40 633	- 11 269	- 2 663
langfristig	+ 25 777	+ 77 699	- 11 869	- 9 918	- 9 141	+ 15 179	+ 10 580	+ 3 218	+ 4 695	+ 1 911
kurzfristig	+ 150 774	+ 60 833	+ 57 027	- 18 171	+ 69 860	- 32 484	+ 29 290	+ 37 415	- 15 964	- 4 574
Unternehmen und Privatpersonen	- 20 175	- 60 136	- 17 791	- 34 766	+ 52 828	- 27 047	- 14 633	- 12 217	+ 1 687	+ 15 716
langfristig	- 24 046	- 42 172	+ 7 269	+ 2 266	+ 17 413	+ 1 201	+ 3 041	+ 4 828	- 1 912	- 1 403
kurzfristig 7)	+ 3 871	- 17 964	- 25 060	- 37 032	+ 35 415	- 28 248	- 17 674	- 17 045	+ 3 599	+ 17 118
Staat	+ 5	- 63 542	- 16 605	+ 11 287	- 22 723	- 2 439	- 14 538	+ 654	+ 391	+ 1 165
langfristig	- 2 652	- 53 332	+ 2 224	+ 415	+ 861	- 10 708	- 9 400	+ 68	- 176	+ 431
kurzfristig 7)	+ 2 657	- 10 209	- 18 829	+ 11 702	- 23 584	+ 8 269	- 5 138	+ 586	+ 567	+ 735
Bundesbank	- 61 267	- 147 633	- 138 073	- 113 073	- 14 015	- 152 281	- 112 975	- 30 000	+ 1 361	- 24 243
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	+ 3 200	- 1 613	- 2 836	- 639	- 366	- 963	- 769	+ 19	+ 48	- 389
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	- 134 013	+ 261 256	+ 68 725	+ 148 566	- 90 707	+ 208 518	+ 61 348	- 18 339	+ 21 309	- 4 012
1. Direktinvestitionen 1)	+ 17 389	+ 35 382	+ 29 063	+ 9 724	+ 11 471	+ 3 698	+ 4 046	+ 3 169	+ 268	- 7 638
Beteiligungskapital	+ 9 094	+ 9 574	+ 4 990	+ 2 178	+ 1 982	+ 349	- 1 348	+ 140	+ 273	+ 46
reinvestierte Gewinne 2)	- 8 437	+ 1 883	+ 5 752	+ 1 605	+ 1 069	+ 3 652	- 499	- 385	- 137	+ 813
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 16 732	+ 23 924	+ 18 321	+ 5 941	+ 8 421	- 303	+ 5 893	+ 3 414	+ 132	- 8 497
2. Wertpapieranlagen	- 4 246	+ 46 134	+ 62 264	+ 17 661	- 40 407	+ 3 987	+ 25 803	+ 2 655	+ 3 608	+ 4 734
Aktien 3)	+ 3 630	- 4 736	- 2 820	- 4 230	- 5 486	- 8 550	+ 9 286	+ 10 619	+ 1 922	- 197
Investmentzertifikate	+ 11 744	+ 2 572	+ 7 711	+ 3 909	+ 875	- 1 021	- 2 388	- 513	- 35	- 786
Anleihen 5)	- 70 113	+ 57 767	+ 48 711	+ 4 735	- 22 081	+ 14 070	+ 12 021	- 11 922	- 3 866	+ 13 072
Geldmarktpapiere	+ 50 493	- 9 470	+ 8 662	+ 13 247	- 13 715	- 512	+ 6 884	+ 4 471	+ 5 588	- 7 355
3. übriger Kapitalverkehr	- 147 155	+ 179 741	- 22 603	+ 121 182	- 61 771	+ 200 833	+ 31 499	- 24 163	+ 17 433	- 1 109
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 115 025	+ 76 346	- 96 666	+ 84 283	- 111 131	+ 250 167	- 52 616	- 48 387	+ 8 381	+ 21 847
langfristig	- 24 001	- 5 706	- 18 326	- 508	- 7 257	+ 2 164	- 6 616	- 2 438	- 1 102	- 1 816
kurzfristig	- 91 024	+ 82 052	- 78 340	+ 84 791	- 103 874	+ 248 003	- 46 000	- 45 949	+ 9 483	+ 23 663
Unternehmen und Privatpersonen	- 5 059	+ 3 835	+ 24 275	+ 28 394	- 4 452	+ 1 861	+ 13 312	- 1 612	- 8 159	- 11 872
langfristig	+ 2 804	- 4 587	- 13 946	- 2 861	- 659	- 3 974	- 1 930	- 1 145	- 675	+ 1 241
kurzfristig 7)	- 7 863	+ 8 423	+ 38 221	+ 31 255	- 3 793	+ 5 835	+ 15 243	- 467	- 7 484	- 13 113
Staat	- 5 290	+ 94 041	+ 17 836	+ 5 403	+ 21 066	- 22 211	+ 3 502	- 5 099	+ 419	- 10 905
langfristig	- 2 013	+ 611	+ 4 417	+ 1 705	+ 272	+ 11 811	+ 10 297	+ 240	+ 687	+ 57
kurzfristig 7)	- 3 276	+ 93 430	+ 13 419	+ 3 699	+ 20 794	- 34 022	- 6 795	- 5 339	- 268	- 10 962
Bundesbank	- 21 782	+ 5 518	+ 31 952	+ 3 102	+ 32 746	- 28 984	+ 67 301	+ 30 935	+ 16 792	- 178
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 155 440	- 147 439	- 154 487	- 16 218	- 28 974	- 61 391	- 58 332	- 17 160	- 4 600	- 17 270

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. **2** Geschätzt. **3** Einschl. Genuss-Scheine. **4** Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. **5** Ab 1975 ohne Stückzinsen. **6** Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. **7** Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen

abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. **8** Ohne Bundesbank. **9** Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forder- ungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EWU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2011 Juni	531 716	159 745	114 087	19 098	26 560	50	348 854	23 067	10 700	521 016
Juli	549 738	170 639	123 740	19 901	26 998	50	355 977	23 072	12 077	537 661
Aug.	622 802	184 687	138 174	19 774	26 739	50	402 739	35 327	15 380	607 422
Sept.	686 659	181 430	131 912	20 862	28 655	50	461 927	43 253	13 809	672 850
Okt.	704 976	181 946	133 987	20 434	27 525	50	477 830	45 150	13 147	691 829
Nov.	746 357	187 984	138 669	20 850	28 465	50	507 480	50 843	13 517	732 840
Dez.	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012 Jan.	763 406	195 056	144 034	22 115	28 907	50	510 763	57 539	11 941	751 466
Febr.	814 053	195 654	145 234	22 073	28 346	50	559 678	58 672	13 460	800 593
März	875 780	186 628	135 777	22 177	28 674	50	628 223	60 880	17 564	858 215
April	909 192	189 556	137 380	22 624	29 551	50	656 813	62 773	15 312	893 879
Mai	964 557	193 057	138 000	23 400	31 658	50	711 198	60 252	53 949	910 608
Juni	992 341	190 248	136 094	23 320	30 834	50	741 198	60 845	84 880	907 461
Juli	1 000 019	199 419	144 217	23 769	31 434	50	739 837	60 713	101 674	898 345
Aug.	1 023 617	197 776	143 507	23 520	30 749	50	764 080	61 711	101 494	922 123
Sept.	974 478	203 337	150 373	23 295	29 669	50	708 090	63 002	95 757	878 721

o) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). 3 Vgl. Anmerkung 2. 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2008	553 465	173 255	380 210	227 055	153 155	140 520	12 635	707 704	147 242	560 462	424 211	136 251	79 980	56 271
2009	593 591	209 729	383 862	240 727	143 135	130 605	12 530	754 355	159 667	594 688	457 468	137 220	80 759	56 461
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012 März	741 704	267 768	473 936	294 113	179 823	164 554	15 269	884 857	179 671	705 186	547 728	157 458	91 478	65 980
April	731 179	273 685	457 494	282 296	175 198	159 782	15 416	893 108	186 805	706 303	550 833	155 470	87 799	67 671
Mai	743 829	284 290	459 539	284 039	175 500	159 925	15 575	900 866	190 453	710 413	554 919	155 494	87 470	68 024
Juni	767 110	292 965	474 145	290 977	183 168	167 572	15 596	914 110	187 148	726 962	569 191	157 771	90 635	67 136
Juli	763 693	292 818	470 875	290 040	180 835	164 845	15 990	909 401	182 901	726 500	571 458	155 042	87 239	67 803
Aug.	745 790	281 302	464 488	288 855	175 633	158 872	16 761	895 349	173 779	721 570	570 866	150 704	82 229	68 475
Industrieländer														
2008	489 430	171 387	318 043	207 807	110 236	101 002	9 234	643 652	145 045	498 607	402 020	96 587	68 148	28 439
2009	531 796	208 571	323 225	220 778	102 447	93 566	8 881	684 984	157 343	527 641	431 525	96 116	68 912	27 204
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012 März	655 930	265 755	390 175	266 547	123 628	111 245	12 383	800 893	177 899	622 994	512 176	110 818	77 453	33 365
April	643 529	271 449	372 080	253 287	118 793	106 302	12 491	808 481	184 813	623 668	514 832	108 836	74 415	34 421
Mai	655 424	282 054	373 370	255 106	118 264	105 634	12 630	815 924	188 450	627 474	519 538	107 936	73 404	34 532
Juni	674 725	290 650	384 075	261 513	122 562	109 841	12 721	828 820	185 152	643 668	534 165	109 503	75 167	34 336
Juli	670 077	289 747	380 330	260 126	120 204	107 013	13 191	824 756	180 798	643 958	535 952	108 006	73 275	34 731
Aug.	655 741	278 468	377 273	259 846	117 427	103 505	13 922	809 830	171 797	638 033	535 260	102 773	68 118	34 655
EU-Länder														
2008	398 833	164 762	234 071	151 391	82 680	75 192	7 488	536 351	137 208	399 143	331 498	67 645	46 188	21 457
2009	443 431	200 400	243 031	165 986	77 045	70 051	6 994	579 596	141 633	437 963	367 980	69 983	48 977	21 006
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012 März	545 075	247 195	297 880	206 931	90 949	81 118	9 831	677 597	168 917	508 680	430 082	78 598	52 112	26 486
April	534 545	252 580	281 965	194 862	87 103	77 367	9 736	683 609	174 691	508 918	431 356	77 562	50 301	27 261
Mai	544 438	261 908	282 530	196 179	86 351	76 598	9 753	689 122	177 406	511 716	433 963	77 753	50 274	27 479
Juni	556 095	267 744	288 351	199 927	88 424	78 574	9 850	700 142	173 731	526 411	448 196	78 215	51 043	27 172
Juli	553 477	266 383	287 094	200 294	86 800	76 587	10 213	695 308	170 245	525 063	448 081	76 982	49 626	27 356
Aug.	539 764	254 437	285 327	201 077	84 250	73 299	10 951	683 741	161 790	521 951	449 005	72 946	45 795	27 151
darunter: EWU-Mitgliedsländer ¹⁾														
2008	281 518	130 226	151 292	96 968	54 324	49 408	4 916	415 221	81 703	333 518	290 093	43 425	29 768	13 657
2009	321 991	159 740	162 251	114 378	47 873	43 179	4 694	466 064	91 792	374 272	332 280	41 992	28 397	13 595
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012 März	393 646	184 614	209 032	148 399	60 633	54 737	5 896	541 751	106 052	435 699	383 336	52 363	35 372	16 991
April	391 908	194 031	197 877	139 817	58 060	52 236	5 824	546 009	111 013	434 996	383 387	51 609	34 347	17 262
Mai	400 992	202 648	198 344	140 607	57 737	51 831	5 906	555 783	119 752	436 031	384 114	51 917	34 499	17 418
Juni	401 177	197 988	203 189	144 038	59 151	53 095	6 056	560 861	115 028	445 833	393 811	52 022	34 726	17 296
Juli	395 816	195 217	200 599	143 095	57 504	51 411	6 093	554 467	110 167	444 300	392 826	51 474	34 017	17 457
Aug.	390 172	191 998	198 174	143 224	54 950	48 780	6 170	549 339	106 763	442 576	393 458	49 118	31 401	17 717
Schwellen- und Entwicklungsländer ²⁾														
2008	64 035	1 868	62 167	19 248	42 919	39 518	3 401	64 052	2 197	61 855	22 191	39 664	11 832	27 832
2009	61 795	1 158	60 637	19 949	40 688	37 039	3 649	69 371	2 324	67 047	25 943	41 104	11 847	29 257
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012 März	85 774	2 013	83 761	27 566	56 195	53 309	2 886	83 964	1 772	82 192	35 552	46 640	14 025	32 615
April	87 650	2 236	85 414	29 009	56 405	53 480	2 925	84 627	1 992	82 635	36 001	46 634	13 384	33 250
Mai	88 405	2 236	86 169	28 933	57 236	54 291	2 945	84 942	2 003	82 939	35 381	47 558	14 066	33 492
Juni	92 385	2 315	90 070	29 464	60 606	57 731	2 875	85 290	1 996	83 294	35 026	48 268	15 468	32 800
Juli	93 616	3 071	90 545	29 914	60 631	57 832	2 799	84 645	2 103	82 542	35 506	47 036	13 964	33 072
Aug.	90 049	2 834	87 215	29 009	58 206	55 367	2 839	85 519	1 982	83 537	35 606	47 931	14 111	33 820

* Bis November 2009 einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zah-

len nicht vergleichbar. 1 Ab Januar 2008 einschl. Malta und Zypern; ab Januar 2009 einschl. Slowakei; ab Januar 2011 einschl. Estland. 2 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl. Teil).

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2011 Mai	1,3437	9,3198	7,4566	116,47	1,3885	7,8384	8,9571	1,2537	1,4349	0,87788
Juni	1,3567	9,3161	7,4579	115,75	1,4063	7,8302	9,1125	1,2092	1,4388	0,88745
Juli	1,3249	9,2121	7,4560	113,26	1,3638	7,7829	9,1340	1,1766	1,4264	0,88476
Aug.	1,3651	9,1857	7,4498	110,43	1,4071	7,7882	9,1655	1,1203	1,4343	0,87668
Sept.	1,3458	8,7994	7,4462	105,75	1,3794	7,7243	9,1343	1,2005	1,3770	0,87172
Okt.	1,3525	8,7308	7,4442	105,06	1,3981	7,7474	9,1138	1,2295	1,3706	0,87036
Nov.	1,3414	8,6154	7,4412	105,02	1,3897	7,7868	9,1387	1,2307	1,3556	0,85740
Dez.	1,3003	8,3563	7,4341	102,55	1,3481	7,7451	9,0184	1,2276	1,3179	0,84405
2012 Jan.	1,2405	8,1465	7,4353	99,33	1,3073	7,6752	8,8503	1,2108	1,2905	0,83210
Febr.	1,2327	8,3314	7,4341	103,77	1,3193	7,5522	8,8196	1,2071	1,3224	0,83696
März	1,2538	8,3326	7,4354	108,88	1,3121	7,5315	8,8873	1,2061	1,3201	0,83448
April	1,2718	8,2921	7,4393	107,00	1,3068	7,5698	8,8650	1,2023	1,3162	0,82188
Mai	1,2825	8,0806	7,4335	101,97	1,2916	7,5655	8,9924	1,2012	1,2789	0,80371
Juni	1,2550	7,9676	7,4325	99,26	1,2874	7,5401	8,8743	1,2011	1,2526	0,80579
Juli	1,1931	7,8288	7,4384	97,07	1,2461	7,4579	8,5451	1,2011	1,2288	0,78827
Aug.	1,1841	7,8864	7,4454	97,58	1,2315	7,3239	8,2805	1,2011	1,2400	0,78884
Sept.	1,2372	8,1273	7,4539	100,49	1,2583	7,3945	8,4929	1,2089	1,2856	0,79821

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkurs-

statistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-20 1)		EWK-40 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)						auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	24 ausgewählte Industrieländer 4)				36 Länder 5) 6)	24 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU	36 Länder 5) 6)				
1999	96,2	96,0	96,0	96,4	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,7	98,2	98,0	97,7	
2000	87,0	86,5	86,1	85,7	87,9	85,8	91,5	97,1	85,0	91,0	92,9	91,9	90,9	
2001	87,6	87,2	86,8	84,9	90,4	87,1	91,0	95,9	85,4	90,1	92,9	91,4	90,8	
2002	90,0	90,3	89,8	88,0	94,8	90,7	91,7	95,0	87,9	90,5	93,5	91,9	91,7	
2003	100,6	101,5	100,9	98,5	106,8	101,6	95,0	93,9	96,9	94,2	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,3	103,6	102,1	111,3	105,2	95,2	92,7	99,1	94,2	98,4	98,0	98,2	
2005	102,9	103,8	101,6	99,8	109,3	102,7	94,0	91,4	98,1	92,2	98,4	96,9	96,5	
2006	102,8	103,8	100,8	98,8	109,3	102,0	92,7	89,9	97,2	90,6	98,5	96,4	95,7	
2007	106,2	106,5	102,7	100,3	112,8	104,0	93,6	89,1	101,0	91,0	100,8	97,8	96,9	
2008	109,4	108,6	103,9	102,8	116,9	105,9	93,8	87,7	104,2	90,5	102,2	97,8	97,0	
2009	110,6	109,2	105,0	105,0	119,7	106,8	93,4	87,8	103,0	91,3	101,7	97,9	97,3	
2010	103,6	101,6	96,9	97,3	111,4	98,1	91,1	87,5	96,9	88,4	98,8	93,9	92,2	
2011	103,4	100,7	95,1	95,9	112,1	97,6	90,5	87,0	95,9	87,7	98,2	93,1	91,7	
2009 März	110,0	108,8			119,5	107,0					101,4	97,7	97,5	
April	109,1	108,0			118,2	105,9					101,4	97,3	96,8	
Mai	109,8	108,5	104,8	104,4	118,7	106,2	93,3	87,7	102,6	91,3	101,5	97,5	96,9	
Juni	111,0	109,7			120,0	107,3					101,9	98,3	97,7	
Juli	110,6	109,1			119,7	106,7					101,8	97,8	97,2	
Aug.	110,6	109,1	105,2	105,2	119,8	106,8	93,8	88,0	103,7	91,4	101,9	97,9	97,4	
Sept.	111,8	110,0			121,1	107,6					102,0	98,2	97,6	
Okt.	113,1	111,2			122,0	108,3					102,6	98,8	98,1	
Nov.	113,0	111,0	106,1	107,2	122,0	108,1	94,3	88,0	105,2	91,8	102,3	98,6	97,9	
Dez.	111,9	109,8			120,8	106,8					102,2	98,2	97,4	
2010 Jan.	109,7	107,6			118,3	104,4					101,2	97,0	95,9	
Febr.	107,0	104,8	101,3	101,6	115,3	101,7	92,6	87,7	100,8	89,9	100,2	95,6	94,3	
März	106,2	104,3			114,2	100,8					100,1	95,2	93,8	
April	105,0	103,1			112,5	99,3					99,5	94,4	92,7	
Mai	101,8	100,0	95,8	96,2	109,0	96,3	90,7	87,4	95,8	88,0	98,2	93,1	91,2	
Juni	99,8	98,1			106,9	94,4					97,2	92,2	90,3	
Juli	101,6	99,8			109,2	96,4					97,8	92,9	91,2	
Aug.	101,2	99,3	94,7	94,6	108,8	95,9	90,3	87,6	94,5	87,7	97,7	92,7	91,0	
Sept.	101,5	99,5			109,2	96,0					97,7	92,7	91,0	
Okt.	105,0	102,6			112,9	99,0					99,1	94,1	92,6	
Nov.	103,7	101,2	95,9	96,7	111,7	97,7	90,9	87,4	96,5	88,1	98,7	93,6	92,0	
Dez.	101,7	99,2			109,3	95,6					97,8	92,7	90,9	
2011 Jan.	101,4	99,0			109,3	95,5					97,8	92,4	90,7	
Febr.	102,4	99,8	94,9	95,4	110,6	96,5	90,5	87,3	95,6	87,7	98,1	92,8	91,2	
März	104,1	101,6			112,3	98,1					98,6	93,5	91,9	
April	105,9	103,4			114,0	99,7					99,5	94,3	92,7	
Mai	104,9	102,2	97,1	97,8	113,2	98,6	91,5	87,2	98,4	88,4	98,9	93,7	92,1	
Juni	105,0	102,2			113,4	98,8					99,0	93,7	92,2	
Juli	104,0	101,1			112,4	97,7					98,6	93,3	91,8	
Aug.	103,9	100,8	95,1	95,8	112,9	98,0	90,4	86,9	95,8	87,6	98,2	93,2	91,9	
Sept.	102,8	100,0			112,0	97,5					97,7	92,7	91,5	
Okt.	103,0	100,3			112,6	97,9					97,8	92,8	91,8	
Nov.	102,6	99,9	93,3	94,7	112,1	97,4	89,6	86,8	93,8	87,2	97,6	92,8	91,6	
Dez.	100,8	98,1			110,3	95,8					96,8	91,8	90,6	
2012 Jan.	98,9	96,3			108,0	93,7					96,2	90,8	89,4	
Febr.	99,6	97,2	90,5	91,7	108,4	94,1	88,9	86,9	91,9	86,4	96,8	91,3	89,7	
März	99,8	97,3			108,6	94,3					96,8	91,1	89,6	
April	99,5	97,2			108,4	94,2					96,7	91,1	89,5	
Mai	98,0	95,7	89,0	90,5	107,2	93,1	88,5	86,9	90,5	86,0	95,9	90,4	88,9	
Juni	97,2	94,9			106,6	92,4					95,5	90,0	88,6	
Juli	95,3	93,2			104,4	90,6					94,9	89,1	87,6	
Aug.	95,2	93,0			104,3	90,5					95,0	89,1	87,6	
Sept.	97,2	95,0			106,6	92,4					95,7	90,0	88,6	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36f). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen,

sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. 7 EWU-Länder sowie EWK-40-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

- Direktinvestitionen und Finanzierungsbeschränkungen vor und während der Finanzkrise

■ Finanzstabilitätsbericht

Januar 2012

- Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung
- Das PHF: eine Erhebung zu Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland
- Der europäische Binnenmarkt im Zahlungsverkehr vor der Vollendung

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2011 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2012 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

November 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2011

Dezember 2011

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2012 und 2013
- Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2010

Februar 2012

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2011/2012

März 2012

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2011
- Nationale und internationale Finanzmarktshocks und die Realwirtschaft aus empirischer Sicht

April 2012

- Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft – Mittelfristige Perspektiven vor dem Hintergrund demographischer Belastungen
- Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken: vom institutionellen Fundament zur glaubwürdigen makroprudenziellen Überwachung

Mai 2012

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2012

Juni 2012

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2012 und 2013
- Der Rohölpreis und seine Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern
- Die Rolle des „Baseler Zinsschocks“ bei der bankaufsichtlichen Beurteilung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Juli 2012

- Der Euro als Ankerwährung und als Kern eines Währungsblockes
- Die Frühjahrskonferenz der Deutschen Bundesbank 2012 – Geldpolitik, Inflation und internationale Verflechtungen
- Die neuen CPSS-IOSCO-Prinzipien für Finanzmarktinfrastrukturen

August 2012

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2012

September 2012

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2011
- Innovationen im Zahlungsverkehr
- Der Internationale Währungsfonds in einem veränderten globalen Umfeld

Oktober 2012

- Finanzkrise und Zahlungsbilanzentwicklungen in der Europäischen Währungsunion
- Zur Entwicklung der Länderfinanzen in Deutschland seit dem Jahr 2005

- Die Bedeutung von Handelskrediten für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik
- Die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten: eine mikroökonomische Analyse

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2012

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 ²⁾

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2012 ³⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2012 ²⁾³⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juni 2011 ²⁾³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2006 bis 2011, Juni 2012 ³⁾

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009 ³⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2008 bis 2009, Mai 2012 ²⁾³⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 ⁹⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2012 ¹⁾

■ Diskussionspapiere ^{*)}

18/2012

Tax incentives and capital structure choice: evidence from Germany

19/2012

Competition for internal funds within multinational banks: foreign affiliate lending in the crisis

20/2012

Fiscal deficits, financial fragility, and the effectiveness of government policies

21/2012

Saving and learning: theory and evidence from saving for child's college

22/2012

Relationship lending in the interbank market and the price of liquidity

23/2012

Estimating dynamic tax revenue elasticities for Germany

24/2012

Identifying time variability in stock and interest rate dependence

25/2012

An affine multifactor model with macro factors for the German term structure: changing results during the recent crises

⁹⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 80 ^{*}.

26/2012

Determinants of the interest rate pass-through of banks – evidence from German loan products

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

27/2012

Early warning indicators for the German banking system: a macroprudential analysis

■ Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

¹ Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

² Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

³ Nur im Internet verfügbar.